

Wiener Landtag

36. Sitzung vom 27. Juni 1996

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	(S. 31)
2. Fragestunde:		Abstimmung (S. 33)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5);		
3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 8);		
5. Anfrage (S. 10); 6. Anfrage (S. 10);		
7. Anfrage (S. 12); 8. Anfrage (S. 12)		
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. 14)	5. Pr.Z. 1001-MDPLTG, P. 2: Gesetz über die gleichzeitige Vornahme der Gemeinde- rats- und der Bezirksvertretungswahlen mit der Wahl der von Österreich zu entsen- denden Abgeordneten zum Europäischen Parlament (Beilage Nr. 21)
4. Pr.Z. 921-MDPLTG, P. 5: Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Wiener Garagengesetz geändert werden (Verfahrensnovelle)		Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl (S. 35 u. 51)
(Beilage Nr. 23)		Redner: Die Abgen Hannelore Weber (S. 35), Dr Matthias Tschirf (S. 37), Dr Helmut Günther (S. 40), Josefa Tomsik (S. 42), Dr Rüdiger Stix (S. 44), Dr Peter Pilz (S. 46) und Ernst Woller (S. 49)
Pr.Z. 920-MDPLTG, P. 6: Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Gehsteignovelle)		Abstimmung (S. 51)
(Beilage Nr. 24)		6. Pr.Z. 1169-MDPLTG, P. 3: Gesetz über die Errichtung eines Fonds zur Finanzie- rung von Wiener Krankenanstalten (Wi- ener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds- Gesetz)
Pr.Z. 112-GPS, P. 7: Gesetz, mit dem das Wiener Garagengesetz und die Bau- ordnung für Wien geändert werden (Ga- ragengesetznovelle 1996)		(Beilage Nr. 28)
(Beilage Nr. 25)		Berichterstatter: Amtsf StR Rudolf Edlinger (S. 51 u. 52)
Pr.Z. 114-GPS, P. 8: Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsge- bühren geändert werden (Stadtgestaltungs- novelle)		Redner: Abg Gerhard Pfeiffer (S. 52)
(Beilage Nr. 27)		Abstimmung (S. 53)
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Hannes Swoboda	(S. 15 u. 32)	7. Pr.Z. 1040-MDPLTG, P. 4: Gesetz, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz und die Pensionsordnung 1994 geändert werden
Redner: StR Mag Christoph Chorherr (S. 16), die Abgen Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (S. 18 u. 29), Walter Prinz (S. 21), Ing Horst Georg Riedler (S. 25), Günter Kenesei (S. 26), Susanne Kovacic (S. 28), Günther Reiter (S. 29), Erika Stu- benvoll (S. 30) und Dr Matthias Tschirf		(Beilage Nr. 22)
		Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska (S. 53)
		Redner: Abg Jutta Sander (S. 53), StR Maria Hampel-Fuchs (S. 54) sowie die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz

- (S. 55 u. 58), Brigitte Schwarz-Klement (S. 56) und Gerhard Pfeiffer (S. 57 u. 59)
Abstimmung (S. 60)
- 8. Pr.Z. 882-MDPLTG, P. 1: Gesetz über eine Änderung der Grenzen zwischen dem 6., 7. und 15. Bezirk (Beilage Nr. 20)**
Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl (S. 60)
Redner: Abg Dr Rüdiger Stix (S. 60)
Abstimmung (S. 61)
- 9. Pr.Z. 1038-MDPLTG, P. 9: Gesetz, mit dem das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz geändert wird (Beilage Nr. 19)**
Berichterstatter: Abg Franz-Karl Effenberg (S. 61 u. 64)
Redner: Die Abgen Hannelore Weber
- (S. 61), Mag Franz Karl (S. 62) und Barbara Schöfnagel (S. 63)
Abstimmung (S. 65)
- 10. Pr.Z. 3619/LF: Dringliche Anfrage der Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Römer, Ilse-Maria Arié und Mag Helmut Kowarik, betreffend das Krankenkassensanierungspaket**
Verlesung durch Schriftführer Abg Johann Herzog (S. 65)
Begründung durch Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 67)
Redner: Die Abgen Gerhard Pfeiffer (S. 69), Johann Römer (S. 69), Susanne Jerusalem (S. 73), Ilse-Maria Arié (S. 74) und Mag Helmut Kowarik (S. 75)
Beantwortung durch Lhptm Dr Michael Häupl (S. 76)

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Entschuldigung für die paarminütige Verspätung.

Wir fangen an.

Ich eröffne die 36. Sitzung des Wiener Landtags.

Entschuldigt ist Herr Abg Jean Margulies.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 112/LM/KGR): Abg Günter Kenesei an den Landeshauptmann:

Wird sich das Land Wien in einer zusammenfassenden Stellungnahme zum öffentlich aufgelegten UVE-Konzept (UVP-Verfahren) zur B 301 der negativen Stellungnahme der Wiener Umweltanwaltschaft anschließen?

2. Anfrage (Pr.Z. 131/LM/KVP): Abg Rudolf Czerny an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur:

Sind Sie bereit, in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages am 9. August 1996 noch ein Kulturförderungsgesetz für Wien vorzulegen, wie dies in anderen Bundesländern bereits existiert?

3. Anfrage (Pr.Z. 188/LM/KFP): Abg Mag Helmut Kowarik an den Landeshauptmann:

Massive Fehlentwicklungen, explodierende Defizite und drastisch überhöhte Ausgaben bei den Heilmittelbehelfen, gefährden die Versorgung der bei der Wiener Gebietskrankenkasse pflichtversicherten Wienerinnen und Wiener sowie deren Angehörigen. In welcher Form haben Sie Ihre diesbezügliche Verantwortung gegenüber der Wiener Bevölkerung wahrgenommen?

4. Anfrage (Pr.Z. 135/LM/KSP): Abg Johann Driemer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Wie beurteilen Sie die Situation der Beratungen über einen österreichweiten Krankenanstaltenplan?

5. Anfrage (Pr.Z. 134/LM/KSP): Abg Christian Oxonitsch an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:

Welche weiteren Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das 'Klimabündnis' umzusetzen?

6. Anfrage (Pr.Z. 113/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den Landeshauptmann:

In wievielen Fällen wurde die Aufenthaltsbewilligung für eine Person mit folgender Begründung abgelehnt: 'Da nach den Erfahrungen des täglichen Lebens bei den als Erwachsene aus dem gleichen Kulturkreis wie die antragstellende Partei kommenden Personen auch nach mehrjährigem Inlandsaufenthalt eine insbesondere die Bereiche Sprache, Kommunikation mit der eingesessenen Bevölkerung und Anpassung an mittel-europäischen Sitten, Gebräuche und Lebensweisen umfassende Integration kaum stattfindet, würde eine bevorzugte Bewilligungserteilung an die antragstellende Partei aus deren Antrag keinerlei ihre Integration erleichternde Umstände abgeleitet werden können, die

aufwendigen Integrationsbemühungen für die hier lebenden ausländischen Mitbürger nur weiter erschweren'?

7. Anfrage (Pr.Z. 130/LM/KVP): Abg Dr Matthias Tschirf an den Landeshauptmann:

Wann wird im Wiener Landtag das Rederecht für den Präsidenten des Rechnungshofs eingeführt?

8. Anfrage (Pr.Z. 187/LM/KFP): Abg Brigitte Schwarz-Klement an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport:

Inwieweit werden Sie gesetzliche Maßnahmen treffen, um die groben Ungerechtigkeiten, die den Pflegegeldbeziehern nach der Änderung des Pflegegeldgesetzes aufgrund des Sparpakets aufgezwungen wurden, auszugleichen?

Die 1. Anfrage wurde gestellt von Herrn Abg Günter Kenesei an den Herrn Landeshauptmann. Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Uptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Anfrage "Wird sich das Land Wien in einer zusammenfassenden Stellungnahme zum öffentlich aufgelegten UVE-Konzept (im Rahmen des UVP-Verfahrens) zur B 301 der negativen Stellungnahme der Wiener Umweltanwaltschaft anschließen?" darf ich zunächst darauf hinweisen, daß wir uns hier in einem sehr frühen Stadium des abzuhandelnden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens befinden. Entsprechend dem Gesetz hat die Österreichische Autobahn und Schnellstraßen AG als Projektwerber beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten das Bauvorhaben B 301 unter Darlegung der Grundzüge des Vorhabens und Vorlage eines Konzepts für die Umweltverträglichkeitserklärung angezeigt. Das Ministerium hat nunmehr zu prüfen, nach welchen Verwaltungsvorschriften Genehmigungen erforderlich sein werden, welche sachlich in Betracht kommenden Sachverständigen heranzuziehen sein werden und ob das vorgelegte Konzept für die Umweltverträglichkeitserklärung offensichtliche Mängel aufweist. Stellt das Ministerium derartige Mängel fest, hat es dies dem Projektwerber ehestmöglich mitzuteilen. Erst nach Abklärung des Untersuchungsrahmens kommt es zur Einleitung des eigentlichen Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens, bei dem die dann erforderlichenfalls überarbeitete ergänzte Umweltverträglichkeitserklärung des Projektwerbers vorzulegen sein wird.

In der Zeit vom 24. April bis zum 21. Mai 1996 hat nunmehr die öffentliche Auflage des Konzeptes zur Umweltverträglichkeitserklärung für das Projekt der B 301 stattgefunden. Die Stadt Wien wird als Standortgemeinde dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zum vorliegenden Konzept eine eigene Stellungnahme übermitteln und sich nicht nur auf die Stellungnahme der Wiener Umweltanwaltschaft beziehen. In dieser Stellungnahme wird unter

anderem auch angemerkt werden, daß die Planungen für die B 301 auf das bereits 1995 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Konzept "Grüngürtel Wien" abzustimmen sind. Es wird auch die Präzisierung hinsichtlich der Beeinträchtigungsräume sowie eine wesentlich weitergehende Konkretisierung und Beschreibung der vorhandenen und der noch im Zuge des Verfahrens zu erhebenden Daten erforderlich sein. Außerdem wird die aus dem Konzept zu entwickelnde Umweltverträglichkeitserklärung der Österreichischen Autobahn und Schnellstraßen AG weitergehende Informationen über die durch das Projekt allenfalls verursachten Eingriffe in den Grundwasserhaushalt zu enthalten haben.

Ich kann Ihnen versichern, daß die Stadt Wien vom Projektwerber ausführlichste Grundlagen für das Verfahren und genaue Darstellungen der negativen und positiven Projektwirkungen in der Umweltverträglichkeitserklärung, welche mit Jahresende zu erwarten sein wird, einfordert.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte.

Abg Günter Kenesel (GRÜNE): Den Ausführungen von Ihnen, Herr Landeshauptmann, entnehme ich, daß die Stadt Wien offensichtlich gerade dabei ist oder vor wenigen Tagen, eben in dieser Phase der öffentlichen Auflage, eine Stellungnahme abgegeben hat.

Der Hinweis in meiner Anfrage bezieht sich insofern auf die Stellungnahme der Wiener Umweltanwaltschaft, als gerade die Wiener Umweltanwaltschaft, aber auch die Umweltanwaltschaft in Niederösterreich und sehr viele Expertinnen und Experten, die sich mit der Verkehrssituation, aber auch mit der ökologischen Situation im Süden von Wien auseinandergesetzt haben, hier zu einer relativ klaren Sprachregelung gekommen sind.

Darf ich Ihnen noch einmal ganz kurz auszugsweise den Satz zur Kenntnis bringen, mit dem die Umweltanwältin ihre Stellungnahme beschließt: "Insgesamt entspricht somit das UVE-Konzept nicht den gesetzlichen Anforderungen, um als Inhaltsangabe beziehungsweise Plan für die nachfolgende UVP zu dienen." Sie weist dann aus, daß es eigentlich derzeit zu keiner gültigen Anzeige gemäß § 4 UVP-Gesetz gekommen ist.

Daher frage ich Sie: Wird die Stadt Wien oder hat die Stadt Wien in ihrer Stellungnahme eben auch diesen Passus mitaufgenommen, daß es sich derzeit nicht um eine gültige Vorlage nach § 4 UVP-Gesetz handelt, oder nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie mit Ihrer Stellungnahme eigentlich in einem laufenden Verfahren eine Stellungnahme abgegeben haben, wo von anderen Experten beurteilt wird, daß es sich hier nicht um eine rechtsgültige oder rechtskonforme Vorgangsweise handelt, und werden auch Sie diesen Hinweis in der Stellungnahme der Stadt Wien formulieren?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal: Ich

nehme natürlich die Auffassungen der Umweltanwältin sehr, sehr ernst, halte mir zugute, daß es sie wahrscheinlich ohne mich in der Funktion nicht geben würde, und ich weiß natürlich nach langjähriger Zusammenarbeit mit ihr als Juristin in der MA 22, daß sie auch eine sehr gute Juristin ist.

Ich nehme daher ihre Rechtsmeinung, daß dieses Verfahren nicht gesetzeskonform begonnen wurde oder jedenfalls mit nicht gesetzeskonformen Voraussetzungen versehen wurde, sehr, sehr ernst.

Aber wir wissen wahrscheinlich beide, daß es ja nicht nur im Magistrat so ist, sondern auch anderswo, daß, wenn zwei Juristen zusammenkommen, es drei verschiedene Rechtsmeinungen gibt.

Daher ist es - ohne Juristen nahetreten zu wollen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, selbstverständlich, ohne Juristen nahetreten zu wollen, aber auch anderen Juristen nicht, Herr Oberst, selbstverständlich - mit Sicherheit für mich als Nichtjuristen besonders schwierig, diese Nichtrechtskonformität festzustellen.

Ich sage auch ganz offen: Das ist gar nicht so sehr meine Fragestellung oder mein Problem. Was mir sehr viel wichtiger ist, und ich glaube, das ist uns beiden wichtig, weil es der Sache auch dienlich ist, das ist, daß man sich sehr genau anschaut, wie bei anderen Umweltverträglichkeitserklärungen, welche Fragen gestellt werden, nicht zuletzt im Hinblick auch auf die Aufbereitung der Unterlagen. Ich verhehle nicht, daß in der derzeitigen Aufbereitung aus meiner persönlichen Sicht - und ich sage das nicht als Jurist, sondern aus meiner persönlichen Sicht - eine Unzahl von Fragen offen ist, die ich in der ersten Beantwortung auch angedeutet habe, beispielsweise die Fragen der Grundwasserauswirkungen und ähnliches, für die man aber nunmehr auch durch gezielte Fragestellungen - und dies wird die Stadt Wien auch tun - die entsprechende Unterlagenbeibringung einfordern wird.

Ich darf Ihnen eines versichern: Sosehr uns die Einschätzung der Notwendigkeit der B 301 trennt, mit Sicherheit trennt, sosehr werde ich auf der anderen Seite aber auch darauf achten, daß hier ein ordentliches Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren abläuft, auch ein inhaltlich ordentliches Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren abläuft, denn mir ist es sehr, sehr wichtig, daß es gerade auch an einem der ersten großen Straßenprojekte, das nach der Beschußfassung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgegesetzes - um das ich auch sehr gekämpft habe - nunmehr stattfindet, beispielhaft ordentlich abläuft und nicht von vornherein schon diese gelegentlich uns Österreichern nachgesagte Schlampigkeit bei solchen Verfahren einreißt.

Also ich sage das noch einmal: Ich bin an sich für den Bau dieser Straße, aber das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren muß hier absolut ordentlich und musterhaft ablaufen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Günter Kenesel (GRÜNE): Ich bin erstens ein-

mai sehr dankbar für diese klare Haltung und Erklärung. Der schlampige Umgang mit der einen oder anderen Gesetzesmaterie hat tatsächlich - eher im Bund und nicht in Wien - in den letzten Jahren vielleicht stattgefunden. Ich bin sehr froh, wenn Sie mit dieser Vehemenz darauf hinweisen, daß Sie auch persönlich dahinter sein werden, daß dieses UVP-Verfahren ordnungsgemäß abläuft.

Was mich aber noch interessiert und was die Situation jetzt interessant gemacht hat: Am Dienstag habe ich im "Report" vom vermeintlichen Spitzenkandidaten des Liberalen Forums eine neue Variante gehört, wie die B 301 gestaltet werden soll, und daran knüpfte ich jetzt meine Frage an Sie, ob auch diese Variante in Ihre Überlegungen miteinbezogen wird. Kollege Bachmayer hat gemeint, wir brauchen eine Transitautobahn im Süden von Wien, aber nur mit einer einzigen Abfahrt, nämlich der in Rothneusiedl mit einer Park-and-ride-Umsteigestelle Rothneusiedl.

Jetzt frage ich Sie: Was halten Sie von diesem Vorschlag, und ist der in Ihre Überlegungen miteinbezogen worden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also es gibt angenehmerweise bei jedem großen Projekt eine Fülle von sehr wichtigen Vorschlägen. Ich erinnere an die Umweltautobahn, ein mir besonders schmeichelhaft erscheinender und sinnhafter Vorschlag, denn wie immer man nun zum Autobahnbau und zur Autonutzung generell steht, soll man auf der anderen Seite natürlich auch dazusagen, daß selbstverständlich Autobahnbau und Straßenbau Flächenverbrauch bedeutet und daß mehr Autos mehr ökologischen Schaden anrichten als weniger Autos. Das steht ja wohl außer jedem Zweifel, und das sollte ja auch nicht weiter Diskussionsgegenstand sein. Daher: Eine Umweltautobahn zu errichten, scheint mir natürlich ein besonders putziger Vorschlag zu sein.

Daß das Liberale Forum besonders phantasiereich die Diskussion um die B 301 anreichert, ist zu erwarten und freut mich ja sehr, denn ich bin jedesmal sehr, sehr zufrieden und glücklich, wenn ich konkrete Vorschläge zur Wiener Kommunalpolitik bekomme, über das, was uns interessiert, zu den Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Das ist ebenso hinreichend wie, auf der großen Ebene 8 Milliarden an Steuern einzusparen, wie beispielsweise bei der Getränkesteuer, bei der Ankündigungsabgabe und ähnlichem, und das durch eine Öko-Steuer zu ersetzen, was vermutlich ähnlich ökologisch sein wird wie die Steirische Wassersteuer, die man sich hier vorgestellt hat, bis hin zum Park-and-ride-Platz in Rothneusiedl als einzige Abfahrt, was mir eine durchaus sinnvolle Sache zu sein scheint, denn es wird nach der burgenländischen Autobahn die erste Autobahn sein, wo wenigstens kein Auto darauf fährt, sondern wo lediglich ein Park-and-ride-Platz sozusagen adaptiert wurde von dieser Autobahn selbst. Aber

vielleicht ist es auch eine versteckte Form des Baus eines Österreich-Rings in der Nähe von Wien. Nach den Vorschlägen, daß man Formel 1-Rennen ja schon am Ring abführen könnte, ist es vielleicht eine durchaus sinnmachende Alternative dazu, Formel 1 dann nicht im Kreis, sondern hin und her auf dieser Autobahn abführen zu können.

Also ich bin dem Liberalen Forum für seine Anreicherung der kommunalpolitischen Diskussion durchaus dankbar, versichere Ihnen aber, Herr Abgeordneter, daß wir nicht daran denken, das in der Form zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, Herr Landeshauptmann.

Bevor wir zur 2. Anfrage kommen, möchte ich dir, lieber Kollege Godwin Schuster, in unser aller Namen sagen, daß wir sehr froh sind, daß du heute wieder hier bist und daß sich die Befürchtungen als nicht wahr herausgestellt haben. Du bist gesund und sollst vielleicht nur ein bißchen an Prophylaxe denken, die wir manchmal hier auch für andere parat haben. Jedenfalls sind wir sehr froh, daß du wieder gesund in unserer Mitte bist. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen zur 2. Anfrage, gestellt von Herrn Abg Rudolf Czerny an die Frau amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur. - Ich bitte Sie, Frau Stadträtin, die Frage zu beantworten.

Amtsf StRin Dr Ursula Pasterk: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine lebendige, zeitgemäße und allen Anforderungen unserer Zeit entsprechende Kulturpolitik kann man mit Sicherheit nicht durch ein Gesetz verordnen, sondern kann, wie ich meine, einzig und allein durch die dementsprechenden kulturpolitischen Taten erreicht werden, die man setzen muß.

Wenn Sie sich anhand der Fülle der Projekte der letzten Jahre unsere Vorhaben anschauen, dann kann man sagen, daß eine äußerst erfolgreiche Kulturpolitik für Wien gewährleistet und übrigens auch international mit Daten und Taten dokumentiert ist.

Nun zu Ihrer Frage: Gegen ein Landes-Kulturförderungsgesetz spricht im allgemeinen natürlich überhaupt nichts. Man darf aber vielleicht doch ein wenig zweifeln, ob in diesem sensiblen Bereich von Kunst und Kultur ein wie auch immer wiedernder oder nicht-wiedernder Amtsschimmel die richtige Antwort auf die Fragen unserer Zeit bringt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auf eine spezielle Situation, die nur Wien betrifft, hinweisen, nämlich auf den Sonderstatus Wiens einerseits als Bundesland und andererseits als Stadt, denn dadurch würde die Angelegenheit eines Landes-Kulturförderungsgesetzes hier in dieser Stadt qua Land besonders kompliziert. Denn lediglich der Landtag - wie Sie wissen - ist ein gesetzgebendes Organ, und so wäre durch die Schaffung eines solchen Gesetzes die Vollziehung, die bisher im Gemeinderatsausschuß unter Einbeziehung sämtlicher Parteien, auch der Oppositionsparteien, möglich war, nicht mehr gewährleistet, weil ja dann die Wiener Landesregierung das durchführen

müßte.

Eine gesetzliche Regelung scheint auch aus der Sicht der Verfassungs- und Verwaltungsjuristen kaum umsetzbar, da eine solche Verlagerung mit großen Problemen für die Verwaltung, letztendlich aber auch mit großen Problemen und negativen Konsequenzen für unsere Künstler und Kulturschaffenden verbunden wäre.

Noch einmal: Ich habe nichts gegen ein Landeskulturförderungsgesetz, aber in unserem Fall Wien scheint es weder juristisch noch kulturpolitisch sinnvoll und machbar zu sein.

Ich würde mich aber, Herr Abgeordneter, sehr freuen, wenn wir mit Ihrer Fraktion gemeinsam noch in dieser Legislaturperiode eine alternative Regelung finden könnten, um die Rahmenbedingungen der Wiener Kulturpolitik und Verwaltung auch auf dem Papier genauer festzuhalten.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Abgeordneter, eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Rudolf Czerny (ÖVP): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die Situation in Wien ist mir bekannt, und ich weiß, daß es hier sicherlich schwieriger sein wird als in anderen Bundesländern.

Trotzdem drängt sich mir irgendwo die Frage auf, ob nicht durch die Festlegung in einem Gesetz diese Leitlinien, die Sie uns zum Lesen gegeben haben, unter Umständen, wenn sie in ein Gesetz gegossen wären, eventuell bei Fehlleistungen einer Subventionspolitik einklagbar sein würden und es daher für Sie eine schwierigere Situation bedeuten würde.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Dr Ursula Pasterk: Ich glaube, daß die Leitlinien, die Sie ja kennen - und ich lade Sie herzlich ein, diesen Leitlinien zuzustimmen (Abg Johannes Prochaska: *Die muß man ein bißchen verändern!*) -, nicht nur vom philosophischen, sondern auch vom grundsatzpolitischen Ansatz her genau richtig sind, nämlich ein Bekenntnis dieser Stadt, aber auch des Landes Wien zur Kunst und Kultur, zu unseren Kulturschaffenden und zur Förderung dieser Kunst- und Kulturszene nach Kriterien, wie wir sie ja längst haben, nämlich mit Hilfe von Beiräten, mit Hilfe von Expertengremien, aber natürlich letztendlich auch immer wieder mit der Letztverantwortung des Kulturpolitikers oder der Kulturpolitikerin.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Rudolf Czerny (ÖVP): Frau Stadträtin! Wir sind selbstverständlich gerne bereit zu verhandeln, noch in dieser Legislaturperiode, denn auch wir sind daran interessiert, daß die Sache unter Dach und Fach kommt, und ich glaube, hier wird es notwendig sein, verschiedene Dinge zu verbessern, zu verfeinern und auch zu ergänzen.

Aber es stellt sich für mich die Frage: Sind Sie bereit - und das kommt in den Leitlinien bis jetzt nicht vor -, einen Subventionsbeirat oder -beiräte einzusetzen? Denn ohne Beiräte können wir uns nicht vorstellen,

len, eine Änderung der Subventionspolitik herbeizuführen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Dr Ursula Pasterk: Ich darf Sie daran erinnern, daß wir in den wesentlichen Bereichen - freie Gruppen, Mittelbühnen, Tanztheater, freie Opernszene, bildende Kunst - längst diese Beiräte haben. Ich möchte - Klammer auf - sagen, daß ich mich noch nie gegen eine Entscheidung des Beirates anders entschieden hätte - Klammer zu -, und ich denke mir, daß es in dieser vielfältigen Kunst- und Kulturszene sicher nicht möglich sein wird, einen Beirat für alles Übers Knie zu brechen. Das haben Sie ja sicher am Ende Ihrer Tage hier in diesem Hause und auch bei uns im Ausschuß ein wenig so als Resultat mitgenommen ins spätere Pensionsleben. Die Kunst und Kultur ist so kompliziert, daß man nicht vereinfacht mit einem einzigen Förderungskatalog sagen kann, was ist förderbar und was nicht. Hier ist sicher immer das Schwierigste die Objektivität, und hier ist sicher am besten eine Transparenz gewährleistet, indem in diesen Gremien - und ich darf Sie daran erinnern, daß wir das in Wien ganz allein haben; das gibt es nicht in Berlin, das gibt es nicht in Frankfurt; es wird überall bemerkt und als positiv herausgestellt -, in unseren paritätisch besetzten Beiräten von den Betroffenen entsandte Mitglieder und von uns entsandte Mitglieder sitzen. Eine größere Transparenz und eine größere Gewährleistung von demokratischen Entscheidungskriterien kann ich mir gar nicht mehr vorstellen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 3. Anfrage, gestellt von Herrn Mag Helmut Kowarik an den Herrn Landeshauptmann. - Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Anfrage "Massive Fehlentwicklungen, explodierende Defizite und drastisch überhöhte Ausgaben bei den Heilmittelbehelfen gefährden die Versorgung der bei der Wiener Gebietskrankenkasse pflichtversicherten Wienerinnen und Wiener sowie deren Angehörigen. In welcher Form haben Sie Ihre diesbezügliche Verantwortung gegenüber der Wiener Bevölkerung wahrgenommen?" ist eine sehr schwierig zu beantwortende Frage.

Ich verhehle das nicht, denn ich kenne selbstverständlich Heilmittel. Sie wahrscheinlich noch viel besser, Herr Abgeordneter, als Pharmazeut. Also landläufig stellt man sich Aspirin darunter vor. Ich kenne Heilmittelbehelfe. Landläufig stellt man sich wahrscheinlich Krücken oder so etwas darunter vor. Aber Aspirin auf Krücken habe ich mein Leben noch nie gesehen, und daher weiß ich nicht so sehr, was Heilmittelbehelfe sind. Das war nicht ganz einfach darzustellen.

Aber ich gehe davon aus, daß Sie sowohl Heilmittel als auch Heilmittelbehelfe meinen, denn ich bin natürlich sehr gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, in welcher Form beispielsweise von der pharmazeuti-

schen Industrie bis hin zu den Apotheken überhöhte Medikamentenpreise gegeben sind und inwiefern hier auch die Gebietskrankenkasse mit überhöhten Preisen bei den Heilmitteln entsprechend belastet ist.

Bei den Heilbehelfen selbst ist die Belastung des Budgets der Gebietskrankenkasse - wie ich informiert wurde - mit etwa 2 Prozent gegeben. Wenn ich das in Relation zu den Heilmitteln setze, so war allein zwischen 1993 und 1994 bei den Ausgaben für Heilmittel, also für die Medikamente, eine 8prozentige Kostensteigerung zu verzeichnen.

Somit scheinen mir beide - und insofern haben Sie möglicherweise mit Heilmittelbehelfen recht -, also sowohl die Diskussion über die Heilmittel als auch über die Heilbehelfe und ihre Kostenexplosion, durchaus von Wichtigkeit zu sein. Man soll nur die Wichtigkeit zu rechtrücken. Die Kostensteigerung bei Medikamenten war im genannten Zeitraum 8 Prozent und die Kostensteigerung bei Heilbehelfen war 4 Prozent im gleichen Zeitraum. Und das ist nicht uninteressant.

Was nun meine diesbezügliche Verantwortung betrifft: Du meine Güte, ich bin es ja gewohnt, daß Sie mich für alles verantwortlich machen in der Stadt, mit dem wird man leben müssen. Rein juristisch gesehen gibt es natürlich keine Zuständigkeit meinerseits für die Gebietskrankenkasse, daher auch nicht eine unmittelbare Verantwortlichkeit. Aber es ändert ja nichts an der Tatsache, daß man natürlich grundsätzlich gerade als Bürgermeister dazu sagen soll, was man sagen muß.

Ich bin sehr, sehr gerne bereit, sowohl bei Heilmitteln als auch bei Heilbehelfen meinen Beitrag dazu zu leisten, immer wieder darauf hinzuweisen, daß es hier zu überhöhten Kosten kommt, aber ich bin dagegen, daß man sich bei Heilbehelfen deswegen, weil die Frau Vranitzky ein diesbezügliches Geschäft hat, besonders hinstürzt, während man bei den Heilmitteln, bei den Medikamenten, bei den Apotheken beispielsweise, bei doppelt so hohen Kostensteigerungen das wohlmeidend verschweigt. Daher soll man die Diskussion durchaus umfassend führen.

Ich bin auch sehr dafür, daß man gerade in dem Zusammenhang über die Verantwortlichkeit von Unternehmen spricht, denn wenn ich zur Kenntnis nehmen muß, daß der Abgang im gesamten Bereich der Sozialversicherungsträger etwa 6 Milliarden Schilling beträgt laut Auskunft des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, aber die Schulden, die Unternehmen haben im Hinblick auf ihre Beiträge, die sie nicht geleistet haben, allein bei der Wiener Gebietskrankenkasse 2,6 Milliarden Schilling ausmachen und bei der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse 1 Milliarde Schilling, dann sollte man, denke ich, nicht über Peanuts diskutieren, sondern man sollte über das diskutieren, was sehr wesentlich dabei ist. Allein durch das Schuldenbezahlen könnte man bereits sehr, sehr wesentlich die Finanzprobleme, die es hier gibt, entsprechend ausräumen.

Aber ich sage es noch einmal: Ich verschließe mich

keineswegs einer wichtigen, fundierten Diskussion darüber, wieso es zu so hohen Kosten auch bei den Heilbehelfen und Heilmitteln gekommen ist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg Mag Helmut Kowarik (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Es ist an sich erfreulich, daß Sie diesen offensichtlichen Schreibfehler richtig interpretieren konnten, daß die Anfrage richtig verstanden wurde und auch von Ihnen Stellung genommen wurde.

Ich darf Sie aber vielleicht ganz kurz darauf hinweisen: Sie haben die Erhöhung der Preise der Heilmittel angesprochen. Ich darf dazu sagen, daß gerade was die Heilmittel betrifft eine echte Einsparung vorgenommen werden konnte. Gerade die Gemeinde Wien, die Spitäler der Gemeinde Wien, aber auch die KFA in Wien hatten Gewinne, wenn man das so sagen kann, oder weniger Ausgaben aufgrund der Tatsache, daß voriges Jahr eine dramatische Spannkürzung durchgeführt wurde. Da sind die Heilmittelpreise ja entschieden gesunken, was also nicht nur die Krankenkassen betroffen hat, sondern auch den privaten Käufer.

Im Gegensatz dazu stehen eben die Preise der orthopädischen Heilbehelfe, wo seit Jahren nachweisbar überhöhte Preise verlangt werden und von den zuständigen Krankenkassen und vom Hauptverband keinerlei Maßnahmen getroffen worden sind, um diese überhöhten Preise in den Griff zu bekommen. Ganz im Gegenteil, es wurden dort Preise bezahlt, die augenscheinlich durch Absprachen gestellt worden sind. Es hat voriges Jahr bis zu 100 Prozent Preiserhöhungen gegeben, und es ist augenscheinlich, daß das auch einer jener Teile ist, die dazu geführt haben, daß die Wiener Gebietskrankenkasse zahlungsunfähig geworden ist.

Und wenn Sie sagen, Sie sind eigentlich nicht so sehr dafür verantwortlich für die Gebietskrankenkasse in Wien, möchte ich doch darauf hinweisen, daß in Wien immerhin 1,5 Millionen Menschen im Rahmen der Gebietskrankenkasse pflichtversichert sind und daß Sie sehr wohl, wenn die Gebietskrankenkasse zahlungsunfähig ist, was also hier augenscheinlich vor der Tür steht, Verantwortung für die Gesundheit der Wiener haben.

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Würden Sie Ihre Frage formulieren, Herr Kollege?

Abg Mag. Helmut Kowarik (fortsetzend): Ich komme nunmehr zur Frage. Sie haben ja gesagt, daß Sie sehr wohl bereit sind, hier zu diskutieren, was man machen kann. Sie haben auch öffentlich gesagt, Sie werden dazu Stellung nehmen.

Ich möchte Sie nun konkret fragen, was Sie unternehmen werden, um diese neuerlichen Belastungen der Pensionisten und Familien durch die Erhöhung der Rezeptgebühr und so weiter abzuwehren.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

lhptm Dr Michael Häupl: Es war natürlich abseh-

bar, daß Sie versuchen, bereits des Morgens Ihre dringliche Anfrage entsprechend vorwegzunehmen. Es hätte ja nicht einer so ausführlichen Begründung bedurft, wie hervorragend natürlich die Apotheker arbeiten und altruistisch nachgerade in ihrer Preisgestaltung für die Medikamente sind. (*Heiterkeit bei der SPÖ*) Aber ich bin Ihnen ja nicht undankbar.

Ich habe auf der anderen Seite das Lob für die Spitalspolitik und für die KFA natürlich mit tiefer Befriedigung zur Kenntnis genommen, vielleicht eine Spur tiefer noch befriedigt als der Herr Gesundheitsstadtrat, denn der weiß es ja noch viel besser als ich, und daher ist es natürlich für mich sehr viel angenehmer.

Wenn Sie mich daher schon vorher gefragt haben, denn es waren ja mehrere Fragen drinnen, was ich denn nun da zu unternehmen gedenke: Na, das ist aufgrund auch Ihrer Aussagen sehr einfach. Wir werden beide die Funktionäre des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger in die KFA einladen und denen dort vorführen, wie man es macht. Also wir führen ja auch hier vor. Wien führt auch hier vor, wie man es macht. Und ich halte das für sehr gut, denn wir sind sehr gerne Vorbild für gute, wichtige, richtige und letztendlich auch notwendige Dinge. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger wird das tun. Wenn er das gesehen hat, wird er natürlich daß erstaunt sein und wird dann seinen Minister beraten, daß er vielleicht so kindische Dinge wie Rezeptgebührenerhöhung oder den 50er für den Krankenschein - natürlich nur bei den ASVG-Versicherten, nicht bei den anderen - unterläßt. (*Abg Dr. Wilfried Serles: Bei der BVA gibt es einen Selbstbehalt!*) Bei der BVA gibt es einen Selbstbehalt. Gut, gut, gut, zugegeben. - Also daß er mit solchen Dingen die Bevölkerung dann nicht mehr belästigt. Denn wenn ich mir vorstelle, daß man die notwendigen Einsparungen, die in der KFA vorexerziert wurden, auf den gesamten Bereich des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger ausweiten kann, wenn man es gleichzeitig schafft, auch nur 50, 75 Prozent der Unternehmensschulden einzutreiben im Hinblick auf die Beiträge ihrerseits, dann ist zumindest ein wesentlicher Teil bereits positiv vollzogen. Dann braucht man die anderen Sachen nicht mehr. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Mag Helmut Kowarik (*ÖVP*): Bitte, wenn alles so einfach und so klar ist, dann frage ich mich, warum es überhaupt zu so einer dramatischen Situation der Wiener Gebietskrankenkasse kommen konnte, daß sie praktisch zahlungsunfähig ist und durch eine Ruckzuck-Brutalaktion in die Taschen der Bürger greift.

Gerade Wien trifft diese Zahlungsunfähigkeit der Gebietskrankenkassen besonders stark, weil wir ja bestrebt sind, aus den Spitätern in den extramuralen Bereich etwas hinauszuverlagern. Nur können wir das nicht, weil die Krankenkassen zahlungsunfähig sind. Also muß alles darangesetzt werden, um die Kassen wieder zahlungsfähig zu machen.

Ich möchte feststellen, daß die jetzigen Belastungen lediglich eine Abdeckung des Defizits herbeiführen, aber noch keineswegs Möglichkeiten schaffen, daß man neue Gesundheitseinrichtungen schafft oder womöglich den niedergelassenen Bereich stärkt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Frage an Sie stellen: Trotz dieser Tatsache, daß die Kasse zahlungsunfähig ist und die 1,5 Millionen Pflichtversicherten damit rechnen müssen, daß ihre Leistungen noch einmal beschränkt werden sollen, wird von einer geplanten Familienzusammenführung gesprochen, wo laut Angabe von StR Hatzl noch einmal 100 000 bis 150 000 Angehörige nach Wien gebracht werden sollen.

Meine Frage ist nun: Können Sie garantieren, daß durch diese Zuwanderung nicht neuerliche dramatische finanzielle Belastungen auf die Wiener Krankenkassen zukommen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Wir brauchen uns über das nicht zu unterhalten. Das ist ja zum Teil absurd.

Erstens hat Herr StR Hatzl nicht von 100 000 Neuzwanderern gesprochen.

Zweitens entspricht diese Zahl sowieso nur der Phantasie der offensichtlich geschulten Werbepsychologen der Freiheitlichen Partei dazu.

Zum dritten geht es hier um einen Diskussionsvorschlag, der auf der Bundesebene diskutiert wird und wo es mit Sicherheit, schon aufgrund der Quotenregelung, nicht zu entsprechenden massiven Neuzuzügen kommt.

Zum vierten halte ich dazu fest, daß sich in den letzten drei Jahren die Prozentzahl der Ausländer in Wien von 17,9 auf 18,2 Prozent - also keineswegs in diesen Hunderttausender-Dimensionen, die Sie dramatisierend immer darstellen - bewegt hat.

Fünftens und allerletzten werden Sie mir, auch nicht über die Hintertür, in dieser so wichtigen Diskussion über die Finanzierung des Sozialversicherungsbereichs Ihre Ausländer-raus-Parolen unterjubeln können. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich garantiere Ihnen jedenfalls mit Sicherheit, daß es schon aufgrund der Bundesgesetze, die es gibt, und aufgrund der Quotenregelungen, die es gibt für den Ausländerzug, zu keinen weiteren Belastungen auch dahin gehend kommen wird.

Aber miteinander werden wir die Aufgabe haben, die Probleme, die es unbestreitbar gibt, strukturell, aber auch von der Preisseite her, sowohl was die Medikamente, die Heilmittel, als auch was die Heilbehelfe betrifft, zu lösen. Da werden wir eine Menge miteinander machen können. Und da sind Sie sicherlich auch aufgefordert dazu! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur 4. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Johann Driemer, gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und

Spitalswesen. - Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage zu beantworten.

LhptmSt Dr Sepp Rieder: Herr Abgeordneter! Ihre Anfrage bietet mir - Klammer auf - völlig überraschend (*Halterkeit!*) - Klammer zu - die Gelegenheit, Sie und den Landtag über die aktuelle Situation beim Bundeskrankenanstaltenplan zu informieren. Deswegen aktuell, weil gestern eine Sitzung, eine Besprechung stattgefunden hat zwischen der Frau Gesundheitsministerin und den in den Bundesländern für die Krankenanstalten zuständigen Mitgliedern der Landesregierungen. Dabei ist eine Grundsatzentscheidung über die Erstellung des Bundeskrankenanstaltenplanes herbeigeführt worden, auch was den Zeitplan und die weitere Vorgangsweise betrifft. Ihre Anfrage ermöglicht es mir daher, den Landtag und Sie natürlich im besonderem aktuell zu informieren.

Punkt 1 dieser Vereinbarung ist, daß wir davon ausgehen können, daß die Beratungen auf der Beamtenbene und Expertenebene in fast allen Bundesländern bereits abgeschlossen sind. Zweitens wird in den nächsten Monaten, also noch im Sommer, eine endgültige Vereinbarung auf der politischen Ebene erfolgen. Zum dritten wurde - was insbesondere für das Bundesland Wien wichtig ist - vereinbart, daß für den länderübergreifenden Bereich - das spielt für Wien deswegen eine Rolle, weil es ja für uns von Interesse ist, ob im Bundesland Niederösterreich diese oder jene Einschränkung oder Erweiterung vorgenommen wird -, daß für diese länderübergreifenden Verhandlungen, insbesondere zwischen Wien und Niederösterreich, zum Bundeskrankenanstaltenplan ein extra, ein gesondertes Gespräch durchgeführt werden wird.

Punkt 2: Es ist auch vereinbart worden, daß gemeinsam mit dem Krankenanstaltenplan bis Ende Oktober auch der Großgeräteplan vorgelegt wird. Das ist auch eine wichtige Frage in der Struktur und in den finanziellen Auswirkungen, ob es gelingt, Paralleleinrichtungen zu vermeiden und damit kostendämpfende Maßnahmen zu setzen. Das soll ebenfalls bis Ende Oktober zwischen Bund und Ländern einvernehmlich festgelegt werden.

Punkt 3: Es war immer die Frage, welche rechtliche Verbindlichkeit dieser Bundeskrankenanstaltenplan bekommen soll. Es wird im Rahmen der Art. 15a-Vereinbarung über das Abkommen zur Finanzierung der Krankenhäuser dieser Großgeräteplan und der Bundeskrankenanstaltenplan als Bestandteil eingebaut werden.

Punkt 4: Es werden gleichzeitig mit dem Bundeskrankenanstaltenplan auch inhaltliche Standards für die Ausstattung der Spitäler festgelegt werden, die ebenfalls gestern zum Teil besprochen worden sind, also die Frage, wie groß oder wie klein darf eine Abteilung sein. Auch das spielt ja eine Rolle. Zu kleinen Abteilungen sind ein Kostenfaktor, zu große Abteilungen sind unter Umständen unter dem Gesichtspunkt der Patientenfreundlichkeit ein Problem. Es wird geregelt, inwieweit Departements eingerichtet werden können.

Und - was ebenfalls wichtig ist in bezug auf die Auswirkungen des Bundeskrankenanstaltenplanes für die Privatspitäler - es wird im Bundeskrankenanstaltenplan rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, daß auch Bewilligungen gegenüber privaten Spitäler zurückgenommen werden können - eine sehr unangenehme Situation unter Umständen, aber die einzige Möglichkeit, den Bundeskrankenanstaltenplan einheitlich, auch für den Bereich der Privatspitäler, sicherzustellen. Es wird dann notwendig sein, allerdings ab Jänner 1997, die Landeskrankenanstaltenpläne entsprechend anzupassen.

Der 5. Punkt betrifft die Frage: Welche Bereiche werden aus dem Bundeskrankenanstaltenplan ausgenommen? Das ist der Bereich der Psychiatrie - auch für uns wichtig, weil wir gerade im Bereich der Psychiatrie eine wesentliche Veränderung herbeiführen wollen, nämlich die weitere Regionalisierung, die weitere Reduktion der früheren Zentralanstalt Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe -, und zum anderen auch der Bereich der Remobilisation oder Rehabilitation, wie wir es nennen. Also ich denke zum Beispiel an den Aufbau der Kinderrehabilitation im Mautner-Markhof'schen Kinderspital. Das soll sozusagen aus dem Bundeskrankenanstaltenplan herausgenommen werden.

Punkt 6 - und das scheint mir eine große Hilfe zu sein für die Flexibilität -: Es ist so, daß je Krankenanstalt eine Gesamtbettanzahl festgelegt wird im Bundeskrankenanstaltenplan und darüber hinaus die Fächerstruktur festgelegt wird. Also in Zukunft gibt es eine klare österreichweite Regelung, auf welchen Gebieten Kapazitäten in diesem oder jenem Spital bestehen.

Ein weiterer Punkt - der, glaube ich, gerade für Sie von Interesse ist -: Es ist auch darüber gesprochen worden, wie der Bundeskrankenanstaltenplan die Unfallkrankenhäuser behandelt. Dieser Bereich wird 1 zu 1 aus dem bestehenden Stand in den Bundeskrankenanstaltenplan hineingenommen. Es gibt sozusagen auf dem Gebiet der Unfallkrankenhäuser keine dirigistischen und auch keine ausgehandelten Eingriffe.

Etwas komplizierter - und das ist der nächste Punkt - ist der Umgang mit den Privatspitäler. Sie werden gelesen haben, daß in den letzten Tagen auch eine Diskussion entfacht worden ist über die Stellung der Privatspitäler. Das hat mehrere Dimensionen: Die Frage, wie werden sie finanziert, wird die Krankenkasse unmittelbar mit ihnen Verträge abschließen oder nicht, aber auch die Frage, wie die Privatspitäler in den Gesamtversorgungsplan eingebaut werden. Hier ist ein differenziertes Modell vorgesehen, zu dem wir uns alle noch viel Glück wünschen. Das heißt, es soll nicht nur bei den KRAZAF-unterstützten privaten Spitäler, das sind die Ordensspitäler, die Gemeinnützigen, das Hanusch-Krankenhaus zum Beispiel, sondern auch bei den Privatspitäler, die nicht gemeinnützig sind, beim Rudolfinerhaus zum Beispiel, unterschieden werden zwischen versorgungsrelevant oder nicht.

Das sind also die wesentlichen Punkte, die es jetzt möglich machen, für die weitere Umsetzung zu sorgen und für die einzelnen noch offenen Fragen zu einer Entscheidung - was für uns wichtig ist - im Sommer zu kommen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich für die Beantwortung.

Wir kommen zur 5. Anfrage, gestellt von Herrn Abg Christian Oxonitsch an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr. - Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

Amts StR Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gab in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten zu dieser Frage.

Wir haben, besonders was die Erreichbarkeit des Ziels "Minus 50 Prozent CO₂ bis zum Jahr 2010" betrifft, als Bundesland Wien eine hervorragende Stellung und Situation und sind momentan die einzigen, die in diesem Ziel liegen, im Konnex mit den österreichischen Bundesländern und mit dem Bund insgesamt. Wir haben vor allem durch unsere Maßnahmen in der Energie- und Verkehrspolitik wesentlich dazu beigetragen, daß wir im Sinne dieses Ziels auf der richtigen Spur liegen.

Dazu kommt, daß natürlich die verschiedensten Maßnahmen im Industrie- und vor allem im Klein- und Mittelbetriebbereich Wirkungen zeigen und die Anstrengungen der letzten Jahre gerade für eine Großstadt zum Erfolg geführt haben.

Es ist daher jetzt der richtige Zeitpunkt gewesen, daß wir den nächsten Schritt angehen, und wir haben daher im letzten Umweltausschuß ein Ziel angepeilt, nämlich den nächsten Schritt einzuleiten mit dem Klimaschutzkonzept Wien, Kurzformel KLICK Wien, wo federführend die MA 22 und die Energieverwertungsgesellschaft versuchen, ganz konkret dieses "Minus 50 Prozent CO₂ bis zum Jahr 2010"-Ziel auch zu erreichen.

Die Ziele des Klimaschutzkonzeptes Wien sind:

1. Vorschläge für entsprechende Gesetze, Erlässe und Verordnungen zu erarbeiten.

2. Die bestehenden Maßnahmen weiterzuführen und neue Pilotprojekte einzuführen.

3. Die bestehenden Maßnahmen um ein neues Aktionsprogramm mit Maßnahmen, aber auch mit den dazu notwendigen Instrumenten und einem Zeitplan - was sehr wichtig ist - bis 2010 als ersten Schritt auszuweiten.

4. Wien wie bisher als Musterstadt im Bereich des Klimaschutzes zu präsentieren und vor allem die internationalen Möglichkeiten, die es gibt, entsprechend zu nutzen. Nicht zuletzt durch den Beitritt zur Europäischen Union gibt es hier neue Gestaltungsmöglichkeiten.

5. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Interessengruppen und damit die Motivation des Mitmachens zu gewährleisten.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bit-

te, Herr Abgeordneter.

Abg Christian Oxonitsch (SPÖ): Sie haben den Bereich ja bereits angesprochen. Ein ganz wesentlicher Schwerpunkt ist der Bereich Klimaschutz und Betriebe.

Sind hier von Ihrer Seite auch Initiativen vorgesehen und geplant?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amts StR Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß das der wichtigste Bereich in diesem Zusammenhang ist, weil gerade die Frage Klimaschutz und Betriebe von erheblicher Bedeutung ist, die Zielsetzungen auch zu erreichen.

Wir haben hier daher einen sehr wichtigen Schritt in den letzten Tagen gesetzt. Gemeinsam mit dem Klimabündnis Österreich, der Gewerkschaft der Privatangestellten und der Stadt Wien wurde eine Aktion ins Leben gerufen, die zum Ziel hat, die Betriebe vor Ort nicht nur zu betreuen, sondern auch zu beraten, weil hier ein gewaltiges Potential an Möglichkeiten aufliegt. Die Stadt Wien wird deshalb in den nächsten fünf Jahren diesem Bereich Klimabündnis und Betriebe 10 Millionen Schilling zur Verfügung stellen, also jährlich 2 Millionen Schilling, damit gewährleistet ist, daß in den Betrieben diese Beratung und Information und die Möglichkeit der Umsetzung erfolgt. Ich halte das für einen ganz entscheidenden Schritt, um die vorher angedeuteten Ziele auch zu erreichen, weil im Bereich der Betriebe noch immer ein hohes Defizit an Bewußtsein, an ergriffenen Maßnahmen, aber auch an Strategien vorhanden ist. Ich glaube daher, daß diese Initiative Klimabündnis Österreich, Gewerkschaft der Privatangestellten und Stadt Wien, die wir in den nächsten fünf Jahren mit 10 Millionen Schilling unterstützen, ganz bedeutend ist, um dieses "Minus 50 Prozent CO₂ bis zum Jahr 2010"-Ziel auch zu erreichen.

Wien hat hier eine - wie das Klimabündnis Österreich es wörtlich genannt hat - europäische Spitzenreiterfunktion übernommen, als erste Großstadt in Europa so ein Projekt durchzuführen. Ich erwarte mir sehr viel davon, weil ich glaube, daß gerade im Zusammenhang mit Betrieben und Klimabündnis ein hohes Maß an Chancen gegeben ist, die vorgegebenen Ziele auch zu erreichen.

Ich bin sehr froh, daß wir diese Zusammenarbeit gefunden haben, daß dieses Projekt steht, und ich meine daher, daß wir in diesem Zusammenhang dem Bereich "Betriebe und Klimabündnis" einen besonderen Stellenwert in Zukunft einräumen werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke für die Beantwortung.

Es wird keine weitere Zusatzfrage gewünscht.

Wir kommen zur 6. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Dr Peter Pilz und gerichtet an den Herrn Landeshauptmann. - Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die Fragestellung, inwiefern eine bestimmte Formulierung, die ich jetzt nicht noch einmal vorlesen will, weil ich als Nichtjurist dabei einem Zungenbrecher

unterliegen würde, wie viele solcher Beantwortungen oder Begründungen es in den Bescheiden gibt, ist für mich ein bißchen schwierig zu beantworten, da keine Statistiken geführt werden. Die Schätzzahl ist bei etwa 25 solcher Begründungen. Mir selbst sind - allerdings erst nachträglich - 3 bekanntgeworden. Ich verhehle nicht, daß es mir lieber gewesen wäre, nachdem im Integrationsfonds bereits mehrere Monate solche Bescheidbegründungen aufgelegen sind, wenn man mich früher informiert hätte. Möglicherweise hätte das der Sache mehr gedient. Möglicherweise wäre das effizienter gewesen, daß man sich mit solchen Formulierungen auseinandersetzt. Aber ich verstehe schon, daß in Zeiten wie diesen eine solche Vorgangsweise ein bißchen schwierig ist, und nehme das zur Kenntnis.

In der Sache selbst möchte ich nicht verhehlen, daß ich nicht nur kein Freund solcher Formulierungen bin, sondern darüber hinaus die MA 62 angewiesen habe, solche Formulierungen in Zukunft zu unterlassen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Okay, das ist einmal ein erster Erfolg.

Ich bin auch sehr dafür, jetzt nicht die Vorgangsweise des Integrationsfonds negativ zu qualifizieren, weil sich die Leute dort Am Modenapark und Helping Hands wirklich bemühen. Diese sogenannten Kopftuchbescheide, die ja vom Institut für Sprachwissenschaften der Universität Wien als eindeutig kulturrassistisch bezeichnet werden, sind ja bis zur Stunde von StR Hatzl verteidigt worden. Jetzt möchte ich gar nicht lange darüber reden, ob es da zu irgendwelchen Konsequenzen kommt. Ich glaube, das ist im Moment ziemlich sinnlos.

Was mich persönlich wirklich interessiert, ist: Wenn diese Kopftuchbescheide jetzt fallen, was passiert konkret mit den betroffenen türkischen Frauen, denn es handelt sich um Schimmelbescheide, in die einfach die Namen von türkischen Frauen eingesetzt werden, ohne das ihr Einzelfall geprüft wird. Das ist neben einem hohen Grad an Unmenschlichkeit auch eindeutig gesetzwidrig, weil auch das Aufenthaltsge- setz verlangt, daß jeder einzelne Fall genau und konkret geprüft wird.

Ich frage dich jetzt: Was passiert mit den Frauen, deren Aufenthaltsbewilligung und deren Familiensam- menführung mit diesen offensichtlich kulturrassis- tischen Schimmelbescheiden abgelehnt worden ist?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Zum ersten möchte ich schon darauf hinweisen, daß der Herr StR Hatzl die Rechtsbeurteilung, die hinter diesen Formulierungen steht, verteidigt hat. Ihm ist es nicht um die Formulierung selbst gegangen. Und das macht schon einen massiven Unterschied aus, wie ich meinen würde, denn die Rechtsansicht, die hinter diesen Formulierun-

gen steht, ist ja offensichtlich eine, die nicht nur in der MA 62 existent ist, sondern auch, in der Folge gesehen, im Innenministerium.

Ich kann das als Nichtjurist nicht so ohne weiteres beurteilen, werde mich aber damit auseinandersetzen. Ich bin ja kein Sprachforscher. Ich bin überzeugt davon, daß sich heute für vieles Gutachten finden lassen, daß man das als sprachrassistisch bezeichnen kann.

Ich kann das, wie gesagt, nicht beurteilen, denn ich verstehe die Formulierungen nicht, wie sie da drin- stehn. Vielleicht ist das auch ein Problem meiner persönlichen mangelnden Integrationswilligkeit in die Sprachwelt der Juristen. Aber das nehme ich auf mich und nehme ich zur Kenntnis, denn ich möchte, daß wir Bescheide so formulieren, daß sie auch jemand lesen kann und befolgen kann, ohne daß er vier Semester oder acht Semester Jus studiert hat. Das ist ein grundsätzliches Problem, mit dem wir uns wahrscheinlich hier auseinanderzusetzen und zu beschäftigen haben.

Ich sage hier nur noch einmal: Ich will solche Formulierungen, unabhängig davon, daß ich lesbare Formulierungen haben will, grundsätzlich auch nicht, und das wird in Zukunft auch nicht sein.

Was mit jenen passiert, deren Bescheide aufgehoben werden und sohin nicht rechtsgültig sein werden, liegt natürlich auf der Hand. Es ist das Rechtsverfahren entweder neu aufzurollen oder sie bekommen den entsprechenden Bescheid. Also so gesehen ist eine ganz übliche Vorgangsweise im Ablauf eines Verwaltungsverfahrens natürlich da. Da kann ich das Problem offengestanden nicht erkennen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Also damit da kein Mißverständnis entsteht: Mir geht es nicht darum bei unserer Initiative, daß es jetzt zu häbischen und an- genehmeren Formulierungen kommt - es ist ganz gut, wenn sich auch die Gemeinde Wien und die MA 62 einer etwas anständigeren Sprache bedienen -, sondern mir geht es darum, daß unmenschliche Bescheide aufgehoben werden und zerrissene Familien die Chance bekommen, in der Stadt Wien endlich zusammenge- füht zu werden, und daß nicht Frauen einfach deswe- gen, weil sie Türkinnen sind, ohne daß jemals irgend- wer mit ihnen gesprochen hat und sich angeschaut hat, unter welchen Umständen sie leben und was sie in Wien tun wollen, abgewiesen und abgelehnt wer- den.

Wir sollten ein bißchen Sensibilität dafür entwickeln, daß der öffentliche Eindruck entsteht - ich will mich da gar nicht der Haiderschen Formulierung bedie- nen, blauer Trommler in roten Socken oder so was -, daß die MA 62 und StR Hatzl immer stärker die Argumen- tationsmuster der Freiheitlichen Partei direkt in Bescheide übernimmt.

Deshalb ganz konkret meine Frage, denn das ist ir- gendwo für mich die Nagelprobe, ob das jetzt anders wird oder nicht: Werden diese Bescheide, die offen-

sichtlich zu Recht das Attribut "kulturrassistisch" erhalten haben, aufgehoben, und erhalten diese Frauen eine neue Chance auf Aufenthalt in Wien?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Es tut mir leid: Diese Frage kann ich so und aus dem Stegreif heraus überhaupt nicht beantworten, sondern wir werden uns das anschauen, und auch ich werde mir das anschauen und mich vor allem von Juristen beraten lassen, denn immerhin ist das ein Rechtsvorgang, den der Landeshauptmann nicht ex cathedra und aus Eigenmächtigkeit heraus entsprechend verändern kann.

Aber ein anderer wichtiger Punkt ist da schon auch dabei, nämlich jene Sensibilität zu entwickeln, die man notwendigerweise gerade bei Anständigkeit und in der Ausländerpolitik auch braucht. Mir geht es kehrum wiederum nicht um irgendein Gutachten, das Sprachrassismus oder Kulturrassismus hier darstellt, sondern mir geht es um Anständigkeit auch im Alltag der Verwaltung und Anständigkeit gegenüber den Ausländern im Alltag der Verwaltung.

Und wenn man die Notwendigkeit auf der einen Seite anerkennt, daß Familienzusammenführungen auch nur nach Maßgabe der Quotenregelungen stattfinden können, es daher kein schrankenloses Recht geben kann, denn sonst hätten natürlich die Freiheitlichen recht mit ihrem maßlosen Hereinströmen von Ausländern, also wenn es hier Familienzusammenführungen nach Maßgabe der Quoten geben muß, dann ist auf der anderen Seite ganz strikte darauf zu achten, daß es vollkommen Wurscht ist, welcher Nicht-EU-Ausländer das ist, ob das ein Türke, ein Afgane, ein Amerikaner oder ein Japaner ist. Es kann mit Sicherheit in der Ablehnung keine Begründung sein, daß jemand aus einem bestimmten Land kommt.

Und das ist etwas, was für mich durchaus ein Bestandteil einer anständigeren Ausländerpolitik ist, wofür man Sensibilitäten auch entwickeln muß. Wenn es Notwendigkeiten gibt - ob einen die freuen oder nicht ist eine ganz andere Frage und ziemlich Wurscht -, wenn es Notwendigkeiten von Regelungen gibt, dann muß man auf der anderen Seite als Pendant eine besondere Sensibilität und eine besondere Anständigkeit auch entwickeln im Umgang mit Ausländern, die da sind.

Jetzt verhehle ich nicht, daß das eine oder andere dabei passieren kann. Es passiert einiges in der Fremdenpolizei, und es passiert auch einiges bei uns. Aber wer ist fehlerfrei? (Abg Dr Peter Pilz: Nein!)

Wieder, Peter, das ist genau das, von dem du ge raume Zeit hier politisch herinnen lebst. Wenn ich mir die Quantität anschau und die Fehlerquote anschau, die es im Bereich der MA 62 gibt - und ich habe mich in der Vergangenheit damit beschäftigt -, dann liegt diese Fehlerquote unter einem Prozent. Und das halte ich jedenfalls für nicht so verwerlich, daß man ununterbrochen von unanständiger und unmenschlicher Ausländerpolitik sprechen kann.

Ich freue mich auch nicht darüber, wie über jeden anderen Fehler auch. Aber ich muß auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen: Dort, wo Menschen arbeiten, dort gibt es dann gelegentlich auch den einen oder anderen Fehler, auch wenn einem der im Prinzip nicht paßt.

Du willst das zur Systemfrage hochstilisieren. Und das ist der Weg - tut mir leid -, wo ich dir nicht folgen kann.

Zur Frage selber: Ich werde mir das noch einmal genau anschauen, was diese Rechtsmöglichkeiten betrifft und was wir tun können, jedenfalls - ich sage noch einmal - im Rahmen der Quote, und was anständig ist, das werden wir auch tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 7. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg Dr Matthias Tschirf und gerichtet an den Herrn Landeshauptmann. - Ich bitte dich, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage "Wann wird im Wiener Landtag das Rederecht für den Präsidenten des Rechnungshofs eingeführt?" an den Landeshauptmann ließe sich natürlich sehr leicht und einfach beantworten: Mit Sicherheit an dem Tag, nachdem der Landtag das beschließt. Denn ich bin ja nicht der Landtag.

Aber das wäre schnoddrig, und das will ich eigentlich nicht, denn ich verhehle nicht, daß im Hinblick auf die sehr klare und deutliche Trennung zwischen einem Organ wie dem Gemeinderat mit seinen spezifischen Aufgaben und dem gesetzgebenden Organ des Landtags natürlich ein nicht unwesentlicher Unterschied besteht.

Sohin meine ich, daß wir - ob die Zeit jetzt dazu geeignet ist, weiß ich nicht, vielleicht machen wir das später - durchaus darüber nachdenken sollten, inwiefern Begründungen, die ganz unbestreitbar auf den Gemeinderat zutreffen, so ohne weiteres auch auf den Landtag im Hinblick auf die Ablehnung dieses Rederechts zutreffen.

Was ich Ihnen hier signalisieren will, ist im Prinzip kein Verweis auf frühere Beantwortungen oder sonst irgend etwas, sondern was ich hier will, ist, zu signalisieren, daß es bei mir eine Nachdenklichkeit gibt, was die Beziehung Rechnungshof und Landtag letztendlich auch betrifft und man bei guter Zeit - ob Wahlkampfzeiten gut sind, weiß ich nicht, aber bei guter Zeit - über das ernsthaft reden sollte.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Herr Landeshauptmann, ich habe jetzt mit Freude vernommen, daß Sie hier gesprächsbereit sind, weil ja der Bundesverfassungsgesetzgeber schon vor mehreren Jahren den Ländern die Möglichkeit gegeben hat, und es ist ja so, daß beispielsweise Ihr burgenländischer Kollege Stix sicherlich gute Erfahrungen berichten kann über die Einbindung des Rechnungshofpräsidenten, dem das

Rederecht im Burgenländischen Landtag eingeräumt ist.

Kann ich also aus Ihren Äußerungen, die Sie jetzt gemacht haben, schließen, daß Sie nach den Wiener Landtagswahlen bereit sind, daß über eine möglichst umfassende Einbindung des Rechnungshofes und über die verstärkte Möglichkeit dadurch für die Abgeordneten, entsprechende Informationen zu bekommen, hier Gespräche geführt werden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Ich möchte zunächst schon noch einmal darauf hinweisen, daß der Vergleich mit dem Burgenland natürlich ein nicht ganz zulässiger ist. Ich sage bewußt "ein nicht ganz zulässiger", denn der Burgenländische Landtag ist, wie die übrigen Landtage der anderen Bundesländer, mit Ausnahme von Wien, eben Landtag, basta, und hat die Gemeinden dann als die dritte Verwaltungsebene mit ihren Gemeinderäten entsprechend unter sich.

In Wien ist die Situation sicherlich eine etwas kompliziertere, weil schon durch die Personenidentität Landtag und Gemeinderat miteinander verquickt sind. Ob dies eine hinreichende Begründung darstellt, auch juristisch gesehen, auch vor dem Hintergrund des Bundesgesetzes gesehen, das ja nun schon einige Zeit in Kraft ist und frühere Anfragebeantwortungen aus der Vorzeit dieses Gesetzes stammen, ist die Frage.

Das ist eine Sache, die ich gern hinterfragen möchte. Aber wenn Sie es gern noch einmal hören: Jawohl, ich bin grundsätzlich politisch bereit, über eine stärkere Einbindung des Rechnungshofs im Bereich des Wiener Landtags und der Tätigkeit des Wiener Landtags zu reden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Es freut mich, diese klare Aussage von Ihnen zu hören.

In diesem Zusammenhang gibt es immer wieder Probleme mit der Übermittlung von Rechnungshofberichten an die einzelnen Gemeinderäte. Ich sage das deshalb, weil der Gemeinderat hier aufgrund der Stadtverfassung und auch des Budgets die Rolle spielt, die anderswo der Landtag hat.

Daher glaube ich, daß es sehr wohl auch formal möglich ist, dazu eine Frage zu stellen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß künftig die Berichte des Rechnungshofs - wie im Nationalrat - noch am gleichen Tag an die Abgeordneten ausgegeben werden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Eine ewige Diskussion, die es dazu gibt, ist, den Rechnungshofbericht augenblicklich an die Gemeinderäte auszusenden und gleichzeitig die Stellungnahme, die de facto von der Verwaltung erarbeitet wird, mit dem Rechnungshofbericht gemeinsam auszusenden.

Das ist ein Punkt, von dem ich ganz offen sagen

muß, daß man sich relativ rasch darüber einig werden sollte. Denn es ist leicht nervlich, sage ich, daß man sich wegen solcher Formaldinge zum Teil jahrelang herumstreitet.

Persönlich halte ich es für vernünftig, daß man die Stellungnahme der Betroffenen im gegenständlichen Fall gleich mitübermittelt bekommt. Ich denke daran - nachdem in der allernächsten Zeit ein Rechnungshofbericht, soweit ich weiß, nicht ansteht - diese Praxis beizubehalten. Aber auch diesbezüglich gibt es wahrscheinlich verschiedene Möglichkeiten, wie man damit umgehen kann.

Grundsätzlich - vom Ablauf und von den Informationsabläufen her - halte ich die Vorgangsweise, daß man den Rechnungshofbericht gemeinsam mit der Stellungnahme der Betroffenen an die Gemeinderäte übermittelt, für eine vernünftige Vorgangsweise. Meines Wissens dauert das im Regelfall etwa 14 Tage. (Abg Dr Matthias Tschirf: Vier Monate!)

Wenn das Ganze vier Monate dauert, ist es natürlich ein Schmarren! Aber zumindest nach den Erfahrungen, die ich als amtsführender Stadtrat hatte, war das in etwa die Zeit, die man dazu gebraucht hat.

Auf jeden Fall werde ich schauen, daß es verkürzt wird, denn alles andere ist ein Unfug!

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 8. Anfrage, gestellt von Frau Abg Schwarz-Klement, gerichtet an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport.

Ich bitte Sie, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Frage zu beantworten.

LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete!

Auf Ihre Frage, inwieweit ich gesetzliche Maßnahmen treffen werde, um die groben Ungerechtigkeiten, die den Pflegegeldbeziehern nach der Änderung des Pflegegeldgesetzes aufgrund des Sparpakets aufgezwungen werden, auszugleichen, darf ich Ihnen antworten, daß ich mich mit den Formulierungen, die Sie wählen, nicht identifizieren kann, weil sie teilweise nicht dem entsprechen, was auf Bundesebene Tatsache ist.

Ich darf Ihnen aber sagen, daß in der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen diese Partner übereingekommen sind, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen nach gleichen Zielsetzungen und Grundsätzen zu regeln. Ein Abgehen von den auf Bundesebene vorgesehenen Kürzungen würde folglich gegen den Grundgedanken der genannten Vereinbarung verstößen und kann daher vom Land Wien nicht vorgenommen werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage, bitte.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Das ist sehr schön, was Sie jetzt gesagt haben.

Aber ich meine, es kann doch nicht so sein, daß man sich auf den Bund zurückzieht und sagt, das ist nicht meine Angelegenheit. Schließlich haben auch Länder verschiedene Regelungen getroffen.

Wenn ich mir das Ganze anschaue, gibt es zum Beispiel bei der Senkung der Stufe I bestimmte Kriterien, warum man das Pflegegeld überhaupt bekommt. Ich darf nur kurz den ersten Satz zitieren: "Personen, die ständig sowohl der Betreuung als auch der Hilfe bedürfen."

Aufgrund Ihrer Plakataktion vor den Nationalratswahlen haben die Leute Ihren Aussagen vertraut. Nunmehr wird aber das Pflegegeld - gerade in der Stufe I - um fast 600 S monatlich gekürzt.

Wie sollen die Menschen, die in Therapien sind oder Therapeuten aufgenommen haben, diese Kürzung jetzt verkraften?

Präsidentin Ingrid Smejkal: War das schon die Frage? (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ja!)

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

LhptmSt Grete Laska: Noch einmal: Die Vereinbarungen, die zwischen dem Bund und den Ländern bestehen, sind Vereinbarungen, an die sich beide Partner zu halten haben.

Ich verstehe eigentlich nicht, wieso Ihnen als Abgeordnete dieses Stehen zu Vereinbarungen als etwas erscheint, das Sie nicht akzeptieren. Ich denke mir, es ist die Basis unserer demokratischen Gesellschaft, daß man sich an Vereinbarungen und auch an Verträge hält.

Der 'Art. 15a-Vertrag, der hier besteht, ist die Grundlage dessen und regelt genau die Beziehungen, die zwischen den Ländern und dem Bund bestehen.

Zu dem, was Sie angesprochen haben, kann ich Ihnen nur sagen, daß Wien über die Pflegegeldregelung hinaus - schon vorher und natürlich auch jetzt - in vielen Bereichen individuelle Regelungen und punktgenau auch sozial gestaffelte Regelungen hat.

Daher wird es so sein, wie es auch tatsächlich läuft, daß jene Menschen, die aufgrund dieser Veränderungen nun massive Probleme haben - wie auch in anderen Fällen - zu den zuständigen Stellen des Magistrats kommen können. Die Fälle werden dann geprüft, um dann in Einzelfällen auch helfen zu können.

Diesbezüglich gibt es keine Veränderung zu vorher, sondern das ist eine Vorgangsweise, die wir seit Jahren praktizieren.

Ich sehe auch gar keine Notwendigkeit, dies zu verändern.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Sie haben gesagt: Ich verstehe es nicht.

Ich glaube viel eher, daß die behinderten Menschen unserer Stadt Sie nicht verstehen!

Wenn Sie hier von punktgenauer Regelung und Regelungen, die Sie für behinderte Menschen getroffen

haben, sprechen, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir ein Beispiel dazu anführen würden.

Denn ganz im Gegensatz zu den Versprechungen der Frau Ederer, die gesagt hat, alles wird billiger, wird alles teurer. (Lhptm Dr Michael Häupl: Das entspricht aber nicht der Inflationsrate! Das ist absoluter Unsinn!)

Wenn ich mir jetzt anschaue, daß zum Beispiel das Taschengeld für Behinderte, die sich in Heimen befinden - das gilt auch für geschützte Werkstätten - , um die Hälfte gekürzt wird, muß ich sagen, ich verstehe Sie nicht!

Präsidentin Ingrid Smejkal: War das jetzt eine Frage? (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ja!)

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte.

LhptmSt Grete Laska: Ich habe die Frage nicht wirklich erkennen können, weil pauschale Behauptungen, die Sie im ersten Halbsatz ablehnen, um im zweiten Halbsatz eine ebensolche pauschale Behauptung aufzustellen, halte ich bei einer sachlichen Auseinandersetzung - gerade im Sinn von Menschen mit besonderen Bedürfnissen - für nicht wirklich angebracht.

Ich meine, daß Sie sich gerade in der Frage, die Sie angesprochen haben, nämlich daß alles billiger wird - und ich denke mir, Sie beziehen sich auf die Aussagen zu unserem Beitritt zur Europäischen Union, einfach statistisches Material zu Gemüte führen sollten. Dann würden Sie auch die Auswirkungen in vielen Bereichen sehen und solche Pauschalurteile, von denen Ihnen vielleicht vorgegeben wurde, daß Sie diese sagen sollen - wie wir das heute schon in anderen Fällen mehrfach gehört haben - nicht aus Überzeugung wiederholen. Wenn Sie das aber einfach nur aus parteipolitischer Disziplin tun, ist das Ihre Angelegenheit!

Unsere Angelegenheit ist es, für die Wienerinnen und Wiener - und speziell für die Menschen mit besonderen Bedürfnissen - Sorge zu tragen, damit auf der einen Seite den gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen wird und auf der anderen Seite in individuellen Fällen dafür Sorge getragen wird, daß ihnen geholfen wird. Wien ist betreffend diese Gruppe von Wienerinnen und Wienern in vielen Bereichen vorbildlich.

Ich meine daher, daß wir mit pauschalen Angriffen, die im Einzelfall und im Detail absolut nicht zielführend sind, aufhören sollten! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von der Grünen Alternative Wien zwei vorliegen.

Die Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Römer, Ilse-Maria Arié und Mag Helmut Kowarik haben eine an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend das Krankenkassensanierungspaket eingebracht.

Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurden die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den

Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt.

Da dieses Verlangen von der im § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Vor Sitzungsbeginn ist von den Landtagsabgeordneten der Freiheitlichen ein schriftlicher Antrag eingelangt.

Den vier Fraktionen wurde vor Sitzungsbeginn dieser Antrag schriftlich bekanntgegeben. Überdies wird er dem Sitzungsprotokoll im Wortlaut beigefügt. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Die Abgen Ing Karl Svoboda, Franz-Karl Effenberg, Erich Valentin und GenossInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird, eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Umwelt und Verkehr zu.

Die Abgen Dr Friedrun Huemer, Jutta Sander, Jean Margulies, Dr Peter Pilz, Susanne Jerusalem, Hannelore Weber und Günter Kenesei haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Schutz von Minderheiten eingebracht. - Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres und Personal zu.

Wenn dagegen kein Einwand erfolgt, nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 5, 6, 7, 8, 2, 3, 4, 1 und 9 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. - Ein Einwand erfolgt nicht. Ich werde daher so vorgehen.

Die Postnummern 5, 6, 7, und 8 betreffen die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien und das Wiener Garagengesetz geändert werden (Verfahrensnovelle), die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Gehsteignovelle), die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Garagengesetz und die Bauordnung für Wien geändert werden (Garagengesetznovelle), und die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien und das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren geändert werden (Stadtgestaltungsnovelle).

Meine Damen und Herren, wenn kein Einwand besteht, die Debatte gemeinsam zu führen und in weiterer Folge die Abstimmung geschäftsordnungsmäßig getrennt durchzuführen, würden wir diese vier Punkte gemeinsam diskutieren. - Ein Einwand besteht nicht.

Ich darf daher den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Dr Svoboda, bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Hannes Svoboda: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe vor wenigen Tagen die Novellierungen zur Bauordnung - Sie haben diese in einzelnen von der Frau

Präsidenten gehört - als einen wahrhaft revolutionären Schritt bezeichnet.

Ich glaube, in diesen Novellierungen, die wir in großer Gemeinsamkeit erarbeitet haben, kommt zum Ausdruck, daß wir den Bürgern dieser Stadt gegenüber eine andere Haltung beziehungsweise eine andere Einstellung einnehmen wollen. Wir wollen ihm nur dort Vorschriften machen, wo das Gesamtwohl beziehungsweise Gemeinwohl über die Interessen des einzelnen zu stellen ist. Dort, wo der einzelne aber mit ruhigem Gewissen sein Interesse für sich - ohne Schaden der Gemeinschaft - definieren kann, soll er in seiner Entscheidung und in der Durchführung seiner Entscheidung möglichst frei sein.

Daher ist dieser Entwurf zur Bauordnung weitgehend ein Entwurf der gezielten Deregulierung, der Rücknahme von Vorschriften und der Vereinfachung und somit der Flexibilisierung.

Aber in dem für die Stadtentwicklung sehr wichtigen Bereich der Ökologie, des Grüns in der Stadt - das ist der Bereich, wo wir uns nicht darauf verlassen können, daß der einzelne diese Gesamtinteressen auch genügend wahrnimmt - kommt es in der Tat zu einer begrenzten Zunahme von Vorschriften. Aber die Ökologie, das Grün in der Stadt beziehungsweise das Kleinklima müssen uns so wichtig sein, daß auch entsprechende Schritte gesetzt werden.

Gerade in den letzten Wochen, wo wir uns mit den Städten im Rahmen der UN-Konferenz HABITAT und den Nachfolgediskussionen auseinandergesetzt haben, ist klargeworden, daß das Stadtwachstum zunehmen wird. Immer mehr Menschen leben in den Städten. Es kann aber nicht so sein, daß die Städte immer mehr zu Betonwüsten werden.

Wir haben als Stadt Wien das Grün bereits in vielem bevorzugt. Wo es aber um das dichtbebaute Stadtgebiet geht, ist es durchaus sinnvoll gerade das Kleinklima betreffend Schritte zu setzen.

Es hat jüngst eine Studie gegeben, die in deutschen Medien ausführlicher zitiert war und die belegt, daß auch die Zunahme mancher Krankheiten mit der Abnahme von Grün in dichtbebauten Stadtteilen einhergeht.

Wir sind aber Vertreter einer dichten Stadtentwicklung, weil sie umgekehrt wiederum dazu beiträgt, daß es zu weniger Verkehr kommt.

Gerade in diesen Bereichen muß es eine Kombination zwischen dichter Stadtentwicklung und dennoch der Erhaltung und sogar auch Schaffung von mehr Grün geben. Es geht nicht nur um die Erhaltung der grünen Innenhöfe, die zum Beispiel einen wesentlichen Bestandteil darstellen, sondern auch um Baumpflanzungsgebote und andere Gebote, die wir dem Bürger im Interesse des Gemeinwohls durchaus - ich sage das unter Anführungszeichen - "aufladen". Dennoch ist der Großteil der Novellierung eine Deregulierung beziehungsweise eine Rücknahme von Verpflichtungen des Bürgers, die er bisher einzuhalten hatte.

Dazu wird es natürlich auch eine grundsätzliche Änderung seitens der Verwaltung geben müssen, flexibler auf die Wünsche des Bürgers zu reagieren, wenn - wie gesagt - nicht Interessen des Stadtbilds und der gesamten Stadtgestaltung entgegenstehen.

Ich möchte gar nicht mehr dazu sagen und den Rednern nichts vorwegnehmen.

Ich möchte nur noch ein paar Dankesworte an die Vertreter aller Partien sagen, die in einer sehr guten und konstruktiven Atmosphäre diskutiert haben. Das Interesse an einer tiefgreifenden und durchgehenden Novellierung ist - insbesondere auch in dem Arbeitskreis, den Abg Riedler geleitet hat - im Vordergrund gestanden.

Ich möchte mich bei ihm sehr herzlich bedanken und kann dies umso mehr tun, weil das heute auch schon die Vertreter der anderen Parteien getan haben. Er hat mit sehr viel Umsicht und Geduld die Diskussionen geleitet!

Ich möchte mich auch bei den vielen Experten von den Kammern und von den Interessenvertretungen - ob das jetzt Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer oder Architektenkammer ist - bedanken, die sich zur Verfügung gestellt haben und sehr viel an zusätzlichen Ideen einfließen haben lassen.

Ich möchte mich natürlich auch bei den Mitarbeitern dieses Hauses - der Beamtenchaft - bedanken. Es war für sie nicht immer leicht, über den eigenen Schatten zu springen und aus der Philosophie, die jahrzehntelang die Politik und nicht nur die Beamtenchaft vertreten haben - nämlich möglichst alles im Detail zu regulieren, bei jedem Problem sofort zu sagen, wie kann ich durch eine neue gesetzliche Bestimmung eine Regelung finden und ohne daß man bedacht hat, daß man nie alles im Detail so regeln kann, wie es jeder einzelne Bürger wünscht -, hinwegzuschreiten und für eine neue Philosophie offen zu sein. Aber es ist gerade aus der Beamtenchaft sehr viel Know-how, sehr viel Wissen und sehr viel Bereitschaft gekommen, um diese Novellierung vorzunehmen.

Ich bin auch der Meinung, es ist nicht so, daß die Novellierung nun über Jahrzehnte halten wird. Aber sie ist - und diesbezüglich habe ich mich erkundigt - die größte Novellierung und durchgreifendste Änderung seit Bestehen der Bauordnung.

Es gibt noch einige Schritte, die wir setzen werden.

Die Techniknovelle kann heute noch nicht beschlossen werden.

Ein zentrales Thema ist die weitere Reduzierung des Energiebedarfs, denn das, was ich über die Ökologie im Sinne des Grüns gesagt habe, betrifft natürlich auch genauso den Energiebedarf. Wir verbrauchen zuviel Energie und müssen wesentliche Schritte setzen, diesen Energiebedarf - auch wenn schon viel in dieser Stadt getan worden ist - herabzusetzen. Hier könnten wir durch diese Verordnung - die hoffentlich die EU reibungslos passieren wird - noch mehr reduzieren, weil das Energiesparen muß ein wesentlicher

Bestandteil unserer Lebens- und Stadtphilosophie werden.

Im Übrigen wird es auch entsprechende Anpassungen für die Kleingärten geben. Das Kleingartengesetz werden wir in der Augustsitzung beschließen können, sodaß wir dann all das, was wir noch vor dem Sommer beschließen können, auch vollständig erledigt haben.

Jedenfalls herzlichen Dank an alle - auch an diejenigen, die ich vergessen habe -, die mitgeholfen haben, diese grundlegende Veränderung der Bauordnung herbeizuführen!

Ich hoffe auf eine möglichst breite Zustimmung in diesem heutigen Landtag. - Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Gemäß § 35 Abs. 1 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

StR Mag Christoph Chorherr: Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Außenstehende fragen sich, wenn wir bei Landtagsdebatten Novellen von Gesetzen beschließen, deren Begrifflichkeit nur Insidern bekannt ist, was denn das für eine Auswirkung auf sie hat. Hat das überhaupt eine Relevanz, was hier besprochen wird?

Ich möchte an einem sehr wesentlichen Detail des Garagengesetzes in der Bauordnung zeigen, daß wir heute in der Tat eine Novelle beschließen, die sehr wesentlich und sehr fundamental in die Verkehrs-, in die Bau- sowie in die Umweltpolitik Wiens eingreifen wird und eine grundlegend neue Weichenstellung ermöglicht.

Vorweg möchte ich sagen, daß wir dem Garagengesetz der Bauordnung zustimmen. Eine breitere Analyse wird dann noch Herr Abg Kenessai vornehmen. Ich möchte mich hingegen auf jene Teile konzentrieren, die ich für sehr wesentlich und auch für mutig halte. Ich freue mich, daß diese heute angenommen werden. Es betrifft die rechtliche Möglichkeit - die heute geschaffen wird -, autofreie Stadtteile in Wien zu errichten.

Noch einmal zu den Rahmenbedingungen: Wir bekommen jedes Jahr in Wien zwischen 10 000 und 15 000 Autos netto dazu. Ein jeder ist ein Scharlatan, der sagt, es gibt irgendwo einen Knopf, mit dem man das mit demokratischen Instrumenten reduzieren kann. Es bedarf einer mutigen und neuen Politik, die in der Tat eine jahrzehntelange Entwicklung beendet und Möglichkeiten einer neueren umweltverträglichen Mobilität schafft.

Hier Experimente zu wagen, dem stand bisher das Garagengesetz entgegen, das nach der neuen Verordnung strikt vorgeschrieben hat, pro Wohnung einen Stellplatz zu errichten, weil der Normalfall ist, daß

jeder Mensch ein eigenes Auto hat. Das würde von der Prognose her sicherlich heißen, daß Wien weiterhin an Autos zunimmt.

Kurz noch eine Replik zu gestern, wo von Seiten der Sozialdemokratie stolz verkündet wurde, wie viele Tausende Park-and-ride-Plätze geschaffen wurden. Ein einziges Jahr Neuzulassungen in Wien mit 13 000 Autos frisst sofort alle Park-and-ride-Plätze weg. Hier humpeln wir einer Realentwicklung nach, wo wir uns als Politiker, denen Umweltpolitik ein Anliegen ist, die Frage stellen müssen, ob wir etwas tun können.

Ich freue mich, als Oppositioneller einmal sagen zu können, daß das, was wir heute tun, ein mutiger, neuer und wesentlicher Schritt ist.

Lassen Sie mich diesen ausführen: Es gibt - das habe ich immer wieder argumentiert - eine Reihe von Menschen in der Stadt, die sagen, sie können sich Mobilität ohne eigenes Auto vorstellen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen stimmen.

Jetzt bemühen wir uns, einmal auszuprobieren, ob so etwas funktionieren kann, indem wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

Finden sich Menschen, die sagen, Mobilität heißt für sie Benützung öffentlicher Verkehrsmittel, Benützung von Fahrrädern, zu Fuß zu gehen und gelegentlich sinnvolle Autonutzung?

Ich betone einmal mehr, es ist manchmal sehr angenehm, auch im Stadtbereich ein Auto zur Verfügung zu haben.

Die für uns spannende Streitfrage muß sein, ob das nur organisiert werden kann, wenn jeder Mensch ein eigenes Auto besitzt, das dann zu 99 bis 99,5 Prozent der Zeit herumsteht und mit unglaublichem finanziellen Aufwand, mit unglaublicher Streiterei, Oberflächengestaltung et cetera die Straßenraum verstellt. Was geschieht hier?

Es war in der Tat - und da möchte ich mich den Dankesworten von StR Swoboda anschließen - keine leichte Geburt, und zwar keine leichte juristische Geburt sowie keine leichte politische Geburt. Es gab eine Reihe von Einwänden gegen dieses Experiment mit autofreiem Wohnen, die gelautet haben: Funktioniert das überhaupt? Wie schaffen wir die rechtlichen Möglichkeiten? Wie argumentieren wir mit dem Bezirk?

Es gab auch Einwände seitens der Kammer, wo ich mich auch in diese Richtung durchaus bedanken will, daß es möglich ist, zu einer Zeit, wo Politiker-bashing in der Öffentlichkeit verankert ist - alle sind Gauner und nur Nehmer -, zu sagen, wir haben einen Auftrag, Reformen zu beschließen, und es gelingt, in einer mühsamen Kleinarbeit einen großen Entwurf darzustellen.

Wie schaut dieser aus? Was beschließen wir heute? - Es wird in Zukunft möglich sein, für begrenzte Teile des Stadtgebiets grundsätzlich eine rechtliche Möglichkeit zu schaffen, damit diese als autofreie Stadtteile von Wien realisiert werden können. Also nicht nur dafür, um einmal etwas auszuprobieren. Das wäre in der Tat nämlich verrückt.

Der Kompromiß hat so ausgesehen, daß durchaus eine beträchtliche rechtliche Hürde eingebaut wird. Das heißt, jedesmal muß der Gemeinderat einen eigenen Bebauungsplan beschließen, wo der Bezirk eben sagt, hier haben wir ein Interesse und können uns das vorstellen, wo die öffentlichen Verkehrsmittel entsprechend ausgebaut sind und - ich füge hinzu - wo es Menschen gibt, die sagen, sie wollen so wohnen, brauchen kein eigenes Auto, sondern bedienen sich am Car-sharing beziehungsweise Leihautos, um den notwendigen Restbedarf an Automobilität zu tätigen, und probieren das Ganze einmal aus.

Noch einmal zu Ihrer Information: Für dieses erste Projekt in Floridsdorf sind rund 450 Personen vorangemeldet. Es läuft jetzt ein Bauträgerwettbewerb für dieses erste Projekt. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß das im Grunde genommen ein Pilotprojekt sein soll, dem eine Reihe weiterer Projekte folgen.

Ich nenne jetzt einen Bezirk, wo ich mir das sehr gut vorstellen kann und auch der zuständige Bezirksvorsteher - sagen wir einmal so - durchaus freundliche Ohrwuscheln gemacht hat, wie man in Wien sagt. Das ist der Bereich des 20. Bezirks, der von der öffentlichen Erschließung zumindest genauso gute Angebote bietet wie der 21. Bezirk.

Ich kann mir vorstellen, daß es in Zukunft fast zur Norm werden kann, wenn die Menschen sehen, daß das funktioniert und sie immer dann, wenn sie ein Auto brauchen, ein Auto ihrer Wahl zur Verfügung haben, auf das sie zurückgreifen können, und wo die öffentlichen Verkehrsmittel so gut ausgebaut sind, daß es nicht als Verzicht, sondern als Befreiung gesehen wird, wenn man nicht das eigene Auto vor der Haustür stehen hat. Man kann das Auto nutzen, das man braucht, also den Kleinbus, wenn man Transporte vornimmt, das Kleinauto, wenn man vielleicht in die Stadt fährt, den Transporter oder alle möglichen Autos, die man zur Verfügung hat.

In Summe gesehen ist es eine große Vision, daß es möglich ist, daß der Autoverkehr und der Autobestand in einer reichen Großstadt zurückgehen.

Wir schaffen heute die Voraussetzungen dafür, um dies einmal auszuprobieren. Ich halte es für gescheit, daß man sagt, schaffen wir restriktive Voraussetzungen, probieren wir es einmal aus und schauen wir, ob es funktioniert, bevor wir uns in unendliche Debatten versteigen, wo wir sagen, es geht, und viele andere sagen, es geht nicht, und schließlich Kräfte aufeinanderprallen, aber eigentlich nichts weitergeht, also eine Gesamtlähmung eintritt.

Wenn das Ganze funktioniert - wovon ich persönlich überzeugt bin -, schaffen wir sicher weitere Pilotprojekte.

Ich möchte mich auch als Oppositioneller bei all jenen bedanken, die über ihren Schatten gesprungen sind. Das beginnt bei vielen - auch korrekten - Juristen, die gesagt haben, es ist nicht ganz einfach, das zu vereinbaren, und die letztlich eineinhalb Jahre lang an dieser Novelle herumgebastelt haben.

Ich glaube, das ist der 36. Entwurf betreffend den Bereich des Garagengesetzes, mit dem hier eine Form gefunden wird. Ich gestehe aber auch ein, eine 100prozentige Garantie, daß das funktioniert, kann niemand geben. Es bleibt in diesem Fall ein kalkulierbares Restrisiko, daß das letztlich nicht funktioniert.

Ich richte meinen Dank auch an den Bezirk - also an den 21. Bezirk -, der sich etwas traut. Es werden 250 Wohnungen nicht mit 250 Stellplätzen, sondern nur mit 25 Stellplätzen errichtet, wo er durchaus gegenüber den Anrainern argumentieren muß, was passiert, wenn das Ganze nicht funktioniert. Danke, daß hier ein innovativer Weg gegangen wurde, wo wir auch gesagt haben, es gibt gewisse Spielräume, und schließlich Kompromisse geschlossen wurden.

Auch von seiten der Frau Dr Rothauer und des Präsidenten Nettig hat es einige Gespräche gegeben. Es ist nämlich auch wichtig, daß hierzu eine breite Zustimmung vorhanden ist. Denn bei einem solch großen Projekt hat es keinen Sinn, daß man sich in den ersten Runden die Schädel einschlägt!

Natürlich danke ich auch dem StR Swoboda, der nicht über seinen Schatten springen mußte, sondern diesem Projekt von Anfang an aufgeschlossen gegenübergestanden ist. Wie der Bürgermeister und auch der Wohnbaustadtrat hat er gesagt, daß wir es einmal ausprobieren.

Ich freue mich, daß es auch in einer Vorwahlzeit, in der alle so tun, als ob wir nun politisch Krieg gegeneinander führen, möglich ist, einen großen Schritt weiterzugehen.

Wenn einige Kollegen Gemeinderäte, die in den verschiedensten Bezirken Wiens ihre politische Heimat haben, zuschauen und sich das überlegen, will ich sie auch noch mit einem Zuckerl locken: Es gibt nicht sehr viele Bauprojekte in Wien, wo Anrufe aus allen Ländern Europas kommen, die fragen, wie es unserem Wohnprojekt, dem Projekt "autofreier Stadtteil in Floridsdorf", geht.

Ich hoffe, daß es bald in der Brigittenau, in Währing, in Penzing und überall in Wien solche Projekte geben wird, weil ich glaube, daß das zu einem Normalfall werden kann. Das kann ein Projekt werden, wo sich Wien bei der nächsten oder übernächsten Nachfolgekonferenz - die sich HABITAT III nennt - hinstellen und sagen kann: Schaut her! Wir wollen bezüglich des Verkehrsproblems und des Umweltproblems, vor dem alle Großstädte der Welt stehen, nicht einen Weg gehen, daß wir kein Geld mehr haben, um neue Mobilität zu gewährleisten! Sondern wir - als reiche Stadt - sagen, wir schaffen mehr Mobilität, mehr Zufriedenheit, mehr Umweltverträglichkeit und zeigen, daß der Autoverkehr zurückgehen kann! Und das haben wir nicht nur studienmäßig im Kopf, sondern zeigen es anhand konkret realisierter Umsetzungsprojekte!

Und die Leute dann sagen: Schaut her! Wir wohnen da! Das funktioniert super! Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wieso ich einmal so verrückt war, mir einzubauen, ein eigenes Auto zu bezahlen und mich damit

herumquälen zu müssen! Ich habe mich davon befreit! Ich bin mobiler! Es ist mir mehr Geld übergeblieben!

Wenn wir damit europaweit - und vielleicht sogar darüber hinaus - berühmt und bekannt werden, werden wir daran zurückdenken, daß wir einmal unter dem bürokratischen Titel "Gesetz, mit dem das Wiener Garagengesetz und die Bauordnung geändert werden (Garagengesetznovelle 1996)" unseren Beitrag dazu geleistet haben.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Rothauer. Ich erteile es ihr.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir beschließen heute in der Tat eine sehr große Verordnungsreform, auf die wir alle stolz sein können!

Ich möchte insbesondere das Positive an unserem gemeinsamen Vorhaben herausstreichen, aber auch den Mut, den wir alle dazu gebraucht haben. Das ist auch schon gesagt worden.

Wenngleich wir in den sehr eingehenden Verhandlungen und Arbeitssitzungen, die dazu notwendig waren, naturgemäß nicht alle Interessengegensätze bis ins Detail ausräumen konnten, haben wir uns doch in den wichtigsten Punkten getroffen. Daher können wir heute - alle vier Fraktionen - diesem Werk zustimmen.

Ich möchte mich gleich zu Beginn den Dankeswörten, die bereits gefallen sind, anschließen.

Ich bedanke mich für das gute Arbeitsklima in dem Arbeitskreis, wo sehr intensiv gearbeitet wurde.

Für die besonders gute Betreuung der Mitarbeiter dieses Hauses und natürlich auch für die umsichtige Verhandlungsführung unseres Vorsitzenden bedanke ich mich ebenfalls.

Vor allem bedanke ich mich für den guten Willen, den alle mitgebracht haben, um einen Konsens zu finden, der tragfähig ist, auch wenn der eine oder andere auf einige Details verzichten mußte oder noch der eine oder andere schmerzliche Konflikt übriggeblieben ist, worauf ich dann noch aus meiner Sicht eingehen werden.

Ich darf aber trotzdem an dieser Stelle auch ein kleinwenig Eigenlob und Selbstmitleid äußern. Es war wirklich nicht einfach, sich durch diese Berge von Papier durchzuwühlen und wiederholt Texte zu vergleichen, worauf sich die Änderungen jetzt beziehen. Ich will nicht ins Detail gehen, aber ich glaube, wir haben es alle sehr ernst genommen und zu Recht viel Arbeitszeit dafür aufgewendet.

Ich hoffe, es wird sich lohnen und von all denen, für die wir es getan haben - nämlich von den Konsumenten -, bedankt werden.

Ich habe schon gesagt, auch wenn die Bauordnung nun von allen Fraktionen im Grundsatz getragen wird, gibt es einige Detailzweifel oder Konflikte, die geblieben sind. Ich möchte aus meiner Sicht einige anführen.

Die Änderung der Gehsteigverpflichtung ist zum

Beispiel aus meiner Sicht ein bißchen zweifelhaft. Ob es für den Anwender - also den Konsumenten - ein Vorteil ist beziehungsweise von jedem als Vorteil empfunden wird, daß er die Herstellung nicht mehr selbst leisten kann, sondern in Form einer Geldleistung an die Stadt Wien abzugeben hat, werden wir noch sehen.

Wir haben auch eine Ökologisierung angestrebt. Daher ist ein weiterer Schritt hinzugekommen, der einer Deregulierung eigentlich ein wenig widerspricht, nämlich die Verpflichtung zu Grüngestaltungsplänen - obwohl ich auch dafür ein Einsehen habe - verbunden mit einem Baumpflanzgebot, wo pro 250 Quadratmeter zwingend ein Baum zu setzen ist. Ich halte das für ein sehr enges Korsett und bin mir nicht sicher, ob sich das in der Praxis bewähren wird.

Ich komme jetzt zur Garagengesetznovelle.

Herr StR Chorherr, weil Sie mir schon einige Vorschüßlorbeeren bezüglich des Konsenses, den wir gefunden haben, erteilt haben, sage ich schon, es war - sozusagen - der kleinste gemeinsame Nenner. Die Form, die wir jetzt gefunden haben, war ein Kompromiß und ist aus meiner Sicht wesentlich besser als das ursprüngliche Vorhaben, nämlich die Variante zu dem jetzt Beschlussenen, daß man das praktisch durch eine Generalermächtigung löst und auf die Basis privatrechtlicher Vereinbarungen stellt.

Mit dem, was wir jetzt an Gesetzesgrundlage geschaffen haben, scheint aber die Verzichtsfrage noch nicht geklärt und auch nicht so optimistisch zu beurteilen, wie Sie es getan haben, Herr StR Chorherr.

Es ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel, daß die Bevölkerung, wo es möglich, zumutbar und wahrscheinlich sogar günstiger ist, auf das individuelle Kraftfahrzeug verzichtet und öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Aber die Voraussetzung dafür, daß jemand auch auf Stellplätze verzichten kann, ist, daß er auch auf den Besitz des Fahrzeugs verzichtet. Das heißt - ich sage das jetzt in einfacheren Worten -, wenn jemand vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt, um seine Wege zurückzulegen, steht sein Kraftfahrzeug zur selben Zeit irgendwo.

Wenn wir solche Zonen schaffen, wo die Stellplatzverpflichtung nicht im Ausmaß eins zu eins einzulösen ist, und die Leute in der Tat nicht auf den Besitz ihres Kraftfahrzeugs verzichten, haben wir diese auf der Straße herumstehen. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Es wird sich vieles in der Praxis weisen. Wir sind darauf angewiesen, weil wir haben - wie gesagt - mit einem mutigen Schritt Neuland betreten. Wir werden sehen, inwieweit wir in der Praxis damit Erfolg haben.

Jedenfalls waren wir alle bereit, das Risiko notwendiger Nachjustierungen aufgrund der praktischen Erfahrungen einzugehen, damit dieses Gesamtwerk nicht gefährdet ist.

Insgesamt überwiegen die positiven Effekte sowohl für den einzelnen Bürger als auch im Gesamtinteresse gegenüber gewissen Zweifeln bei weitem.

Ich kann zum Beispiel auf einige Punkte im Bereich

der Stadtplanung, die jetzt mit der Stadtgestaltungs-Novelle geregelt sind, hinweisen. Die neuen Bestimmungen, die wir für Einkaufszentren eingeführt haben, sind aus meiner Sicht sehr positiv. Sie resultieren aus den Erfahrungen, den Beobachtungen und den Studien, die wir über die Einzelhandelssituation in Wien ange stellt haben.

Wir konnten im Zuge einer gemeinsam erstellen Studie von Stadt Wien und Kammer Wien feststellen, daß sich einzelne Geschäftsstraßen beziehungsweise die Hauptgeschäftsstraßen in Wien sehr gut entwickelt haben. Einzelne haben dies besonders dort gut getan, wo integrierte Einkaufszentren einen zusätzlichen Impuls und eine Aufwertung dieser Straße gebracht haben.

Wir haben daraus die Konsequenzen gezogen und in der neuen Bauordnung nun die Möglichkeit geschaffen, in den Geschäftsstraßen sozusagen die Schraube zu lockern, das heißt, einen Anreiz für Investoren zu setzen, um auf unkompliziertere Weise Einkaufszentren zu errichten.

Wir haben dagegen auf der anderen Seite - und das begründet sich aufgrund der gemeinsamen Studie zur Situation der Fachmärkte in Wien - eine Bestimmung hineingenommen, nämlich daß es auch Einkaufszentrenwidmungen geben wird, wo der Verkauf von Lebensmitteln für den täglichen Bedarf auszuschließen ist.

Das haben wir ganz einfach aus der Sorge getan, daß bei dem Boom, den wir jetzt auf den Sektoren Baumarkt und Möbelmarkt feststellen, sich die Gesamtsituation irgendwann ändert könnte und nicht alle Projekte, die nun errichtet werden sollen, auch wirklich reüssieren und schließlich stillschweigend eine Umwandlung in Einkaufszentren oder Verbrauchermärkte erfolgt, die unsere Nahversorgung dann sehr wohl gefährden können oder auch die Geschäftsstraßenstruktur in Gefahr bringen.

Für mich persönlich ist ein Wunsch offen geblieben. Ich habe angestrebt, daß in der Bauordnung der Begriff "bauliche Einheit" durch "organisatorische Einheit" ersetzt wird. Dies einfach deshalb, weil wir aus der Praxis wissen, daß es Umgehungsversuche gegeben hat - und einzelne Umgehungsversuche auch gelungen sind -, indem man Einkaufszentren, die nicht genehmigungsfähig waren oder keine Zustimmung gefunden haben, nicht auf einem Bauplatz errichtet hat, sondern durch Teilung der Bauplätze.

Mir wäre lieber gewesen, wir hätten auch dieses Problem noch besser oder enger regeln können. Es hat diesbezüglich auch Bedenken gegeben, ob das mit der Bauordnung geht. Ich nehme das einstweilen zur Kenntnis und meine, daß wir vielleicht noch in die Gelegenheit oder in den Zwang kommen, einzelne Nachjustierungen zu machen.

Ich gehe noch auf die Bezirke ein. Auch die Bezirke haben durch große Veränderungen einige Agenden verloren, zum Beispiel die Beschlüffassung über un wesentliche Abänderungen des Flächenwidmungs- und

Bebauungsplans oder ihre Mitwirkung bei Bauverhandlungen.

Ich bin froh, daß wir kompensatorische Informationsverbesserungen, aber auch eine bessere Stellung des Bezirks im Flächenwidmungs- und Bebauungsplanverfahren - wenn es einen Mehrheitsbeschuß des Bezirks gibt - erreichen konnten.

Wir haben gestern über einen solchen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im 19. Bezirk diskutiert, wo die Bezirksvertretung mehrheitlich einen eindeutigen Willen kundgetan hat, dem der Gemeinderatsausschuß nicht gefolgt ist. Hier hat dann der Bezirk in Zukunft noch einmal das Recht, in der Baukommission einen Beharrungsbeschuß zu fassen oder sich zumindest nochmals mit der Causa zu beschäftigen.

Wir haben allerdings einen Grundsatzkonflikt oder einen größeren Kritikpunkt, der uns sehr am Herzen gelegen ist, nicht lösen können. Das ist der Konflikt betreffend die Frage, wen der Gesetzgeber beauftragen kann oder soll, an Behördes Statt gewisse Prüfungen zu übernehmen.

Ich meine damit das vereinfachte Baubewilligungsverfahren, wo nach der jetzigen Novelle nur der Ziviltechniker vom Landesgesetzgeber beauftragt wird, zu prüfen, ob das Bauvorhaben in Übereinstimmung mit den baurechtlichen Vorschriften steht und er somit an Behördes Statt agiert, was auch den einzelnen Bauwerber in die Lage versetzt, dann ein einfacheres Verfahren zu konsumieren, ohne daß eine Bauverhandlung abgeführt werden muß.

Ich halte diese Ausschließlichkeit beziehungsweise diese Regelung für sehr ungerecht gegenüber den Baumeistern, weil die österreichischen Baumeister - im Gegensatz zu ihren Berufskollegen in vielen europäischen Ländern - sehr wohl befugt sind, Bauten zu planen, zu berechnen, auszuführen und sie die Grundlage für diese Befugnis beziehungsweise Befähigung in einer sehr strengen und schwierigen Befähigungsprüfung sowie nach jahrelanger Berufspraxis erwerben.

Ich meine, daß sich die Planungsbefugnis des gewerblichen Baumeisters von jener des Ziviltechnikers nicht unterscheidet und schon aus diesem Grunde eine Ungleichbehandlung nicht gerechtfertigt ist.

Ich sage es noch einmal pointiert: Dem Landesgesetzgeber steht es frei, festzulegen, welche Bestätigung er für ein vereinfachtes Baubewilligungsverfahren heranziehen möchte und anerkennt, damit dieses Verfahren abgewickelt werden kann.

Es erscheint mir wesentlich, daß der Berufsstand, dem diese Agenden übertragen beziehungsweise diese Rechte gegeben werden, auch anerkannt dazu befähigt ist. Die Baumeister, die selbstverständlich versucht haben, diese Sache noch für sich zu entscheiden und beim Bürgermeister interveniert haben, haben auch vom Herrn Bürgermeister schriftlich die Bestätigung bekommen, daß er ihr umfassendes Fachwissen und ihre gründliche Ausbildung in keiner Weise in Zweifel zieht.

Ich bringe daher gemeinsam mit meinem Kollegen

Abg Georg Fuchs einen Abänderungsantrag zur Verfahrensnovelle ein.

Die Begründung erspare ich Ihnen, denn ich habe sie gerade ausgeführt.

Der Abänderungsantrag lautet:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen, im § 70a Abs. 1, erster Satz, sind nach den Worten 'eines Ziviltechnikers' die Worte 'oder eines Baumeisters' einzufügen."

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein Berufsstandskonflikt - wenn Sie diesen Eindruck vielleicht gewonnen haben -, sondern das ist sehr wohl auch ein interessanter Punkt für die Bürger beziehungsweise für die Konsumenten dieses Gesetzes. Denn wir wissen, daß sich sehr viele - ich sage das unter Gänsefußchen, aber es soll in keiner Weise abwertend gemeint sein - "kleine Häuselbauer" eines Baumeisters bedienen, um ihren Plan bei der Baubehörde einzureichen. Sie brauchen offensichtlich keinen künstlerisch veranlagten Architekten. Sie brauchen aufgrund der Befähigung des Baumeisters sicherlich auch keinen Ziviltechniker, um das Gebäude technisch einwandfrei zu errichten.

Was heißt das jetzt? Das heißt, daß sich alle diese Häuselbauer - ich sage diesen lieb gemeinten Ausdruck noch einmal -, wenn sie in den Genuß des vereinfachten Bauverfahrens kommen wollen, zusätzlich oder überhaupt einen Architekten nehmen müssen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das wäre auch für Sie noch einmal Überlegenswert, und erteile Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Ich habe bereits eingangs gesagt, daß es für uns alle, die wir in diesem Arbeitskreis heftig mitgewirkt haben, nicht sehr leicht war, die vielen Textfassungen und Textänderung zu den geltenden unveränderten, die weiterhin bestehen, in einen Konnex zu bringen. Dazu kommt noch, daß wir uns nicht nur eine Deregulierung und eine Vereinfachung vorgenommen haben, sondern eine Radikalkur. Auch insofern, daß es für den Bürger benutzerfreundlicher und für den Anwender des Gesetzes eine bessere Übersichtlichkeit geben wird.

Daher bringe ich gemeinsam mit meinen Kollegen Dr Wawra und Mag Karl einen zweiten Beschußantrag ein.

Ich lese kurz die Begründung vor:

"Die diversen Novellierungen der Wiener Bauordnung haben das Gesetz in seiner Gesamtheit für den Bürger beziehungsweise die Betroffenen unübersichtlich und wenig benutzerfreundlich werden lassen. Dieser Nachteil sollte so rasch wie möglich durch eine Wiederverlautbarung der Bauordnung beseitigt werden.

In der Zwischenzeit wäre es sinnvoll, eine konsolidierte Textfassung zu erstellen, um damit kurzfristig die Benutzerfreundlichkeit zu gewährleisten. Diese konsolidierte Textfassung sollte anschließend mit Kommentaren in der Zeitschrift 'Perspektiven' veröffentlicht werden.

Wir stellen daher folgenden Beschußantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich für eine Wiederver-

lautbarung der Wiener Bauordnung innerhalb eines Jahres aus. Das Amt der Wiener Landesregierung wird ersucht, zur Überbrückung der Zwischenzeit kurzfristig eine konsolidierte Textfassung zu erstellen."

Ich ersuche Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Antrag zuzustimmen, denn wir alle wissen, die 65 Jahre alte Bauordnung mit den inzwischen zahllos erfolgten Novellierungen und Änderungen war schon bisher nicht leicht anwendbar und es wird dann noch komplizierter werden.

Schließen möchte ich meine Ausführungen explizit mit Lob und Anerkennung an alle Beteiligten für das Gelingen und mit einem Appell, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Beispiel auch bezüglich zahlreicher anderer gesetzlicher Normen zu folgen.

Das Schlagwort Entbürokratisierung, Deregulierung, Vereinfachung ist nicht nur in aller Munde, sondern es hat auch seine Berechtigung. Wir müssen uns - wenn wir so etwas vorbringen - wiederholt fragen, woran es liegt, daß die Verfahren so lange sind, man für viele, selbst die kleinsten Dinge Genehmigungen braucht, Hürden und auch Bürokratie zu überwinden hat.

Das Beispiel der Verhandlung bezüglich eines Maronibraters - das auch in der Öffentlichkeit wiederholt herumgegeistert ist - ist allen geläufig. Obwohl der Maronibrater nur eine vorübergehende Einrichtung ist, weil er nur die Hälfte eines Jahres dort steht, wo er beantragt ist, kommen 15 bis 20 Kommissionsteilnehmer für eine Genehmigung zusammen. Die Zahl variiert und war bisher auch damit in Zusammenhang zu bringen, daß er eine Baugenehmigung gebraucht hat.

Das haben wir mit der Bauordnungsnovelle im Baugesetz beseitigt. Aber wir haben noch immer die Bestimmungen nach dem Gebrauchsabgabegesetz, aufgrund derer natürlich auch verhandelt werden muß. (StR Mag Christoph Chorherr: Sie gestatten mir schon einen kritischen Zwischenruf! Die Wirtschaftskammer ist nicht ganz unschuldig daran, daß das alles so kompliziert ist!)

Ich sehe keine Schuld bei der Wirtschaftskammer. (Abg Dr Herbert Madejski: Die Wirtschaftskammer hat mitgeholfen!) Wenn Sie meinen, die Wirtschaftskammer ist schuldig, indem sie auch einen Vertreter hinschickt, wenn es notwendig ist (StR Mag Christoph Chorherr: Nein! Das meine ich nicht!), dann kann ich Sie verstehen. Aber an der Gesetzwerdung sind wir sicher nicht schuldig! Vielleicht sogar nicht einmal beteiligt! (Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Es liegt an der vom Bund beschlossenen Gewerbeordnung!)

Herr Stadtrat, ich weiß schon, daß ich nicht nur die hier Versammelten zur Gesetzesreparatur aufrufen kann, sondern mein Anliegen auch an den Bund zu richten ist. Aber es bleibt dabei, daß wir zwar die Bauordnung entschlackt und wesentlich verbessert haben, aber noch viel zu tun bleibt, weil es noch eine Reihe von anderen Bestimmungen gibt, die auszuräumen sind.

Zum Beispiel ist bei den Schanigärten im Gebrauchsabgabegesetz auch ein Passus enthalten, daß

die Genehmigung der Anrainer und des Eigentümers von jener Liegenschaft, von der aus der Gebrauch zu erfolgen hat, einzuholen ist.

Ich meine, schon die Formulierung an sich ist ein starkes Stück. Das hat in der Praxis zur Folge, daß diese Verfahren so kompliziert und aufwendig sind. Denn Bürokratisierung, meine Damen und Herren, kann man nicht als Jux und Tollerei derjenigen Mitarbeiter des Magistrats auffassen, die mit dem Vollzug der Gesetze beschäftigt sind. Eine effiziente Entbürokratisierung - ich sage es noch einmal - ist nur mit Gesetzesreparatur möglich.

Ich hoffe - und damit schließe ich schon - daß wir beispielgebend, von der Bauordnung ausgehend, auch noch weitere Gesetzesreparaturen vornehmen werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Prinz. Ich erteile es ihm.

Abg Walter Prinz (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Eine Diskussion über eine Gesetzesvorlage, wo alle beteiligten Parteien ihre Zustimmung geben, ist zugegebenermaßen nicht sehr spannend, aber im Lichte der Tragweite dieses Gesetzeswerkes sicher notwendig.

Wir haben uns in diesen Diskussionen eine Richtlinie gegeben, die ganz einfach bedeutet hat, daß wir das Ziel verfolgen, das gesamte Verfahren im Baugeschehen beziehungsweise in den Baugenehmigungsthemen rascher abzuwickeln und zu vereinfachen.

Ein weiterer Punkt, der für uns sehr wichtig war, hieß, die Gestaltungsfreiheit der Planer zu vergrößern und mehr Bewegung in diesen Bereich zu bringen.

Der dritte Punkt, der uns sehr wesentlich war, ist der gesamte Themenkreis des Gesundheitsschutzes und der Maßnahmen für den Grünraum.

Ich glaube, daß es in vielen Punkten tatsächlich gelungen ist, in dieser Beziehung wesentliche Fortschritte zu erreichen.

Wir haben in der Stadtgestaltungsnovelle wichtige Positionen neu formuliert, die den Planern, Baumeistern und Architekten die Möglichkeit geben, sich in Zukunft mit ihren Werken entsprechend besser in das Erscheinungsbild der Stadt einzufügen. Darüber wird meine Kollegin Kovacic noch ausführlicher berichten.

Wir haben auch beim Gesundheitsschutz ein wichtiges Thema angesprochen, nämlich die Beschränkung der zulässigen Emissionen in Widmungsgebieten. Das wird bedeuten, daß es in Zukunft nicht mehr so einfach ist, Betriebe sozusagen in Wohngebiete hineinzusetzen, wo dann der Konflikt zwischen den Betriebsinhabern und den Bewohnern ausbricht.

Dieser Punkt, der § 5 der Stadtgestaltungsnovelle - Herr Kollege Riedler, Sie werden sagen, jetzt fängt er schon wieder damit an -, ist auch ein Ansatzpunkt betreffend des Fluglärm. Ich sehe diesbezüglich ganz spannende Entwicklungen auf uns zukommen. (Abg Ing Horst Georg Riedler: Okay!)

Beim Grünraumschutz haben wir neue Baumpflan-

zungsgesetze. Hier ist es so, daß wir bei bestimmten Situationen des Bebauungsplans die gärtnerische Gestaltung insofern noch spezieller formulieren, als für 250 Quadratmeter Gartenfläche zwingend eine Baumpflanzung vorgesehen ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich vorschlagen, daß man in Zukunft auch die Stadt daran erinnert, daß Baumpflanzungen eine wichtige Sache sind und man das nicht nur den Bürgern vorschreibt, wenn sie um Genehmigungen ansuchen, sondern man auch im Straßengestaltungsbereich entsprechend vorgeht.

Ich weiß schon, es werden sehr viele Bäume gepflanzt. Aber in vielen Fällen, in denen die Bezirke selbst die Verantwortlichkeit über diese Baumpflanzungen haben, können wir immer wieder feststellen, daß der Kassa im Bezirk das Geld ausgeht und wir dann neu gebaute Straßen mit Baumscheiben haben, wo man leider jahrelang keine Bäume vorfindet.

Und das, glaube ich, kann man in diesem Blickwinkel auch einmal sehen, daß sich da entsprechende Änderungen ergeben.

Daß in Zukunft eine gewisse Fläche des Baulandes unversiegelt bleiben muß, ist jetzt auch neu festgeschrieben. Genauso, daß ab der Bauklasse III Gestaltungskonzepte für die gärtnerische Ausgestaltung der Freiflächen vorzulegen sind, wird bedeuten, daß eine geordnete Entwicklung in diesen Grüngestaltungsbereich kommt, und ich glaube, das ist höchst notwendig, weil wir sehr oft Grünwidmungen am Papier haben, diese aber in der Praxis nie umgesetzt werden.

Und es ist auch von Frau Kollegin Rothauer die Gehsteignovelle angesprochen worden, wo sie meint, es ist sicher noch zu prüfen, ob es vernünftig ist, wenn die Stadt Wien jetzt alle Gehsteige grundsätzlich herzustellen hat, natürlich dann mit entsprechenden Gegenforderungen an die Anrainerschaft. Aber ich glaube, es ist durchaus sinnvoll, wenn das passiert. Allerdings müßte man sich auch eines anderen Themas annehmen, nämlich wenn man Gehsteige herstellen muß und dann von den Anrainern eben entsprechende Beitragszahlungen verlangt, dann ist ja vorher einmal eine Grundabtretung notwendig und da passieren wirklich Härtefälle und skurrile Dinge in dieser Stadt.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, zum Beispiel auf ein Ereignis hinzuweisen, wo man sich wirklich an den Kopf greift. Ich kenne einen Fall, wo jemand eine Liegenschaft verkauft und eine Abtretungsverpflichtung bekommt, die ihm 700 000 S kostet. Jetzt könnte man sagen, na gut, er verkauft den Grund und er wird auch entsprechend lukrieren dafür, aber da geht es um etwas ganz anderes.

Sein Grundstück liegt an einer Plangebietsgrenze, wo die Flächenwidmung in der Nachbarschaft neu gestaltet wurde und da ist jetzt der Straßenbereich, für den der eine Mann 700 000 S auf den Tisch legen muß, nicht wie bei ihm, 40 Meter breit, sondern nur mehr 12 Meter. Und kein Mensch glaubt, daß jemals diese 40 Meter auch tatsächlich genutzt werden. Das

heißt, irgendwann in nächster Zeit wird auch dort diese Situation bereinigt und die Straße von 40 auf 12 oder 16 Meter zurückgenommen.

Aber er muß jetzt 700 000 S auf den Tisch blättern. Er bekommt sie vielleicht wieder einmal zurück, sicher sogar. Denn wie kommt ein Bürger dazu, daß er dafür büßt, weil einfach die Behörde und die Politik in diesem Fall natürlich auch - die Anträge, werden ja auch von politischer Seite forciert und gestellt -, zu langsam agiert und reagiert und solche Unterschiedlichkeiten zuläßt. Ich glaube, da sollte man sich wirklich Überlegen, wie in solchen Fällen in Zukunft vorgegangen wird.

Aber wir haben auch Bedacht darauf genommen, daß die Anrainerrechte nicht beschnitten werden. Das ist jetzt im Bauverfahren für den Laien, der das zum ersten Mal liest, zwar etwas kompliziert beschrieben, denn er wird sich sagen, wenn der Anrainner jetzt im vereinfachten Bauverfahren überhaupt nicht mehr eingeladen wird, hat er ja überhaupt kein Recht mehr. Aber in Wahrheit, wenn man diese neuen Vorgangsweise durchdenkt, wird man sehr schnell feststellen, daß sie eine wesentliche Verbesserung darstellt.

Denn in Zukunft werden die Anrainner in diesen vereinfachten Bauverfahren die Möglichkeit haben, auch zu beobachten, was da passiert. Denn drei Monate nach dem tatsächlichen Baubeginn hat der Anrainner noch Recht auf Parteienstellung, wenn er der Meinung ist, daß irgend etwas passiert, das ihm zum Schaden gereicht.

Und ich glaube, das ist durchaus zu akzeptieren. Ich komme aber bei diesem vereinfachten Bauverfahren auch auf das Thema Baumeister als Prüforgan oder nicht, zurück. Meine Kollegin hat ja einen Antrag gestellt und ich werde das gleiche tun.

Nur möchte ich vielleicht noch eine Bemerkung dazu machen. Es ist ja grundsätzlich in unseren Verhandlungen im Unterausschuß darum gegangen, wer denn der Urheber des Baugenehmigungsdokumentes ist. Und da hat die Beamenschaft die Auffassung vertreten, das kann nur der Zivilingenieur sein mit seinem Amtssiegel. Ich bin der Auffassung, nachdem ja festgeschrieben ist, daß auch im vereinfachten Bauverfahren die Baubehörde die Rahmenbedingungen zu überprüfen hat, ob dieses vereinfachte Verfahren auch tatsächlich so abzuwickeln ist, ob die Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen eingehalten worden sind, die Höhen, die Verbauungsdichten et cetera, ich will da gar nicht näher eingehen, daß ja erst mit der Kenntnisnahme dieses Ergebnis des Prüforganes zum Dokument wird, und daher glaube ich, daß es durchaus möglich sein muß, eine Gesetzeslage zu schaffen, daß auch den Baumeistern dieses Prüfrecht zugestanden wird.

Und ich stelle jetzt einmal den Antrag, um die Dinge vielleicht noch weiter in Fluß zu halten und noch zu prüfen, daß beim § 70 Abs. 1 anstelle des Wortes "Ziviltechniker" jetzt nicht "Baumeister" kommt, sondern "der gültigen Gesetzeslage entsprechenden Prüforgan-

nes". Weil man dann noch überlegen kann - ohne noch einmal die Bauordnung ändern zu müssen -, welche Möglichkeiten noch zu schaffen sind, damit dem Baumeister dieses Prüfrecht auch zugestanden werden kann. Ich glaube, dann kann man die Bauordnung in dieser Form und in dieser Formulierung belassen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrags. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich sage noch etwas zu diesem Prüforgan und zu diesem Prüfrecht im vereinfachten Bauverfahren. So erstrebenswert ist ja die Position gar nicht, weil fürchterliche Dinge passieren können. Wenn sich jemand, ich sage jetzt gar nicht Architekt oder Baumeister, sondern wenn sich ein derartiges Prüforgan in Zukunft die Kenntnisse anmaßt, die er vielleicht gar nicht hat, und dann seinen Prüfstempel auf das Plandokument draufgibt und dann stellt sich hinterher heraus, daß alles mögliche falsch war oder womöglich von der Baubehörde gar nicht geprüft wurde, weil das in diesem Verfahren in diesen Details dann nicht mehr notwendig ist, dann kann das zum riesigen Bumerang werden. Dann sind nämlich diese Prüforgane voll haftbar. Und ich kann nur schon jetzt jedem raten, der sich um eine solche Aufgabe reißt, daß er sich sehr hoch versichern läßt.

Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel aus meiner Praxis, welche ärgerlichen Dinge da passieren können. Es ist ja auch der Geometer in der Bauordnung angesprochen, der in Zukunft gewisse Dinge erledigen kann, ohne daß die Baupolizei eingreift. Mir ist folgendes passiert: Ich habe einen Neubau errichtet mit einer Tiefgarage, zwei Stockwerke tief ins Erdreich hinein, und da hat sich leider der Geometer vermessen.

Man kommt aber in so einem Fall erst zwangsläufig drauf, wenn das Bauwerk das Gehsteigniveau erreicht, weil vorher die Vermessungs- und Vergleichsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Wie wir da draufgekommen sind, hatte sich schon ein Schaden entwickelt, der ein relativ hohes Ausmaß erreicht hat. Wir sind dann an den Zivilingenieur, an den Geometer herangetreten und der hat sich mit Händen und Füßen bis heute gesträubt, hat auch seine Versicherung soweit gebracht, daß sie auf Abwarten agiert und ihre Einwände erhebt.

Das zieht sich jetzt schon Jahre, und was war das Ergebnis? Das Ergebnis war, daß ich als Baumeister, der ja auf diese Forderung nicht verzichten kann, weil es ein echter Schaden für mich war, jetzt mit dem Bauherrn, mit dem ich an und für sich das beste Kundenverhältnis habe, prozessieren muß, daß ich einen Rechtstitel bekomme, weil die Versicherungen und dieser famose Geometer das solange hinausziehen und für mich sozusagen dann die Verjährung eintritt.

Zu solchen Fällen kann es kommen, und ich möchte da wirklich auch die Herren Prüforgane, die sich darum bemühen, aufmerksam machen, sie sollen sich das wirklich überlegen und entsprechende Versicherungen anstreben.

Über das vereinfachte Bauverfahren haben wir ja schon gehört und habe ich gesprochen. Es wird sicher

einen wesentlichen Vorteil für die Einreicher von Bauvorhaben darstellen, weil jetzt sichergestellt ist, daß sie innerhalb von drei Monaten, wenn alles stimmt, wenn die Unterlagen in Ordnung sind, zu einer Baugenehmigung kommen.

Es gibt aber in Zukunft auch eine ganze Liste von bewilligungsfreien Bauvorhaben, und da möchte ich auch noch ganz kurz darauf eingehen. Die Frau Kollegin hat ja schon die Maronibrater angesprochen, die bisher mit 20 Genehmigungsverfahren belastet waren, sagt immer der Herr Präsident Nettig. (Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer: 20 Teilgenehmigungen!) Also gut, mit vielen Teilgenehmigungen zu kämpfen hatten. Auch sie sind jetzt bei den bewilligungsfreien Bereichen dabei.

Was mir auch sehr wesentlich erscheint, sind zum Beispiel die Straßenbahnwartehäuschen. Das ist schon ein wichtiges Thema, denn ich kann mich erinnern, daß oft die Bezirksvorsteher, wenn es in einer Bezirksvertretung Anträge gibt, man soll doch endlich in dieser zugigen Gegend ein Wartehäuschen hinbauen, dann immer mit dem Argument kommen, ja, dafür ist leider eine Baugenehmigung notwendig und das dauert alles furchtbar lange und daher kann man das nicht erfüllen.

Es werden auch die Schwimmbecken in Zukunft, bis zu einem Ausmaß von 50 Kubikmeter Wasserinhalt von einer Baugenehmigung frei sein, das wird auch viele Einfamilien- und Mehrfamilienhausbesitzer freuen, wenn sie sich entschließen, ein Schwimmbecken zu bauen, daß sie das sofort machen können und nicht auf die Genehmigungen der Behörde warten müssen.

Aber wir haben uns natürlich auch dem wirklich sehr ernst zu nehmenden Thema der Behinderten angenommen, und es ist jetzt eindeutig in der Verfahrensnovelle festgeschrieben, daß in Zukunft Gebäude und Gebäudeteile so ausgeführt werden müssen, daß körperbehinderte Menschen gefahrlos und ohne fremde Hilfe diese Gebäude betreten und benützen können. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt, zu dem wir uns da verstanden haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Wichtig ist mir und natürlich uns allen auch gewesen, daß man diese sogenannten Wohnungsspekulanten auch ein bißchen in den Griff bekommt, denn es ist jetzt festgeschrieben, daß bei Durchführung von Bauarbeiten die Versorgung eines Gebäudes mit der Infrastruktur Strom, Wasser und so weiter, Beheizbarkeit, solange gegeben sein muß, bis die Neuherstellungen in Betrieb gehen können. Es wird daher in Zukunft nicht mehr so sein, daß jemand alle Leitungen kappt, um die Mieter, die sich noch in diesem Haus befinden, möglichst schnell loszuwerden, um dann entsprechend seine Wohnungen an den neuen Mieter zu bringen. Das geht nicht mehr, die Versorgung muß aufrechterhalten bleiben.

Über das Verbot von Nahrungsmittelversorgungsbetrieben in Einkaufszentren wurde schon gesprochen. Ich halte das für einen Ansatzpunkt für eine Verbesserung der Nahversorgung und für einen Schritt in die

Richtung, unsere Greißler nicht völlig zu entmutigen. Und dann hat sich Herr StR Chorherr sehr ausführlich mit der Garagengesetzesnovelle, mit dem Stellplatzregulativ beschäftigt. Es ist jetzt völlig anders formuliert, als es zuvor im Umlauf war, denn jetzt ist meiner und unserer Meinung nach sichergestellt, daß es zu keinen - wie soll ich denn jetzt sagen - Privilegienprojekten kommt, sondern daß sich dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen - und das ist ein sehr weites Gebiet, das man sich anschauen muß -, tatsächlich bei gewissen Projekten oder in gewissen Stadtteilen nicht nur projektbezogen bis zu 90 Prozent der Richtstellplätze einsparen lassen.

Und was ganz wesentlich ist, man kann auch in Zukunft Ersatzstellplätze schaffen, die sich in einer Entfernung bis zu 500 Meter von dem jeweiligen Gebäude befinden und - wichtig! - man muß dafür auf diesem Grundstück, wo die Ersatzstellplätze geschaffen werden, keine Grundbucheintragung mehr vorweisen, denn das war bis jetzt immer das Hemmnis, daß kaum jemand einen Ersatzstellplatz schaffen konnte, weil der jeweilige Grundeigentümer nicht bereit war, für einen Fremden auf ewige Zeiten eine grundbücherliche Verpflichtung in sein Grundbuch hineinzunehmen.

Jetzt komme ich zur Aufwertung der Bezirksvertretungen. Da bin ich nicht so begeistert wie die Frau Kollegin Rothauer. Sie hat das sehr charmant und rasch über die Bühne gebracht. Wir stimmen dem zu, aber ich sage noch einige Bemerkungen. Was haben wir erreicht? - Wir haben erreicht, daß den Bezirksvertretungen einerseits die Kompetenz für die geringfügigen Flächenwidmungsänderungen genommen wurde, das ist aber auf einer anderen Ebene gelegen, auf einer höchstgerichtlichen. Und jetzt haben wir gesagt, es muß doch den Bezirken in Zukunft die Möglichkeit gegeben werden, sozusagen in jenen Fällen, wo ihre Auffassung über Flächenwidmungsänderungen nicht mit jener des Gemeinderatsausschusses konform geht, ein Vetorecht zu bekommen. Daß diese unterschiedlichen Festlegungen noch einmal der Bezirksvertretung vorgelegt werden, passiert jetzt im wesentlichen.

Nur die Mehrheit, die einen derartigen unterschiedlichen Antrag tragen muß, ist nicht, wie es normal ist, jetzt gibt es eine Mehrheit und das ist es, das ist das Ergebnis. Es ist auch keine Zweidrittelmehrheit, wie es in ganz Österreich üblich ist, nein, diese Beschlüsse der Bezirksvertretungen müssen in Zukunft mit einer Dreiviertelmehrheit, 75-Prozent-Mehrheit gefaßt werden. Anscheinend hat man einen weiteren Schritt von der Mehrheitsfraktion dieses Hauses nicht gewollt. Denn es ist ja zu erwarten, daß sich irgendwann die Mehrheitsverhältnisse in den Bezirken doch deutlich ändern und man dann diese 25-Prozent-Blockade braucht, um unangenehme Beschlüsse der Bezirksvertretungen vielleicht nicht realisieren zu lassen.

Aber wir stimmen einmal zu, es ist ein erster Schritt, und wir sind durchaus guter Hoffnung, daß es Gelegenheit geben wird, diesen Prozentsatz noch

deutlicher, noch demokratischer zu gestalten. Denn eines möchte ich auch noch bemerken, es hat ja einen Arbeitskreis Dezentralisierung gegeben, und in diesem Arbeitskreis war ja die Zweidrittelmehrheit bei diesen Bezirksvertretungsbeschlüssen bereits Konsens. (Abg Ing Horst Georg Riedler: Wäre ein Konsens gewesen!) Da war die ÖVP auch dafür und natürlich die SPÖ, auch die GRÜNEN, nur ist diese Dezentralisierung dann in der Folge gescheitert, weil sich die ÖVP nicht einverstanden erklärt hat, aber wir werden weiterreden. (Abg Mag Franz Karl: Jetzt spielt er auch schon die Legende, nicht nur der Svoboda!)

Das ist ohnehin Geschichte. Herr Kollege Karl, machen Sie, was Sie glauben, aber das ist ohnehin alles Geschichte. Wir werden neu reden, es gibt eine Zukunft und in dieser Zukunft wird die Aufwertung der Bezirksvertretungen ein weiteres Thema sein.

Ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren, ganz noch nicht, zuvor muß ich noch eine kleine Geschichte erzählen. Es wird ... (Abg Gerhard Pfeiffer: Und noch eine!) - Die ist aber gut, Herr Kollege, ich sage es Ihnen gleich. - Bei diesen Baugenehmigungsverfahren wird Neuland betreten. Die Baupolizei ist in Zukunft gefordert, das ist überhaupt keine Frage. Eine schwierige Anfangsphase steht vor uns, und im Endeffekt werden aber die Genehmigungen rascher gehen.

Und jetzt kommt die Geschichte. Ich besuchte vor einigen Tagen einen Freund, der Blumengärtner ist. Wir reden über dies und das und dann sagt er zu mir: "Du jetzt habe ich doch die Bauverhandlung für dieses Glashaus gehabt." Sage ich: "Achso, aha, naja ist eh gut." Dann frage ich: "Wann hast Du dann eingebracht?" Sagt er: "1984." (Abg Ingrid Smejkal: Neini - Allgemeine Heiterkeit. - Abg Gerhard Pfeiffer: Ist ohnehin kurz gewesen!) Dieser Gärtner hat vor 12 Jahren, um Baugenehmigung angesucht, 1984. 1986 - Herr Effenberg sagt jetzt dem Herrn Stadtrat etwas ein, weil das ein Thema in unserem Bezirk war - hat er noch urgert, dann hat er es aufgegeben.

Es wären Abtretungen notwendig gewesen, aber das kann man im Zuge einer Bauverhandlung klären, da muß man nicht einen Akt 12 Jahre liegen lassen. (Abg Heinz Sramek: Dringend dürfte er das nicht gebraucht haben!) Da sage ich Ihnen auch etwas drauf. Er hat es einfach gebaut, er hat es gebaut (Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.), weil er sonst kein Blumengärtner mehr wäre, denn ohne Glashaus könnten sie heute nicht existieren.

Es wird eine schwierige Anfangsphase, und da bin ich jetzt wirklich ein bißchen irritiert, wenn ich höre, daß der Leiter der Baupolizei der MA 37 in Pension geht und daß es Überlegungen gibt, einen Nachfolger einzusetzen, der nicht aus der Baupolizei kommt. Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen, wenn da jetzt ein hoher Beamter das Ressort wechselt, der nie etwas mit dieser Materie zu tun gehabt hat. War es bis jetzt schon schwierig genug und jetzt wird es noch schwieriger am Anfang. Na, da kommt ein heilloser

Durcheinander heraus. Ich möchte wirklich warnen, daß man so entscheidet wie zum Beispiel im 22. Bezirk, wo dasselbe passiert.

Da geht der bewährte, erfahrene und von mir durchaus akzeptierte und hoch geschätzte Senatsrat Hauser in Pension, und dort setzt man jetzt angeblich einen Nachfolger hin, der auch keinerlei Erfahrungen hat. Das soll wirklich nicht so sein, denn wir bemühen uns im Landtag, die Gesetze zu vereinfachen, und durch Personalentscheidungen wird der Erfolg wieder zunichte gemacht.

Resümee: Es waren schwierige und lange Verhandlungen, wir haben nicht alles durchgesetzt, was wir durchsetzen wollten, es ist uns aber sehr viel gelungen, und ich bin froh, daß wir dieses durchaus brauchbare Ergebniss heute beschließen, bedanke mich noch einmal beim Vorsitzenden Riedler, auch bei der Beamtenschaft, die wirklich von Freitag nachmittag zum Beispiel in einem Fall bis Montag 10 Uhr früh die Änderung einer ganzen Novelle überlegt, geschrieben und vervielfältigt hat, und ich glaube, das verdient wirklich Anerkennung und Dank, den ich hiermit aussprechen möchte (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ing Riedler. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Horst Georg Riedler (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages!

Es ist ein Jammer! Was kann einem Abgeordneten der Mehrheitspartei Schlimmeres passieren, als wenn die Opposition grundsätzlich nur lobt. Was soll man dazu sagen? Ich kann ja nicht einmal einen Widerspruch produzieren. (StR Mag Christoph Chorherr: *Probieren Sie es einmal!*) Ich kann es nicht, Herr Chorherr. Aber im Gegenteil, ich werde Sie in späterer Folge sogar positiv ergänzen. Trotzdem, ich freue mich, daß uns das gelungen ist, und ich freue mich vor allem deshalb, weil es ja in manchen Phasen, wie wir oder Frau Dr Rothauer und Kollege Prinz eben gesagt und Herr Mag Chorherr festgestellt haben, in weiten Bereichen gar nicht einfach war, Konsens zu finden.

Nicht aus Bestemm heraus, sondern weil ganz einfach die Materie auch von verschiedenen Seiten her betrachtet wurde. Ich habe, als wir mit der Arbeit an der Reform der Bauordnung begonnen haben, auch hier vom Pult aus einmal gesagt, das Schwierige wird einerseits die Entrümpelung, die Vereinfachung sein und andererseits auch die Rechtssicherheit beizubehalten. Das war auch über weite Strecken hin der Kern der Diskussion. Und so verstehe ich es einigermaßen, daß zum Beispiel die Frage, ob Ziviltechniker oder Baumeister, von unseren Juristen so gesehen wird, daß es nur der Ziviltechniker als eine Person, die eine Urkunde ausstellen darf, sein kann.

Aber ich sage auch hinzu, vielleicht ist diese Frage noch nicht ausdiskutiert, für den Moment allerdings, weil wir ja einen Beschuß fassen müssen, ich könnte mir jedoch durchaus vorstellen, daß man in weiterer

Folge, vielleicht auch in Verbindung mit der Gewerbeordnung oder sonstigen Gesetzeswerken, hier zu einer Lösung kommt. Frau Dr Rothauer hat - indirekt zumindest - etwas sehr Wichtiges gesagt, nämlich daß man zum Beispiel die Auswirkungen der Gehsteignovelle erst abwarten wird müssen. Ich glaube, daß das auf viele Teile dieses Gesetzes zutrifft.

Man wird warten müssen, wie es sich entwickelt, muß man nachjustieren, muß man vielleicht ein bißchen umdenken in der einen oder anderen Frage? Und so sehe ich auch diese Bauordnung nicht als etwas das jetzt für alle Zeiten festgeschrieben ist, sondern durchaus als lebendiges Gesetzeswerk, das immer wieder den Gegebenheiten angepaßt werden muß.

Und wenn ich da den Herrn OSR Schiller auf der Bank sehe, und seine Mitarbeiter, Herrn Dr Moritz und Herrn Roth, dann möchte ich mich auch einmal bei Ihnen persönlich sehr herzlich bedanken und gleich auch sagen, die Arbeit wird nicht abreißen. Es werden noch weitere Novellen und Novellchen kommen, und wir werden uns ja bereits Mitte Juli wieder mit Neuem, zum Beispiel mit der Techniknovelle und auch mit dem Garagengesetz, befassen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde ein Antrag auf Wiederverlautbarung innerhalb eines Jahres gestellt. Es scheint mir diese Frist fast ein bißchen zu kurz, weil eine Wiederverlautbarung dieses Gesetzeswerkes sicher eine sehr umfangreiche Arbeit wird. Im Grunde genommen bin ich aber dafür, weil wir alle gesehen haben, aus wievielen Teillnovellen dieses Werk jetzt besteht.

Frau Dr Rothauer, ich hätte mich gefreut, wenn wir vorher darüber gesprochen hätten. Sie haben ja, glaube ich, den Antrag zur Wiederverlautbarung eingebracht. Ich habe mir das eigentlich für den 9. August vorgenommen, wo wir uns ja wieder damit beschäftigen. Ich habe nämlich noch einen Zusatzvorschlag. Es gibt moderne elektronische Medien. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man die Bauordnung auf eine Diskette oder auch CD-ROM speichert, mit Zugriffsmöglichkeit zu einzelnen Begriffen und Bestimmungen, sodaß man doch eine wesentliche Vereinfachung beim Auffinden von Gesetzesstellen in der Bauordnung erreichen könnte, wo doch heute bereits in jedem Architekturbüro, bei jedem Baumeister elektronische Datenverarbeitung genutzt wird. Ja, meine Damen und Herren, und so bleibt mir eigentlich nur noch die sehr spröde Aufgabe, verschiedene Anträge einzubringen.

Ich beginne mit einem Abänderungsantrag zur Verfahrensnovelle und möchte hinzufügen, daß alle Anträge und Beschuß- und Resolutionsanträge, die ich hier einbringe, von allen vier Fraktionen getragen werden. Ich verlese daher nicht die Namen.

Bei diesem Abänderungsantrag geht es im wesentlichen nur um den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, und zwar aus folgendem Grund: Der Herr Stadtrat hat mit gutem Recht gemeint, alles, was zur Vereinfachung für die Bürger, für die Bauwerber beträgt, soll möglichst schnell in Kraft treten, während

dem andere Gesetzespassagen, für die zum Beispiel eine Einschulung der Beamten notwendig ist, erst mit 1. Jänner 1997 in Kraft treten sollten.

Ich bringe also diesen ersten Abänderungsantrag ein, und einen zweiten Abänderungsantrag zur Stadtgestaltungsnotelle. Dies betrifft eben die Mitwirkung der Bezirke. Es ist ja verschiedentlich schon gesagt worden, es mußte einerseits die Mitwirkung bei geringfügigen Abänderungen von Flächenwidmungsplänen durch die Bezirke fallen, dafür jetzt diese Klausel mit 75 Prozent. Herr Kollege Prinz, ich habe Ihnen ja auch schon gesagt, jetzt sind es einmal 75 Prozent, ursprünglich hatte die Vereinbarung 100 Prozent vorgesehen, also wenn die Stellungnahmen in der Bezirksvertretung einstimmig sind. Sie haben recht, es hätte fast eine Einigung auf zwei Drittel gegeben. Aus verschiedensten Gründen ist dies nicht gekommen - ich möchte Herrn Mag Karl nicht noch einmal reizen -, und jetzt sind wir eben irgendwo in der Mitte. Aber wie gesagt, es ist nicht unbedingt das letzte Wort gesprochen. Das ist also der zweite Abänderungsantrag.

Der dritte Abänderungsantrag betrifft ebenfalls die Stadtgestaltungsnotelle, hier geht es wieder um das Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen.

Dann haben wir einen Abänderungsantrag zum Garagengesetz. Dieser hat folgenden Grund: Im Garagengesetz ist vorgeschrieben, daß bei Errichtung von Kleingärten für fünf Parzellen ein Stellplatz zu schaffen ist und für ganzjähriges Wohnen, für jede Parzelle ein Stellplatz. Das ist natürlich in bestehenden Kleingartenanlagen, die zum Beispiel gewidmet werden, weil sie bisher keine Widmung hatten, sicher nicht möglich, daher soll diese Regelung nur für wirklich neu anzulegende Kleingartenanlagen gelten.

Jetzt zwei Beschuß- und Resolutionsanträge. Ich lese nur den Antragstext vor: "Der Magistrat wird beauftragt, den am 13. Mai 1996 im Wiener Landtag eingebrachten Initiativantrag zur Novellierung der technischen Bestimmungen der Bauordnung für Wien einer abschließenden Bearbeitung zu unterziehen und dann entsprechend dem Wiener Notifizierungsgesetz das weitere Verfahren einzuleiten."

Dann haben wir noch diesen Beschuß- und Resolutionsantrag, der eine vermehrte Information der Bezirksvertretungen bringen soll - bitte das besonders zu beachten -, nicht der Bezirkvorsteherungen oder der Vorsteher, die waren derzeit ohnehin meistens bestens informiert darüber, was im Laufe eines Flächenwidmungsverfahrens geschehen ist. Aber in Hinkunft sollen über den Bezirkvorsteher alle Fraktionen gleichermaßen informiert werden, und zwar vom Beginn des Flächenwidmungsverfahrens, also vom Gründruck an, bis hin zum Ausschußbeschuß. Wenn zwischen dem Beschuß der Bezirksvertretung und den Verhandlungen im Ausschuß noch irgend etwas geändert wird, muß auch die Bezirksvertretung darüber informiert werden. Ich halte dies für ein qualifiziertes Informationsverfahren, daß das Arbeiten in den Bezirken we-

sentlich erleichtern wird.

Ich habe schon gesagt, wir werden am 16. Juli noch eine Sitzung des Arbeitskreises haben und uns am 9. August dann wieder mit Teilen der Bauordnung beschäftigen. Wir sind einen sehr weiten Weg gegangen und haben ein sehr großes Stück des Weges zurückgelegt. Ein kleines Stückchen fehlt noch, und ich bitte Sie alle um gute Zusammenarbeit auch für den Rest des Weges. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Kenesei. Ich erteile es ihm.

Abg Günter Kenesel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ähnlich schwierig wie dem Kollegen Riedler ergeht es mir, ein Gesetzeswerk zu kritisieren, an dem eigentlich nicht sehr viel zu kritisieren ist. Zu dem es maximal ein paar Anmerkungen gibt, wo es einfach grundsätzliche Unterschiede von der Herangehensweise gibt, aber die wird man vielleicht in der Folge ausdiskutieren und in der einen oder anderen Maßnahme verändern können.

Was mich aber ärgert, ist eigentlich - und das möchte ich an den Beginn meines Debattenbeitrages stellen -, wie es richtigerweise Herr StR Swoboda heute erkannt hat, daß natürlich auch der ökologische Bereich von den Innenhöfen über die Grünraumgestaltung und so weiter ein wesentlicher Bestandteil dieser Beschußfassung der neuen Bauordnung sein soll und exakt zum selben Zeitpunkt in den Bezirken draußen und in den Bezirksvertretungen das Gegenteil passiert. Und ich bitte Herrn StR Swoboda - mir ist dieser Fall heute früh mitgeteilt worden, ich werde ihm auch dann die Unterlage zur Verfügung stellen -, sich vielleicht darum zu kümmern.

Im 16. Bezirk gibt es in der Liebhartsgasse 33 einen Innenhof, der derzeit eine Grünfläche ist mit Bäumen und der auch G-gewidmet ist. Im Bauausschuß der Bezirksvertretung des 16. Bezirkes gibt es jetzt einen Vorschlag für eine Flächenwidmungsänderung, dort sollen 12 Stellplätze untergebracht werden. Dafür soll die Widmung geändert werden, und die Mehrheit im Bauausschuß hat dieser Widmungsänderung zugestimmt. Das Argument des Vorsitzenden des Bauausschusses im 16. Bezirk war, weil auf die Veränderung der Bauordnung im Sinne der schützenswerten Innenhöfe hingewiesen wurde: "Ja, die Bestimmungen der neuen Bauordnung in bezug auf die schützenswerten Innenhöfe, beziehen sich ausschließlich auf die Innenbezirke dieser Stadt."

Ich glaube, da ist einfach noch ein Handlungs- und Erklärungsbedarf auch für die Kolleginnen und Kollegen draußen in den Bezirken gegeben, die sich nicht innerhalb des Gürtels befinden. Mit dieser Bauordnungsnotelle soll genau das verhindert werden, was da passiert. Ein Innenhof der G-gewidmet ist, der ein funktionierender Innenhof ist, mit einer Wiese, mit Bäumen, der zur Freizeitgestaltung, zur Freizeitnutzung

anregt, soll erhalten werden, und sehr wohl müssen natürlich auch Maßnahmen ergriffen werden, wenn es dort zu Veränderungen kommt, Stellplatzdefizite abzubauen. Aber vorrangig muß uns die Erhaltung dieser Innenhöfe am Herzen liegen, und damit wird ja auch die Beschußfassung dieser Bauordnungsnovelle begründet.

Ich möchte aber noch auf einen Punkt hinweisen, wo es eben Auffassungsunterschiede gibt und dem wir auch nicht zustimmen werden, nämlich dem Teil der Verfahrensnovelle bei dieser Bauordnung. Denn wir halten nach wie vor den Anspruch aufrecht, daß im Mittelpunkt bei einem Bauverfahren und daß im Mittelpunkt bei einem Baubewilligungsverfahren selbstverständlich der Bauwerber, aber auch alle betroffenen Anrainer und Miteigentümer von Liegenschaften im Umfeld zu sehen sind.

Jetzt werden eben gerade diese Miteigentümer und diese Anrainer etwas anders behandelt, als wir es eigentlich in dieser Stadt gewohnt sind, wo hier Ansprüche gestellt werden, daß unter dem Titel der Mitbestimmung darüber debattiert und diskutiert werden kann. So sehr mir natürlich auch eine Beschleunigung des Verfahrens am Herzen liegt und viele Teile ja aus dem Bereich ausgenommen sind, wo es notwendigerweise ein beschleunigtes Verfahren geben muß, aber jene Punkte, die wichtig sind und diskutiert werden müssen und wo es ein Verfahren gibt, müssen auch dementsprechend ordnungsgemäß abgehandelt werden.

Ich möchte hier zwei Punkte ganz besonders herausstreichen, wo wir unsere Zustimmung nicht geben können. Das eine betrifft den § 70 Abs. 1: Besteht die Möglichkeit, daß durch ein Bauvorhaben subjektiv öffentliche Nachbarrechte berührt werden, ist, wenn nicht das vereinfachte Bewilligungsverfahren zur Anwendung kommt, eine mündliche Verhandlung durchzuführen, und wer aller einzuladen ist. Dann geht es weiter, daß Wohnungseigentümer benützter Gebäude nur mehr durch Anschlag an allgemein zugänglicher Stelle des Hauses zu laden sind. Das ist eine Abkehr von dem, was es bisher gegeben hat, daß jeder Wohnungseigentümer mit einem eingeschriebenen Brief von der Bauverhandlung benachrichtigt wurde. Und - das ist eigentlich jetzt das Hauptproblem - es steht dabei, dieser Anschlag ist von der Behörde so rechtzeitig anzubringen, daß die Verhandlungsteilnehmer vorbereitet erscheinen können. In ein Gesetz hineinschreiben, "so rechtzeitig, um vorbereitet erscheinen zu können", das hätte man determinieren müssen, da hätte hineingehört, welcher zeitliche Rahmen von Seiten des Bauwerbers einzuhalten ist, damit alle Eigentümer und alle Anrainer zeitgerecht eingeladen werden können. Damit dieser Nachweis auch erbracht wird, sehe ich darin überhaupt kein Problem, daß den Wohnungseigentümern nach wie vor weiterhin ein eingeschriebener Brief zugestellt wird.

Der zweite Punkt betrifft den § 134, durch den im wesentlichen die Bürgerrechte im Verfahren, die sub-

jektiv öffentlichen Nachbarschaftsrechte geregelt sind. Subjektiv öffentliche Nachbarschaftsrechte insofern geregelt sind, daß auch durch Einsprüche zum Beispiel vom Bundeskanzleramt, von der Ingenieurkammer, von der Architektenkammer, von der Rechtsanwaltskammer und von sehr vielen rechtskundigen Expertinnen und Experten gerade darauf hingewiesen wurde, daß es beim neu formulierten § 134 zu Schwierigkeiten kommen wird und sich derzeit überhaupt die Frage stellt - und da gibt es verschiedene Rechtsmeinungen -, ob er überhaupt verfassungskonform ist.

Denn - ich möchte nur kurz ausführen - in der Neufassung des § 134a wird darauf hingewiesen, daß nur dann der § 134 zur Anwendung kommt, wenn nicht andere dem Schutz der Nachbarn dienende gleichwertige Bestimmungen gegeben sind, wie zum Beispiel bei Emissionen aus Gebäuden, Gebäudeteilen oder baulichen Anlagen, beziehungsweise sofern auf sie das gewerberechtliche Betriebsanlagenrecht zur Anwendung kommt.

Die Rechtsmeinung von sehr vielen, auch von den Juristen aus dem Bundeskanzleramt und aus der Rechtsanwaltskammer ist eindeutig, sie gehen davon aus und sagen, es kann durch einen Querverweis nur auf ein Gesetz Bezug genommen werden, das gleichzeitig mit dem Verfahren - in diesem Fall das Baubewilligungsverfahren - abgehandelt wird. Da aber die derzeitige rechtliche Regelung nicht gewährleistet, daß das gewerberechtliche Betriebsanlagenverfahren gleichzeitig mit dem Baubewilligungsverfahren abgehandelt wird, ist klar zu regeln, daß im § 134 hier die Nachbarschaftsrechte, sprich die Rechte der Anrainerinnen und Anrainer, gewahrt werden.

Es ist schon signalisiert worden, daß es zu diesem Punkt einen Einspruch geben wird und daß dieser § 134a Abs. 2 beeinsprucht wird. Vermutlich wird es wieder eine höchstgerichtliche Entscheidung geben, und wir werden uns relativ bald wieder mit einer Novelle des § 134a beschäftigen müssen. Ich halte hier meinen Einwand weiterhin aufrecht, schließe mich dieser Rechtsmeinung sehr vieler Expertinnen und Experten an, daß hier die Nachbarschaftsrechte in diesem Bereich derartig eingeengt werden, daß es notwendig sein wird, hier nochmals zu novellieren.

Ich glaube aber, daß diese beiden Punkte in der Folge und im Feldversuch 1 zu 1 in der Öffentlichkeit durchaus noch zu Diskussionen führen werden, auch zu der einen oder anderen Abänderung in dem Bereich. Ich möchte aber auch, so wie alle meine Vorrednerinnen und Vorredner, den Dank vor allem an die Beamtenschaft richten, die mitgeholfen hat, in sehr ausführlichen und schwierigen Verhandlungen im Unterausschuß und im Arbeitskreis zu diesem Gesetzesentwurf zu kommen.

Im großen und ganzen ist in dieser ziemlich schwierigen Gesetzesmaterie - weil man doch sehr aufpassen muß, daß man sich nicht in einem Paragraphen widerspricht, mit etwas, das man vielleicht gerade sinnigerweise in einem anderen beschlossen hat -

von allen sehr gute Unterstützung geleistet worden. Es war wirklich zu erkennen, daß es der Wille des gesamten Hauses ist, daß diese Bauordnungsnovelle relativ rasch über die Bühne geht und daß hier wirklich Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Vereinfachung bei sehr vielen Verfahrensteilen führen.

Speziell herausgreifen möchte ich, was auch StR Christoph Chorherr bereits gesagt hat, die wirkliche Neuregelung im Bereich des Garagengesetzes, wo neue Möglichkeiten für autofreie Stadtteile geschaffen werden. Ich glaube weiters, daß mit der Stadtgestaltungsnovelle wesentliche Merkmale auch in Richtung eines ökologischen Umganges in Bereich der Bauordnung geschaffen wurden, hoffe auch, daß die Techniknovelle dem Folge leisten kann und hier gemeinsam mit der Wärmeschutzverordnung wesentliche Kriterien gesetzt werden, um den ökologischen Bereich im und beim Bauen in dieser Stadt in den Vordergrund zu rücken. Ich bedanke mich wirklich bei allen, die daran mitgearbeitet haben.

Wir werden dem Bereich der Verfahrensnovelle beziehungsweise der Post 5 des heutigen Tages nicht zu stimmen, was aber nicht heißt, daß wir grundsätzlich vom Ansatz her diese Verfahrensnovelle ablehnen.
(Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Kovacic. Ich erteile es ihr.

Abg. Susanne Kovacic (FPÖ): Frau Präsidentin Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde ja schon gesagt, es war ein sehr, sehr intensiver Arbeitskreis, es war manchmal wirklich schwierig, aufgrund des kurzen Zeitraumes, der uns dafür zur Verfügung stand, die immer neuen kurzfristig dazugekommenen Unterlagen durchzusehen, und ich muß für mich persönlich ganz ehrlich sagen, es gab durchaus Zeiten, wo ich mir nicht vorstellen konnte, zu diesem Zeitpunkt hier doch eine Bauordnung, einen ersten großen Ansatz fertig zu haben, wie er jetzt vor uns liegt.

Es wurde schon die Zusammenarbeit aller positiv hervorgehoben, und ich finde auch, es hat sich hier gerade die Einbindung von Vertretern aller betroffenen Gremien, die hier von Anfang an erfolgte, sehr, sehr positiv bewährt, weil strittige Punkte sofort intensiv ausdiskutiert werden konnten. Ich habe hier noch eine, für mich persönlich interessante Erfahrung gemacht in diesem Arbeitskreis, ich habe wieder einmal gelernt, was es auch heißen kann, Jurist zu sein, wenn hier von uns in der Juristerei durchaus Laienformulierungen getroffen wurden und Obersenatsrat Schiller das dann in Sekundenschnelle geistig umformuliert hat und sagte, ja, das hält juristisch, nein, so geht es nicht, das hält nicht. Das war für mich eine völlig neue Erfahrung.

Sowohl die Techniknovelle, die ja noch in Brüssel ist, als auch vor allem die Verfahrensnovelle und die Stadtgestaltungsnovelle bedeuten für mich eines: Die Möglichkeit einer wesentlich freieren Architektur. Sei

es jetzt in der Gestaltung im Stadtbild, wo bei den Dachbodenausbauten jetzt doch eine sehr freie Gestaltung der Gauben erlaubt wird, wo gesamt eine Staffelung von Gebäuden ermöglicht wird, die wir bisher nicht hatten. Wo durch die Überlappung der einzelnen Bauklassen hier wirklich viel möglich wird, wie auch innerhalb der Wohnungen, wo es doch Freiräume gibt, wo für die verschiedensten Wohnformen, die sich besonders jetzt entwickeln werden, hier sehr viele Möglichkeiten geschaffen wurden. Denn ich glaube, wir alle wissen es, wenn man bisher international manche Bauten bewundert hat, dann mußte man sich sagen, ja, das ist toll, aber mit unserer Bauordnung momentan - leider nein, es sei denn in Ausnahmefällen, die es natürlich immer wieder gab.

Auch ich glaube, es ist ein Beginn, und auch ich bin überzeugt, man wird mit der Zeit noch mehr bereinigen müssen. Wenn ich denke, am Anfang haben wir immer gesprochen von der dünneren Bauordnung. Ich muß sagen, ich bin im Schätzen nicht sehr gut, ich werde warten, wenn das dann fertig vorliegt und schauen, ob es jetzt optisch dünner geworden ist, wobei das natürlich zugegeben auf keinen Fall das Kriterium ist, sondern der wichtige Schritt - und der wurde gegangen - ist jener, daß dort, wo es möglich und notwendig war, nicht nur die Lesbarkeit wesentlich vereinfacht wurde, sondern vor allem auch die Bestimmungen für die Menschen, andererseits aber dort, wo es wichtig war, für den Schutz von Umwelt und Menschen, hier Bestimmung sehr wohl dazugekommen sind, die auch eingehalten werden müssen.

Sehr positiv finde ich auch die Zusage des Herrn Stadtrates und den Antrag, der heute hier eingebracht wurde, jene Bestimmungen, die Zugänge erleichtern, jetzt sofort nach der Kundmachung bereits so quasi als Vorgriff zu erlauben, und mit den anderen, die für manche dann doch Erschwernisse bedeuten, bis zum Inkrafttreten zu warten.

Ich möchte abschließend noch auf einen kurzen Punkt eingehen, und zwar auf meinen Voredner, der sich hier für einen Innenhof im 16. Bezirk eingesetzt hat. Dazu möchte ich Sie von den GRÜNEN wieder einmal fragen: Haben Sie da irgendeinen Katalog, für diese Innenhöfe setzen wir uns ein, für jene nicht? Denn ich meine, es ist, glaube ich, nicht einmal zwei Monate her, da habe ich von dieser Stelle an Sie appelliert, doch nicht der Verbauung des grünen, mit Bäumen bestandenen Innenhofs Mariahilfer Straße 4 zuzustimmen. Sie haben in einer mir heute noch unverständlichen Weise mitgestimmt. Damals hat GR Margulies in einem Zwischenruf gesagt, so quasi, was sein muß, muß sein. Ich kann damit nichts anfangen und sage auch hier, daß leider für diesen Innenhof vermutlich der Paragraph der Schutzzone für Innenhöfe in dieser Bauordnung heute zu spät kommt, falls man nicht umdenkt. Ich hoffe aber, daß diesem ersten Schritt - allgemein dem Beginn einer Erleichterung - noch weitere Schritte folgen werden.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste zum Wort

gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Dipl Ing Rothauer. Ich erteile es ihr.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Ja, meine Damen und Herren, ich melde mich ein zweites Mal zu Wort, weil mir die Worte des Herrn GR Riedler zu denken gegeben haben. Wenn es wirklich unser gemeinsames Anliegen ist und wir die Chance haben, eine konsumentenfreundliche Textfassung und ein handhabbares Gesetz zu produzieren, dann möchte ich meinen schon eingebrachten Antrag dahin gehend abändern, daß ich ersuche, bei meinem Antrag bezüglich Wiederverlautbarung der Bauordnung beziehungsweise der zwischenzeitlich konsolidierten Textfassung über die Zuweisung an den Ausschuß abzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.) Habe ich mich klar ausgedrückt?

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Reiter. Ich erteile es ihm.

Abg Günther Reiter (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Debattenbeiträge hier im Kreis haben gezeigt, daß alle im Grundsatz ja positiv waren, daß bis auf den Punkt 5 diese Bauordnung von allen Parteien getragen wird und daß in diesem Zusammenhang sicher auch die Ziele, die der amtsführende Stadtrat vorgegeben hat zur Generalreform der Bauordnung, die da sind Modernisierung, eine zeitgemäße Anwendung oder auch eine Vereinfachung der Verfahren, eine Deregulierung, schlanker, bürgerfreundlicher und eben nur im ökologischen Bereich durchaus auch strenger und effizienter zu agieren, auch von allen anderen hier im Gemeinderat vertretenen Parteien so akzeptiert werden.

Die Arbeitskreis - es wurde ja schon des öfteren erwähnt - hat hier wirklich dutzende Stunden in Diskussion mit Vertretern der Kammern, der Interessenvertretungen, natürlich auch mit Mitgliedern der im Gemeinderat politisch vertretenen Parteien und der wichtigen Magistratsabteilungen verbracht. Es wurden hier praktisch in 12 Arbeitskreissitzungen alle Themen wie eben das Garagengesetz, die planungsrechtlichen Vorschriften, Vereinfachungen des bautechnischen Verfahrens angesprochen und auch einer Lösung zugeführt. Und natürlich möchte ich auch im Namen meiner Fraktion - das ist überhaupt keine Frage - Herrn GR Riedler für die wirklich umsichtige Vorsitzführung danken. Aber natürlich auch genauso dem Herrn Oberseatsrat Schiller mit seinen Beamten, die in sehr kurzer Zeit wirklich aufopfernd all das auch juristisch umformulierten, was wir im Arbeitskreis noch an Ideen eingebracht haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und nun ist dieses neue - ein bisschen lang klingt es zwar - Stadtentwicklungs-, Stadtplanung- und Baugesetzbuch so, daß es sicher mehr Spielräume bringt für Architekten, für Bauherren, daß eine gewisse Individualität und Umweltorientiertheit zu sehen ist und daß auch die langwierigen Behördenverfahren und der Verwaltungsaufwand auf das notwendige Maß eingeschränkt werden.

Einiges aus dem Paragraphenschubel wurde hier ja schon angesprochen, wie beispielsweise bei der Vereinfachung der Bauordnung der § 62a, die bewilligungsfreien Bauvorhaben, die alleine 33 Punkte umfassen, wo weder eine Baubewilligung noch eine Bauanzeige notwendig sind. Der ganz berühmte Maronibrater wurde hier ja auch schon einige Male erwähnt. All das wird dann neben diesen 32 anderen Punkten, wie Gerätehütten, Werkzeughütten, Verkaufsstände, Flugdächer, Pergolen, Gartengräler, Einfriedungen und das durch Kollegen Prinz erwähnte Schwimmbecken, bewilligungsfrei sein. Auch das vereinfachte Bauverfahren umfaßt natürlich eine Reihe von Punkten, die hier wesentlich zur Vereinfachung beitragen, ausgenommen, wie gesagt, sind hier nur die Ekazent und die Hochhäuser.

Aber es bringt - es wurde ja hier schon erwähnt, ich brauche mich nicht zu wiederholen - natürlich eine Mehrverantwortung auch für den Bauherrn und für den Planer, das ist ja keine Frage. Es setzt aber gleichzeitig auch für die Behörde notwendige Kapazitäten frei. Ich meine, daß durch die Privatisierung in diesem Zusammenhang sicher auch nicht die Qualität vermindert wird, wenn diese Urkundsperson - das ist nämlich ein Ziviltechniker - hier tätig ist.

Man könnte in diesem Zusammenhang auch über Bausperren und Gehsteigverpflichtungen noch eine Menge reden. Frau Kollegin Rothauer bezweifelt, daß sich diese Gehsteigverpflichtung positiv auswirken wird, Kollege Prinz nicht, er hält sie für sinnvoll. Ich bin der gleichen Meinung. Ich meine auch, daß hier die Geldleistungen, die der Bauwerber erbringt, dann auch von der Stadt Wien ganz konkret verwendet werden, damit die Errichtung der Gehsteige in einem durchgeführt werden kann.

Der zweite große Punkt ist sicher auch, daß die Bauordnung entschlackt wird. All das, was mit den Bauklassen, mit Nebenräumen zusammenhängt. Die großen Aspekte des behindertengerechten Bauens wurden ebenfalls schon erwähnt, und Frau Landtagsabgeordnete Stubenvoll wird ja in diesem Zusammenhang zum Garagengesetz auch noch einen Antrag einbringen.

Ich glaube, daß der wesentliche Punkt hier - und das möchte ich schon sagen - der ist, daß es mit ganz einfachen Umbauarbeiten möglich sein wird, alle diese Projekte behindertengerecht umzustalten. Es bringt auch eine gewisse Verbilligung in der ersten Phase und eine Erleichterung für die Bauwirtschaft. Aber natürlich werden die Türbreiten, die Wendekreise et cetera beibehalten, wird es die Zugänglichkeiten zu den Gebäuden weiter geben, mechanische Aufstiegshilfen und so weiter.

Und da bin ich schon beim Garagengesetz. Darauf sind ja alle Debattenredner eingegangen. Ich meine auch, daß es zur Modernisierung und Anpassung beiträgt, auf einem modernen technischen Stand ist und auch die Aspekte des vor allem von den Rednern der Opposition manchmal etwas kritisch beleuchteten

Wiener Verkehrskonzepts durchaus berücksichtigt sind. Es wird für Geschäftsstraßen im unmittelbaren Bereich von U-Bahn-Anschlüssen sicher Möglichkeiten bringen, daß nicht alle Pflichtstellplätze für ein Geschäftshaus errichtet werden müssen. Ein wesentlicher Punkt.

Der zweite wurde schon andiskutiert, daß es mit dieser Verordnung - auch das war ja ein Initiativantrag aller vier im Gemeinderat vertretenen Parteien - möglich sein wird, von dieser starren Stellplatzverpflichtung wegzukommen zu einem wirklich stadtentwicklungsgerechten Steuerungsinstrument des Gemeinderats. Eines dieser Projekte befindet sich bei uns in Floridsdorf. Ich durfte auch schon kurz am Montag bei der Rechnungsabschlußdebatte darauf zu sprechen kommen. Ich glaube wirklich, daß es ein Pilotprojekt werden kann, da sich hier auch zeigt, daß die Bewohner, die neuen Mieter, die Anrainer und natürlich alle politisch Verantwortlichen, die hier mitgestaltet haben, eine gewisse Aufgeschlossenheit und Akzeptanz Neuem gegenüber bewiesen haben. Natürlich bildet eine Grundvoraussetzung - und da werde ich nicht müde, das immer wieder zu sagen -, daß wir ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsmittel an dieser Stelle vorbeiführen.

Zum Schluß nur ganz wenige Randbemerkungen zur ökologischen Bauordnung. Sie wurde auch nicht von den Oppositionsparteien in Zweifel gezogen. Natürlich gibt es im Grünbereich eine geordnete Entwicklung, wie Kollege Prinz es ausgeführt hat. Ab Bauklasse III sind Gestaltungspläne für die gärtnerisch qualitative Erstausstattung zu erstellen. Ab Bauklasse II gibt es ein Baumpflanzungsgebot von 250 Quadratmeter. Es sind Maßnahmen gegen die Bodenversiegelung und für die Dotation des Grundwassers vorgesehen. Zu wesentlichen Verbesserungen - das wurde heute noch nicht erwähnt - wird es in Zukunft auch bei allem, was die Wärmebedarfsrechnung betrifft, kommen.

Der ökologische Bereich ist eigentlich der einzige, wo es nicht zu einer Deregulierung, sondern zu einer ganz konkreten Verschärfung, zu einer Regulierung kommt, und das kann ja nur in unser aller Interesse liegen.

Abschließend gesagt, bin ich wirklich überzeugt, daß diese neue Bauordnung nach Verstreichen der notwendigen Fristen, die noch einzuhalten sind - es wurde schon darüber gesprochen, Notifizierungsverfahren, Schulung und so weiter -, ein wirklich positives Werk sein wird - und da bin ich ganz wenig anderer Meinung als der amtsführende Stadtrat -, das sicher die nächsten Jahrzehnte positiv gestalten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Prof Stubenvoll. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Erika Stubenvoll (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich melde mich diesmal nicht zu Angelegenheiten des Sozialausschusses, denn Behindertenpolitik ist

Querschnittspolitik genauso wie wir das auch bei der Frauenpolitik behaupten, und ich darf hier feststellen, daß 1991 durch die Behindertennovelle der Bauordnung ein wesentlicher und revolutionärer Schritt zur Verbesserung des Lebens für behinderte Menschen gesetzt wurde. Jetzt, nach einigen Jahren der gewonnenen Erfahrungen in der Umsetzung werden heute einige Adaptierungen beschlossen. Wien war übrigens 1991 das einzige Bundesland, das ein solches Gesetz beschlossen hat.

Darauf können wir, glaube ich, stolz sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu bemerken ist jedoch, daß in den Fragen der Umsetzung noch immer sehr viel Unwissenheit, zum Teil seitens der Bauträger, aber auch der Bauausführenden, festzustellen ist. Deshalb ist es, glaube ich, für uns Politiker immer wieder wichtig, bewußtseinsverändernd zu wirken, und dort, wo wir das können, auch die Hilfe und die Mitsprache der betroffenen behinderten Menschen in Anspruch zu nehmen, denn sie selbst sind in ihren eigenen Angelegenheiten Experten.

Ein Wort noch zum Herrn Kollegen Karl, der mich gestern in einer Presseaussendung damit angegriffen hat, daß es im Bereich der Behindertenpolitik eine Stagnation gibt. Er fordert ein Programm.

Ich kann Ihnen nur versichern, das Programm, das Herr Kollege Karl gefordert hat, ist voll im Laufen. Ich darf auch dazu sagen, daß mein Kollege und Vorgänger Hans König sicher einer jener Mandatare war, die sich mit viel Vehemenz für die Anliegen behinderter Menschen in dieser Stadt eingesetzt haben. Er hat vieles eingeleitet, worauf wir heute aufbauen können. So war es eben auch bei der Bauordnungsnovelle 1991. Dafür bin ich also sehr dankbar.

Wir können viele Elemente, die in den Jahren seit 1981 hier geschehen sind - auch unter VBgm Ingrid Smejkal und jetzt VBgm Laska -, jetzt als Aushängeschilder auch der Behindertenpolitik in dieser Stadt verwenden.

Da ist zum Beispiel das Modell der Frühförderung oder die Aufstockung des Wohnprogramms, aber auch - und das ist ein sehr zähes Ringen - das Leitsystem für blinde Menschen. Bei diesem wollen wir ja die Betroffenen miteinbeziehen, und es gibt auch - zum Beispiel - seit einigen Jahren Gespräche. Aber selbst die Blindenorganisationen können sich nicht auf ein einheitliches Leitsystem einigen, und das ist sehr schade. Wir haben also jetzt gemeinsam mit der Magistratsabteilung 12 beschlossen, daß wir sie zusammen in Klausur einsperren werden, denn es wird eine Frist für eine Einigung gesetzt werden, weil irgendwann einmal Schritte der Umsetzung geschehen müssen.

Ein Prinzip, glaube ich, das ich mit meinem Vorgänger gemeinsam habe, ist, daß Behindertenpolitik nicht zu einem politischen Hickhack ausarten sollte. Ich bin zwar kein Rabauke, aber es ist mir auch eine gewisse Zähigkeit und Beharrlichkeit eigen, um die Dinge, die Angelegenheiten sozial schwacher Menschen in dieser Stadt zu bearbeiten, und auch einiges umzusetzen.

Ihre konstruktive Mitarbeit ist aber dabei gefragt, und so haben wir es auch in der Behindertenkommission immer gehalten.

Es tut mir wirklich leid, daß der Herr Kollege Karl heute nicht hier ist, denn wenn er schon bei mir die Latte so hoch legt, dann sollte er es bei sich selbst auch einmal tun. Ich würde ihn gerne an seine Kollegin Maria Rauch-Kallat erinnern, die hier sehr viel an gemeinsamer Arbeit für behinderte Menschen in dieser Stadt geleistet hat.

Auch war der Herr Kollege Karl einmal Vorsitzender einer Kommission, und er kennt auch das Leid, wie schwer es oft ist, Einigungen zu erzielen. Wir haben auch bis heute noch keine hundekotfreie Stadt, aber er hat leider das Hangerl geworfen. Ich werde das nicht tun, sondern beharrlich weiterarbeiten.

Auch seine (*Beifall bei der SPÖ.*) Aktion "Goldener Rollstuhl" ist irgendwo sanft entschlafen. Scheinbar haben sich die Partner in der ÖVP, die aus der Wirtschaft kommen, hier nicht so gerne beteiligen wollen, was sehr, sehr schade ist.

Nun der Antrag zum Garagengesetz. Bei Durchsicht ist mir aufgefallen, daß für Menschen mit besonderen Notwendigkeiten Vorkehrungen gefehlt haben. Unter Mitarbeit des Fachreferats für behindertengerechtes Bauen der Magistratsabteilung 12 haben wir einen Beschuß- und Resolutionsantrag verfaßt, den ich heute hier gemeinsam mit meinem Kollegen Kurt Wagner, mit der Kollegin Schwarz-Klement, mit Herrn Mag Franz Karl und Jutta Sander einbringen möchte. Er lautet folgendermaßen:

"Um auch körperbehinderten und alten Menschen sowie Familien mit Kindern eine barrierefreie Benutzung von PKW-Einstellplätzen und Garagen sicherzustellen, sollen bei der Errichtung derartiger Anlagen die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden. Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden Beschußantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Veranlassungen zu treffen, um folgende Anforderungen zu erfüllen: Alle Zugänge zu PKW-Einstellplätzen und Garagen sind barrierefrei (stufenlos) mit ausreichenden Durchgangsbreiten und leichter Bedienung der Türen, Schleusenzugang und dergleichen, sowie durch Ausführung eines entsprechenden Aufzuges" - was uns besonders wichtig war -, der alle Ebenen anbindet, herzustellen." - Auch Mütter mit Kinderwagen haben es dadurch viel leichter. - "Eine ausreichende Anzahl von Behindertenstellplätzen, die aber gleichzeitig auch als Frauenparkplätze benutzt werden können, ist herzustellen." - Auch das ist nicht immer in der Praxis der Fall. - "Bei Garagenbauten, die im öffentlichen Bereich beziehungsweise im öffentlichen Interesse errichtet werden, ist in dem Gebäudekomplex ein öffentlich zugängliches Behinderten-WC einzuplanen." - Das würde auch gleichzeitig bedeuten, daß es zu einer Vermehrung der öffentlichen Behinderten-WC's, wo

wir ohnehin nicht sehr gut liegen - muß ich hier offen zugeben -, kommt. - "Sollten im Zuge von Garagenbauten, die im öffentlichen Bereich beziehungsweise im öffentlichen Interesse errichtet werden, Oberflächengestaltungen notwendig werden, sind die gesamten baulichen Maßnahmen im Oberflächenbereich barrierefrei herzustellen." - Das heißt, das könnte wieder ein Stück mehr Barrierefreiheit in unserer Stadt bedeuten.

Ich möchte mich auch an dieser Stelle ganz herzlich beim Herrn Ing Groiss vom Fachreferat "Behindertengerechtes Bauen" der Magistratsabteilung 12 bedanken. Er ist ein wirklicher Mitstreiter, Mitkämpfer und engagierter Mitarbeiter, der uns immer wieder auf Mängel aufmerksam macht. Ich glaube, die Mitglieder der Behindertenkommission können mir das bestätigen, daß er wirklich ein ausgezeichneter Mitarbeiter ist, und ich würde mir wünschen, daß sein Referat wesentlich erweitert wird, um dadurch auch im Dienste unserer Mitbürger mit besonderen Notwendigkeiten noch mehr tun zu können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie das der Herr Karl so schön zu sagen pflegt: Ceterum censeo: Wir alle gemeinsam müssen noch viel tun, um Integration und chancengleiches Leben möglich zu machen.

Ich darf nun den Antrag überreichen. - Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Als nächster Redner ist noch Herr Abg Dr Tschirf gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (*ÖVP*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muß mich hier zu Wort melden, weil, wer den Franz Karl und sein persönliches Engagement für Behinderte kennt, das auch aus seiner besonderen familiären Betroffenheit heraus resultiert, kann diese Darstellung wirklich nur zurückweisen. (*Abg Kurt Wagner: Wieso? Sie haben ja eine Presseaussendung gemacht!*)

Ich muß wirklich sagen, daß das wirklich ein Skandal ist. Ich glaube, Sie wissen nicht, wovon Sie reden. (*Abg Kurt Wagner: Sie haben ja eine Presseaussendung gemacht!*) Sie kennen den Franz Karl nicht und Sie kennen nicht sein Engagement dafür. (*Abg Kurt Wagner: Der Karl hat eine Presseaussendung gemacht!*) Haben Sie das nicht gelesen?) Das ist wirklich unerhört. (*Abg Johannes Prochaska: Das ist eine bösartige Unterstellung!*) Das ist wirklich eine bösartige Unterstellung, und das werden wir uns nicht gefallen lassen. (*Abg Johannes Prochaska: Das ist eine bösartige Unterstellung!*) Wer die Person Franz Karl kennt, weiß, wie engagiert er hier vorgeht. Wir wissen das. (*GR Kurt Wagner: Und die Kollegin Stubenvoll nicht? Die ist nicht engagiert?*) Ich kenne ihn seit vielen, vielen Jahren in seinem Engagement! (*Aufregung bei der ÖVP und der SPÖ. - Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Weitere Wortmeldungen liegen nicht ... (*Abg Johannes Prochaska: Das ist eine bösartige Unterstellung!*) Das ist eine bösartige Unterstellung, was hier geleistet wurde! Bei diesem

persönlichen Einsatz! Das ist unerhört! Halten Sie sich etwas zurück! Das Ganze mache ich mir mit der Frau Präsidentin selbst aus! - Große Aufregung bei der ÖVP und der SPÖ.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und er-teile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Hannes Swoboda: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Her-ren!

Als früheres, wenn man so will, Ex-Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschusses möchte auch ich das sehr unterstreichen, was die Frau Präsidentin Stubenvoll hier gesagt hat.

Ich glaube, daß jegliche Änderung der Bauordnung auch hinsichtlich der Behindertenbestimmungen natür-lich nicht in die Richtung gehen kann und darf, daß hier die Regelungen, was Behinderte betrifft, geschrämt werden, sondern es geht darum - und es sind ja auch einige Bestimmungen darin enthalten, die in diese Richtung gehen -, daß die Chancen und Möglichkeiten der Behinderten durchaus erhöht und gesteigert werden. Ich ... (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Nur heute kommt es nicht dran!) Sie finden das hier genau in der Bauordnung enthalten. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Schauen Sie sich das doch einmal an!) Nein! (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Dann schauen Sie sich das doch einmal an!) Entschuldigen Sie, Sie finden das in der Bauordnung enthalten. Im Gegenteil, wir haben sogar eine Reihe von zusätzlichen Bestimmungen ge-rade auch in diese Bauordnung hier hineingebracht.

Das zweite ist ... (Abg Brigitte Schwarz-Klement: So ist es aber!) Schauen Sie (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Es ist aber soll), so ist es eben nicht, sondern es ist gerade auch durch die Tätigkeit in verschiedenen Ebenen vor allem auch der sozialdemokratischen Frak-tion und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation der Behinderten in dieser Stadt gekommen.

Was ich aber vor allem unterstreichen möchte - die Frau Präsidentin Stubenvoll hat es auch gesagt -, weil das sicherlich eine Frage ist, die über die Fraktionen hinaus auch ein gemeinsames Anliegen ist: Ich habe nicht die Aufgabe, und es ist nicht meine Sache, hier Gemeinderäte zu beurteilen. Ich habe auch die Aufre-gung vom Klubobmann Prochaska nicht verstanden, weil die Frau Präsidentin Stubenvoll ganz deutlich gesagt hat, daß das eine gemeinsame Aufgabe ist. Was ich aber auch nicht verstanden habe und auch nicht verstehe, und ich kenne den GR Karl seit langer Zeit und schätze ihn auch in seinem Engagement für die Behinderten - das ist überhaupt keine Frage -, ist, daß er dann anderen vorwirft, daß hier nichts weiter-geht, obwohl er genau weiß, daß sehr wohl in allen Fraktionen Leute da sind, die für die Behinderten ein-treten, und ich glaube auch zu Recht. Wie dieser Fall bei den Garagen gerade zeigt, ist es absolut wichtig, den Behinderten in einer Stadt eine noch größere Chance zu geben, und das sollte man nicht für partei-

politisches Hickhack verwenden.

Das war die Aussage der Frau Stubenvoll, und ich weiß nicht, was daran so eigenartig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Zurück zu einigen anderen, wenigen Punkten.

Die Frau Abg Rothauer - und einige andere haben das ja auch erwähnt - hat gemeint, daß noch sehr viel zu tun ist. Ich stimme mit ihr völlig überein. Ich glaube, daß es eine Unzahl auch von Verhandlungen, Gesprä-chen et cetera gibt, die man vereinfachen kann, wo man auch - vor allem, wenn es keinen Einwand gibt - manches an Zustimmung im Rundlauf herbeiholen kann und nicht alles in einer großen Veranstaltung gemacht werden muß. Schon als Bezirksrat, der ich einmal war, habe ich mich manchmal gewundert, war-um immer eine solche Riesendelegation gekommen ist. Nur, man muß dann schon klarstellen: In gewissen entscheidenden Fragen ist sehr wohl gerade auch, wenn man die Bezirksvertretungen beziehungsweise die Bezirksvorsteher in ihrer Funktion aufwerten möchte, mit den Bezirken zu reden. Das wissen wir.

Ich kämpfe seit langem gemeinsam mit meinem Bezirk für Einrichtungen in der Meidlinger Hauptstraße, zum Beispiel Würstelstand et cetera. Wir wissen, wie Anrainer da oft bei einer Kleinigkeit reagieren. Da ist manchmal der Maronistand oder der Würstelstand ein größeres Ärgernis als vielleicht ein Hochhaus in der Nähe, das diesen Anrainer - scheinbar zumindest - unmittelbar weniger betrifft.

Mein Einwand mit der Gewerbeordnung war nur in die Richtung, daß wir dort eine Reihe von bundesge-setzlichen Regelungen haben, wo ich mir wünschen würde, daß mehr weitergehen sollte. Aber auch der von mir sehr geschätzte Johannes Farnleitner, den ich auch seit vielen Jahren kenne, hat eine Aussage ge-macht, mit der ich nicht übereinstimmen kann, nämlich daß man eine Reform und eine Vereinfachung der Gewerbeordnung nach hinten schieben kann. Ich glaube, daß gerade im Interesse der Betriebe und der Inve-storen diese Gewerbeordnung auch einfacher gestaltet werden soll. Ich nehme aber an, daß diese Aussage im ersten Schwung, als er Minister wurde, gemacht wor-den ist. Jetzt liest es sich schon ein bißchen anders, und ich hoffe, daß wir hier auch zu entsprechenden Reformen kommen.

Was die Bezirke betrifft, und was auch - glaube ich - vom GR Prinz moniert wurde, warum sie nicht noch stärker aufgewertet werden: Hier ist schon festzuhalten, daß es bei der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung um beides geht. Flächenwidmungspläne sind überall, wo sie hinschauen, Entscheidungskompe-tenz der zentralen Einrichtungen, des zentralen Ge-meinderats, oder wie immer auch das Gremium jetzt im Detail heißt.

Sie haben an dem Beispiel, das der Kollege Kenesei hier erwähnt hat - ohne daß ich jetzt überprüfen kann, wie das im Detail gelaufen ist -, ja gesehen, daß man schon aufpassen muß, und es nicht so ist, daß der Gemeinderat oder Landtag gewisse grundsätzliche

Orientierungen beschließt, und diese grundsätzlichen Orientierungen, bei denen wir auch inhaltlich übereinstimmen, werden dann durch Detailbeschlüsse auf den Bezirksebenen konterkariert. Ich glaube, auch das darf nicht sein. Ansonsten möchte ich jetzt gar nicht auf Details eingehen, sondern ich möchte gleich zu den Anträgen kommen.

Ich danke für die vielen Äußerungen und nochmals für die breite Mitarbeit. Wir haben sicherlich etliche vergessen, und wenn ich persönlich einen, und zwar einen sehr aktiven Pensionisten, der mit dazu beigetragen hat, daß es hier zu dieser Reform gekommen ist, noch nicht erwähnt habe, dann möchte ich das jetzt nachholen: Es ist der Kollege Ernst Roth, dem ich hier ausdrücklich und ernsthaft danken möchte. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, jetzt zu den Anträgen:

Es gibt zwei Abänderungsanträge, die sich auf die Postnummer 5 beziehen.

Hier geht es um die Rolle der Ziviltechniker, und auch anderer. Ich gebe zu, ich habe eine gewisse Zeit durchaus mit dem Gedanken gespielt, ob wir das nicht mehr freigeben sollen. Ich muß aber dazu sagen, daß es ja auch Gespräche mit den Baumeistern gegeben hat - auch der Herr Magistratsdirektor hat das im Detail gemacht -, und es geht - und das ist vielleicht auch ein Mißverständnis oder da könnte ein Mißverständnis entstehen, Herr Kollege Prinz - ja nicht um die Planungen, sondern nur um die Begutachtung der Rechtmäßigkeit und der Übereinstimmung mit dem Gesetz. Wenn es natürlich jetzt eine Prüfung und ein Verfahren gibt, wo jemand auserwählt und bestimmt wird, diese Verfahren durchzuführen - nämlich die Ziviltechnikerprüfung -, dann glaube ich, sollte man zumindest einmal in der jetzigen Phase bei den Ziviltechnikern bleiben. Ich würde es durchaus einsehen oder in diesem Sinne sehen, daß die Tätigkeit der Ziviltechniker unter dieser neuen Bauordnung natürlich jetzt auch zu überprüfen ist. Wenn das eintreten sollte, was Sie gesagt haben, daß die Ziviltechniker nicht in ausreichendem Maße bereit oder geeignet wären, hier diese entsprechenden Überprüfungen vorzunehmen, dann, glaube ich, sollte der Landtag noch einmal überprüfen, ob hier nicht eine gewisse Ausdehnung möglich ist. Ich würde doch meinen, daß gerade in dieser ersten Phase unter der jetzigen Bundesgesetzgebung, die das ja den Ziviltechnikern zuordnet, man in aller Klarheit dabei bleiben soll.

Ich würde daher dem Herrn Präsident empfehlen, die beiden Abänderungsanträge zur Postnummer 5 abzulehnen und noch zuzuwarten, ob es nicht doch in der jetzigen Form zur Befriedigung und Zufriedenheit aller geregelt ist, und nur dann eine Änderung vornehmen, wenn die Ziviltechniker ihrer Verpflichtung nicht entsprechend nachkommen.

Was nun den übrigen Antrag zur Postnummer 5 betrifft beziehungsweise auch die Anträge zur Postnummer 7, die hier eingebracht worden sind, und das gilt auch für die entsprechenden Abänderungsanträge zur

Postnummer 8, würde ich um Annahme ersuchen.

Was den Beschußantrag zur Postnummer 8 betrifft, so darf ich ja mit Zustimmung der Antragstellerin und der Antragsteller hier um die Zuweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehung ersuchen.

Ich gebe der Frau Dr Rothauer völlig recht, daß es eine unserer wesentlichen Aufgaben in den nächsten Wochen und Monaten sein wird, diese neue Bauordnung hinsichtlich ihrer neuen Bestimmungen auch dem Bürger - dem betroffenen Bürger quasi - zu vermitteln, zu interpretieren und darzulegen. Das sind gerade auch die Architekten, die Ziviltechniker, die Baumeister, und im Kleingarten- und Einfamilienhausbereich sind es jene, die auch selbst ein Haus bauen. Wir werden hier auch alle möglichen technischen Mittel und Informationsmittel zur Anwendung bringen, denn ein Gesetz ist nur so gut, wie es auch wirklich von den Bürgern, die es betrifft, rezipiert und verstanden wird. In diesem Sinn werden wir auch die entsprechenden Schritte unternehmen und auch eine entsprechende Berichterstattung im Ausschuß vornehmen. Ich bitte daher, wie gesagt, im Einvernehmen mit der Frau Dr Rothauer um die Zuweisung an den zuständigen Ausschuß. - Danke schön.

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Meine Damen und Herren!

Wir kommen nun zur Abstimmung, und ich darf Sie, nachdem es doch ein relativ komplizierter Abstimmungsvorgang ist - wir haben eine gemeinsame Debatte über vier Gesetzesvorlagen gehabt, und es gibt, wie Sie gehört haben, eine ganz Reihe von Abänderungsanträgen und Beschußanträgen -, um besondere Konzentration bitten. Ich werde mich selber auch bemühen, hier durch entsprechende Erläuterungen immer die notwendige Klarheit bei jedem Abstimmungsvorgang zu schaffen.

Zuerst kommen wir also zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die Verfahrensnovelle.

Hier liegen zwei Abänderungsanträge vor, zu dieser Postnummer 5, die die Verfahrensnovelle beinhaltet.

Da ist zunächst einmal der Abänderungsantrag des Abg Walter Prinz, betreffend Bauordnung für Wien und Wiener Garagengesetz, wo vorgeschlagen wird, im § 70a Abs. 1, anstelle des Wortes "Ziviltechniker" die Worte "der gültigen Gesetzeslage entsprechendes Prüforgan" einzufügen. Der Antrag ist entsprechend unterstützt.

Ich komme zur Abstimmung und bitte jene Damen und Herren, die diesen Abänderungsantrag des Abg Prinz unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Mehrheit, und dieser Abänderungsantrag ist somit abgelehnt. (Abg Ilse Forster: Das ist die Minderheit! - Abg Rudolf Hundstorfer: Die Minderheit! - Amtsf StR Johann Hatzl: Das ist die Minderheit!) Das ist die Minderheit, entschuldigen Sie! Danke. Ich sehe, die von mir (Allgemeine Heiterkeit) eingeladene Konzentration ist vorhanden. - Es ist die Minderheit, und somit abgelehnt. (Abg Günter Kenesel:

Das war der Test!)

Wir kommen nun zum zweiten Abänderungsantrag, und zwar eingebracht von der Abg Frau Dr Herlinde Rothauer und dem Kollegen Fuchs, auch zur Verfahrensnovelle. Hier wird vorgeschlagen, daß im § 70a Abs. 1, erster Satz, nach den Worten "eines Ziviltechnikers", die Worte "oder eines Baumeisters" einzufügen sind.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag, der ebenfalls genügend unterstützt ist, ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit, und der Antrag ist somit abgelehnt.

Wir haben nunmehr zu Postnummer 5 einen weiteren Abänderungsantrag, und zwar einen Abänderungsantrag, der von Vertretern aller vier im Landtag vertretenen Parteien unterstützt ist, nämlich von der Kollegin Rothauer und den Kollegen Riedler, Reiter, Prinz, Kenesei. Der Wortlaut ist Ihnen bekannt.

Ich darf nun jene Damen und Herren des Landtags bitten, die diesen gemeinsamen Abänderungsantrag unterstützen wollen, um ein Zeichen der Zustimmung. - Danke, das ist einstimmig so der Fall.

Wir können nunmehr über die Gesetzesvorlage in der Fassung dieses eben angenommenen Abänderungsantrags abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke vielmals, das ist einstimmig der Fall. (Abg Hannelore Weber: Nein, nein!) Bitte? (Abg Susanne Jerusalem: Nein!) - Abg Günter Kenesei: Wir nicht!) - Danke, mit Mehrheit so der Fall. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Beschlußanträge liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die Gehsteignovelle. Zu dieser Novelle liegen keine Abänderungsanträge vor.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen worden.

Beschluß- und Resolutionsanträge liegen ebenfalls nicht vor.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um

ein Zeichen mit der Hand. - Danke sehr, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, betreffend die Garagengesetznovelle. Das ist also die Postnummer 7.

Dazu gibt es einen Abänderungsantrag, ebenfalls unterstützt und eingebracht von Mitgliedern aller Fraktionen des Hauses. Der Text ist Ihnen bekannt.

Wir kommen daher zunächst zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag zur Garagengesetznovelle, und ich darf die Mitglieder des Landtags, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur ersten Lesung, und zwar in der Fassung dieses gemeinsamen, eben beschlossenen Abänderungsantrags.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke sehr, das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Zu dieser Postnummer 7, Garagengesetznovelle, liegt allerdings ein Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen Stubenvoll, Wagner, Brigitte Schwarz-Klement, Mag Franz Karl, Jutta Sander, betreffend barrierefreie Benützung von PKW-Einstellplätzen und Garagen, vor. Der Text ist Ihnen bekannt. Der Antrag ist genügend unterstützt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Beschußantrag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke sehr, dieser Beschußantrag ist einstimmig so beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, dann werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 8 der Tagesordnung. Das ist die Gesetzesvorlage, betreffend die Stadtgestaltungsnovelle.

Hier gibt es zwei Abänderungsanträge.

Ich habe hier zunächst einen gemeinsamen Abänderungsantrag der Abgen Riedler, Reiter, Prinz, Rothauer, Kenesei zu dieser Novelle, und zwar geht es hier um eine Anfügung nach dem § 2 dieser Novelle: "Wurde die Stellungnahme der Bezirksvertretung mit der Mehrheit von mindestens 75 Prozent beschlossen und im Zuge des Verfahrens zur Vorlage an den Gemeinderat von dem für die Stadtplanung zuständigen Gemeinderatsausschuß nicht berücksichtigt ..." und so weiter. Der Text ist Ihnen bekannt.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, dieser Abänderungsantrag ist einstimmig beschlossen.

Wir haben noch einen weiteren Abänderungsantrag ebenfalls der Abgen Riedler, Reiter, Prinz, Rothauer

und Kenesei abzustimmen. Das ist ein Abänderungsantrag zum Artikel III der Novelle - und zwar geht es hier um das Inkrafttreten - und zum Artikel IV - hier geht es um Übergangsbestimmungen. Der Text ist bekannt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, auch dieser Abänderungsantrag ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur ersten Lesung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Abstimmung der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in der Fassung dieser beiden Abänderungsanträge zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das Gesetz ist somit auch in erster Lesung, und zwar einstimmig, angenommen.

Dazu haben wir noch drei Beschußanträge vorliegen.

Ich darf der Reihe nach diese Beschußanträge vortragen:

Es ist wieder ein gemeinsamer Beschußantrag aller vier Parteien - Riedler, Reiter, Prinz, Rothauer, Kenesei -, und hier geht es darum, daß der Magistrat beauftragt wird, im Zuge der Verfahren zur Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für die Durchführung einer Reihe von Informationsschritten Sorge zu tragen. Der Text ist, glaube ich, allen bekannt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung darüber.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschuß- und Resolutionsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig so angenommen.

Es gibt einen weiteren Beschuß- und Resolutionsantrag, der von den Abgen Riedler, Reiter, Prinz, Herlinde Rothauer, Kenesei eingebracht wurde. Hier geht es darum, daß der Magistrat beauftragt werden soll, den am 13. Mai 1996 im Wiener Landtag eingebrachten Initiativantrag zur Novellierung der technischen Bestimmungen der Bauordnung einer abschließenden Bearbeitung zu unterziehen und das Verfahren im Sinne des Wiener Notifizierungsgesetzes einzuleiten.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Beschußantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke sehr, einstimmig so angenommen.

Nun abschließend noch ein Beschußantrag der ÖVP-Abgen Rothauer, Wawra und Mag Karl, in dem verlangt wird, daß der Landtag sich für eine Wiederverlautbarung der Wiener Bauordnung innerhalb eines Jahres aussprechen soll, wobei die Zuweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehung beantragt wird.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Beschußantrag.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall, und der Antrag wird dem Ausschuß, wie vorhin zitiert, zugewiesen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung dieser Gesetzesnovelle vornehmen

lassen. Es ist die Stadtgestaltungsnovelle, Postnummer 8. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig so beschlossen.

Jetzt haben wir das große Paket glücklich überstanden.

Wir kommen nun zur Postnummer 2 der Tagesordnung, betreffend die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über die gleichzeitige Vornahme der Gemeinderats- und der Bezirksvertretungswahlen mit der Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament.

Berichterstatter dazu ist Herr amtsf StR Hatzl.

Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Herr Präsidentl Hohes Haus!

Da gemäß § 89 Abs.7 der Europawahlordnung die Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament am 13. Oktober und damit an dem bereits vor längerer Zeit als Wahltag für die diesjährigen Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen ausersehenen Termin abgehalten wird, müssen mangels diesbezüglicher Vorschriften in der Gemeindewahlordnung 1996 spezielle Rechtsgrundlagen für den Fall einer derartigen Zusammenlegung erarbeitet werden.

Sie werden sich erinnern, daß ich bei der Vorlage des Wahlrechts für die Wiener Ebene damals darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir möglicherweise hier noch im Hinblick auf EU-Bestimmungen Veränderungen vornehmen müssen. Aber es ist zum damaligen Zeitpunkt unserer Beschußfassung auch im Parlament noch keine Beschußfassung über das EU-Wahlrecht beziehungsweise über den Termin vorgelegen, und daher bedarf es der Schaffung gesetzlicher Bestimmungen nunmehr, die unter Bedachtnahme auf die richtungsweisende Anordnung des § 82 der Europäischen Wahlordnung die Abwicklung eines derart komplexen Wahlvorganges erlaubt, wobei ich vom inhaltlichen aus auch darauf aufmerksam machen darf, daß hier genau jener Weg gewählt wurde, der in der Wiener Gemeinderatswahlordnung schon seit langem im Zusammenhang mit der Gleichzeitigkeit der Durchführung einer Gemeindewahl mit der Nationalratswahl besteht.

Ich ersuche um Zustimmung zur Vorlage dieses Gesetzes.

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Weber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr

Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren, die noch vorhanden sind! (Abg Ursula Lettner: *Naja!*)

Es ist sehr bemerkenswert, wie sehr eigentlich Europawahlen, Wahlrecht und auch eine Resolution, die hier in einem Unterausschuß versucht wurde, zu verhandeln, damit wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen, die Abgeordneten dieses Hauses interessieren, da sie gerade zu diesem Thema, das auch sehr wichtig für Österreich und für Wien ist, den Saal fluchtartig verlassen und lieber essen gehen, als hier einiges über die Zukunft Europas und der Stellung Österreichs in diesem Zusammenhang zu diskutieren. (Amtsf StR Dr Hannes Swoboda: *Hungerl* - Abg Kurt Wagner: *Wo ist denn der Chorherr?*) Immerhin sind von unserer Fraktion 50 Prozent vorhanden. (Abg Werner Jank: *Wo ist denn der Chorherr und der Pilz? Wo sind die? Es sind ja nicht einmal Ihre Leute da!* - Abg Kurt Wagner: *Schauen Sie doch, wie viele Prozent Ihrer Abgeordneten da sind!*) Schauen Sie bei Ihnen nach, wie viele Prozent da sind. Bei uns ist das die Hälfte, die sind da. (Abg Kurt Wagner: *Warum regen Sie sich denn auf? Bei Ihnen sind ja nur mehr 50 Prozent vorhanden! Wo sind denn die anderen?*) 50 Prozent sind 50 Prozent! (Abg Kurt Wagner: *Ja, nur, wieviel Personen sind das bei Ihnen, und wie viele bei uns?*) Das können auch Sie nicht ändern (Abg Johann Herzog: *Wir gehen dann auch essen!*), wenn von 52 nur mehr ein Drittel da ist, dann ist das eben schon ein Unterschied, als wenn von 7 Abgeordneten 4 da sind! Das sind ja mehr als 50 Prozent! (Abg Kurt Wagner: *Na klar, der Pilz ist 80 Prozent!* - Aufregung bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß wir uns nicht schon wieder über die Befindlichkeiten des Herrn Dr Peter Pilz unterhalten sollen, die Sie immer so interessieren (Abg Ursula Lettner: *Es ist aber eine Tatsache, daß der Dr Pilz nicht da ist!*), sondern eigentlich sollten wir jetzt wirklich zum Thema kommen. Es ist eben Faktum, daß bei Ihnen ein Drittel da ist und bei uns mehr als die Hälfte. Auch der Dr Peter Pilz zählt für eine Person, und das läßt sich nicht ändern. Wenn Sie meinen, er zählt für mehr, ist das Ihr Problem, aber nicht meines. (Abg Ursula Lettner: *Das ist aber Ihr Problem, daß der Dr Pilz nicht da ist!*)

Es geht darum, daß wir am 13. Oktober nicht nur Gemeinderats- und Landtagswahlen haben, sondern auch das erste Mal in Österreich direkt Vertreter nach Brüssel gewählt werden.

Ich muß mich schon über das wundern - ganz kurz nur -, was der Herr Stadtrat eingangs gesagt hat. Natürlich wäre es möglich gewesen, und auch wir haben das damals verlangt, daß man die EU-Wahlordnung gleich hier in diesem Zusammenhang mit der Änderung der Gemeinderats- und Landtagswahlen vornimmt. Jetzt müssen wir nachbessern, aber sei's drum.

Ich möchte nur kurz auf die Situation jetzt eingehen, wie es nach dem Beitritt Österreichs aussieht.

Die EU hat sich - entgegen vielen Versprechen, die damals bei der Volksabstimmung gemacht wurden -

kaum zu einer sozialen und überhaupt nicht zu einer Umweltgemeinschaft entwickelt. Die Europäische Union ist nach wie vor eine Wirtschaftsunion, bei der alle sozialen Standards, aber auch die Umweltstandards immer nur von der Seite betrachtet werden: Ist das jetzt ein Handelshemmnis? Ist das jetzt wettbewerbs schädigend?

Es ist vor allem nicht nur am Sektor der Umweltpolitik, sondern auch am Sektor der Sozialpolitik, und vor allem der Beschäftigungspolitik zu dramatischen Fehlentwicklungen gekommen. Ich möchte mich damit gar nicht brüsten, denn es ist traurig genug, daß wir seinerzeit doch die einzigen waren, die der Bevölkerung das gesagt haben und die darauf verwiesen haben (Abg Dr Helmut Günther: *Das ist nicht richtig!*), vor allem bei ... (Abg Dr Helmut Günther: *Das "einzigen" ist nicht richtig, Frau Kollegin!*) Herr Kollege Günther, soviel ich weiß, kommen Sie sowieso nachher dran. Sie können sich dann melden.

Vor allem, wenn ich mir noch einmal die Wahlplakate, die hier in Wien auf Kosten der Steuerzahler gedruckt wurden, vorstelle, als man den Leuten erklärt hat: "Der Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat", weil "daham daham ist"! Das war eine Vorgangsweise, wo man den Menschen nicht von Chancen und auch nichts von den Risiken erzählt hat, sondern eigentlich gemeint hat: Es ist sowieso alles gut, jeder kriegt seinen 1 000er dazu, es ist alles leinwand. Österreich wird mit der EU wackeln, wir werden dort alles umkrepeln, und wir müssen sofort beitreten!

In der Zwischenzeit - und da muß ich Ihnen schon die Schuld geben, da sind Sie mitschuldig - hat sich die Akzeptanz der Europäischen Union hier in diesem Lande vehement geändert. Es besteht wirklich aufgrund dieser Entwicklung die Gefahr, das sowohl in diesem Land, aber auch bei den Europawahlen ein starker Rechtsruck erfolgen könnte, und den gilt es eben zu verhindern. Deshalb würde ich ersuchen, daß Sie heute ehrlich mit den Menschen sprechen.

Ich komme jetzt gleich auf jene zwei Punkte, warum wir leider diese gemeinsame Resolution nicht unterstützen können: Der erste ist die Beschäftigungspolitik, und der zweite ist das Verhältnis der SPÖ zur NATO und zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

In der Beschäftigungspolitik schaut es im Moment so aus, daß wir innerhalb der Europäischen Union 20 Millionen Arbeitslose und 50 Millionen Menschen haben, die an der Armutsgrenze leben. Sie haben - und vor kurzem auch Sie, Herr StR Swoboda - bei einer Diskussion erklärt, daß der Gipfel in Florenz die große Beschäftigungsoffensive bringen wird. Der Bundeskanzler Vranitzky mit seiner Märchenstunde hat das in diesem Zusammenhang auch immer wieder erklärt. Was ist aber in Florenz wirklich passiert?

Die einzige Beschäftigungsoffensive war, daß man das Ganze den Finanzministern wieder zurückgegeben hat, und wir in dieser brisanten Frage den nächsten Gipfel im Dezember 1999 in Dublin haben werden. Bis

dahin wird weiter verhandelt, werden die Konvergenzkriterien weitere Arbeitslose schaffen und werden sich weitere 15 Länder kaputtsparen müssen, um angeblich der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten zu können. Das ist der Punkt, den ich hier bei Ihrer Resolution vermißt habe.

Ich habe seinerzeit sowohl vom StR Edlinger, aber auch vom Bgm Häupl Kritik im Zusammenhang mit den Konvergenzkriterien gehört, die auch gemeint haben, man kann hier die Städte nicht kaputtsparen, so wie das halt der Dr Peter Pilz schon am Montag bei der Wirtschaftsdebatte erwähnt hat. Jetzt sollen die Nationalstaaten selbst - so wie der Auftrag jetzt in Florenz war - Beschäftigungsoffensiven planen. Mir fehlt wirklich hier, daß Sie sich ganz klar dazu geäußert hätten, wie schwierig die Situation ist, daß diese Konvergenzkriterien eben nicht zu halten sind und es hier zu einer Aufweichung kommen muß, denn wenn die Leute kein Geld haben, kann auch die Wirtschaft nicht florieren, weil sich keiner mehr etwas kaufen kann! Das sagen jetzt nicht nur die GRÜNEN, sondern diese Kritik an den Konvergenzkriterien kommt sehr wohl auch von Ökonomen und Wirtschaftswissenschaftlern aus dem konservativen Bereich. Also man kann das nicht einfach wegwischen. Man kann die Leute nicht anlügen! Die Folge wird eben sein, daß diese Befürchtungen, daß in diesem Land und auch bei der EU-Wahl ein heftiger Rechtsruck erfolgen wird, den, ich glaube, auch Sie nicht goutieren, am Ende wirklich eintreten werden.

Der zweite Punkt sind Ihre Aussagen in dieser Resolution zur gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik.

Sie haben sich hier um eine klare Aussage der SPÖ herumgeschwindelt: Wie halten Sie es denn wirklich mit der NATO, und wie werden Sie es wirklich mit der Neutralität halten? Sie haben hier einen Passus von friedenspolitischen Möglichkeiten hineingeschrieben. Sie haben sich nicht davon distanziert, was in den letzten Tagen und Wochen immer wieder auch vom Herrn StR Swoboda gesagt wurde, daß er auf einmal einem militärischen Bündnis beitreten und ein militärisches Bündnis als Friedensordnung betrachten würde.

Sie haben auch nicht gesagt, daß Sie eigentlich auf die Neutralität - gegen 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung - verzichten könnten, und nehmen die Chance nicht wahr, daß Neutralitätspolitik ein Element, eine Grundlage für eine Friedensordnung in Österreich sein könnte. Hier fehlt mir wirklich Ihre klare Haltung, Ihre klare Aussage: Will jetzt auch die Wiener SPÖ der NATO beitreten? Will jetzt auch die Wiener SPÖ die Neutralität leichtfertig aufs Spiel setzen? Will die Wiener SPÖ wirklich den Leuten vermitteln, daß Friedenspolitik in Europa militärische Aufrüstung sein muß, oder gibt es hier nicht andere Möglichkeiten? Können wir hier nicht neue Wege gehen? Ich denke daran, wie wichtig unsere Neutralitätspolitik seinerzeit im Ost-West-Konflikt und jetzt auch im Nord-Süd-Konflikt war.

Wir haben deswegen eine eigene Resolution verfaßt - ich will sie jetzt nicht im gesamten vorlegen -, die sich besonders mit diesen sicherheitspolitischen und beschäftigungspolitischen Fakten auseinandersetzt. Ich bringe sie mittels Antrags hier ein, und verlange hier die sofortige Abstimmung. Sie haben alle diese Resolution in den Klubs zur Verfügung gestellt bekommen.

Meine Damen und Herren, vor allem von der Wiener SPÖ, Überlegen Sie sich genau, welch unheilige Allianz jetzt auf einmal vor allem in bezug auf den NATO-Beitritt entsteht. Eine Allianz von Haider über Schüssel, selbstverständlich Frischenschlager und jetzt auch mit einem sozialdemokratischen amtsf StR Swoboda! Überlegen Sie sich das genau, und finden Sie endlich klare Worte zu einer Friedenspolitik in Europa ohne eine militärische Aufrüstung und ohne einen NATO-Beitritt!

Das ist sehr wohl möglich, und in diesem Sinne würden wir Sie auch gerne unterstützen! (StR Lothar Gintersdorfer: Sagen Sie das auch den Ungarn und den Slowenen! - Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender Dr Erwin Hirschl: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Tschirf. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich werde sicherlich einige dieser Fragen, die jetzt gestellt wurden, entsprechend klar beantworten. Aber vorerst darf ich jetzt einmal auf jene EU-Deklaration eingehen, die dann später hier von Frau Abg Tomsik eingebracht werden wird.

Die Wiener Volkspartei kann sich mit Fug und Recht als die Europapartei in diesem Haus bezeichnen. Schon im Jahr 1992 hat die Wiener Volkspartei eine Einbindung in die Fragen der europäischen Integration auch dieses Hauses verlangt, und das war ja auch die Geburtsstunde dann der Europakommission.

Wir sind für Europa, weil wir für die Menschen in dieser Stadt sind.

Wir sind für Europa, weil wir für den Wirtschaftsstandort Wien in seiner ganz besonderen Konkurrenzsituation innerhalb der Europäischen Union, aber auch zu den mittel- und osteuropäischen Staaten und zur übrigen Welt eintreten.

Wir sind für Europa, weil wir aus sicherheitspolitischen Gründen für Europa sind.

Wir sind für Europa, weil wir für eine Weiterentwicklung von Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte eintreten. Gerade die Menschenrechte sind es ja, die eine europäische Angelegenheit sind, und das, was die Europäische Menschenrechtskonvention darstellt, würden sich andere Regionen dieser Welt nur wünschen können.

Wir haben bereits in die Europadeklaration vom 25. Februar 1994 viele wichtige Anliegen für diese Stadt eingebracht, und es war daher das Anliegen der Österreichischen Volkspartei - auch aus Anlaß der

Regierungskonferenz 1996 -, eine eigene Deklaration für Wien in diesem Landtag zu beschließen.

Es ist uns darum gegangen, daß wir hier den gemeinsamen Anliegen der Stadt Wien jenseits von irgendwelchen wahlkampfstrategischen Fragen im Sinne der Wiener, im Sinne auch der Anliegen Wiens sowohl im europäischen Kontext, als auch im österreichischen Wettbewerb, tatsächlich zum Durchbruch verhelfen.

Ich beginne bewußt diese Rede mit diesen allgemeinen Fragen, und nicht, wie meine Vorgängerin, die sich ausschließlich zunächst mit der Frage des Wahlkampfes beschäftigt hat.

Diese Fragen, mit denen wir uns hier in der Europa-deklaration befassen, sind viel zu ernst, als sie jetzt in kleinlichem, parteipolitischen Hickhack zerstören zu lassen, und damit die Zukunft dieser Stadt zu gefährden.

Ich möchte an dieser Stelle den Verhandlern aus allen Fraktionen, die daran teilgenommen haben, danken. Ich bedauere es, daß von der grünen Fraktion jene Kollegin, die hier mitgearbeitet hat, nicht gesprochen hat, denn das Klima ist sehr konstruktiv gewesen. Offensichtlich hat es hier einen Auftrag von oben gegeben. Ich weiß, die Strukturen sind in dieser Partei halt anders, als sie bei uns sind!

Vor allem möchte ich mich für das ... (Abg Hannelore Weber: Vielleicht fragen Sie mich halt einmal vorher) Vor allem möchte ich hier für dieses Klima und für dieses Ringen um gemeinsame Standpunkte ein herzliches Dankeschön sagen. So ist es uns gelungen, für eine offensive Stadtaußenpolitik, für eine Positionierung des Zentrums der Region Wien im internationalen Städtewettbewerb und für Bemühungen um eine Ansiedlung von EU-Institutionen in Wien einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten.

Wir haben uns mit den wesentlichen Fragen zu einem Zeitpunkt beschäftigt, wo es europaweit 20 Millionen Arbeitslose gibt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist sicherlich die zentrale Frage und daher auch ein zentraler Gesichtspunkt genau dieser Deklaration. Diese Beschäftigungspolitik ist aber nur möglich, wenn sie mit einer entsprechenden Ausbildungsoffensive einhergeht, und auch hier bietet die EU Möglichkeiten, und zwar für jeden einzelnen - für den einzelnen Wiener Lehrling, den einzelnen Wiener Schüler, den einzelnen Wiener Arbeitnehmer, den einzelnen Wiener Arbeitgeber -, neue Märkte zu erschließen, neues Wissen für sich zu erarbeiten und damit ganz andere Möglichkeiten für sich zu gewinnen.

Es geht uns aber auch in der Sozialpolitik um eine faire Situation zwischen dem Niveau der Sozialpolitik bei uns und in den anderen europäischen Ländern, aber auch über Europa hinaus.

Wenn man sich die Berichte über die Kinderarbeit ansieht, dann weiß man, wie grausam teilweise Produkte in dieser Welt hergestellt werden. Ich muß ehrlich sagen, ich verstehe nicht, daß es zwar eine Kennzeichnungspflicht für Tropenholz gibt, aber keine

Kennzeichnungspflicht für Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden! (Beifall bei der ÖVP und von Frau Abg Josefa Tomsik.)

Wir haben uns in dieser Deklaration auch für eine Weiterentwicklung der Stadttechnologien ausgesprochen, und hier liegt auch eine Chance für die gut ausgebildeten Wiener gerade aufgrund der besonders guten Ausbildung und für Wien in seiner geopolitischen Situation.

Wien muß ein Zentrum zukunftsträchtiger Forschung sein und bleiben und ausgebaut werden.

Ein wesentlicher Punkt für diese Europäische Union ist der Ausbau von Demokratie und Bürgerbeteiligung. Das Subsidiaritätsprinzip - das heißt, daß die Entscheidungen möglichst die kleinste Einheit zu treffen haben - ist ein urchristlich-soziales. Wir haben uns daher gefreut, daß die Europäische Gemeinschaft das in ihre Kriterien und in ihren Vertrag aufgenommen hat, weil das ein gutes Prinzip ist. Das ist ein Prinzip, das sehr wohl europaweit zum Durchbruch kommen muß. (Beifall bei der ÖVP.)

Wichtig ist es aber auch, daß diese Europäische Union für die Regionen und Städte entsprechende Mitarbeitmöglichkeiten schafft. Nur wenn die Stadtpolitik als eines der Ziele dieser Europäischen Union gesehen wird, können die Probleme, die alle Städte in Europa haben - und die Zahl der in den Städten Wohnenden wird ja immer größer -, tatsächlich gelöst werden. Bisher hat uns hier der entsprechende Ansatz in den europäischen Akten gefehlt.

Dazu gehört natürlich auch eine verstärkte Informationspolitik, und zwar die Einbeziehung der NGO's im Umweltbereich, im Bereich der Frauenbewegung, der Jugend und der Senioren. Das alles ist natürlich selbstverständlich - auch wenn es jetzt nicht ausdrücklich erwähnt ist - auch Teil dieser Informationspolitik, so wie wir sie hier verstehen.

Aber auch der Grundrechtskatalog, sowie Gleichbehandlung und Ausbau der demokratischen Elemente in der Europäischen Union gehören dazu.

Diese Europäische Union sollte aber auch dazu dienen, daß es zu einer Beschleunigung von Verfahrensabläufen, Abbau von Bürokratie, mehr Bürgernähe und zu offener und transparenter Verwaltung kommt.

Der Wiener Landtag - und das ist ein wesentlicher Erfolg in diesem Demokratiepaket, das wir hier mitgeschlossen haben - wird über die Europakommission eine ganz andere Möglichkeit der Mitwirkung an den Rechtsetzungsakten, die auch Wien setzt, bekommen.

Mit dieser Deklaration ist nämlich sichergestellt, daß all das, was aus Brüssel, von Bundesstelle oder der Verbindungstelle der Bundesländer nach Wien kommt, sehr wohl in den Fraktionen, die in der Europakommission vertreten sind, zugänglich ist. Das heißt, daß wir tatsächlich in diesen parlamentarischen Prozeß eingebunden sind und auch die Möglichkeiten haben, rechtzeitig entsprechend zu agieren und zu reagieren.

Dieser Landtag wird dadurch entsprechend aufge-

wertet, weil gerade in Zeiten des De-facto-Abbaues von Rechten der gesetzgebenden Körperschaften durch die Vorgaben, die von den Brüsseler Institutionen kommen, das ein wesentlicher Schritt ist, den es uns gelungen ist, hier durchzusetzen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Umwelt- und Raumentwicklung. Auch dieses Ziel hat Eingang in diese Deklaration gefunden. Die überragende Bedeutung der Städte für die europäische Raumentwicklung ist hier genauso aufgenommen worden wie die Neugestaltung der Strukturfonds der Europäischen Union, insbesondere des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Regionalfonds.

Genau dadurch wird es nämlich möglich sein, jene sozialen Probleme zu lösen, jene Beschäftigungsoffensive zustande zu bringen, die heute bei 20 Millionen Arbeitslosen notwendig ist.

Verkehr und Telekommunikation spielen für Wien eine große Rolle, daher ist es wichtig, daß Wien in das Projekt einer Magistrale Paris - Wien - Budapest eingebunden wird, daß eine Bahnverbindung Warschau - Mailand über Wien geht, damit wir diese Probleme - als Abgeordneter der Landstraße, durch die die mit Abstand am meisten befahrene Verkehrsroute Österreichs geht, weiß ich, wovon ich spreche -, die größer werden, lösen können mit den Mitteln der Europäischen Union.

Es geht aber auch um den Wiener Hafen, denn auch die Schifffahrt muß eine andere Bedeutung bekommen. Die Schifffahrt ist eine ausgesprochen umweltfreundliche und zukunftsträchtige Verkehrsform, die sehr wohl bei uns verstärkte Bedeutung bekommen soll und die hier auch auf eine Tradition zurückgreifen kann. Umso bedauerlicher ist es, daß es eben die DDSG heute nicht mehr gibt, daß hier wirklich etwas verlorengegangen ist.

Ein wesentlicher Punkt ist die Frage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der sogenannten GASP, denn hier zeigt sich ganz deutlich auch das Verständnis Europas. Wenn meine Vorednerin davon gesprochen hat, daß NATO und die europäische Sicherheitspolitik gegen Frieden sprechen, dann spricht das gegen die Geschichte. Erinnern wir uns doch zurück auch an die Nachrüstungspolitik der NATO. Nur dadurch war es möglich, daß tatsächlich Osteuropa frei geworden ist und daß der Kommunismus zusammengebrochen ist.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht darum, daß wir jetzt hochrüsten, es zeigt sich ja sogar, daß die Bundesrepublik Deutschland und andere NATO-Länder keineswegs mehr weiterrüsten, sondern durch den Zusammenbruch des osteuropäischen Blocks, des kommunistischen Blocks ist es sogar zu einer Abrüstung gekommen, aber wir sehen, daß neue Gefahren auf uns zukommen. (Abg Hannelore Weber: Ja, in Frankreich! Die soziale Instabilität, das ist eine Gefahr!) Ich weiß nicht, ob Sie zufällig die letzten Meldungen gehört haben, was zum Beispiel der Verteidigungsminister der Sowjetunion gesagt hat. Hier liegen Gefah-

ren, und es geht auch darum, daß wir uns entsprechend wappnen, daß Europa imstande ist, sich tatsächlich verteidigen zu können.

Die Erringung der Neutralität im Jahre 1955 war sicherlich ein Geniestreich in einer bestimmten Situation, heute hat sie halt eine völlig andere Rolle bekommen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wenn Sie sich zum Beispiel die Meldungen des Vorsitzenden der Grünen in Deutschland, Joschka Fischer, dazu anschauen, dann hat er schon einen viel realitätsbezogenen Zugang zu diesen Fragen, als Sie ihn haben. Vielleicht lernen Sie in Brüssel auch dazu. Ich hoffe es, und wir würden uns darüber freuen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein wesentlicher Punkt ist auch die EU-Osterweiterung, bei der gerade Wien aus seiner Tradition in Mitteleuropa heraus eine besondere Rolle spielt. Da können wir aus unseren Erfahrungen in der Vergangenheit auch vieles für die Zukunft einbringen. Daher spielt auch die Frage der Städtepartnerschaften gerade mit Mittel- und Osteuropa eine wesentliche Rolle.

Ich darf aber an dieser Stelle noch einmal auf etwas eingehen, das vorhin auch von meiner grünen Vorednerin gesagt worden ist, und da hat man halt den Eindruck, daß die GRÜNEN noch immer nicht verkraftet haben, wie die Volksabstimmung ausgegangen ist. (Abg Hannelore Weber: Wir haben es sehr wohl verkraftet!) Hier gibt es ein demokratisches Ergebnis, das man akzeptieren muß als Demokrat. Es kommen immer wieder die gleichen Geschichten. Sie werden dadurch nicht wahrer.

Die Frage der Konvergenzkriterien ist in Wirklichkeit nicht ein Maastricht-Problem, sondern das ist ein Problem der Verschuldung der europäischen Länder, auch von Österreich. Es geht nämlich darum, daß wir wieder Geld haben, um investieren zu können, es geht darum, daß wir nicht im Schuldendienst einfach untergehen. (Abg Hannelore Weber: Wo ist die große Beschäftigungsoffensive?) Das müßten wir, ob wir jetzt die Maastricht-Kriterien von der EU vorgegeben bekommen oder ob wir uns selbstständig darum bemühen, daß wir unseren Haushalt wieder in Ordnung bringen, auf jeden Fall tun. Das müßten Sie eigentlich wissen. Also entweder sagen Sie es, obwohl Sie es wissen, oder Sie sagen es, weil Sie es nicht wissen. Dann würde ich Ihnen wirklich empfehlen, daß Sie sich damit auseinandersetzen. (Beifall bei der ÖVP. - Abg Hannelore Weber: Wo ist die große Beschäftigungsoffensive?)

Es geht eben darum, daß wir die wirtschaftlichen Grundlagen für Investitionen, für eine Beschäftigungsoffensive schaffen (Abg Hannelore Weber: Wo ist das jetzt beschlossen worden? Wo?), und das ist nur dann möglich, wenn das Geld vorhanden ist. Und das sollten Sie auch wissen. Sie wissen doch ganz genau, worum es geht. (Abg Dr Helmut Günther: Sie weiß es nicht ganz genau!) Ja, wahrscheinlich stimmt das. Es ist wahrscheinlich wirklich sinnlos. Ich habe versucht, hier ein bißchen pädagogisch einzuwirken, aber es ist of-

fensichtlich bei Ihnen nicht möglich. (Abg Dr Rüdiger Stix: *Das ist ein Problem!*) Wahrscheinlich, ja. Mir ist schon klar, daß die GRÜNEN offensichtlich auf diese Art und Weise - die Probleme lösen, kann man nicht sagen - an die Probleme herangehen. Ich hoffe, daß die Leute wirklich erkennen, wohin grüne Politik führt. (Abg Hannelore Weber: *Wo ist die Beschäftigungsoffensive?*) Sie sind offensichtlich wirklich nicht imstande, dem zu folgen, was ich Ihnen sage. (Abg Hannelore Weber: *Sie können es nicht sagen, weil es sie nicht gibt!*)

Meine Damen und Herren! Es ist nach diesen konstruktiven Gesprächen, die in unserem Unterausschuß zur Europakommission stattgefunden haben, wirklich bedauerlich, daß die GRÜNEN und die Freiheitlichen nicht bereit waren, da mitzugehen. Wir haben uns wirklich bemüht. Wir haben uns auch bemüht, bei den Formulierungen eine gemeinsame Wiener Deklaration zu finden, denn uns geht es nicht um parteipolitisches Kleingeld, wie das anderswo der Fall ist. Die Zwischenrufe sprechen ja für sich oder gegen sich, je nachdem, wie man das eben rein semantisch sieht.

Ich würde Sie bitten, dieser EU-Deklaration die Zustimmung zu geben.

Ich darf an dieser Stelle aber noch auf etwas anderes eingehen, denn es soll nämlich hier eine Resolution zur Frage Menschenrechte, Türkei, PKK eingebracht werden. Es ist keine Frage, daß die ÖVP für die Menschenrechte in der Türkei eintritt, genauso wie sonst überall in der Welt - Außenminister Schüssel hat das auch ganz klar und deutlich jetzt in diesen Tagen in der Türkei gesagt -, dem gegenständlichen Antrag können wir allerdings nicht die Zustimmung geben, denn es sind einige Details enthalten, die wir nicht nachvollziehen können. Es stellt sich auch die Frage, ob es sehr sinnvoll ist, eine Empfehlung zu geben, den Urlaub nicht in diesem Land zu verbringen, denn das würde natürlich genauso für China gelten oder für andere Staaten, in denen die Menschenrechte mißachtet werden.

Daher werden wir dieser Resolution nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächster Redner gelangt Herr Abg Günther zum Wort. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die freiheitliche Fraktion wird der Änderung des Wiener Wahlrechtes, die die Durchführung der Wahl zum Europäischen Parlament gleichzeitig mit der Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl ermöglicht, selbstverständlich zustimmen, denn diese Wahl am 13. Oktober gibt den Österreichern und Österreichern die Möglichkeit, sich bei der Bundesregierung dafür zu bedanken, was ihnen vor dem Beitritt zur EU beziehungsweise vor der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 alles versprochen wurde.

Die Koalitionsregierung hat den Wahlermin für die EU-Wahl immer weiter hinausgeschoben. Sie wissen,

es ist Vorschrift, daß innerhalb von zwei Jahren nach Beitritt zu wählen ist, das heißt also, es mußte diese Wahl bis vor dem 31. Dezember 1996 durchgeführt werden. Man hat geglaubt, die Stimmung werde sich bessern, und deshalb hat man versucht, den Termin so weit wie möglich hinauszuschieben, um vielleicht noch eine positive Stimmung in Österreich zu erreichen.

Anläßlich der Diskussionen um das Wiener Wahlrecht hat es auch in der Wahlkommission Besprechungen dazu gegeben, und die Freiheitlichen haben damals gesagt, bauen wir die Möglichkeit der Wahl zum Europäischen Parlament gleich in die Wiener Wahlbestimmungen ein. StR Hatzl hat damals zu Recht gesagt, ich kann derzeit noch nicht, weil die Bundesbestimmungen noch nicht vorhanden waren. (Abg Josefa Tomšík: *Es haben aber alle zugestimmt!*) Bitte? (Abg Josefa Tomšík: *Damals im EU-Unterausschuß haben alle zugestimmt. Da waren alle dafür!*) Es war noch nicht möglich, weil die Bundesbestimmungen gefehlt haben.

Jetzt ist es soweit. Der Bund hat sich auf die Wiener Wahl draufgesetzt. Es war ein Vorschlag unseres Klubobmannes, der gemeint hat, damit würde diese Wahl wenigstens ein bißchen günstiger, wenn sie zur Wahl in Wien dazukommt. Wirklich günstig wäre es gewesen, sie mit der vom ÖVP-Bundesobmann Schüssel vom Zaun gebrochenen Nationalratswahl im Dezember 1995 zusammenzulegen, denn dann hätte sie gemeinsam mit einer österreichweiten Wahl stattgefunden und damit wäre es wirklich zu einer Verbilligung gekommen. Die Wahl am 13. Oktober 1996 wird jedenfalls zeigen, was die Österreichische Bevölkerung von ihren Vertretern von Rot und Schwarz in Brüssel beziehungsweise von der Koalitionsregierung hält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Tschirf hat die Wiener Resolution zur Regierungskonferenz 1996 schon sehr breit erläutert. Sie entstammt ja tatsächlich einer Idee der ÖVP, die einen Antrag eingebracht hat, vor allem dergestalt, daß man den Landtag mehr in die Entscheidungsprozesse einbinden sollte. Das hat nicht die ÖVP erfunden, sondern sie hat es gut abgeschrieben von den Vorarlbergern - dort ist das schon beschlossen worden -, und es war durchaus eine ordentliche Idee, das Ganze so durchzuführen.

Aber eines ist wirklich interessant: Wir verstecken diese Deklaration schon wieder einmal, und damit haben wir schon im Jahr 1992 begonnen. Meine Damen und Herren, Sie können sich erinnern, 1992 wurde die Wiener Europakommission eingerichtet, und zwar damals nicht unter einem eigenen Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung, sondern unter dem Tagesordnungspunkt Hirschwanger Holzverarbeitungsbetriebe. Warum und weshalb weiß ich nicht mehr, aber man muß eines sagen: Sie hat ihren Start damals gut erwischt, und dank der hervorragenden Unterstützung durch unser Koordinationsbüro ist sie ihren Aufgaben auch ganz ausgezeichnet nachgekommen.

Die Wiener Europadeklaration von 1994, die wir am Vorabend der Jumbo-Verhandlungen in Brüssel im Februar 1994 beschlossen haben, hat dem damaligen

Finanzstadtrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr die Überlegungen Wiens mitgegeben, und alle Fraktionen dieses Hauses haben das mitgetragen. Mayr ist nach Brüssel gefahren - und was ist damit passiert? Die Wiener Anliegen sind sonder Zahl untergegangen. Der Transitvertrag ist bei den Verhandlungen in Brüssel sogar noch verändert worden, und zwar von den vorher vereinbarten zwölf Jahren auf elf Jahre, wobei nach acht Jahren eine Abstimmung darüber stattfinden wird. Da hat es geheißen, das ist überhaupt kein Problem, es kann nichts passieren nach acht Jahren, denn es herrscht ja das Einstimmigkeitsprinzip in der Europäischen Union, und der österreichische Vertreter wird sicher nicht die Interessen Österreichs verlassen.

Das mit dem Einstimmigkeitsprinzip ist aber auch so ein Problem. Erstens wird jetzt bei der Regierungskonferenz 1996 in Turin darüber diskutiert, inwieweit man sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vom Einstimmigkeitsprinzip entfernt, und es gab auch sonst, zum Beispiel beim Rinderwahn, interessante Entwicklungen. Da hat sich der österreichische Landwirtschaftsminister - unterstützt auch noch von Deutschland - intensiv für die Interessen Österreichs und dafür eingesetzt, daß die Engländer nicht Teile der am Rinderwahn erkrankten Tiere beziehungsweise Materialien, die daraus erzeugt worden sind, exportieren dürfen. Es gab dazu keinen Beschuß des Rates, aber am Tag darauf hat die Kommission entschieden, daß es doch eine Lockerung gibt. Landwirtschaftskommissar Fischler hat das eingeleitet, und jetzt in Florenz war das die einzige Entscheidung, die dort wirklich getroffen wurde.

Heute sprechen wir über ein Resolution, die wir genau für diese Regierungskonferenz vorbereitet haben, und zwar vor allem aufgrund des Antrages der ÖVP, aber auch eines Papiers, das das Koordinationsbüro ausgearbeitet hat. Es gab vier Sitzungen der Parteivertreter, und ich muß sagen, es waren wirklich interessante Besprechungen. Trotz aller unterschiedlichen inhaltlichen Überlegungen gab es ein konstruktives Gespräch, ausgezeichnet unterstützt von den Mitarbeitern des Koordinationsbüros, die sich wirklich schnell und intensiv mit allen Punkten, die die Abgeordneten dort vorgebracht haben, befaßt haben und sie eingearbeitet haben in eine Punktaufstellung und eine Resolution, die sicher in vielen Teilen zu unterstützen ist.

Denn natürlich sind alle Aktivitäten zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit in ganz Europa zu unterstützen. Wenn es in ganz Europa 20 Millionen Arbeitslose gibt, muß jeder und müssen alle gemeinsam versuchen, hier etwas zu verbessern.

Natürlich sollte Wien als Zentrum zukunftsträchtiger Forschung weiter ausgebaut werden.

Natürlich muß das Subsidiaritätsprinzip konkretisiert und ausgebaut werden, und der Landtag ist besser in die Rechtssetzungskriterien der EU einzubinden.

Natürlich sind auch die Gemeinschaftspolitiken auf ihre ökologische Ausrichtung zu überprüfen.

Natürlich ist eine Umorientierung der Verkehrspolitik der EU in Richtung Verkehrsverminderung beziehungsweise Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrssysteme zu unterstützen.

Und natürlich ist auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gerade jetzt ein Gebot des gedeihlichen Zusammenlebens.

Auch die Osterweiterung ist ein wichtiger Schritt, auf den unsere östlichen Nachbarn vorbereitet werden müssen, denn so, wie es derzeit steht, wäre eine Osterweiterung für die ganze EU nicht zu schaffen.

All diese Punkte sind unbestritten und sind wichtig - auch für unsere Heimatstadt Wien -, aber sie sind zu einem Teil Wünsche an das Christkind Regierungskonferenz 1996. Das ist eines der Probleme dabei. Der Chef des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Verzetsnitsch der noch dazu derzeitiger Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist, ist heimgekommen von der Regierungskonferenz und dem Gipfeltreffen der Regierungschefs in Florenz und hat deutlich von sich gegeben, die EU habe ihr Ziel verfehlt. Ich darf Ihnen kurz vorlesen, was er sagt:

"Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der Plan von EU-Kommissionspräsident Jacques Santer zur Schaffung eines Europäischen Paktes für Vertrauen und Beschäftigung nicht die nötige Unterstützung der Mehrzahl der Europäischen Regierungschefs gefunden hat. Wenn für Vorhaben wie Europol und Anti-BSE-Kampagnen die finanziellen Mittel beschlossen werden können, dann müssen die Bekämpfung der europaweiten Arbeitslosigkeit und deren Finanzierung zumindest denselben Stellenwert haben."

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Genua das ist es. Es werden sicher Probleme, die es gibt, behandelt, aber die wirklich gravierenden Probleme, vor denen Europa derzeit steht, werden aufgeschoben. Das ist die Arbeitslosigkeit und auch das Problem, daß der Bereich der europäischen Verkehrsinfrastruktur nicht beschlossen wurde. Dort hätte es ein Volumen von 16 Milliarden Schilling gegeben, das sicher etwas dazu beitragen hätte können, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Das ist nicht beschlossen worden. Man hat alles vor sich hergeschoben, man hat sich auf Dublin ausgeredet, und passiert ist in Florenz leider wenig, außer daß sich dort 15 Regierungschefs getroffen haben. Sie bringen aber nicht den Mut und die Kraft auf, für Europa und für die Arbeitnehmer in Europa etwas Positives zu bewirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt gibt es aber in dem Papier durchaus Überlegungen, denen man nicht ganz zustimmen kann, weil sie einfach die Probleme nicht auf den Punkt bringen. Eines davon ist die im Maastricht-Vertrag festgeschriebene Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion und die damit verbundene Einführung einer europäischen Einheitswährung namens Euro.

Das Problem ist, daß die Regierung - Kollege Tschirf hat das vorhin erwähnt - sparen muß. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Nur, der Regierung

gehört auch seine Fraktion an, und auch seine Fraktion muß die Kritik entgegennehmen. Denn die SPÖ ist nicht alleine daran schuld, sondern gemeinsam mit der ÖVP steht sie heute da und hat die Verantwortung dafür tragen, daß Österreich einen derart hohen Schuldenstand hat, daß es dadurch die Maastricht-Kriterien nicht erfüllen kann.

Und was macht die Regierung? - Sie erläßt ein zweijähriges Budget, in das ein Belastungspaket eingebunden ist, das jedem Österreicher intensiv in die Tasche greift. Der Präsident der Österreichischen Nationalbank Liebscher hat bei einer Veranstaltung in der Börse auf die Frage, ob er glaubt, daß dieses Belastungspaket das einzige sein wird, um die Maastricht-Kriterien zu erreichen, gesagt, ein zweites ist sicher notwendig und wahrscheinlich ist sogar ein drittes notwendig, um diese Kriterien zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Bis Ende 1997 wollen wir diese Kriterien erreichen. Mit zwei bis drei Belastungspaketen ist es vielleicht möglich, zu diesem Zeitpunkt die Kriterien zu erreichen. Kein Mensch weiß, was 1998 oder 1999 ist, und kein Mensch weiß, wie es in Europa weitergeht, denn wenn Sie heute die Medien verfolgen, dann haben Sie dort immer mehr Leute, die sagen, schieben wir Maastricht, schieben wir die Einführung der Europäischen Währungsunion und die Einführung des Euro auf. Kohl ist einer davon, die das vertreten und gesagen, es ist besser, das aufzuschieben, als die Kriterien aufzuweichen. Ich verstehe ihn, denn auch er mit seinem großen Land Deutschland erfüllt derzeit die Maastricht-Kriterien nicht.

Zwei Länder erfüllen diese Kriterien derzeit. Das eine ist Luxemburg, das sie wirklich erfüllt, das zweite ist Irland, das sie nur deshalb erfüllt, weil man sich dort von einer Verschuldung von 124 Prozent langsam den geforderten 60 Prozent nähert und - in der richtigen Pendelbewegung - bei 85 Prozent eingependelt hat. Darum ist es in Irland noch möglich. Alle anderen 13 europäische Staaten sind weit davon entfernt, das zu erfüllen, und viele versuchen jetzt, durch Sparmaßnahmen die Wirtschaft ihrer eigenen Länder zu ruinieren.

Und das ist genau das, wodurch es nicht gelingen kann. Der einzige mögliche Weg kann sein, das aufzuschieben, damit es nicht zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten kommt, denn wenn es vielleicht auch Frankreich und Deutschland wirklich gelingt, bis Ende 1997 die Kriterien zu erfüllen und dann 1999 den Euro einzuführen, dann trifft es genau die Hartwährungsländer, wenn Europa nicht in einem Schritt zu einer gemeinsamen Währung kommt.

Noch eines muß man schon dazusagen: Diese Einführung der europäischen Währung Euro ist dem Österreicher zu einer Volksabstimmung vorzulegen, denn hier wird dem Österreicher eine neue Währung geschaffen, auf die er überhaupt keinen Einfluß hat. In diesem Jahrhundert hat der Österreicher schon einige Male alles verloren, weil die Währung verändert wur-

de. Einen derartigen Schritt durchzuführen, ohne die Bevölkerung dazu zu befragen, wäre unverantwortlich und kann von unserer Seite in keiner Weise unterstützt werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Die Forderungen und die freiheitlichen Vorstellungen beziehen sich nicht nur auf den Euro, sondern natürlich auch auf ein näheres Eingehen auf den Bereich der NATO, aber auch auf die Aufrechterhaltung des Einstimmigkeitsprinzips, das, wie jetzt gerade die letzten Entscheidungen gezeigt haben, so wichtig ist. Erst vor einigen Tagen hat Brüssel gesagt, es hätte gerne die Kompetenz für die Transitbestimmungen für unsere östlichen Nachbarn. Derzeit werden hier noch die Bescheinigungen durch Österreich ausgegeben. Wenn österreichische Interessen in Brüssel vertreten werden, dann wird die Transitbelastung für Österreich eine werden, die wir nicht beeinflussen können. Derzeit kann sie beeinflußt werden.

Das sind Fragen und Probleme, die auch in das Papier aufzunehmen gewesen wären. Wir werden daher diese Resolution nicht mittragen können. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirschl: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Tomsik. Ich erteile es ihr.

Abg Josefa Tomsik (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt betrifft die Angleichung des EU-Wahlrechtes, und Herr Kollege Günther hat es hier dankenswerterweise schon gesagt, daß im Unterausschuß eigentlich Einhelligkeit darüber bestand, daß wir das, wenn die entsprechenden Bestimmungen seitens des Bundes vorliegen, dann hier im Landtag beschließen.

Frau Kollegin Weber, weil Sie das hier angesprochen haben - ich weiß nicht, ob Sie es nicht gewußt haben -, aber so war das auch im Unterausschuß. Daß wir jetzt erst eine Resolution hier einbringen, mit der wir das EU-Wahlrecht ändern wollen - also so war es nicht!

Zu den Chancen und Risken, die Sie hier angesprochen haben und die angeblich nie genannt wurden: Vielleicht sind sie wirklich nicht ganz dezidiert genannt worden, das gebe ich Ihnen schon zu, aber kein Mensch, weder von der ÖVP noch von der SPÖ, hat je im Wahlkampf - oder wie immer man es nennen soll - vor EU-Abstimmung gesagt, daß jeder 1 000 S bekommt, sondern daß es billiger wird. Wenn Sie heute Lebensmittel einkaufen, dann müssen Sie zugeben, daß Lebensmittel wirklich billiger geworden sind. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Wenn Sie von Schlagobers und Mehl reden - ja!) Also von Schlagobers und Mehl alleine werde ich nicht leben können, Frau Kollegin Schwarz-Klement. Ich bin Diabetikerin, und das seit Jahrzehnten, also wird das ein bißchen wenig für mich sein. Es ist bei uns in der Partei nichts Negatives, wenn man das ist - vielleicht ist das bei anderen Par-

teien anders, bei uns ist es kein Negativum. Ich kenne die Preise sehr wohl, denn ich gehe einkaufen, aber nicht nur Mehl und Schlagobers. Wenn ich auch so aussehe, Mehl und Schlagobers alleine kann ich nicht kaufen. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Aber ich glaube, auch wenn man dem kritisch gegenübersteht, muß man zugeben, daß zum Teil auch Bekleidung billiger ist. Natürlich nicht die Hautevolee-Sachen, aber die tragen Sie ja auch nicht. Frau Kollegin Weber, ich darf da nur Sie ansprechen, sonst bekomme ich wieder von irgendwem einen Zwischenruf. Also Boutique- oder französische Modelle sind nicht billiger geworden, aber, ich glaube, an und für sich, daß es doch billiger geworden ist.

Ich möchte hier die Parteiengespräche der Europakommission zu diesem heute vorliegenden Resolutionsantrag, der von der ÖVP eingebracht und der Europakommission zugewiesen wurde, erwähnen. Innerhalb eines Zeitraumes von nicht ganz zwei Monaten haben wir in vier Parteiengesprächen - ich glaube mehr als 12 Stunden; jemand von den anderen Parteien kann mich revidieren; vielleicht waren es nur 10 Stunden, aber ich glaube, es waren 12 - versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden, weil wir wirklich der Meinung waren - und jetzt nicht nur ÖVP und SPÖ, sondern auch die GRÜNEN und die F -, daß diese Resolution des Wiener Landtages sehr wichtig ist für Wien, für diese gemeinsame Entscheidung, sodaß deshalb auch diese Stellungnahme vom Wiener Landtag aus weitergegeben werden soll.

Ich möchte mich, bevor ich die Resolution einbringe, bei allen Parteien recht herzlich für diese wirklich lockere und doch qualitativ hochstehende Diskussion bedanken. Ich möchte mich bedanken bei der Kollegin Bretterbauer und bei den Kollegen Wanka und Schwetz, die bereit waren, alles, was wir vielleicht bei der nächsten Sitzung gleich wieder revidiert haben, sofort in eine entsprechende Fassung zu bringen; bei der letzten Sitzung innerhalb von zwei Stunden. Dafür bedanke ich mich ganz persönlich, aber, ich glaube, auch im Namen aller Parteien recht herzlich.

Erlauben Sie mir aber auch - persönlich geschieht das eigentlich fast nicht mehr, man flegelt sich zum Großteil nur an oder ist politisch anderer Meinung -, daß ich mich recht herzlich beim Kollegen Tschirf bedanke. Ich bedanke mich für seine pitzelige Art als Jurist, die uns manchmal grantig gemacht hat, aber positiv grantig.

Ich glaube, im Sinne aller hier zu sprechen, wenn ich mich auch beim Kollegen Schicker, selbst wenn er meiner Fraktion angehört, bedanke. Sein Fachwissen, seine berufliche Erfahrung mit der EU, mit Europa, mit Menschen haben wirklich nicht nur uns parteimäßig geholfen, sondern allen Parteien. Rudi, ich sage dir ganz persönlich - dem Kollegen Tschirf habe ich es gesagt; den Kollegen Günther habe ich vergessen - recht herzlichen Dank für deine berufliche Qualifikation, die du da eingebracht hast und die allen Parteien geholfen hat, Kompromißvorschläge anzunehmen.

Herzlichen Dank für deine Arbeit, Rudi! (Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und der ÖVP.)

Die Zusammenarbeit mit allen war gut, aber ich meine, mit den zweien besonders. Der Kollege Günther und auch die Kollegin Sander wissen das. Ich habe immer gesagt, was sagt er als Jurist dazu, pitzelig, wie er ist, aber das Fachwissen war gegeben.

Es wurde hier schon angesprochen, daß zwei Parteien jetzt leider nicht mitgehen. Das war ja unsere Schwierigkeit: Die GRÜNEN stimmen nicht mit, wenn nur das Wort "GASP" dort steht, die Freiheitlichen stimmen dann nicht zu, wenn die "GASP" überhaupt nicht vorkommt. Das war von Anfang an für uns klar.

Wir haben geglaubt, wir könnten zu irgendeinem Kompromiß kommen. Es ist uns leider nicht möglich gewesen.

Zur Beschäftigungspolitik muß ich sagen: Wenn Sie die Resolution lesen, werden Sie erkennen, daß uns allen an erster Stelle die Wirtschaft und die Arbeitsmarktpolitik wichtig war. Wir haben innerhalb dieser Parteiengespräche sogar einmal erwogen, ob nicht Bürgerbeteiligung, Demokratiebewußtsein an die erste Stelle zu setzen wäre. Wir sind dann wieder zurückgegangen und sind dabei geblieben, auch im Hinblick auf den Europatag der Gemeinden und der Regionen in Saloniki, bei dem auch Arbeitslose, Arbeitsmarktoffensive, Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund gestanden sind. Ich glaube, daß das wirklich im Konsens mit allen war.

Noch etwas möchte ich sagen: Der Kollege Günther hat mich jetzt ein bisseli gekränkt - aber er hat sich mittlerweile daran gewöhnt, daß ich hier und da auch gekränkt bin -, weil er gesagt hat, wir verstecken diesen Resolutionsantrag auch heute wieder hier aus Anlaß der Angleichung an das EU-Wahlrecht.

Auch das war ausgemacht. Auch das haben wir - die Sozialdemokraten oder die ÖVP - uns nicht aus den Fingern gezuzelt - ich sage das jetzt so wienerisch -, sondern auch das war ausgemacht. Ich gebe zu, Sie brauchen das für Ihren Klub, daß wir Versteckerspiele. Das war auch ausgemacht, aber das alles muß man menschlich sehen.

Zu dem, was Sie jetzt zur Währungsunion gesagt haben: Wir haben auf der Seite 7 im Punkt 11 dieses Resolutionsantrages die Währungsunion natürlich nur so weit hineingenommen, wie es Wien betrifft. Ich glaube, wenn es eine Resolution des Wiener Landtages ist, dann soll es vor allem auch so abgefaßt sein, daß es Wien betrifft.

Ich habe mir vorgenommen, alles zu sagen, was da so gewesen ist. Die in den Parteiengesprächen immer wieder erfolgten Umänderungen, die Stellungnahmen und so weiter sind hier in dem Heft "Euro-Echo" enthalten. (Die Rednerin hält das Heft in die Höhe.) Ich habe meinen Parteifreunden gesagt, das lese ich alles vor, aber ich werde Ihnen das ersparen, denn Kollege Tschirf hat wirklich Punkt für Punkt die Resolution hier dokumentiert. Ich glaube, daß es nicht wichtig ist, daß wir, wenn wir jetzt einen gemeinsamen Resolutionsan-

trag verabschieden, das noch einmal Punkt für Punkt durchgehen. (Amts StR Dr Hannes Swoboda: Schön wäre es schon!) Stadtrat, wenn du willst, lese ich es dir vor. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Er findet das so schön. (Abg Ilse Forster: Nein, mit dem Wunsch steht er alleine da!)

Ich glaube, daß es wirklich ein sehr guter Resolutionsantrag geworden ist. Er ist nicht nur von der SPÖ, also von Josefa Tomsik und Ing Karl Svoboda, sondern auch vom Kollegen Dr Tschirf getragen, und auch Frau Kariotis geht mit diesem Resolutionsantrag mit. Da sie von der Wirtschaft etwas versteht, weiß sie sehr wohl, daß es sehr wichtig ist, daß so ein Resolutionsantrag von seiten des Wiener Landtages verabschiedet wird.

Ich bitte, daß ich diesen Resolutionsantrag jetzt nicht vorlesen muß, Herr Stadtrat. (Amts StR Dr Hannes Swoboda: Na gut!) Gut!

In formeller Hinsicht bitte ich um die sofortige Abstimmung dieses Resolutionsantrages. (Beifall bei der SPÖ sowie des Abg Dr Matthias Tschirf.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Dieser von uns heute debattierte Resolutionsentwurf hat viele gute Seiten - überhaupt keine Frage! Ich meine das gar nicht sarkastisch, wenn ich sage, daß da einiges drinnen steht, von dem man sagen kann: Lieber reich und gesund als arm und krank. Er hat viele gute Seiten, er hat nur, glaube ich, eine prinzipielle Schwäche. Er hat die prinzipielle Schwäche, daß er hinter schon existierende Positionen Wiens zurückfällt.

Lassen Sie mich das an jenen zwei Kapiteln, an den zwei Bereichen, die uns Freiheitlichen in diesem Fall besonders am Herzen liegen und die durch den Kollegen Helmut Günther verhandelt wurden, erläutern.

Der Resolutionsentwurf fällt in den Bereichen Technologie und Verkehr hinter Positionen zurück, von denen wir eigentlich geglaubt haben, sie schon erreicht zu haben, und er fällt natürlich im Bereich der GASP, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, hinter die Positionen Österreichs zurück. Und das ist schade.

Ich darf Ihnen das beispielsweise beim Resolutionsentwurf beim Kapitel IV Verkehr und Telekommunikation - ich darf der Einfachheit halber unter Telekommunikation auch Technologie an sich abhandeln - anhand folgender Positionen erläutern.

Dieser Wiener Resolutionsentwurf verlangt alle möglichen Dinge, die verdienstvoll sind: die Durchsetzung einer umweltorientierten Verkehrspolitik innerhalb der Städte, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Man hätte auch hineinschreiben können: Außerdem verpflichten wir uns, in Wien selbstverständlich wenigstens unseren eigenen Wiener U-Bahn-Grundlinienplan, den berühmten Grundlinienplan N 3 aus dem Jahre 1969 in der Fassung von 1975, endlich zu verwirklichen.

Nächster Punkt: Die Einstufung der Magistrale Paris

- Wien - Budapest als ein vorrangiges europäisches Bahngroßprojekt. Voilà, das ist wirklich eine schöne Sache und eine wichtige Forderung. Aber das, bitte, hätte man eigentlich im Februar 1994 durch die Stadt Wien, durch den Vizebürgermeister und Finanzstadtrat auch verhandeln können. Gefordert haben wir es. Wir haben es damals in zwei dringlichen Anfragen durch unseren Klubobmann Dr Rainer Pawkowicz und durch die hiesige Fraktion deutlich und im Detail gefordert. - Geschehen ist nichts!

Nächster Punkt: die Magistrale Berlin - Prag - Wien - Südosteuropa sowie die Magistrale Warschau - Mailand, angesprochen im Rahmen der Transeuropäischen Netze. Ich darf es auch unter einem behandeln. Ich bitte zu bedenken, daß das schon vor dem Jahre 1989 in der Regierungserklärung der österreichischen Bundesregierung drinnen war. Auch das ist also eine Position, bei der wir zurückfallen hinter Positionen, die eigentlich schon annähernd ein Jahrzehnt auf dem Buckel haben.

Der nächste Punkt - ich zitiere immer noch aus der Resolution, Frau Kollegin Tomsik -, die regionalen Nahverkehrsverbindungen auf der Schiene zu den grenznahen Zentren Brünn, Preßburg und Györ. Wunderbar! Wir haben 1992 ein PGO-Paket verhandelt. Hier wurde mehrfach versichert, dieses PGO-Paket - Planungsgemeinschaft Ost-Region, der Ausbau der Schnellbahnlinien 1, 2, 3, 7, 15, 45 und 80 - ist mit Stix - also Stix aus dem Burgenland -, mit Niederösterreich und Dr Vranitzky - Ihnen nicht ganz unbekannt als Bundeskanzler und Parteiobmann Ihrer Partei - ausverhandelt. - Geschehen ist nichts! Jetzt haben wir es hier wieder einmal enthalten, so als eine nicht sehr präzise Alibiforderung.

Hochleistungsbahnen im Donaukorridor. - Ja, selbstverständlich. Das ist einer der am meisten belasteten Korridore in Europa überhaupt. Na, zum Teufel, warum hat man das nicht 1994 im Februar seitens Wien in Brüssel hineinverhandelt? Wir haben es damals gefordert. Wir haben es in den dringlichen Anfragen hier konkret und im Detail gefordert. - Geschehen ist nichts.

Dasselbe gilt für die Wasserstraßen und selbstverständlich gilt das auch im gesamten Bereich der Telekommunikation.

Sie fordern - das ist durchaus vernünftig, Frau Tomsik -, daß Wien den raschen Ausbau der Glasfasergrundnetze innerhalb der Europäischen Union verlangen soll. Sehr schön! Dann schreiben wir es doch konkret hinein und fallen nicht hinter die Forderungen zurück. Denn auch dazu haben wir - ich glaube, drei oder vier inzwischen schon - dringliche Anfragen gemacht, wann endlich die entscheidenden Grundnetze, die entscheidenden Basisnetze für die modernen Telekommunikationsdienstleistungen errichtet werden, wann endlich die Glasfasernetze kommen.

Ich könnte das jetzt so fortsetzen, will es aber abkürzen. Nur noch soviel: Sie könnten jetzt sagen, der Kollege Mayr ist ja schon lange weg. Der Kollege

Swoboda ist noch nicht weg, der geht nach Brüssel - oder geht jetzt aus dem Saal (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) -, aber er hat zumindest im Jänner 1996 durchaus auch verdienstvoll in einem Wiener Verkehrsmemorandum, das hier vorgelegt wurde, das hier beschlossen wurde, wenn auch erst eineinhalb Jahre nach dem Beitritt, dasselbe gefordert, hat aber viel klarere Worte gefunden.

Damals haben Sie, meine Damen und Herren, eine ganz klare Sprache gefunden. Sie haben gesagt, das alles brauchen wir, weil immerhin auf der Wiener Südosttangente eine Verkehrslawine von zirka 13 000 Schwerkraftfahrzeugen durch das Wiener Stadtgebiet unterwegs ist - im Vergleich dazu erfolgt die Belastung im Inntal durch lediglich 8 500 LKW -, Sie verweisen auf das wirtschaftliche Wachstum, auf die Situation in Jugoslawien und darauf, daß das alles zu Lasten Osteuropas geht. Also Sie bestätigen all das, was wir Ihnen 1992 gemeinsam mit Professor Holzmann vorgerechnet haben.

Und dann sagen Sie zur Auswahl der TEN-Projekte, der Transeuropäischen Netze: Das brauchen wir zur Verhinderung ökologischer Katastrophen, zur Verhinderung ökologischer Katastrophenszenarien an den Schnittstellen zwischen Ost und West. - Das ist Ihre Sprache, sie ist deutlich, sie stimmt. Warum gehen Sie jetzt wieder zurück? Warum haben Sie Angst vor Ihrer eigenen Courage?

Das ist zum Bereich der Transeuropäischen Netze anzumerken, und es ist wirklich schade, daß Sie nicht bereit waren, dem Kollegen Günther und unserer Fraktion so weit entgegenzukommen, daß man wenigstens die Positionen, die wir alle miteinander hier schon beschlossen hatten, hält, wenn man schon nicht einen Schritt weiterkommt.

Bei der GASP, bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, ist es leider Gottes ähnlich, denn auch dazu machen Sie lediglich eine kurze Bemerkung. Es ist nicht so, daß die GASP nicht erwähnt wird, wie das vorhin hier behauptet wurde, die GASP steht drinnen, natürlich, die Ausgestaltung der GASP.

Frau Tomsik, die österreichische Bundesregierung, in der auch die Sozialdemokraten, glaube ich, ja noch ein wenig vertreten sind, hat ein Positionspapier für die derzeit laufende EU-Regierungskonferenz gemacht, und darin hat die Regierung einstimmig als Position ganz klar festgelegt, daß sie sich zu den Zielen der österreichischen Außenpolitik bekennt. Gleichzeitig sagt sie: Diese Ziele der österreichischen Außenpolitik sind selbstverständlich in Übereinstimmung mit dem EU-Vertrag von Maastricht, in dem eben die GASP mit ihren Zielsetzungen klar formuliert ist.

Sie geht sogar einen Schritt weiter - wohlgemerkt: die österreichische Bundesregierung -, sie will die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Union - gemeint ist die Europäische Union - auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet und bezeichnet das als ein wesentliches Anliegen Österreichs.

Und selbstverständlich geht sie noch einen Schritt

weiter und wird noch konkreter: Die österreichische Bundesregierung fordert daher konkrete Fortschritte im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Warum, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, war es nicht möglich, wenigstens die Positionen, die Österreich schon erreicht hat, auch im Wiener Papier zu halten? Warum war es nicht möglich, diese unsere Wünsche in bezug auf die GASP, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie Herr Kollege Günther vorgetragen hat, auch da, analog dem Positionspapier der österreichischen Bundesregierung, hineinzuschreiben?

Denn eines geht natürlich nicht: Wenn die Grün-Alternativen, die sich hier heute sehr ausführlich ... (*Zwischenruf der Abg Josefa Tomsik.*) Frau Tomsik, es ist nichts gegen Sie persönlich. (*Abg Josefa Tomsik: Leider war nicht euer ganzer Klub damit einverstanden! Ich kenne mich nicht aus mit dem Klub!*) Sie wissen, ich habe eine große Wertschätzung für Sie. Auch wie Sie die Europakommission geführt haben - alle Hochachtung! Das meine ich wirklich ernst und stehe auch dazu. Aber hier in diesem sachlichen Punkt, Frau Tomsik, sind wir genauso wie beim Bereich der Transeuropäischen Netze hinter den Positionen zurückgeblieben, die wir eigentlich schon erreicht hatten.

Und jetzt zu den Grün-Alternativen, weil sie sich hier sehr ausführlich geäußert haben. Das wurde auch schon vom Kollegen Tschirf angesprochen. Die hier vorliegende Position und die referierte Position ist schon eher eigenartig, und da bitte ich um Verständnis, daß wir Freiheitlichen es nicht zulassen können, daß wir zurückfallen hinter die erreichten Positionen.

Wenn die Grün-Alternativen sagen, Wien hält die militärische Aufrüstung der Europäischen Integration für friedensgefährdet, dann muß ich doch daran erinnern, daß zum Beispiel nach Auffassung des "Time Magazine", aber wahrscheinlich auch nach Auffassung jedes Helfers, sei es vom Roten Kreuz oder sei es von den Vereinten Nationen, der dort war, der schlimmste Massenmord in der kürzesten Zeit, den es in der Menschheitsgeschichte gegeben hat, so das "Time Magazine", nämlich der Holocaust in Ruanda, wo innerhalb einer einzigen Woche über eine Million Menschen ermordet worden sind, auf dem technischen Niveau der Machete stattgefunden hat. Also das kann es ja wohl nicht sein. (*Abg Josef Tomsik: Herr Kollege Stix! Meinen Sie nicht, wenn wir, alle Parteien, das Miteinander mehr fördern würden und nicht das Gegeneinander, gäbe es keine Morde in Ruanda, Bosnien und so weiter?*) Selbstverständlich, Frau Tomsik, Sie nehmen mir das nächste Argument fast aus dem Mund.

Dasselbe gilt jetzt, wenn zum Beispiel die Grün-Alternativen sagen, sie wollen die GASP nicht, sondern sie möchten in Europa die Entwicklung eines kooperativen europäischen Sicherheitssystems unter UNO-Hoheit. Ruanda war dramatisch, denn über eine Millionen Tote in einer Woche ist unvorstellbar. Und das quasi vor den Augen der Weltöffentlichkeit! Aber

UNO-Hoheit? - UNO-Hoheit haben wir gehabt, und zwar in Srebrenica, das von Wien ungefähr so weit weg ist wie Vorarlberg. Das ist also bitte unsere unmittelbare Nachbarschaft. Srebrenica war eine UN-Schutzzone, es war geschützt von UN-Truppen, nämlich von niederländischen UN-Truppen.

Und heute - damit möchte ich zum Schluß kommen -, Donnerstag, beginnen vor dem Den Haager UN-Tribunal die öffentlichen Zeugenanhörungen im Verfahren gegen die Herrn Mladic und Karadzic. Die minimalsten Schätzungen, nach dem, was wir inzwischen wissen, sind, daß dort 3 000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht worden sind, wahrscheinlich sind es über 8 000; das Rote Kreuz geht von 8 000 aus.

Daher bitte ich wirklich um Verständnis dafür, daß wir Freiheitlichen darauf beharren müssen, daß wir in der Wiener Position die Angelegenheiten der GASP nicht verwässern. - Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Pilz. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte diese Diskussion nützen, um ein paar Bemerkungen zur EU zu machen, dann aber auch ein bißchen über die Möglichkeiten einer Stadt, Europapolitik im besten Sinn des Wortes zu gestalten. Davon war im Beitrag meines Vorredners bezeichnenderweise kein Wort zu hören.

Zunächst einmal zur Europapolitik. Wien ist in einer Hinsicht schwer vom europäischen Einigungsprozeß betroffen - ich habe das bereits in einigen Details am Beginn der Rechnungsabschlußdebatte geschildert -, das ist die Frage: Wie gehen wir um mit den Konvergenzkriterien, wie wird die Stadt Wien von den Konvergenzkriterien betroffen?

Ich persönlich hätte mir von einem Europabericht und auch von einer Europakommission erwartet, daß genau diese Frage, die die europäischen Großstädte mitten ins Herz - und das sind irgendwo die Kassen - trifft, einmal genau diskutiert und überlegt wird. Wir kommen einfach nicht damit weiter, zu sagen, gut, da gibt es jetzt einerseits die Maastricht-Kriterien, wir wissen also, daß wir uns mit österreichischen Städten und Ländern das 0,3 Prozent-Kriterium teilen müssen, und andererseits tun wird nichts. Das geht nicht! Wir werden es beim nächsten oder beim übernächsten Budget sehen, daß Stadtpolitik hier ansetzen muß.

Wenn ich mir so anschau, was ich jetzt jeden Tag auf den Tisch bekomme und was die Beamtinnen und Beamten dieses Magistrats auf den Tisch bekommen, dann sind das in den letzten Tagen immer häufiger Formulare, auf denen draufsteht: Die MA 5 und der Finanzstadtrat erwarten, daß es in bestimmten Prozentsätzen zu Einsparungen kommt. Beim Investitionsaufwand, bei den geringfügigen Ausgaben sind sofortige Einsparungen für das nächste Budget in der Höhe von 20 Prozent vorgesehen - 80 von 100 steht drinnen -, bei Subventionen Einsparungen um 5 Pro-

zent und vieles andere mehr. Dazu gibt es bereits Formblätter, die ehestmöglich von den einzelnen Dienststellen retourniert werden sollen.

Da besteht ein Zusammenhang mit den europapolitischen Fragestellungen, weil wir genau von dort jetzt das Diktat haben: Wir können uns nicht zusätzlich verschulden, wir müssen Österreichweit zu diesen 0,3 Prozent kommen. Und die Antwort heißt: Wenn es keinen Plan für wirklich intelligentes und innovatives Sparen gibt - und dieser Plan fehlt derzeit -, einfach Prozentsätze festzulegen und den einzelnen Abteilungen, völlig egal, welche Ämter das jetzt sind, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben, zu sagen: Eure Ausgaben sind so und so zu kürzen!

Ich sage Ihnen jetzt schon - und das wissen Sie auch -, da werden wir im Herbst bei der Budgeterstellung ganz schöne Probleme bekommen, weil genau diese linearen Kürzungen, speziell wenn es sich um nennenswerte Prozentsätze handelt, im Regelfall nicht funktionieren.

Das ist keine Geschichte, die sich Wien mit sich selbst und mit seinen Bezirken und Dienststellen ausmachen kann und wird, sondern das ist, so leid es mir tut, eine europapolitische Frage. Und das erste, was ich mir erwartet hätte, wäre, daß Wien als stärkste, reichste, mächtigste österreichische Stadt eine Initiative startet. Ich habe das am Montag am Beginn der Rechnungsabschlußdebatte gesagt und wiederhole das und werde es wahrscheinlich noch oft wiederholen: Wien muß aus Eigeninteresse eine europäische Initiative gemeinsam mit Partnerstädten und Partnerregionen zur Änderung der Maastricht-Kriterien starten.

Für mich geht es - ich möchte da jedes Mißverständnis vermeiden - nicht darum, jetzt Maastricht einen Schilling- und Groschenegoismus entgegenzusetzen. Mich interessiert der Schilling letzten Endes europapolitisch nicht, mir ist es letzten Endes nicht nur egal, wie die österreichische Währung in Zukunft heißt, sondern ich habe größtes wirtschaftliches und politisches Interesse, daß es möglichst bald - welcher Name auch immer gewählt wird - eine europäische Währung gibt. Ich bin dafür, daß die Zeit des Schillings zu Ende geht wie auch die Zeit der D-Mark und des Franc und eine Zeit einer europäischen Währung beginnt.

Ich sage Ihnen auch, warum - das ist ganz einfach zu argumentieren -: gar nicht so sehr aus Gründen des Internationalismus oder sonst etwas, sondern weil eine gemeinsame Währung die beste Garantie gegen internationale Währungsspekulationen ist. Denn internationale Währungsspekulationen kennen immer einen Verlierer: die sozial schwächsten Bevölkerungsschichten in den sozial schwächsten Ländern, weil die die schwächsten Währungen haben. Gegen diese Währungen wird spekuliert. Genau die zahlen die Zeche. Erfolgreiche Währungsspekulationen sind nichts anderes als erfolgreiche Umverteilungsprozesse. Das ist der einzige wirkliche Grund, warum ich für eine europäische Währung bin. Für mich ist das das wichtigste

Motiv.

Und trotzdem sage ich: So, wie es jetzt probiert wird, stehen die, die draufzahlen bei der gemeinsamen europäischen Währung, auch bereits fest: erstens die Regionen und die Städte und zweitens die Länder, die die größten sozialen und Beschäftigungsprobleme haben.

Was ist das Problem bei harten Konvergenzkriterien? Das ist relativ einfach. Sie haben, wenn Sie heute staatliche Beschäftigungspolitik machen wollen, relativ wenig Möglichkeiten zur Auswahl. Sie können sich verschulden, oder Sie können Währungspolitik machen, Sie können als Staat Kredite aufnehmen, Nachfrage stärken und investieren, oder Sie können hergehen und durch Änderung der Währungsrelationen bestimmte wirtschaftliche Möglichkeiten auf internationalen Märkten, hauptsächlich auf Sachgütermärkten, nutzen; immer mehr übrigens auch auf Dienstleistungsmärkten.

Wenn Sie Ländern wie Spanien, wie Portugal, wie Griechenland den letzten währungspolitischen Spielraum nehmen und ihnen keine sozialpolitischen Alternativen geben, etwa durch eine gemeinsame Sozialpolitik der EU, etwa durch gemeinsame Mindeststandards ... (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Was wollen Sie denn?) Das steht als Appell da. Daß wir hineinschreiben, daß wir das wollen, ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit.

Aber der Punkt ist der, Herr Kollege: Diese harten Konvergenzkriterien, die Ihnen keinen währungspolitischen und fiskalischen Spielraum mehr lassen, einzuführen und gleichzeitig die soziale Voraussetzung nicht zu haben, nämlich die gemeinsamen sozialen Standards und Sicherheiten, heißt, daß sie Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland und zumindest das südliche Italien und das südliche Frankreich zwingen, in der Sozialpolitik runterzugehen. Irgendwo müssen die Länder ja reagieren. Das ist der Punkt. (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Beschäftigungsoffensive - das ist die Antwort!)

Das müssen sogar Reformregierungen erkennen. Das ist ja momentan die Diskussion, die im Rahmen der Regierung Prodi im Oliven-Bündnis geführt wird, wie mit den Konvergenzkriterien umzugehen ist. Dort sitzen jetzt wirtschaftlich durchaus kompetente Leute in der Regierung - im Gegensatz zur vorhergehenden Regierung in Italien -, und die kommen genau an den Punkt, daß sie sagen: Wir werden in eine sozialpolitische gefährliche Zone hineingezwungen. (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Beschäftigungsunion!)

Das ist jetzt das Problem, und deswegen würde ich mir von Sozialdemokraten erwarten, daß sie sagen: Der erste Schritt kann kein Nettodefizitkriterium sein, der erste Schritt muß der soziale Mindeststandard sein. Sozialdemokraten und Gewerkschafter müßten hier europaweit junktimieren und müßten sagen: Wir sagen so lange zu dieser Art von Konvergenzkriterien nein, solange es die gemeinsamen sozialen Standards nicht gibt. In dem Moment, wo Sie das nicht junktimie-

ren, öffnen Sie europaweit die Türen zu einem riesigen Umverteilungsprozeß. Das ist das wirkliche Problem.

Jetzt sagen Ihnen konservative Wirtschaftspolitiker, das ist gut so, weil dieser riesige Umverteilungsprozeß gleichzeitig ein riesiger Umstrukturierungsprozeß ist. Wir müssen alte Strukturen zerschlagen, und Arbeitslosigkeit ist der Preis, den wir temporär dafür zu bezahlen haben. Das ist das Credo der konservativen Wirtschaftspolitik, und deshalb wird Ihnen die konservative Wirtschaftspolitik, deshalb wird Ihnen wahrscheinlich dieser Teil des Hauses, soweit das überhaupt dort argumentiert wird, immer wieder sagen: Wir müssen genau durch die harten Konvergenzkriterien durch, und am Ende kommt dann wieder angebotsinduziertes Wachstum. Und das ist falsch! Das ist schlicht und einfach falsch! (Zwischenruf des Abg Dr Matthias Tschirf. - Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Da drinnen steht, daß die Regierungskonferenz eine Beschäftigungsoffensive machen soll!)

Entschuldigen Sie, im Gegensatz zu Ihnen höre ich da gerade ein Argument. Sie sollten das auch, Herr Kollege Tschirf, hoch schätzen, wenn es Argumente in diesem Haus gibt. (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Steht unter Punkt 11 Steht alles drinnen!) Ja, aber es geht um die Junktimierung. (Abg Dr Matthias Tschirf: Sie haben es ja nicht gelesen! - Abg Günter Kenesel: Und Sie haben es auswendig gelernt!) Herr Kollege Tschirf! Auf welcher fachlichen Grundlage Sie beurteilen können, ob jemand anderer etwas gelesen hat oder nicht, weiß ich nicht. Entweder kennen Sie mich besser als ich mich selbst, oder Sie reden hier einfach zur Sicherheit Unsinn. In Kenntnis dessen, was Sie vorher gesagt haben, bleibt mir nichts anderes übrig, als letzteres anzunehmen. Deswegen gestatten Sie mir, daß ich mich mit diesem wichtigen Zwischenruf weiter beschäftige und auf das, was Sie hier von sich gegeben haben, nicht eingehne, weil es einfach kein Argument war. Tut mir leid! Sie können sich ruhig wieder hinsetzen.

Noch einmal: Das für mich Entscheidende dabei ist die Junktimierung. Wenn es uns nicht gelingt, soziale Mindeststandards mit dem Nettodefizitkriterium - und das ist das Härteste - zu junktimieren, dann passiert genau das, was ich jetzt zu schildern versucht habe. (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Das steht drinnen bei Ihnen: Streichung der fiskalischen Konvergenzkriterien! Zur Gänze! So kann es doch auch nicht sein! Da verlieren wir nur!)

Unter heutigen Voraussetzungen - versuchen wir wirklich, das einmal auf der Ebene zu diskutieren - ergeben die beiden fiskalischen Konvergenzkriterien schlicht und einfach keinen ökonomischen Sinn. Das ist keine spezifisch grüne Kritik - die spezifisch grüne Kritik geht ja auf ganz etwas anderes -, das ist eine Kritik, die wir mit dem ehemaligen spanischen Finanzminister teilen - bei Gott kein reaktionärer Wirtschaftspolitiker -, bis hin zu Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik, Österreichs und und und.

Aus einem einfachen Grund ist das so: Die Haupt-

kritik der Ökonomen an den Maastricht-Kriterien lautet folgendermaßen: Ökonomisch ergibt die Kombination der Konvergenzkriterien keinen wirklichen Sinn. Sie sind in sich widersprüchlich. Die Konvergenzkriterien sind vor allem politische Kriterien.

Das ist ja das Problem mit Maastricht: daß man ein politisches Projekt ökonomisch umgetauft hat. Wir sind in der paradoxen Situation, daß Europapolitiker ... (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Geradeso kann ich eine politische Beschäftigungsunion machen!) Nein, ich wollte etwas anderes sagen. Da verstehen wir uns jetzt falsch, ich wollte etwas anderes damit argumentieren. Wir sind momentan in der paradoxen Situation ...

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Darf ich die beiden Kollegen bitten, keine Zwiegespräche zu führen.

Abg Dr Peter Pilz (fortsetzend): Na, wenn es so spannende Zwischenrufe gibt. Ich habe mir immer gedacht, da herinnen kann man durchaus auch offen miteinander ein Gespräch führen. Ich sehe diese Zwischenrufe als geschäftsordnungsmäßig äußerst gestützt.

Die paradoxe Situation ist doch, daß ein sehr großer Teil der Fachökonomen die Sinnhaftigkeit dieser Konvergenzkriterien - nicht von Konvergenzkriterien überhaupt - bezweifelt und ein großer Teil der traditionellen Europapolitiker für diese Kriterien eintritt. Und interessanterweise ist die Argumentation der Europapolitiker in der Mehrheit politisch und nicht ökonomisch und die Kritik in erster Linie ökonomisch und nicht politisch.

Das ist jetzt ein Punkt, wo wir uns überlegen: Wo kann man das durchbrechen? Es geht ja nicht nur um die reine Vernunft der Ökonomie im Rahmen der Maastricht-Kriterien, sondern es geht darum, sich zu verständigen, für welche Art von europäischem Einigungsprojekt wir Mehrheiten haben wollen. Da setzt unsere Kritik an - deswegen auch der Hinweis auf die Sinnhaftigkeit der kurzfristigen Streichung der fiskalischen Kriterien -, und deswegen sagen wir: Jetzt müssen wir beginnen, Mehrheiten zu schaffen für ökologische und soziale Prioritäten, um überhaupt eine Basis für eine Währungsunion zustande zu bringen.

Und da wäre für mich wichtig gewesen - darüber haben wir uns nicht einigen können, aber ich glaube, daß diese Einigung früher oder später kommen wird, weil die ganze Geschichte immer brisanter werden wird -, die österreichische Bundesregierung aufzufordern, den fiskalischen Maastricht-Kriterien so lange nicht zuzustimmen, bis es zumindest vertretbare soziale Mindeststandards, das heißt eine exekutierbare Europäische Sozialcharta gibt.

Das ist es, was ich will. Das ist unser politisches Ziel. Und für dieses politische Ziel haben wir ... (Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Das ist bei den Verhandlungen nie auf den Tisch gekommen!) Also ich kann nur sagen, so haben wir im Nationalrat verhandelt, so habe ich es auch immer öffentlich vertreten. Ich habe als

Person nicht an den Verhandlungen teilgenommen.

Ich sage auch, der Prozeß ist ja zum Glück nicht abgeschlossen. Sie werden erleben - das ist zumindest meine Vermutung -, daß es binnen relativ kurzer Zeit wachsende Anti-Maastricht-Mehrheiten in Europa geben wird, aber meine Befürchtung ist, daß das nicht soziale und ökologische, sondern nationalistische Mehrheiten sein werden. Und das ist die Gefahr am Maastricht-Prozeß.

Meine Damen und Herren! Ich möchte es dabei bewenden lassen, denn wir werden die Diskussion weiterführen, weil das eben immer brisanter werden wird. Ich möchte nur zum Schluß etwas sagen - ich habe es am Anfang angedeutet; das ist mir auch ein persönliches Anliegen -: Unter Europapolitik verstehe ich und verstehen viele nicht nur die Politik der Veränderung der Europäischen Union, sondern der Gestaltung eines gemeinsamen Europas, weit über die Grenzen dieser Union hinaus.

Ich sage Ihnen jetzt etwas ganz Konkretes, weil es mir persönlich sehr wichtig ist und weil wir das anhand eines Antrages, den nicht ich vorstelle, noch genauer diskutieren werden: Ich war jetzt wieder in der Türkei, in Istanbul, und habe genauso wie sozialdemokratische Kollegen die Zeit genutzt, um nicht nur an HABITAT teilzunehmen, sondern mir auch ein paar andere Angelegenheiten anzuschauen, nämlich die Situation der Menschenrechte, die Lebensumstände von engagierten Demokraten im doch europäischen Land Türkei.

Ich weiß nicht, mit welchen Eindrücken der Bundespräsident zurückkommt, ich habe den Eindruck - und ich halte das wirklich für ein Problem -, daß weder der Bundespräsident noch der Außenminister überhaupt auf die Idee gekommen sind, mit den Vertretern der Menschenrechtsorganisationen und der demokratischen kurdischen Parteien zu sprechen. Wir haben das jedenfalls gemacht und haben dort wirklich Erschütterndes erfahren, und ich kann Ihnen nur sagen, es ist wesentlich schlimmer, als ich seinerzeit angenommen habe, als wir gemeinsam eine einstimmige Resolution des Landtages - jetzt schon vor zwei Jahren - verabschiedet haben.

3 000 zerstörte Dörfer, ungeheure Drangsalierungen der Bevölkerung, eine Weigerung nach dem Tod von Durgut Özal mit der PKK - und es geht halt nicht anders - über einen Friedensprozeß zu reden, ein Ignorieren von Waffenstillstandsangeboten und das harte Diktat von Armee und Polizei gegen die kurdische Bevölkerung, gegen ihre gewählten Vertretungen und gegen alle, die versuchen, ein Minimum an demokratischen und Menschenrechten in der Türkei zu sichern.

Wir haben die brutale Auflösung einer Versammlung am Rande von HABITAT der demokratischen Opposition der Türkei erlebt: Ich habe ein Aufgebot an Sicherheitskräften und ein Maß an Einschüchterung erlebt, an das ich mich nur anhand sehr, sehr weniger Beispiele erinnern kann, da gibt es sehr, sehr wenig Vergleiche dafür. Ich habe Elemente eines Polizei- und

Militärstaates mit einer nicht mehr sehr intakten demokratischen Fassade erlebt, und ich habe - das war für mich das Wichtigste - persönlich die Appelle mitgenommen, genauso wie sie Ernst Woller und viele andere mitgenommen haben: Bitte tut irgend etwas für uns! Das Wichtigste ist Öffentlichkeit! Wir brauchen Öffentlichkeit! Die Stärke von HABITAT und die große Chance von HABITAT war, daß plötzlich Leute aus aller Welt da waren und den türkischen Behörden, der Polizei und dem Militär zumindest zum Teil auf die Finger geschaut haben.

Wissen Sie, was vielleicht die größte Leistung der österreichischen Delegation war: Die Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen und noch legalen Kurden-Partei HADEP zur einer offiziellen Begegnung und Aussprache im Rahmen dieser Konferenz einzuladen. Ich weiß, daß das von der offiziellen Türkei sehr, sehr genau beobachtet worden ist, und ich kann Ihnen versichern, daß es einer Delegation der Stadt Wien gelungen ist, hier zumindest Verunsicherung in einem Maße hineinzubringen, wie es vielen anderen viel, viel größeren Delegationen nicht gelungen ist. Vielleicht war das der wichtigste Beitrag von Wien zu dieser Konferenz in Istanbul.

Jetzt besteht jedoch eine große Gefahr: Jetzt ist die Konferenz aus, jetzt schauen die meisten wieder weg, und jetzt haben Polizei und Militär wieder große Lust, nicht nur die alten Zustände wieder herzustellen, sondern gleich noch einmal draufzudoppeln. Jetzt wird wieder verhaftet, jetzt wissen wir über den Aufenthalt mancher Personen der Oppositionen nichts mehr, jetzt werden die Pressionen auf die Medien wieder verstärkt, jetzt besteht noch weniger Chance, daß die vier inhaftierten ehemaligen DEP-Abgeordneten freigelassen werden, und jetzt geht es schlicht und einfach darum, das zu bekräftigen, was die Stadt Wien in einer guten internationalen Tradition vor zwei Jahren getan hat, nämlich gemeinsam darauf hinzuweisen und gemeinsam auch bestimmte Schritte der Solidarität und der Aufmerksamkeit zu empfehlen.

Ich habe schon gesagt, ich werde keinen Antrag vorstellen, da ich auch nicht der Autor dieses Antrages bin, aber ich ersuche wirklich alle, uns nicht in eine Situation zu bringen, daß wir erklären müssen, warum in diesem Haus "nur" - unter Anführungszeichen - eine Mehrheit für Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung und der demokratischen Opposition ist.

Ich würde mir persönlich sehr, sehr wünschen und halte das für eines der wichtigsten Zeichen für Europareife, wenn wir, so wie vor einiger Zeit, auch heute wieder im Landtag einen einstimmigen Beschuß zu stande brächten. - Ich danke. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ernst Woller. Ich erteile es ihm.

Abg Ernst Woller (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich möchte hier anschließen. Es wurde schon gesagt, daß eine Delegation des Wiener Gemeinderats, der Vertreter aller vier Parteien angehört haben, an der HABITAT-Konferenz in Istanbul teilgenommen hat. Wir haben dort natürlich Wien gut präsentiert, haben sehr viele Kontakte auch mit Städten gehabt wie Gaza-City, Sarajevo, Tirana und Beirut, mit denen wir Partnerschaftsprojekte besprochen haben. Wir haben aber die HABITAT-Konferenz auch zu Kontakten genutzt, um uns über die politische Situation und die Situation des Siedlungswesens in der Türkei zu informieren.

Es ist ja tatsächlich skurril, daß eine Konferenz über humanes Siedlungswesen in der Welt gerade in einem Land stattfindet, in dem seit Jahren vom Staat systematisch 3 000 Dörfer zerstört und niedergebrannt wurden, in dem Hunderttausende Bürger kurdischer Abstammung in die Flucht getrieben wurden, die derzeit unter sehr schlechten Bedingungen außerhalb ihrer angestammten Siedlungsgebiete wohnen und leben müssen.

Wir haben daher auch mit der demokratischen Partei HADEP Kontakte auf offizieller Ebene gehabt, wir haben mit dem Vorsitzenden dieser Partei, mit dem Istanbuler Vorsitzenden und mit der Frauenvorsitzenden Gespräche geführt; und es betrifft uns deshalb besonders persönlich, weil jene drei Spitzenfunktionäre der HADEP, mit denen wir noch vor wenigen Wochen konkrete Gespräche geführt haben, mittlerweile verhaftet wurden, worüber wir sehr bestürzt sind.

Wir haben bei der HADEP den Eindruck gewonnen, daß es tatsächlich eine Partei ist, die voll auf dem Boden des demokratischen Systems steht, eine Partei ist, die völlig auf der Grundlage der türkischen Verfassung steht, sämtliche Provokationen und sämtliche separatistischen Überlegungen ablehnt und tatsächlich eindeutig im Programm, aber auch in ihrer Politik für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei eintritt.

Wir haben in unseren Gesprächen auch den Eindruck gewonnen, daß sie tatsächlich sehr, sehr vorsichtig waren in ihrem Agieren, und erst auf besonderes Drängen der Delegation haben sie uns zu Flüchtlingsiedlungen von Kurden in der Türkei gebracht, wo wir das sehen konnten, was wir zwar gewußt haben, was wir aber noch nicht mit eigenen Augen gesehen haben, nämlich kurdische Flüchtlingslager. Nicht in Südostanatolien oder irgendwo in der Türkei, sondern mitten in Istanbul! Zeltlager, in denen mehr als 100 kurdische Flüchtlinge seit drei Jahren unter Bedingungen leben müssen, wie es einfach unvorstellbar ist: in Plastikzelten, ohne jegliche Hoffnung auf Integration und auf menschengerechtes Leben.

Diese Flüchtlingslager sind offiziell nicht existent, und auch bei zahlreichen Gesprächen in Istanbul wurde uns immer wieder gesagt - leider auch vom Vertreter der österreichischen Botschaft - , daß es diese Flüchtlingslager nicht gibt. Es hat mich besonders betroffen gemacht, daß dieses Flüchtlingslager, das nicht existiert und von dem die österreichische Botschaft bis-

her nichts gewußt hat, nur zirka 5 Kilometer vom österreichischen Generalkonsulat entfernt ist.

Wir haben mit diesen Flüchtlingen auch über ihren illegalen Zustand und über ihre Hoffnungslosigkeit gesprochen, und es wurde uns gesagt, daß es viele Siedlungen derartiger nicht nur in der Osttürkei, sondern auch in Istanbul gibt.

Wir haben im Rahmen unseres Programms auch Kontakte mit der Menschenrechtsorganisation IHD gehabt, und es ist bezeichnend, daß jene beiden Dolmetscher, die uns zwei Tage lang begleitet haben und die uns wirklich ausschließlich ihre Übersetzungsdiene sten angeboten haben, an jenem Tag verhaftet wurden, als wir abgereist sind. Wir haben damals schon das schlechte Gefühl gehabt, daß nur während der HABITAT-Konferenz noch eine gewisse Ruhe eingehalten wird, um der Weltöffentlichkeit nicht ein Bild zu geben, das sie eben nicht geben wollen, daß aber unmittelbar nach der HABITAT-Konferenz damit zu rechnen ist, daß die Gangart der Behörden, der Polizei und des Militärs härter wird.

Und dies hat sich auch bestätigt. Die Angst, die die HADEP-Vertreter in den Gesprächen mit uns gezeigt haben, war nicht unberechtigt. Denn am vergangenen Wochenende hat der ordnungsgemäß Kongreß der HADEP in Ankara stattgefunden, und es wurde dort noch einmal betont, daß die HADEP, die bei den Dezember-Wahlen des Jahres 1995 immerhin von 1,5 Millionen Wählern gewählt wurde, völlig auf die friedliche Lösung der Kurdenfrage setzt. Bisher gibt es aber keine Anzeichen der türkischen Behörden und der türkischen Regierung für eine wirklich ernsthafte Auseinandersetzung. Es gibt ja auch keine Reaktion der türkischen Regierung und der türkischen Behörde auf das einseitige Waffenstillstandsangebot der PKK vom 15. Dezember 1995, und es ist auch bezeichnend für das demokratische System der Türkei, daß die HADEP mit 1,5 Millionen Wählern nur deshalb nicht im türkischen Parlament vertreten ist, weil sie im Landesschnitt der gesamten Türkei nicht auf 10 Prozent der Stimmen gekommen ist. Das muß man auch unter dem Gesichtspunkt sehen, daß sie in den kurdischen Siedlungsgebieten mehr als 35 Prozent der Stimmen erringen konnte, daß Dörfer, in denen über 50 Prozent HADEP-Stimmen zu verzeichnen waren, in den Wochen nach der Wahl überfallen und zerstört wurden, niedergebrannt wurden - wobei diese Androhung vor der Wahl gemacht und dann auch eingehalten wurde - und daß allein in Istanbul, wo zirka 3 bis 3,5 Millionen Kurden leben, zirka 800 000 Kurden nicht wahlberechtigt waren, weil sie nicht ordnungsgemäß gemeldet waren, weil halt Flüchtlinge, die über Nacht vertrieben werden, sich nicht als erstes behördlich anmelden können und dadurch viele Kurden tatsächlich nicht an der Wahl teilnehmen konnten.

Das heißt, das demokratische System ist mehr als zweifelhaft, und es ist insofern jetzt besonders bestürzend und macht uns besonders betroffen, daß die gesamte Parteiführung dieser demokratischen Partei

HADEP am vergangenen Wochenende verhaftet wurde, daß drei Funktionäre der HADEP am Heimweg von der Konferenz in Ankara in ihre Heimatstadt ermordet wurden und daß damit auch die gesamte Führung der HADEP ausgeschaltet worden ist.

Wenn man an einer friedlichen Lösung, an einer politischen Lösung des Kurden-Problems interessiert ist, so wie das Ministerpräsident Yilmaz in den vergangenen Tagen gegenüber den österreichischen Staatsgästen betont hat, dann ist das nur möglich mit der demokratischen Partei der Kurden in der Türkei und nicht ohne diese Partei. Wenn jedoch die gesamte Parteiführung in Haft ist, dann kann es einfach zu keinen sinnvollen Gesprächen kommen.

Wir sind bestürzt über die Escalation der Gewalt, über die beispiellos brutale Vorgangsweise von Polizei und Militär gegen Zivilpersonen, und ich möchte daher namens meiner Fraktion und namens der Frau Abg Jutta Sander von den GRÜNEN einen Beschuß- und Resolutionsantrag einbringen, in dem sich der Wiener Landtag gegen das brutale Vorgehen von türkischer Polizei und Militär gegen Zivilpersonen ausspricht, in dem der Wiener Landtag die sofortige Freilassung der HADEP-Führer und jener vier DEP-Abgeordneten verlangt, die noch immer in Ankara in Haft sind. Es sind jene Abgeordneten, für die der Wiener Landtag schon einmal eine Resolution beschlossen hat, die demokratisch gewählte Abgeordnete des türkischen Parlaments waren und nur aufgrund ihrer kurdischen Zugehörigkeit und des Bekennisses zur kurdischen Bevölkerungsgruppe aus dem türkischen Parlament heraus verhaftet wurden und seither in Haft sind.

Der Wiener Landtag verlangt in dieser Resolution die Sicherung der vollen politischen Rechte aller demokratischen Parteien, insbesondere der HADEP, er fordert die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei, die Einstellung aller Kämpfe und Militäraktionen sowie die sofortige Aufnahme von Friedensgesprächen und die absolut friedliche Beilegung des Konfliktes sowie die volle Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes und die Ermöglichung der Rückkehr der vertriebenen Kurden in ihre Heimat.

Außerdem spricht sich der Wiener Landtag dafür aus, daß die im Zuge der Zollunion zwischen der EU und der Türkei vereinbarten Auflagen bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der Türkei seitens der EU sofort und nachhaltig eingefordert werden.

Wir appellieren neuerlich - wir haben auch schon einmal einen diesbezüglichen einstimmigen Beschuß im Wiener Landtag gefaßt - an die Österreicherinnen und Österreicher, die Situation der Menschenrechte in der Türkei bei der Wahl ihres Urlaubslandes zu berücksichtigen.

Und wir fordern die Bundesregierung auf, den Inhalt dieses Resolutionsantrages ernst zu nehmen und an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages. (Beifall bei der SPÖ und

den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nunmehr nicht vor. Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Hohes Haus!

Ich habe die Diskussion nicht zu kommentieren. Es ist eine Darstellung politischer Ansichten zur politischen Situation und zur Verfolgung in der Türkei gewesen, zu wichtigen europäischen Positionen und Ansichten, und die Anträge, die eingebracht wurden, sind so klar, daß jeder einzelne Abgeordneter, jede einzelne Abgeordnete auch eine entsprechende Entscheidung für sich selbst treffen kann.

Zum eigentlichen Antrag, der gestellt wurde, darf ich festhalten, daß es zur Gesetzesvorlage keine Kritik gegeben hat, was annehmen läßt, daß es ein einstimmiger Beschuß sein wird, denn es hat ja niemand davon gesprochen, was bei dem Gesetzentwurf schlecht oder falsch wäre. Da hat sich offensichtlich eine Veränderung ergeben, nachdem man ja ursprünglich meinte, man stimme dagegen und werde das auch noch entsprechend begründen.

Ich würde mich freuen, sollte es so sein, daß dieses Gesetz eine einstimmige Beschußfassung erfährt, sollte es anders sein, ist es auch nicht zu verhindern und so zur Kenntnis zu nehmen, man weiß nur dann nicht, warum es keinen einstimmigen Beschuß gegeben hat.

Ich darf aber die Gelegenheit noch nützen, um gerade in diesem Zusammenhang noch auf etwas anderes aufmerksam zu machen. Als wir - ich habe das bei der Einleitung leider vergessen, aber ich möchte den Fehler ausmerzen - die Beratungen über die Wahlrechtsreform auf der Wiener Ebene durchgeführt haben und dann auch das Wiener Wahlrecht hier beschlossen haben, haben wir unter anderem auch eine Diskussion in diesem Haus gehabt, daß es nach europäischer Auffassung rechtmäßig nicht richtig ist und den europäischen Bestimmungen nicht entspricht, daß EU-Bürger nur in dem Bereich der Bezirke ihr Stimmrecht ausüben können.

Ich darf den Hohen Landtag informieren, daß im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 22. Mai 1996 eine Richtlinie vom 13. Mai 1996 veröffentlicht wurde, in der eindeutig festgelegt wurde, daß sie für Österreich - so wie es in Deutschland für Hamburg, Bremen und Berlin zutrifft - in Wien die Bezirke der Stadt Wien und sonst die Gemeinden in Österreich betrifft, das heißt, daß auch diese Entscheidung völlig konform mit den Rechtsbestimmungen der Europäischen Gemeinschaft ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Abänderungsanträge liegen nicht vor.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wol-

len, die Hand zu heben. - Das ist mit Mehrheit so beschlossen. (Amtsf StR Johann Hatzl: Jetzt wissen wir wieder nicht, warum!)

Wir haben nunmehr über drei Beschuß- und Resolutionsanträge abzustimmen.

Der erste Antrag wurde eingebracht von Frau Abg Hannelore Weber und betrifft die Position Wiens zur EU-Regierungskonferenz.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und somit abgelehnt. (Abg Johannes Prochaska: Dreistimmig! - Abg Hannelore Weber - auf die Schriftführerin Abg Jutta Sander zeigend -: Vier!)

Wir kommen zum zweiten Resolutionsantrag, eingebracht von den Abgen Josefa Tomsik, Dr Matthias Tschirf, Ing Karl Svoboda und Ingrid Kariotis, betreffend die EU-Regierungskonferenz 1996.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Beschuß- und Resolutionsantrag, eingebracht von Herrn Abg Ernst Woller und von Frau Abg Jutta Sander, betreffend die jüngsten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wenn kein Widerspruch besteht, werde ich die zweite Lesung des Gesetzes vornehmen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist in zweiter Lesung mit Mehrheit beschlossen.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung von Wiener Krankenanstalten (Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds-Gesetz).

Berichterstatter ist Herr amtsf StR Edlinger. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Rudolf Edlinger: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie Sie wissen, haben sich am 29. März 1996 die Finanzausgleichspartner grundsätzlich über die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung geeinigt, und zwar zunächst einmal für den Zeitraum vom 1. Jänner 1997 bis zum 31. Dezember des Jahres 2000.

Die wesentlichen Positionen dieser Einigung betrafen die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung auf der Basis von Fallpauschalen, die einvernehmliche Erstellung eines österreichweiten Krankenanstaltenplanes, die Einrichtung einer Bundesstrukturkommission sowie die Einrichtung von Länderkommissionen und vor allem - das ist auch der unmittelbare Anlaß für die heutige Gesetzesvorlage - die Bildung von neuen Länderfonds.

Die Umsetzung dieser grundsätzlichen politischen Vereinbarung im Hinblick auf die Neustrukturierung der Krankenanstaltenfinanzierung erfordert eine relativ

große Veränderung im Rechtsbereich sowie die Schaffung von Rechtsgrundlagen sowohl auf der bundes- wie auch auf der landespolitischen Ebene.

Da mit sehr großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist - ich gehe davon aus -, daß die noch offenen Fragen, vor allem im Hinblick auf den Bundeskrankenanstaltenplan und die Aufgabenstellung der Bundesstrukturkommission, im Herbst abgeschlossen sein werden, ist es notwendig, zum Zwecke der Verrechnung und der Administration der Krankenanstaltenfinanzierung ab 1. Jänner 1997 möglichst zeitgerecht einen derartigen Fonds, nämlich den Länderfonds, zu gründen.

Wir gehen den Weg eines Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit, wobei ich nicht verhehle und darauf hinweise, daß es aufgrund der Tatsache, daß noch eine Reihe von Dingen in der Frage der Umsetzung nicht bis zur letzten Nahtstelle zwischen den Bundesländern, der Sozialversicherung und dem Bund ausverhandelt ist, sein mag, daß wir Anfang des Jahres 1997 durchaus in der einen oder anderen Frage eine Novellierung dieses Gesetzeswerkes, das ich heute vorlege, vornehmen müssen.

Ich glaube aber, daß es legitim ist, das heute zu tun. Wir sind das erste Bundesland, das das macht, weil zum Unterschied von Wien die anderen Bundesländer im Herbst nicht mit einer Landtagswahl konfrontiert sind und es daher sein könnte, daß wir aufgrund der Landtagswahl dann in einen bestimmten Zeitverzug geraten, und ich mir eigentlich als für die Finanzen auch der Krankenanstaltenfinanzierung zuständiges Mitglied der Landesregierung nicht vorwerfen lassen möchte, daß ich ein Versäumnis begangen hätte, nämlich keine Rechtsgrundlage für den Länderfonds zu schaffen, sodaß daher die Verrechnungsmethoden möglicherweise wegen des Landes Wien nicht durchgeführt werden können.

Ich bitte daher um Nachsicht, daß nicht alles tatsächlich erschöpfend in dieser Rechtsmaterie festgelegt ist, und bitte um wohlwollende Behandlung und freundliche Zustimmung.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Pfeiffer. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter!

Die wohlwollende, zustimmende Erklärung können wir gerne dazu abgeben. Wir halten es für gut und richtig, daß rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, um ein doch wichtiges Kapitel im Bereich der Finanzierung, nämlich die Finanzierung der Krankenanstalten, so rechtzeitig einer Lösung zuzuführen, daß wir dann nicht in Verzug geraten können.

Auch ist es gut, gehört zu haben, daß Sie selbst der Meinung sind, daß hier noch einige Adaptierungen und Anpassungen vorgenommen werden müssen, weil viele Dinge noch nicht ganz ausgegoren sind - auf Bundesebene, auf der Ebene der Zusammenarbeit der neun Bundesländer.

Ich möchte allerdings anmerken, daß es gerade in diesem Zusammenhang sinnvoll erscheine, wenn die Aufgaben der Fonds-Kommission nicht so determiniert wären, daß sie aus sich heraus eigentlich überhaupt nicht tätig werden kann mit Initiativen irgendwelcher Art, denn sie kann eigentlich nur einige taxativ aufgezählte Punkte, wie Jahresabschlüsse, Budgets et cetera, einer Beratung unterziehen. Auf eine Beschußfassung über alle Angelegenheiten, die die Geschäftsstelle im Hinblick auf ihre grundsätzliche oder besondere Bedeutung vorlegt, hat diese Fonds-Kommission keine wie immer geartete eigene Initiativmöglichkeit. Das sollte man sich überlegen, eben insbesondere im Hinblick darauf, daß es noch diverse Adaptierungsnotwendigkeiten geben wird.

Einen zweiten Punkt möchte ich kurz anreißen, etwas, das nicht wir hier lösen können und auch nicht auf Landesebene allein zu lösen sein wird, aber es ist sicherlich notwendig, es einer Lösung zuzuführen, nämlich die Frage der privaten Spitäler.

In den Verhandlungen dazu fand eine Einbeziehung der Privatkrankenanstalten nicht statt. Die Gleichberechtigung der Krankenanstalten wäre dadurch nicht mehr gegeben, wenn eine Einbeziehung der privaten Krankenanstalten nicht stattfände.

Ein zusatzversicherter Patient, in einem öffentlichen Krankenhaus, nach dem leistungsbezogenen System abgerechnet, derselbe jedoch in einem privaten Krankenhaus lediglich einen Zuschuß bekommend, wäre neuerlich eine Ungleichheit, die vielleicht dann wiederum so wie auch die letzten Regelungen durch den Verfassungsgerichtshof erst gelöst werden könnte.

Ich glaube daher, daß es sinnvoll und notwendig ist, daß wir unsere zuständigen Verhandler - und da steht natürlich an erster Stelle der Finanzstadtrat, selbstverständlich aber auch der Gesundheitsstadtrat - ersuchen, sich um diese Frage anzunehmen.

Grund ist der, daß die privaten Krankenanstalten rund 6 Prozent der erforderlichen und im ÖKAP, also im Österreichischen Krankenanstaltenplan, für 2005 festgesetzten Betten ausweisen und einen unverzichtbaren Bestandteil der Versorgung darstellen. Abgesehen von der Transplantationschirurgie bieten sie ein volles medizinisches Angebot nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft, und weit über eine Million der Österreichischen Bürger - das ist ein Sechstel - finanzieren ihre Spitalsbehandlung mit freier Arztwahl und freier Wahl der Krankenhäuser. Diese Form der Eigenleistung kostet den Steuerzahler überhaupt nichts. Es wäre daher schon wichtig, hier eine Lösung zu finden. Die Privatkrankenanstalten erwarten sich den Einsatz der Verantwortlichen auch für diese Interessen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsf StR Rudolf Edlinger: Die Frage, welche Aufgaben den Länderkommissionen letzt-

endlich zukommen, auch im Hinblick auf mögliche Einflußnahme auf Gestoren des gesamten Fonds, werde ich ganz sicher nicht im Alleingang des Landes Wien lösen. Hier geht es um eine weitreichende einigermaßen präjudizielle Vorgangsweise. Ich verhehle nicht, daß die mehrheitliche Auffassung auch der Landesfinanzreferenten dahin geht, daß die politische Gestierung der Gesundheitspolitik aufgrund der nun veränderten Struktur der Länderkommissionen den Landtagen zukommt.

Das ist eine Frage der Philosophie, auch eine Frage der Politik, wenn Sie wollen. Wir haben über diese Frage geredet. Das ist offengeblieben, daher habe ich es enger formuliert, als es unbedingt sein muß. Denn wenn man jetzt der Länderkommission etwas gibt, dann aber meint - etwa in einer Koordinierung der Länder -, es ist vielleicht doch nicht so gescheit, dann ist es viel schwieriger, so einer Kommission wieder etwas wegzunehmen, als es zunächst einmal gar nicht zuzubilligen und möglicherweise bei einer Einigung auch inhaltliche Kompetenzen dort hinzulegen. Ich möchte also hier zunächst einmal keine präjudiziellen Aussagen tätigen.

Zur zweiten Frage bezüglich der privaten Spitäler. Diese Frage ist im Rahmen des Begutachtungsverfahrens dieses Gesetzes auch von den Privatkrankenanstalten Österreichs ventilert worden. Ich muß zunächst einmal feststellen, daß eine solche Erweiterung eindeutig - auch darüber müßte man dann gesamtösterreichisch diskutieren - im Widerspruch zu den grundsätzlichen Einigungen über die Krankenanstaltenfinanzierung vom 29. März steht, bei der nämlich festgelegt wurde, daß die Landesfonds ab 1997 die Verpflichtung der Sozialversicherung gegenüber allen außer den privaten nichtgemeinnützigen Spitalerhaltern übernehmen werden. Daher konnte diese Überlegung der privaten Krankenanstalten zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Berücksichtigung finden, zumal ich auch eine zum Teil durchaus - und so sehe ich das nicht ganz - zusätzliche finanzielle, nämlich rechtsverbindliche finanzielle Belastung im Zuge der Veränderung - denn etwas anderes ist das nicht -, ohne auch zusätzliche Mittel zu erhalten, vorweg einmal wirklich nicht übernehmen möchte.

Ich weiß mich auch hier eines Sinnes mit den anderen acht Landesfinanzreferenten. Das heißt, auch diese Frage ist keine parteipolitische, sondern es ist eine eindeutig finanzpolitische. Ich würde daher auch meinen, daß wir hier im Gleichklang mit den anderen acht Bundesländern vorgehen sollten.

Im Übrigen bitte ich nochmals um Zustimmung zur Gesetzesvorlage. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort

die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz und die Pensionsordnung 1995 geändert werden.

Berichterstatterin dazu ist Frau LhptmSt Grete Laska. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Präsidentin hat bereits auf den Inhalt dieses Aktenstückes, der Gesetzesvorlage hingewiesen. Wir haben heute auch in der Fragestunde schon darüber gesprochen, und ich konnte Ihnen sagen, daß diese Gesetzesänderung eine Nachvollziehung einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist, und ich bitte Sie daher, diesem Geschäftsstück zuzustimmen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Bei dieser Veränderung im Pflegegeldgesetz geht es um Umsetzungen des Sparpaketes. Wir haben in diesem Frühjahr schon sehr häufig und sehr ausführlich über Auswirkungen des Sparpaketes auf verschiedene Personengruppen gesprochen. Wir haben und auch ich habe schon über die Auswirkungen für behinderte Menschen gesprochen. Hier geht es darum, hinsichtlich der Personen, denen man 1993 gesagt hat, das Pflegegeld ist der erste Schritt in die richtige Richtung auf selbstbestimmtes Einkaufen von Leistung, auf selbstbestimmtes Leben, und auch die Betroffenen haben damals gesagt, dies sei wirklich ein erster Schritt in die richtige Richtung, in Richtung auf selbstbestimmtes Leben, wieder einen Schritt zurück zu tun, denn diese "Details" - unter Anführungszeichen -, die hier geändert werden, führen dazu, daß bei steigenden Kostensätzen für entsprechende Pflegeleistung weniger Geld vorhanden ist, was wieder heißt, daß man sich mehr auf die Familie oder auf Freunde oder auf irgendwelche Personen stützen muß, wo man nicht selber sagen kann: Ich habe das Recht, ich habe den Anspruch, ich kann mir das zukaufen, ich kann mich umsetzen in dieser Form.

Es geht darum, daß keine Valorisierung des Pflegegeldes stattfindet, während die Kosten steigen, es geht darum, daß die Stufe 1 nur mehr 2 000 S betragen wird und daß es dann auch einen Unterschied

geben wird zwischen den alten Bezieherinnen und Beziehern des Pflegegeldes, die weiterhin den alten Satz bekommen werden, und den neuen Bezieherinnen, die monatlich 2 000 S bekommen werden.

Wir haben in diesem Zusammenhang bereits vor einigen Monaten einen Antrag gestellt und ersucht, daß die Stadt Wien diese Differenz übernimmt, damit es zumindest zu einer Gleichbehandlung der betroffenen Personen kommt. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Aus diesem Gesetz geht auch hervor, daß es bloß ein Taschengeld von 569 S pro Monat geben wird. Das deckt nicht die allermindesten Bedürfnisse einer Person ab. Das müssen wir hier wirklich feststellen, und das kann ja auch jeder selbst erkennen, daß man mit 596 S Taschengeld pro Monat, das sind ein paar Schilling pro Tag, nicht wirklich etwas anfangen kann.

Die Auszahlung erfolgt am Monatsende, statt wie bisher am Monatsbeginn, und es gibt noch eine Reihe anderer Details, auf die ich hier gar nicht näher eingehen möchte, weil wir das hier schon zum x-ten Male besprechen.

Genau aus diesen Gründen, die ich genannt habe und die wir hier auch schon im Laufe des Frühjahrs genannt haben, können und werden wir vor allem dieser Änderung des Wiener Pflegegeldgesetzes nicht zustimmen.

Diese Maßnahme des Sparpakets trifft eine Personengruppe, die ohnedies schon benachteiligt war in unserer Gesellschaft und die mit dieser Maßnahme noch einen Schritt weiter entfernt von Integration ist. Mir ganz persönlich und meiner Fraktion ist es ein großes Anliegen, daß behinderte Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, aber nicht auf diese Art. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzende Ingrid Smejkal: Danke. Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau StR Hampel-Fuchs. Ich erteile es ihr.

StR Maria Hampel-Fuchs: Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich schließe dort an, wo meine Vorednerin aufgehört hat, nämlich bei der Aussage, daß eben eine Korrektur beim Pflegegeld nicht dazu führt, die Lebensbedingungen pflegebedürftiger behinderter Menschen zu verbessern. Das ist zweifellos richtig. Gegen diese Feststellung habe ich keinen Einwand. Ich muß nur anmerken - und möchte das auch hier wiederum feststellen -, daß die Einführung des Pflegegeldes an sich in Österreich ein ganz wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung war und viele Länder Europas in keiner Weise auch nur annähernd Adäquates zu bieten haben.

Weder als Staat noch privat kann man über einen längeren Zeitraum mehr ausgeben, als man hat. Es würde damit das ganze System gefährdet werden. Und um eben das grobe Gerüst dieses Pflegegeldes auch für die Zukunft zu sichern, sind Änderungen notwendig. Bis auf die erste Stufe werden die Ansätze

nicht eingeschränkt, und ich glaube, daß damit dieses Gerüst auch tatsächlich gesichert werden kann. Wir wissen, daß diese Ansätze nicht ausreichen würden, müßte alles von professioneller Hand geschehen, also nur professionelle Leistung gekauft werden. Es ist aber andererseits auch eine Tatsache, daß die Tarife in Wien, die nach dem Pflegegeld berechnet wurden, heuer nicht angehoben wurden. Also es stimmt nicht, daß die Tarife angehoben worden wären und das Pflegegeld nicht. Das geht analog. Die Tarifanteile aus dem Pflegegeld wurden nicht angehoben, sondern sind auch, wie das Pflegegeld, gleichgeblieben.

Die Professionalisierung im Bereich des Pflegegeldes muß ich noch einmal ansprechen, weil einfach immer wieder die Forderung erhoben wird, ab der Stufe 4 bis zu Stufe 7 das Pflegegeld nur dann zu gewähren, wenn professionelle Hilfe in Anspruch genommen wird. Das würde einen wesentlichen Druck im Hinblick auf Heimunterbringung zur Folge haben, weil Angehörige in den allermeisten Fällen nicht zu den Professionisten in diesem Bereich gezählt werden können. Es ist die Ausnahme, daß Pflegehelfer und Krankenschwestern und Krankenpfleger als Angehörige tätig sind. Aber trotzdem sind viele Angehörige in der Lage, sehr korrekt und mit hoher Qualität Pflegeleistungen zu erbringen.

Ich glaube, dieses System der verstärkten Betreuung zu Hause kann nur funktionieren, wenn diese Kombination von Angehörigenbetreuung und eben Inanspruchnahme sozialer Dienste auch weiterhin möglich ist und kein Zwang in die Richtung besteht, ausschließlich professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Nun noch kurz zum Taschengeld. Es besteht nach wie vor die gesetzliche Verpflichtung, daß aus den Anteilen der Pension dem betroffenen Pflegegeldbezieher 20 Prozent verbleiben. An dieser Bestimmung wird nicht gerüttelt. Sie wird auch nicht verändert. Bei Einführung des Pflegegeldes ist ein weiterer Taschengeldanteil dazugekommen, und diesbezüglich ist man, da man eben sparen muß, der Meinung, daß dieser dazugekommene Betrag mit 569 S noch adäquat ist. Also es tritt keine generelle Kürzung des Taschengeldes ein, sondern eine Kürzung dieser zusätzlichen Leistung. Und diese, glaube ich, ist vertretbar. Ich meine nicht, daß ich jetzt in Lobeshymnen darüber ausbrechen würde, daß ich schon lange darauf gewartet hätte - das möchte ich damit absolut nicht sagen -, aber um ein System, ein gutes System für die Zukunft zu sichern und den Hilfsbedürftigen, den Pflegebedürftigen, den Behinderten dieses Pflegegeld auch in Zukunft zu sichern, sind diese Einschnitte notwendig.

Deshalb wird die Wiener Volkspartei diesem Gesetzesentwurf zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Pawkowicz. Ich erteile es ihm. (Abg Gerhard Pfeiffer: Da schau her! Das ist geändert worden! Vorgesehen war doch die Kollegin Schwarz-Klement!)

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dem Pflegegeldgesetz kann in der Form, wie es hier vorgelegt wird, einfach nicht zugestimmt werden. Ich meine, die negativen Änderungen, vor allem die negativen Auswirkungen dieses veränderten Pflegegeldgesetzes spüren ja in Wirklichkeit die Schwächsten in unserer Gemeinschaft oder zumindest jene, die eben genau dieses Pflegegeldes und dieser Unterstützung der Allgemeinheit bedürfen.

Ich möchte jetzt gar nicht sosehr im Detail auf die einzelnen Änderungen eingehen, ich meine nur, daß hier in Wirklichkeit ein weiterer Baustein in einer Reihe der Veränderungen in unserem gesamten Sozialsystem gesetzt wird, was schließlich auf die Demontage des Sozialsystems insgesamt hinausläuft. (Beifall bei der FPÖ. - Abg Gerhard Pfeiffer: Sie meinen, das war mit Absicht? - StR Maria Hampel-Fuchs: Sie waren sicher auch dabei!)

Also ich bin eigentlich ein bißchen erstaunt, wie Sie, da Sie uns jetzt mitteilen, daß Sie hier mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machen wollen, versuchen, das wegzuschieben. Ich sage: Wenn Sie diesen Weg gemeinsam mit den Sozialdemokraten gehen wollen - gehen Sie ihn! (Abg Dr Herbert Maudejski: Wie immer!) Und wenn Sie ihn gehen müssen, weil Sie mittlerweile so im Griff der Sozialdemokratie sind - dann gehen Sie ihn mit den Sozialdemokraten. (Abg Gerhard Pfeiffer: Wir haben ja keine Alternativen!) Wir werden Sie mit Sicherheit nicht daran hindern! Wieso sollten wir? Es ist Ihre politische Entscheidung, genauso wie es die politische Entscheidung der Sozialdemokratie ist, diesen Weg zu gehen.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch auf eines aufmerksam machen (Abg Gerhard Pfeiffer: Wie würden Sie das soziale System sichern? Denken Sie darüber nach, wie Sie das soziale System sichern würden!): Ihr gemeinsamer Bundeskanzler Vranitzky hat hier Wahlversprechen abgegeben. Ich darf es Ihnen auch sagen. Jetzt weiß ich schon, daß der eine oder der andere innerhalb der ÖVP, Herr Kollege, nicht der Auffassung Vranitzkys war oder der Sozialdemokraten war (Abg Gerhard Pfeiffer: Bravoli), aber mittlerweile sehe ich, daß Sie wieder voll auf Linie sind, und das macht mir ein bißchen Sorgen.

Die sozialistische Koalitionsregierung auf Bundesebene geht hier einen Weg, den viele Bürger unseres Landes einfach nicht mehr mitgehen können. Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, was der Herr Bundeskanzler noch vor den Wahlen gesagt hat. Sie werden sich vielleicht noch daran erinnern, ich darf es auch Ihnen zeigen. (Der Redner hält ein Schriftstück in die Höhe.) Da heißt es: "Ich werde dafür sorgen, daß es eine gerechte Gesundheitsreform gibt."

Meine Damen und Herren! Von all dem, was da versprochen worden ist, sind wir mittlerweile weit entfernt. Wir gehen eigentlich einen völlig anderen Weg, vor allem die sozialistische Koalitionsregierung auf Bundesebene geht einen völlig anderen Weg. Und

wenn man jetzt auch bei uns den Weg so nachvollzieht, daß wir in die Kürzungen mit eintreten, und zwar mit Unterstützung der SPÖ und mit Unterstützung der ÖVP, dann ist hier ein völlig klares System erkennbar: Die Schwächeren, die sozial Schwächeren, die eigentlich unserer Hilfe oder der Hilfe auch unserer Stadt bedürften, werden alleingelassen.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Wenn sie schon alleingelassen werden von SPÖ und ÖVP, dann werden wir Freiheitlichen die Ausfallshaltung übernehmen, und wir werden dafür sorgen, wir werden danach trachten und jedenfalls mit Nachdruck darauf schauen, daß eben die Schwächsten in unserer Gemeinschaft, die dieser Pflege und dieser Unterstützung bedürfen, unterstützt werden. Das werden wir mit Sicherheit durchziehen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ. - Abg Gerhard Pfeiffer: Sie versprechen also gerade etwas, was Sie nicht halten können! Vranitzky in Blau!)

Und ich sage Ihnen noch etwas dazu: Da haben wir Vranitzky. Ich zeige es Ihnen, denn Sie haben es vielleicht schon wieder vergessen. Da sagt die Sozialdemokratische Partei: "Wir werden nicht zulassen, daß bestehende Pensionen gekürzt werden."

Na, wie schaut denn das in Wirklichkeit aus? In Wirklichkeit ist es so, daß die Pensionen im ersten Schritt natürlich schon gekürzt sind, erstens aufgrund des Belastungspakets, zweitens aufgrund der Inflationsrate. Dazu kommt nun das nächste Paket, das Krankenkassensanierungspaket, das ja in Wirklichkeit wieder die Älteren trifft, nämlich die Pensionisten.

Und jetzt fällt mir ein Unterschied auf - ich sage das auch wieder ganz leidenschaftslos, ohne jede Polemik -: Der Wiener Bgm Häupl hat das offensichtlich erkannt, und er sagt auch mit Nachdruck und in Richtung Bundesregierung, das, was da passiert, ist nicht gescheit und ist nicht richtig. Ich habe bisher diese Meinung von Ihnen vermißt, meine Damen und Herren von der ÖVP. Sie stehen geschlossen hinter Vranitzky als Häupl, und das gefällt mir nicht sehr, sage ich Ihnen. Das gefällt mir nicht sehr! (Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Franz Karl: Es fehlt uns nur die doppelzüngige Strategie des Herrn Bgm Häupl!)

Ich sage noch etwas dazu: Es wird Ihnen Vranitzky danken - soll sein -, aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn der Wiener Bgm Häupl erkennt, daß hier mit diesen Belastungspaketen ein falscher Weg gegangen wird - und er sagt es ja auch deutlich; auch das Belastungspaket, sagt er, ist in der einen oder anderen Form so nicht vertretbar; und bei den Krankenkassen sagt er dasselbe -, dann meine ich, daß er hier den richtigen Ansatz hat. Er hat den richtigen Ansatz, aber er setzt sich innerhalb der SPÖ und innerhalb der sozialistischen Bundesregierung nicht durch. Und da sind wir in Wirklichkeit ja doch aufgerufen, ihm hilfreich zu sein, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn Häupl in seinen Ansichten schon wichtige Teile der freiheitlichen Politik übernimmt, was ich ja

verstehen kann, weil die freiheitliche Politik richtig und gescheit ist - das sagen wir ja immer (*Beifall bei der FPÖ*), wenn also der Wiener Bürgermeister und Vorsitzende der Wiener SPÖ mittlerweile erkannt hat, daß die Regierungspolitik falsch ist - jetzt weiß ich schon, weil wir ihn ja auch darauf hingewiesen haben, daß die Politik falsch ist -, dann, bitte schön, ist es doch höchste Zeit, daß Sie, die Sie doch alle gemeinsam innerhalb der SPÖ sind, auch erkennen, was Ihr Vorsitzender mittlerweile schon längst erkannt hat: daß der Weg falsch ist.

Und so meine ich: Wenn der Wiener Bgm Häupl schon die Richtigkeit der freiheitlichen Politik sieht, dann müßten Sie es doch über kurz oder lang auch sehen. Daher, meine Damen und Herren von der SPÖ - daß es die ÖVP nicht sieht, weiß ich (*Abg Mag Franz Karl: Koalitionsangebot an die Roten?*) -, fordere ich Sie auf: Gehen Sie doch hier, wo es um die sozial Schwächeren geht, wo es um die Hilfsbedürftigen geht, mit uns! Machen wir, meine Damen und Herren, die notwendigen Schritte! Gehen wir doch nicht in die Demontage der Krankenkassen und so weiter hinein!

Und jetzt fordere ich auch Sie von der ÖVP auf: Überdenken Sie doch noch einmal Ihre Haltung! Es kann doch nicht so sein, daß Sie, meine Damen und Herren, nachdem jetzt die SPÖ schon voll ins Lager der Freiheitlichen übergehen wird - es ist ja nur noch eine Frage der Zeit (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*) -, dann an den Rand gedrängt übrigbleiben.

Meine Damen und Herren! Die Beispiele lassen sich ja eindeutig aufzeigen. Ich nenne hier nur zum Beispiel die ARGE Orthopädie. Da haben wir natürlich bestimmte Unternehmen - das ist mir schon klar -, die bei dieser Finanzmisere eine große Rolle spielen. Wir wissen - Häupl hat das ja auch kritisiert -, wie hier Firmen plötzlich quasi in einem Kartell drinnen sind und absolut überhöhte Rechnungen, etwa für Heilbehelfe, ausgestellt werden.

Es gibt zum Beispiel die Firma Normalia. Ich weiß schon, daß diese Firma der Gattin von Bundeskanzler Vranitzky gehört und im Kartell sowie natürlich im hohen Preisbereich sich befindet. Aber ich weiß genauso, meine Damen und Herren, daß Ihnen diese Konstruktion genausowenig gefällt wie Aussagen, die lauten: "Golf ist gesünder als Drogen" oder ähnliches.

Ich weiß natürlich auch, meine Damen und Herren, daß es eine durchaus richtige Erkenntnis ist, daß Golf gesünder ist als Drogen zu nehmen, wie die Frau von Bundeskanzler Vranitzky von sich gegeben hat. Diesbezüglich stimmen wir sogar überein. Aber das ist an sich nicht das Problem.

Das Problem, meine Damen und Herren, ist, daß es heute und jetzt darum geht, diesen Weg nicht mehr mitzugehen. Es muß doch möglich sein, daß diese Stadt - die noch mit einer sozialdemokratischen Mehrheit regiert wird - gemeinsam aufsteht und sagt, bei diesem Sozialabbau machen wir nicht mit! Es muß doch möglich sein, daß die Landtagspräsidentin in die

erste Reihe geht und sagt, hier spielen wir nicht mit! (*Beifall von Abg Mag Heidermarie Unterreiner*.)

Und es muß auch möglich sein, daß wir in dieser Frage den Herrn Landeshauptmann unterstützen, so daß er sich auch im SPÖ-Präsidium vielleicht ein bißchen besser durchsetzen kann! Das wäre doch das, was wir wollen! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Meine Damen und Herren, ich sagte schon, daß ich meine, wir Freiheitlichen sollten insgesamt eine Überprüfung des Wegs, den Sie hier gehen, vornehmen. Und, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, wir sind Ihnen hilfreich. (*Abg Andreas Honay: Das halte ich nicht aus!*)

Kollege Honay, sagen Sie nicht, Sie halten das nicht aus! In dieser Frage kann ich all diese Fakten, die uns vorliegen, zur Verfügung stellen. Wenn Sie diese gesehen haben! Lassen wir doch die politischen Sachen weg, hier geht es um die schwachen Bürger. Hier geht es darum, den Menschen in unserer Stadt hilfreich zu sein. Es geht doch nicht um SPÖ, Freiheitliche oder sonst irgend etwas. Hier müssen wir - die Abgeordneten dieser Stadt - uns gemeinsam einhängen und nicht zulassen, daß der falsche Weg beschritten wird!

Genauso rufe ich Ihnen zu: Beschreiten Sie diesen falschen Weg in der Änderung des Pflegegeldgesetzes nicht! Es ist ein falscher Weg! Es ist ein verhängnisvoller Weg! Und es ist der Weg, wo sich die Stadt Wien in Wirklichkeit von ihrer sozialen Verpflichtung im ersten Schritt verabschiedet! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsidentin Erika Staubenboll: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schwarz-Klement. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (*FPÖ*): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die unendliche Geschichte der Unwahrheiten, die vor dem Wahlkampf der letzten Nationalratswahl von der SPÖ plakatiert wurde, kann ich noch um eine Fazette bereichern.

Sie werden alle dieses Plakat kennen und sich sicherlich daran zurückerobern. Falls nicht, werden Sie es jetzt tun. "Ich werde alles tun, damit behinderte Menschen zu ihrem Recht kommen." Das hat Franz Vranitzky - mit seinem Gesicht darauf - plakatiert lassen. Er hat auch noch dazugesagt, daß es in der Pflegegeldvorsorge zu keiner Qualitätsverschlechterung und zu keinen Änderungen kommen wird.

Sogar der ÖVP-Obmann Schüssel hat vor laufender Kamera im Fernsehen vor den Wahlen noch eine sogenannte Sozialgarantie abgegeben und sich dafür verbürgt, daß behinderten Menschen nichts weggenommen wird. (*Abg Dr Oskar Wawa: Und was hat der Herr Haider schon alles gesagt?*)

Meine Damen und Herren, dem steht nun die Novelle dieses Pflegegeldgesetzes gegenüber. Wir haben schon einiges davon gehört. Das erste ist die Senkung der Stufe I auf 2 000 S. Das Taschengeld - und das können Sie noch so beschönigen, Frau Hampel-Fuchs -

wird halbiert. Es hat auch keine Valorisierung für 1997 gegeben.

Das Schlimmste ist, daß eine 2-Klassen-Gesellschaft für Behinderte installiert wird. Denn Stichtag ist der 1. August 1996. Wer vor diesem Stichtag einreicht, bekommt die vollen Bezüge. Wer das nicht macht, dem wird alles weggenommen.

Meine Damen und Herren, dem ist leider nichts mehr hinzuzufügen. Angesichts dieser Heuchelei von SPÖ und ÖVP verschlägt es einem die Sprache! Sie sollten sich wirklich schämen, daß Sie den behinderten Mitbürgern unserer Stadt alles wegnehmen und wie Sie mit Ihnen umgehen!

Wir Freiheitlichen lehnen eine derart unanständige Vorgangsweise und einen derartigen Anschlag auf die Rechte der behinderten Menschen ab! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Abg Pfeiffer. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die freiheitlichen Abgeordneten haben nunmehr auch im Wiener Landtag die Praxis des Parlaments angenommen und überstrapazieren die demokratischen Instrumente ungeheuerlich. Sie nützen sie exzessiv aus. Nicht nur, daß sie eine dringliche Anfrage nach der anderen wie einen Wanderzirkus quer durch Österreich ziehen lassen, ist es auch so, daß sie bereits in der normalen Diskussion Ihre Werbegags und Ihre Wahlkampfgeschichten vor uns ausbreiten. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Ihr Demokratieverständnis ist, daß man die Oppositionsgegner verhöhnt!) Es ist nicht Sinn der Diskussion zum Pflegegeld, daß wir die Bühne für Ihr populistisches Dasein abgeben! (Beifall bei der ÖVP. - StR Lothar Gintersdorfer: Sie werden uns keine Vorschriften machen!)

Dabei bin ich noch sehr dankbar, sehr geehrter Herr StR Gintersdorfer - und gerade Ihnen darf ich dankbar sein -, daß Sie das rüde Benehmen, das sich Ihre Fraktion im Parlament leistet, wenigstens nicht übernommen haben und das Rabaukentum eines Herrn Haider, eines Herrn Ofner oder eines Herrn Stadler, wie ich es in der Dokumentation der Rede von Herrn Feuerstein von gestern und vorgestern belegen kann, in keinerlei Form bei uns eingerissen ist. (Abg Dr Rüdiger Stix: Sie meinen wohl den Herrn Kholl!) Ich bin Ihnen dafür dankbar, daß Sie die schlechte Form Ihrer Fraktion im Parlament nicht auch noch übernehmen! (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Wir werden den Bürgern mitteilen, was der Schüssel gesagt hat und wie Sie hier abstimmen!)

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, erledigen die freiheitlichen Abgeordneten auch die Arbeit jener, die nur darauf aus sind, den Grundkonsens in diesem Land zu untergraben, die Menschen aufzuwiegeln, Neid und Mißgunst unter die Leute sowie ein Bild abgrundtiefen Kulturpessimismusses über dieses Land zu bringen! (StR Lothar Gintersdorfer:

Außer Überheblichkeit haben Sie hier nichts zu bieten!) Ich sage Ihnen, diese halben Wahrheiten und ganzen Falschheiten führen dazu, daß die Straße der Lemminge asphaltiert wird, die uns in den Abgrund führen soll! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Brigitte Schwarz-Klement: Die Behinderten werden sich für diese Wortmeldung bedanken! - Abg Johannes Prochaska: Die Freiheitlichen regen sich immer auf, sind aber selbst äußerst empfindlich! Das haben wir schon gern!)

In einen Abgrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, des Verlusts der persönlichen Freiheit und der gesellschaftlichen Integrität!

Ich sage Ihnen, diesen Weg haben schon etliche begangen. Früher einmal Menschen, die genauso brav und bieder wie Sie waren, Menschen, die genauso gutgläubig wie Sie und voller Sehnsucht nach der völkischen Gemeinschaft sowie Kraft durch Freude waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese sind den Rattenfängern der Seele und den Anästhesisten der Anständigkeit sowie Menschlichkeit auf den Leim gegangen! Ich hoffe für Sie, daß Sie nicht auch jene sind, die - gutgläubige Wegbereiter -, für ein System einer hierarchischen Führergesellschaft und eines Kadavergehorsams werden, das wir abgrundtief ablehnen! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Heldemarie Unterreiner: Was reden Sie bloß für einen Unsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von einer Basisdemokratie, die manipulierte Wesen als Mittel für ihre einsamen Machtziele hat! (StR Lothar Gintersdorfer: Herr Pfeiffer, bitten)

Sie können sich erregen, soviel Sie wollen! Das werden Sie sich auch einmal anhören müssen! Wir müssen uns seit fünf Jahren Ihren Populismus anhören! (Abg Ing Peter Westenthaler: Sind wir hier im Kabarett?) Sie werden sich einmal anhören, was wir daran zu kritisieren haben! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage es noch einmal (StR Lothar Gintersdorfer: Amen!), da ich die meisten von Ihnen als integre Menschen beurteile und auch als solche kenne. Ich hoffe, daß Sie den Weg Ihres politischen Führers, der gesäumt ist von den politischen Leichen seiner Förderer, Kameraden und Wegbegleiter, nicht gehen werden! Sie sollten sich Sorgen darüber machen (StR Lothar Gintersdorfer: Um Sie machen wir uns Sorgen!), ob Sie nicht sehr bald auch dazu zählen, indem Sie sich als Moderatoren der populistischen Obstruktion hergeben! In diesem Sinne machen Sie sich auch zum Werkzeug dieses konfrontativen Populismusses!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sagen Sie uns doch Ihre Vorschläge! Sagen Sie uns, wie Sie es besser machen würden! Das können Sie in Wirklichkeit nicht, weil Sie gar keine Ahnung über die Probleme haben! Sie können tatsächlich immer nur das, was die Menschen, welche die politische Verantwortung haben, erarbeiten, immer nur mit einer oberflächlichen Art und Weise kritisieren! Aber Ihre Vorschläge habe ich noch nicht gehört!

Wie werden Sie denn zum Beispiel die Krankenkassen finanzieren? Womit? Können Sie das hier sagen? Ich möchte, daß im Zuge dieser Diskussion einer von Ihnen herauskommt und einmal einen diesbezüglichen Vorschlag macht, aber soweit geht es offensichtlich nicht. Das können Sie nicht! (Abg Ing Peter Westenthaler: Sie haben nicht einmal aufgeschrien!)

Die moderaten Erhöhungen, die notwendig sind, machen uns auch keine Freude. Selbstverständlich nicht. Wer belastet schon gern andere? Das tut kein Mensch gern. Wieso ausgerechnet wir? Sind wir die Ausgeburt des Bösen oder sonst irgend etwas ähnliches?

Es ist das Diktat der leeren Kassen. (Abg Mag Heidi Marie Unterreiner: Warum sind die Kassen denn leer?) Es ist das Diktat dessen, was es einfach notwendig macht, daß wir geringfügige Anpassungen durchsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben diese geringfügige Anpassungen auch weitestgehend im Sinne der ÖVP erreicht. Wir haben dies nicht im Wege der Beitragserhöhung, nicht im Wege der Erhöhung der Beitragsgrundlagen erreicht, sondern im Wege dessen, daß derjenige, der tatsächlich Mehrkosten verursacht, auch ein wenig dazu beiträgt. Das sind nun einmal - das muß man ganz klar sagen - jene Menschen, die mehr vom Gesundheitswesen brauchen. (Abg Dr Rüdiger Stix: Sie meinen, die 50 S sind Ihr Verdienst?)

Selbstverständlich! Ich frage Sie, warum um Gottes willen diejenigen, die im ASVG sind, nicht wie bisher schon die Bauern, die Freiberufler, die Selbständigen, die Beamten und wie die Bediensteten der Gemeinde Wien ebenfalls etwas beitragen sollen. Und das sind eben die 50 S pro Krankenschein.

Ich glaube, das ist tatsächlich auch insofern ausgewogen, weil es so ist, daß Pensionisten, Kinder und auch Leute mit geringem Einkommen - die Grenze beträgt 7 800 S, was selbstverständlich sehr gering ist - davon ausgenommen sind. Also sozial ist das Ganze nicht unausgewogen. Das muß man in diesem Fall auch noch sagen.

Es wundert mich - und das muß ich in diesem Fall auch noch sagen - daß hier der ÖGB und sozusagen wegen des Wahlkampfauftrags auch der Herr Bgm Häupl auf diesen Zug mit Billigargumenten aufspringen, wie ich sie heute von Bgm Häupl gehört habe, daß er sagt, "die Selbständigen sollen einmal die Schulden bei der Krankenkasse zahlen".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, woher kommen denn diese Schulden? - Weil sie schon jetzt überlastet sind, weil viele Betriebe schon jetzt nicht mehr können und weil sie eben etwas schuldig bleiben müssen. (Aufregung bei der SPÖ.)

Ich frage Sie, zahlt der "Konsum"? Hat der "Konsum" keine Schulden bei der Sozialversicherung?

Sie brauchen überhaupt niemandem die Stange zu halten! Denken Sie bitte nach, bevor sie hier irgendwelches Murrgeräusch von sich geben! (Beifall bei der

ÖVP.)

Ich habe schon gesagt, wenn alle Pfuscher ihre Sozialbeiträge zahlen würden, könnte man vielleicht so reden. Das wäre ausgewogen.

Beides ist unrecht. Beides ist nicht gut. Nur möchte ich gern wissen, was moralisch mehr zu qualifizieren ist, daß eine Firma einfach nicht mehr kann oder daß jemand das Sozialsystem - Über das wir heute diskutieren - ausnützend noch pfuschen geht. Ich möchte Sie fragen, wem Sie die Stange halten und welche Moral Sie hochhalten.

Ich möchte auch noch sagen, daß uns der Herr Vranitzky angelogen hat. Ich sage es bewußt im Sinne des Wortes, denn er mußte schließlich wissen, was auf diesen Staat zukommt. Unserem Dr Schüssel war es belassen, darauf aufmerksam zu machen. (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber nicht rechtzeitig!)

Natürlich rechtzeitig! Wer hat denn die ganze Geschichte diagnostiziert und sie in die Öffentlichkeit getragen? Waren Sie das? War das der Herr Vranitzky? (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Das war der Pfeiffert!) Nein! In Wahrheit waren wir diejenigen, welche diese undankbare staatstragende Rolle übernommen haben! (Abg Dr Rüdiger Stix: Vor zehn Jahren!) Wir werden sie im Sinne Österreichs auch weiterhin übernehmen, egal ob es Ihnen das paßt! (Abg Dr Rüdiger Stix: Vor zehn Jahren!)

Wenn Sie schreien wollen, lieber Herr Dr Stix, ist mir das völlig egal! (Abg Dr Rüdiger Stix: Vor zehn Jahren, Herr Kolleg!) Was Sie auch immer darüber wissen, ich habe heute nicht im Sinn, Ihnen alles bis ins Detail die letzten zehn Jahre zurück zu erklären! Hätten wir damals nicht die Regierung übernommen, wäre der Staat heute schon pleite! Das muß ich Ihnen auch sagen! (Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit und Aufregung bei der FPÖ.)

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten wir zusammen, halten zu unserem Koalitionspartner und wollen versuchen, mit ihm gemeinsam die sozialen Errungenschaften, welche dieses Land hat - Ideen, für die oft auch die ÖVP in vorderster Reihe gestanden ist - aufrechtzuerhalten. Dafür werden wir kämpfen! Und dafür wird Ihr Haß, Mißgunst und Neid erzeugendes Gerede keine Grundlage bilden! Wir lehnen diese Haltung maximal ab! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz. Ich erteile es ihm. (Abg Dr Oskar Wawra: Er tut sich schon schwer! - Abg Mag Franz Karl: Er geht schon wie ein alter Mann! Aber seien wir nicht unbarmherzig!)

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe mir eigentlich gedacht, daß die Sozialdemokraten dieses Paket im wesentlichen tragen. Auch in der Öffentlichkeit - das darf ich schon festhalten - ist der Eindruck entstanden,

daß die sozialistische Koalitionsregierung, im wesentlichen aber die Sozialdemokraten, diesen Sozialabbau betreiben. Es ist mir neu, Kollege Pfeiffer, daß Sie das total in Anspruch nehmen. Aber es ist mir auch recht.

Ich glaube, es hat überhaupt keinen Sinn, sich hier zu erregen. Es geht darum, daß in weiten Bereichen des Sozialwesens unseres Staates und auch der Stadt Wien eine Wirtschaft dazu geführt hat, daß es heute notwendig ist, die sozial Schwächeren zu belasten.

Wir Freiheitlichen meinen eben, daß es zu einer sinnvollen Reorganisation bei den Krankenversicherungsanstalten kommen sollte. Wir sind der festen Überzeugung, daß 28 Sozialversicherungsanstalten - alle bestückt mit einem Präsidenten oder einem Direktor, einem stellvertretenden Direktor und so weiter - unglaublich hohe Kosten nach sich ziehen. (Abg Dkfm Robert Hotter: Und wie hoch sind Ihrer Meinung nach die Kosten?) Milliarden sind das!

Ich weiß, Kollege Pfeiffer, dieses System ist problematisch. Aber ich werde es Ihnen erklären. Nur fürchte ich nach Ihrer Rede - die ich soeben gehört habe (Abg Gerhard Pfeiffer: Quoti se auton! Fürchtet Euch nicht!) - , daß es Ihnen weniger darum geht, ein Schlankerwerden des Gesundheitsapparats zu haben, sondern vielmehr darum, Ihre Positionen dort zu halten. (Abg Gerhard Pfeiffer: Fürchten Sie sich nicht!)

Ich will Ihnen aber Ihre Direktoren, die Sie dort haben, nicht wegnehmen. Ich sage nur, wahrscheinlich wäre es gescheiter, man würde den einen oder anderen - auch Ihrer Direktoren - einsparen. Der Wiener Bürgermeister und viele andere Sozialdemokraten sehen das auch so und kämpfen gar nicht so sehr um diese Positionen, wie Sie es jetzt machen. Das hat mich sogar ein bißchen überrascht. (Abg Mag Franz Karl: Davon war überhaupt keine Rede! Es war von Ihrer Polemik die Rede!)

Ich weiß schon, immer, wenn man irgend jemandem etwas weg nimmt, schreit er besonders laut. Aber ich will Ihnen, Kollege Pfeiffer, an sich grundsätzlich nichts wegnehmen. Aufgestellt sind Sie - wie ich höre - sowieso schon auf einem sicheren Platz in der ÖVP-Liste. Aber ich sage, ein bißchen wird man schon darauf hinweisen müssen, daß hinter diesem Maßnahmenpaket, das wir eher dem Vranitzky und der Gruppe um ihn herum zugeordnet haben, doch die ÖVP sehr stark dahintersteht und dieses genauso will. (Abg Mag Franz Karl: Aufgrund Ihrer Rede könnte man glauben, daß Sie noch auf keinem sicheren Platz sind!)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, mir geht es darum, daß die Wiener Bevölkerung - ich habe das zuerst bereits gesagt - nicht zum Handkuss kommt.

Schauen wir uns die Wiener Gebietskrankenkasse an, meine Damen und Herren. Abgang 662 Millionen S. Wenn man sich so das laufende Jahr anschaut, so wird dieser wieder so hoch sein.

Wenn wir zum Bereich Heilbeihilfe kommen, möchte ich festhalten, daß es doch wirklich nicht so sein kann, daß Überverrechnungen mit 100, 200 oder 500

Prozent auf dem Rücken der Patienten und auf dem Rücken der Krankenkassen erfolgen, nur weil ein paar Leute ein Geschäft machen. Das kann doch auch nicht im Sinne des Kollegen Pfeiffer sein.

Daher müssen wir den Versuch der Veränderung machen.

Abschließend möchte ich sagen, wenn der Wiener Bgm Häupl das erkannt hat und sagt, wir müssen zu Änderungen kommen, und Bgm Häupl auch sagt, die Positionen, welche die Freiheitlichen einnehmen, sind die richtigen Positionen, dann soll die Sozialdemokratie das in diesem Bereich auch durchsetzen. Wir werden durchaus vorangehen. Sie folgen uns. Aber wenn sich die ÖVP davon ausschließen will, soll sie sich ausschließen und auf ihren Standpunkt beharren.

Ich mache dem Kollegen Pfeiffer überhaupt keinen Vorwurf. Ich weiß, wenn man jemandem etwas weg nimmt, schreit er besonders laut. Das ist mir klar. Daher will ich ihm - auch wenn ich kein Verständnis dafür habe - noch einmal verzeihen! (Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Franz Karl: Sie sind aber sehr großzügig!)

Präsidentin Erika Staubenbauer: Herr Abg Pfeiffer hat sich ein zweitesmal zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Abg Dr Rüdiger Stix: Bitte keine Selbstverbrennung!)

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem barmherzigen und verzeihenden Klima wird es mir nur mehr überlassen bleiben. Sie ein bißchen darüber zu informieren, worüber Sie sich schon vorher hätten informieren können, bevor Sie überrascht, erstaunt und voller Fragen dieser Welt gegenübergetreten (Abg Dr Herbert Madejski: Das ist wirklich arg!), in der es eine ÖVP gibt, die sich zu ihrem Koalitionsvertrag bekennt und auch daran mitarbeitet, daß die sozialen Leistungen abgesichert bleiben. (Abg Ing Peter Westenthaler: Noch!)

Aber es macht nichts! Offensichtlich werden Sie durch vieles überrascht, das hier passiert! (Abg Brigitte Schwarz-Klement: Nein!) Daher ist das nicht unbedingt eine große Ausnahme!

Ich darf Ihnen aber berichten, daß sämtliche Sozialversicherungsanstalten insgesamt vier Prozent Verwaltungsaufwand haben. Wenn Sie mir ein Großunternehmen - auch der privaten Industrie - zeigen, das einen geringeren Verwaltungskostenanteil hat, würde ich Ihnen gern zugestehen, daß es Ihnen gelungen ist, mich zu überraschen. Aber das werden Sie nicht finden. Vier Prozent Verwaltungskostenanteil ist wahnhaftig wenig. (Abg Dr Rüdiger Stix: Die Versicherungsanstalten produzieren im Gegensatz zur Privatindustrie nichts!)

Sie werden doch nicht glauben, daß in Hinkunft in der Grazer Gebietskrankenkasse - also in der Steiermark - oder in Kärnten, Vorarlberg oder Wien kein Direktor mehr säße, wenn alle in einer Großkrankenkasse vereinigt wären. (Abg Dr Wilfried Serles: Aber

es gäbe viel weniger! Wissen Sie, was Sie dann noch haben? Einen Generaldirektor über das Ganze. Je mehr verschiedene Ebenen Sie zusammenführen, desto höher wird die Hierarchie, nicht desto flacher. Das ist der Sinn dieses Systems.

Es gibt eine Studie - das wird Sie überraschen -, und zwar die Häusermann-Studie, die das Ganze genau untersucht und gesagt hat, bis auf wenige Möglichkeiten der Zusammenlegung von Betriebskrankenkassen et cetera mehr gibt es allein im Verwaltungsbereich keine tatsächlich effizienten Einsparungsmöglichkeiten.

Also schminken Sie sich Ihr Argument ab! Sie können es natürlich - wie alles andere auch - in der Öffentlichkeit trommeln, aber stimmen tut es nicht! (Abg Dr Wilfried Serles: Aber der Schüssel will das doch auch!) Mir ist es egal, trommeln Sie das Falschel! Es würde mich überraschen, wenn Sie das Richtige trommeln würden!

Ich darf Ihnen aber noch etwas anderes sagen. Zusätzlich sind die beiden Parteien am Dienstag übereingekommen, das Maßnahmenpaket und dessen Einsparungen noch voranzutreiben. In Summe gesehen gibt es drei Kapitel a zweimal Ausgabenminderungen in diesem Bereich.

Einsparungen durch Verhandlungen mit Vertragspartnern sind darunter, Großhandelsspannen bei Medikamenten, laufende Preissenkungen bei Medikamenten betragen 500 Millionen S und 200 Millionen S, restriktive Tarifpolitik mit Vertragsärzten bei noch offenen Verträgen 200 Millionen S, Einfrieren der Tarife bei Bandagisten auf dem Niveau 1995 - das müssen Sie denen erst erklären, wie man Tarife einfriert, dabei haben auch wir über unseren Schatten springen müssen - 50 Millionen S. Das macht in Summe 950 Millionen S aus.

Maßnahmen der Krankenversicherungsträger wie Reduzierung der Bezugsdauer des Krankenkassengeldbezugs - das haben wir sowieso erwähnt - sind in diesem Paket enthalten. Die Verwaltungseinsparungen betragen dann 80 Millionen S. Sie sehen schon, daß wirklich alles Mögliche schon herausgepreßt ist. In Summe ergeben sich 85 Millionen S.

Gesetzliche Maßnahmen wie Reduzierung beziehungsweise Wegfall der zusätzlichen KRAZAF-Überweisung von 1 250 000 000 S. Da ist der Anteil davon 950 Millionen S.

Kostenbeteiligung bei Kur und Rehabilitation: 75 Millionen S.

Beitragspflicht für dienstnehmerähnliche Werkverträge und freie Dienstverträge: 130 Millionen S. (Abg Dr Wilfried Serles: Das ist der größte Schwachsinn, den ich je gehört habe!)

Was Sie als Schwachsinn oder als Starksinn empfinden, bleibt sicherlich Ihrer persönlichen Beurteilung überlassen.

In Summe sind es 2 190 000 000 S. (Abg Rudolf Stark: Das ist doch wirklich Schwachsinn!)

Bitte halten Sie sich dahin gehend ein wenig zurück, weil auf der anderen Seite wiederum jene Belastungen stehen, die Sie gerade so furchtbar kritisiert haben. Auf der anderen Seite stehen natürlich die Krankenscheingebühr, die Erhöhung der Rezeptgebühr und die Erhöhung des Pensionsbeitrags um 0,25 Prozent. (Abg Dr Herbert Madejski: Sie verteidigen das noch mit der SPÖ! Das verstehe ich überhaupt nicht!)

Es sind also Dinge im Einsparungsbereich zu sehen, die klarmachen, daß alle Federn haben lassen müssen. (Abg Dr Herbert Madejski: Warum?)

Sie werden sich natürlich für die Selbständigen aufregen, weil diese Federn haben lassen müssen! Sie werden sich aber auch für die Unselbständigen aufregen, weil diese Federn haben lassen müssen! (Abg Dr Herbert Madejski: Aber Sie sind in der Regierung! Das sind Ihre Federn!) Ich muß sagen, das ist keine besonders integre Vorgangsweise! Aber es macht nichts! Wir sind es von Ihnen schließlich gewöhnt! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über eine Änderung der Grenzen zwischen 6., 7. und 15. Bezirk.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsf StR Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Johann Hatzl: Frau Präsidentin Hohes Haus!

Die Zustimmung wird beantragt.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Frau Präsidentin Mitglied der Landesregierung! Meine Damen und Herren!

Ich kann es kurz machen. Das Gesetz zu den Grenzänderungen ist verwaltungstechnisch durchaus vernünftig. (Allgemeine Unruhe im Saal.)

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich bitte um ein bißchen Konzentration für den Redner.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ, fortfahrend): Verwaltungstechnisch macht das Gesetz durchaus Sinn. Es läßt aber leider Gottes die wahren Probleme der Bezirke unberührt.

Ich bitte nur um 30 Sekunden Aufmerksamkeit.

Wir haben im 7. Bezirk - Wien-Neubau -, der jetzt um den Europaplatz erweitert wird, 20 000 Arbeitsplätze verloren, wir haben zehnmal so viel Haschisch wie am Karlsplatz, wir haben inzwischen mehr Heroin als am Karlsplatz und bekommen durch diesen Europaplatz jetzt einen Umschlagort dazu, der den Karlsplatz wahrscheinlich noch in den Schatten stellt.

Ich bitte daher um Verständnis und appelliere von hier aus für alle betroffenen Bezirke - aber insbesondere für meinen Bezirk Wien-Neubau -, die Bezirke nicht allein zu lassen und auf die realen beziehungsweise wahren Probleme der Wiener und Wienerinnen einzugehen! - Dankel (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher die Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 9. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abg Effenberg. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Franz-Karl Effenberg: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren!

Es liegt das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz mit der am 23. September 1993 abgeschlossenen Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft und entsprechenden Mindeststandards vor.

Wir sind verpflichtet, bis spätestens September des heurigen Jahres hier entsprechend zu reagieren.

In diesem Zusammenhang haben wir eine mehrstu-

fige Vorgangsweise gewählt. In der nächsten Legislaturperiode wird noch ein Nachschlag - um es so auszudrücken - vorzunehmen sein.

Wir haben heute die entsprechende Beschußfassung zu tätigen, wobei ich als Besonderheit hervorheben darf, daß in dieser Novelle das Verbot über die erwerbsmäßige Haltung von Pelztieren - es ist dann im Detail angeführt, um welche Tiere es sich handelt - zur Gewinnung von Fleisch oder sonstigen tierischen Produkten enthalten ist.

Ich ersuche um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Weber. Ich erteile es ihr.

Abg Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren!

Wie Herr Kollege Effenberg bereits erwähnt hat, ist das einzig Positive an dieser Novellierung das Verbot der Pelztierhaltung. Alles andere werden wir leider ablehnen müssen.

Die veterinärmedizinischen Eingriffe bei Tieren, die in Punkt 1 erwähnt sind, wurden in bezug auf die Vorlage abgeschwächt. Hier steht nur, daß per Verordnung ein Verbot erteilt werden kann. De facto ist in diesem Zusammenhang sogar das niederösterreichische Tierschutzgesetz besser, denn hier gehört eigentlich alles verboten, was nicht ausschließlich der Gesundung von Tieren dient.

Die Durchführungsverordnung wegen der Übergangsfristen, Käfighaltungen und Tierhaltung in der Landwirtschaft haben wir schon sehr lange, sehr oft und sehr ausführlich diskutiert. Sie haben noch immer nicht den Mut gefunden, ein entsprechendes Gesetz in Wien im Alleingang durchzuführen, das dann beispielgebend in den anderen Ländern vielleicht nachgeahmt werden könnte.

Soweit ich informiert bin, macht Tirol ein vorzügliches Gesetz. Sie haben diese Chance wegen 40 Hühnern in Wien, die eventuell in einem Käfig sitzen, verpaßt. Sie wagen es nicht - wie Sie es bei der Pelztierhaltung endlich gemacht haben - auch diese Käfighaltung und die grausamen Tierhaltungsmethoden, die weiterhin durchgeführt werden können, zu verbieten.

Es hilft also nichts, wenn die Übergangsfristen von zehn auf fünf Jahre reduziert werden und ähnliches mehr.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir haben diesbezüglich schon sehr viel und sehr ausführlich diskutiert. Wir haben diesbezüglich auch viele schriftliche Unterlagen verteilt.

Es ist wirklich traurig, daß es in Wien nicht gelungen ist, den Weg der Vernunft zu gehen, noch dazu wo Sie überhaupt keinen Widerstand aus landwirt-

schaftlichen Betrieben zu erwarten haben.

Das dritte sind die zeitlich beschränkten Hundezonen. Damit können wir uns eigentlich auch nicht abfinden, weil es unvorstellbar ist, daß eine Hundezone am Vormittag eine Hundezone und am Nachmittag eventuell ein Kinderspielplatz ist. Mit solchen Dingen sollte man Gesetzeswerke nicht befassen. Entweder haben wir Hundeauslaufzonen, die eben für die Hunde sind, oder wir haben Kinderspielplätze, die eben für die Kinder sind, und damit hat es sich.

Wie gesagt ist es positiv, daß Pelztierhaltung in Wien - eine lange Forderung der GRÜNEN - endlich verboten ist. Alles andere ist hingegen negativ.

Darüber hinaus verhandeln wir schon seit längerem - ich glaube, über drei Jahre - über die gesamte Wildtierhaltung und Manegenhaltung bei Zirkussen. Diesbezüglich ist es Ihnen leider auch nicht gelungen, das noch rechtzeitig zu verabschieden.

Ich bin der Meinung, wenn man den Tierschutz und die Tierhaltung ernst nimmt, hätte man genug Zeit gehabt, ein Gesetz den Tieransprüchen gerecht zu novellieren. Die Haltung von Nutztieren betrifft schließlich auch unsere Gesundheit, weil das Fleisch, das wir dann von diesen Tieren essen, sehr ungesund ist, wenn wir diese Maßnahmen - von Spaltböden angefangen bis zur Kastenhaltung und ähnliches mehr - nicht endlich einstellen.

Wir verlangen eine getrennte Abstimmung der Punkte, welche die Pelztierhaltung betreffen! Der Rest wird von uns abgelehnt! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Karl. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Gesetzesentwurf befaßt sich im wesentlichen mit drei Punkten: erstens mit den Tierversuchen, zweitens mit der Pelztierhaltung und drittens mit den temporären Hundezonen.

Lassen Sie mich zuerst zu den Tierversuchen etwas sagen. Ich darf Ihnen hier - das ist vielleicht ganz interessant - aus den "Salzburger Nachrichten" kurz zitieren: "In Österreich wurden 1995 Versuchstiere um zehn Prozent weniger eingesetzt als im Jahr davor. Gegenüber 1991 sei sogar eine Halbierung der Zahl der verwendeten Tiere zu verzeichnen. Die Reduktionen werden auf die Verbesserung der wissenschaftlichen Methoden und auf die restriktive Haltung der Behörden bei der Zulassung von Tierversuchen zurückgeführt.

Die Verbesserung der wissenschaftlichen Methoden und der Ersatz von Versuchstieren durch andere Methoden wird als einer der Hauptgründe für die rückläufige Entwicklung bei den Versuchstierzahlen angesehen." - Diese sind dann noch detailliert angegeben.

"Die Ausschöpfung von alternativen Methoden wurde auch beim restriktiven Genehmigungsverfahren von Tierversuchen durch die Behörde geprüft" - heißt

es in der Aussendung -, schließlich hat auch die Ausschreibung von Staatspreisen oder Forschungsvorhaben zur Ausbreitung solcher Ersatzmethoden und ein erhöhtes Verantwortungsbewußtsein zu dieser Entwicklung beigetragen."

Ich begrüße das sehr und möchte deutlich sagen, unsere Haltung ist ganz klar: So wenig Tierversuche wie möglich, so viele Tierversuche wie nötig.

Ich glaube nicht - zumindest nicht kurzfristig - , daß man Tierversuche insgesamt wird abschaffen können. Ich bin strikt gegen Tierversuche, wenn sie etwa dazu dienen, Kosmetika zu entwickeln. Ich halte aber Tierversuche, wenn es um wichtige Medikamente und Tests dazu geht, ganz einfach für unerlässlich. Bei aller Tierliebe und bei allem Tierschutz geht der Mensch noch vor dem Tier.

Es würde dann zum Schluß noch zu Menschenversuchen kommen. Da sind mir Tierversuche noch immer lieber, meine Damen und Herren!

Das ist unsere Haltung. Daher begrüßen wir diesen Teil der Novellierung durchaus.

Der zweite Punkt ist, daß die erwerbsmäßige Pelztierzucht verboten wird.

Diesbezüglich war das Land Oberösterreich vorbildlicher Vorreiter. Ihnen ist sicherlich bekannt, welche politische Mehrheit das Land Oberösterreich hat. Wir können hier nur stolz sagen, dafür sind wir auch.

Meine Damen und Herren, ich komme nun - nach den zwei ernsten Punkten - ein bißchen zum Kabarett, wobei Sie mich aber kennen und wissen, daß ich die Hundehaltung in der Großstadt für ein durchaus ernstes Problem halte.

Aber bevor ich noch dazu komme, möchte ich, weil das im Zusammenhang steht, ein Wort - alles andere hat dankenswerterweise der Kollege Tschirf gemacht - zur Frau Präsidentin Stubenvoll sagen:

Der Vergleich der Hundekommission mit der Behindertenkommission hinkt schon ein bißchen. (Abg Ingrid Smejkal: Wieso?) Denn dem Vorsitzenden der Hundekommission stand die geballte Macht der Sozialdemokraten gegenüber, während für die Vorsitzende der Behindertenkommission die geballte Macht der Sozialdemokraten im Rücken stehen sollte. (Abg Ilse Forster: Also, bitte!) Es ist also schon ein kleiner Unterschied zwischen diesen zwei Kommissionen. (Abg Ingrid Smejkal: Sie haben gesagt, das ist ein Kabarett! Ist das jetzt eine kabarettistische Einlage?) So viel zum heutigen Vormittag.

Ich darf jetzt grundsätzlich auf die Punkte 3 und 4, die den § 13b Abs. 1 und 2 betreffen, eingehen und auch gleich die getrennte Abstimmung verlangen.

Wir werden dem Gesetz insgesamt natürlich zustimmen. Es ist an sich auch kein Malheur, was jetzt in diesem Kabarett passiert, aber ich möchte doch sagen, daß wir in erster Lesung nicht zustimmen werden, weil wir so etwas ganz einfach für überflüssig halten.

Es ist schon gesagt worden, aber ich möchte das vielleicht noch ein bißchen ausführen: Ich sehe schon

einen Park mit einer schönen Wiesenfläche vor mir. Von 6.00 Uhr bis 9.30 Uhr ist das eine Hundezone, von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr ein Kleinkinderspielplatz, von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr Ruheplatz - weil die Mittagsruhe gehalten werden soll -, von 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr Jugendspielplatz - eventuell auch mit Fußball - und von 17.30 Uhr bis 20.00 Uhr erholen sich dort die Senioren. Später - vielleicht unerlaubt in der Nacht - könnte man ihn noch für Liebespaare verwenden.

Und das alles auf einem Platz, der wahrscheinlich aufgrund der Hundezone - entschuldigen Sie, wenn ich das so sage - zugeschissen ist. (StR Lothar Gintersdorfer: *Welch Ausdruck!*) Ich zitiere nur Handke und andere hohen Literaten. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Die Freiheitlichen sind von deiner Bildung ganz überrascht!*)

Ich bin über diesen Passus sehr erstaunt. Ich konnte noch recherchieren, wie das ins Gesetz gekommen ist. Es haben ein paar Bürger - ich weiß nicht, wie viele es waren - einen Brief geschrieben - ich weiß auch nicht, wohin - und diesen Vorschlag gemacht. Und wunderbarerweise steht dieser nun im Gesetz.

Die Hundekommission hat zahlreiche Vorschläge gemacht, aber niemand hat sich die Mühe genommen, ein Gesetz oder auch nur eine Verordnung daraus zu machen. Ich sehe darin ein gewisses Ungleichgewicht.

Meine Damen und Herren, wenn ich schon dabei bin, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu der von der Hundekommission vorgeschlagenen Hundeprüfung und der damit verbunden Erlassung der Hundesteuer beziehungsweise Hundeabgabe - wie es richtig heißt - für ein Jahr sagen.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich hat die Hundekommission dies vorgeschlagen. Aber was ist daraus geworden? - Eine Vorlage, wo die Stadt Wien auf vier Seiten eine Hundeprüfung kreiert.

Ich lese Ihnen nur einen Punkt vor, der mit 20 Punkten bewertet ist:

"Auf Anweisung des Prüfers befestigt der Hundeführer seinen Hund mit der Führerleine an einem Zaun, Mauerring oder dergleichen. Der Hundeführer begibt sich außer Sicht.

Nachdem der Hundeführer zirka eine Minute abwesend ist, geht ein Passant in einer seitlichen Entfernung von zirka fünf Schritten am Prüfungshund vorbei.

Nach zirka einer weiteren Minute geht ein Passant mit einem angeleinten und sich ruhig verhaltenden Hund in einer seitlichen Entfernung von fünf Schritten am Prüfungshund vorbei.

Der alleingelassene Hund muß sich ruhig verhalten, ohne stark zu zerren und andauernd zu bellen. Der Hund darf liegen, sitzen oder stehen.

Nach fünf Minuten erscheint der Hundeführer wieder und holt seinen Hund ab."

Das wird mit 20 Punkten bewertet. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Es wäre besser, mit einer Knackwurst!*)

Aber das wäre noch gar nichts, denn dafür gibt es jetzt einen stadtlich vereidigten Sachverständigen für Hundeprüfungen. (Abg Ingrid Smejkal: *Stattlich mit*

"it"?) Nein! Stadtlich meine ich, mit "dt", von Stadt. Vielleicht habe ich es schlecht artikuliert. Danke, Frau Präsidentin Smejkal.

Nachdem mich der "Falter" wieder einmal zum Herro ernannt hat, würde ich gern einen Namen als Spende weitergeben. "Dogman" sollte man diesen Mann nennen, der mit folgendem § 5 Abs. 7 kreiert wird:

"Zur Abnahme der in der Anlage angeführten Hundeprüfung hat der Magistrat Sachverständige zu bestellen.

Zu Sachverständigen dürfen nur Personen bestellt werden, die eine Ausbildung zur Befähigung der Abnahme der in der Anlage angeführten Hundeprüfung nachweisen können.

Ein Verzeichnis der Sachverständigen ist bei der Behörde zur allgemeinen Einsicht aufzulegen.

Die Bestellung erfolgt durch Bescheid" - weil ein Bescheid ist etwas Wichtiges - " und gilt jeweils für ein Kalenderjahr."

Dazu kann ich nur sagen: Sankt Bürokratius, schau obal Wenn das nicht die Bürokratisierung zur zehnten Potenz ist, dann weiß ich nicht was!

Meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren Stadträte, wissen Sie nicht, daß es Verbände - Kynologenverbände und andere Verbände - gibt, wo es auf einer privaten Basis - furchtbar zu sagen - auch ordnungsgemäß Prüfungen gibt? Diese hätte man doch ganz einfach nehmen können!

Meine Damen und Herren. Ich komme zum Schluß und bitte - wie bereits gesagt - um die getrennte Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Das alles hat mich jetzt endgültig dazu veranlaßt - ich darf Ihnen dies offiziell mitteilen und Ihnen auch empfehlen, sich ein Vorkaufsrecht zu sichern -, ein Buch zu schreiben. Es wird sicher ein Bestseller - "Wie ich auf den Hund gekommen bin - meine Erlebnisse als Vorsitzender der Hundekommission." Ich glaube, Sie werden sich damit gut unterhalten! (Beifall bei der ÖVP. - StR Mag Christoph Chorherr: *Haben Sie schon einen Verlag?*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schöfnagel. Ich erteile es ihr.

Abg Barbara Schöfnagel (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Wir haben in den letzten Jahren schon öfters über die Tierproblematik und den Tierschutz gesprochen. Es hat - vor allem bei der Massentierhaltung und der Art. 15a-Vereinbarung - heftige Debatten gegeben.

Das, was heute geschieht, ist ein weiterer Schritt - wie wir meinen - in die richtige Richtung. Man paßt sich dem an, was die Menschen schön langsam mehr ins Bewußtsein bekommen, nämlich daß der Tierschutz etwas Selbstverständliches sein müßte.

Wir sind der Meinung, daß wir diesem Gesetz, das heute vorliegt und einige Punkte beinhaltet - auch wenn es nur kleine Schritte sind -, zustimmen werden.

Es gibt einen wesentlichen Punkt - das ist die Haltung der Pelztiere -, bei dem uneingeschränkt das Ein-

verständnis von allen vorhanden ist, daß das nicht mehr stattfinden darf.

Die anderen Punkte sind zum Teil vorher schon kariert - würde ich sagen - beziehungsweise dargestellt worden. Ich muß die Sache mit dem Auslauf der Hunde nicht noch einmal sagen. Was da geschehen ist, finde ich völlig lächerlich und absurd. Aber es tut niemandem sonderlich weh, denn ich bin davon überzeugt - und wir haben auch darüber gesprochen -, daß wahrscheinlich überhaupt nichts geschehen wird.

Dieser Paragraph wird zwar im Gesetz stehen, aber es wird nirgends stehen, wann die Hunde dann dort ihr Geschäft verrichten dürfen. Das ist irgendwie lächerlich! (Abg Mag Franz Karl: Es wird totes Recht sein, Kollegin Schöfnagel) Ja, totes Recht! Es ist zwar schön ausgedrückt worden, aber es tut uns nicht weh. Deswegen stimmen wir auch zu.

Das heißt - ich fasse zusammen -, zur Änderung dieses Tierschutzgesetzes können wir ja sagen, auch wenn es teilweise lächerlich und in einem Punkt vor allem nicht ausreichend ist. Wir sind aber der Meinung, es ist besser, wenn ein Teil zum Gesetz wird, wo wir dafür sind, als wenn gar nichts geschieht.

Daß die Problematik der Zirkustierhaltung noch nicht enthalten ist, macht uns zwar traurig, aber wir sind der Meinung, daß es besser ist, über diese Problematik intensiv zu verhandeln und alle diesbezüglichen Vorschläge einzubeziehen.

Die Wiener Umweltanwaltschaft hat diesbezüglich eine Arbeitsgruppe geschaffen, die das ganz intensiv mit Fachleuten berät. Ich hoffe und wünsche mir sehr, daß hier möglichst bald Vorschläge am Tisch liegen, damit wir dann das Gesetz im Zusammenhang mit der Zirkustierhaltung entsprechend verbessern können.

Das heißt, wir sehen in dem heutigen Beschuß zwar eine langsame, aber ständige Verbesserung der Gesetzeslage zum Wohle der Tiere und auch zum reibungslosen Zusammenleben zwischen Mensch und Tier. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Staubenbauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und bitte den Herrn Berichterstatter um das Schlußwort.

Berichterstatter Abg Franz-Karl Effenberg: Frau Präsidentin Geschätzte Kolleginnen! Geschätzte Kollegen!

Es gibt teilweise Kritik, die sicherlich zu beantworten ist. Ich erlaube mir aber zu bemerken - und das kam auch bei den Diskussionsbeiträgen teilweise zum Vorschein -, daß wir - wenn ich das so sagen darf - in Wien doch den richtigen Weg gehen, die Dinge wirklich gut aufbereiten, ausdiskutieren und uns eben stufenweise an Lösungen herantasten.

Ich glaube, dies ist ein gutes Gesetz.

Zur Kollegin Weber darf ich bemerken, daß die Gesetzesänderung, welche wir nun vornehmen, uns die Möglichkeit gibt, die Abschaffung der Käfighaltung von Hühnern auf Wiener Boden - soweit es sie gibt - durchzuführen. Ich glaube, das sollte man auch mit

aller Deutlichkeit sagen, zurnal sich die Abg Weber über diese Dinge etwas echauffiert gezeigt hat.

Über die Hundezonen kann man natürlich geteilter Meinung sein. Man hat aus der Diskussion herausgehört, daß das eher als lustig empfunden wird. Ich glaube, man sollte sich das Ganze tatsächlich in der Praxis ansehen, um zu wissen, wie durchführbar es erscheint.

Es hat niemand gesagt, daß die Hundezonen, die von Gesetzes wegen temporär eingerichtet werden können, auch tatsächlich Hundeklos sein müssen. Es können schließlich auch Auslaufzonen sein.

Nachdem Kollege Karl natürlich einmal mehr seine Hundekommission und die daraus entstandenen Dinge angesprochen hat, erlaube ich mir zu bemerken, daß es im Zusammenhang mit der Prüfung von Hundehaltern und Hundehalterinnen vielleicht Zwischenstufen geben sollte.

Den meisten hier im Saale Anwesenden wird es - so sie nicht selbst Hundehalter sind - möglicherweise fremd sein, welche Prüfungsstrukturen es für Hunde respektive Hundehalter - natürlich für die Hunde - in diesem Zusammenhang eigentlich gibt, weil sie eben verschiedene Kunststücke machen müssen. Das beginnt mit der Gebrauchshundeprüfung - die ich für diese Fälle nicht unbedingt brauche - und geht von der SCHH I bis zur SCHH III, also Schutzhundeprüfung I bis III. Die SCHH I brauche ich zum Beispiel zumindest für Ausstellungen und ähnliches mehr.

Damit sind wir schon bei der weiteren Fortsetzung jenes Teils des Gesetzes - Mitwirkung von Tieren bei Veranstaltungen -, das wir in der neuen Legislaturperiode beschließen werden. Hierzu wird sehr konkret mit den Fachleuten und mit den Experten diskutiert. Es gibt auch eine derartige Arbeitsgruppe - Kollegin Schöfnagel hat sie bereits angesprochen -, bei der unter anderem auch der derzeitige Direktor des Tiergartens Schönbrunn mitwirkt.

Wenn man sich diesbezüglich gewisse Dinge ansieht, kann ich nur sagen, daß schon Anträge eingebracht worden sind, die mir aber zum damaligen Zeitpunkt ein bißchen schluderig vorgekommen sind, weil man sich der Tragweite dieser Dinge in Wahrheit gar nicht bewußt gewesen ist.

Ich komme noch einmal auf die Hundeprüfungen zu sprechen. Sogar schon bei der Gebrauchshundeprüfung - wenn ich das richtig im Kopf habe - , aber jedenfalls bei der Schutzhundeprüfung, ist auch ein Schußteil beinhaltet. Wenn ich mir in der Vergangenheit dazu eingebrachte Anträge anschau, ist zu überlegen, ob so etwas aufgrund derartiger Anträge überhaupt möglich wäre.

Man muß sich jetzt genau anschauen, wie die Situation mit den Zirkustieren ausschaut und ob man Dressurreiten künftig überhaupt noch - unter welchen Bedingungen und viele andere Dinge mehr - veranstalten kann.

Wie gesagt, das wird diskutiert. Hier wird vor allem auch mit den "Vier Pfoten" und mit jenen Experten, die

wirklich entsprechendes Fachwissen haben, diskutiert. Den diesbezüglichen Beschuß werden wir in der kommenden Legislaturperiode zu fassen haben.

Ich glaube, mehr ist zur heutigen Diskussion nicht zu sagen.

Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Postnummer. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, die wir in erster Lesung getrennt vornehmen.

Ich denke, Sie kennen alle die Beilage Nummer 19, und ich darf jetzt einmal die Punkte, die voraussichtlich nicht einstimmig sind, zitieren: Das wären die Punkte 1, 2, 3 und 4.

Ich darf Ihre Zustimmung voraussetzen, daß wir das in einem abstimmen können. Oder gibt es dagegen einen Einwand? (Abg Mag Franz Karl: Ja! Zuerst 1 und 2, dann 3 und 4!) Gut!

Ich bitte jene Damen und Herren, die den beiden Punkten 1 und 2 beitreten können, um ein Zeichen mit der Hand. - Diese beiden Punkte sind mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich darf nun die Damen und Herren, die den Punkten 3 und 4 beitreten, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Auch diese Punkt sind mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5. Ich darf wieder um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Punkt 5 ist einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 6. Ich darf erneut um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Das ist mehrheitlich.

Bei Punkt 7 darf ich Sie wieder um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Das ist einstimmig.

Und für Punkt 8 darf ich noch einmal um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Dieser Punkt ist auch einstimmig angenommen.

Wir können somit die zweite Lesung vornehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, daß die von den Abgen Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Römer, Ilse-Maria Arié und Mag Helmut Kowarik eingebrachte, an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage betreffend das Krankenkassensanierungspaket vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.

Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen.

Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung dieser Anfrage.

Schriftführer Abg Johann Herzog: "Dringliche Anfrage der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz, Johann Römer, Ilse-Maria Arié, Mag Helmut Kowarik an den Herrn Landeshauptmann betreffend das Krankenkassensanierungspaket:

Die Gebarung der von SPÖ- und ÖVP-nahen Sozialpartnern beherrschten Träger der gesetzlichen Krankenversicherung hat in letzter Zeit vermehrt Anlaß zur Kritik gegeben. Dies ist deshalb umso bestürzender, weil der gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen des österreichischen Gesundheitswesens allergrößte Bedeutung zukommt.

Im Jahre 1995 hatte die Wiener Gebietskrankenkasse einen erheblichen Gebarungsabgang von 662 Millionen S zu verzeichnen. Eine Vorschau auf das laufende Jahr 1996 zeigt, daß der Abgang nahezu 637 Millionen S betragen wird.

Im Hinblick auf diese Entwicklung wird jetzt vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, den Sozialpartnern und den Funktionären der Sozialversicherungsträger als Ausweg aus der Finanzierungskrise reflexartig eine einnahmenseitige Sanierung durch eine Anhebung der Beiträge der Versicherten und eine Anhebung der Rezeptgebühr gefordert.

Auch Leistungskürzungen, wie zum Beispiel eine Verkürzung der Dauer des Krankengeldes oder Einschränkungen des Leistungsangebotes für ältere Patienten, chronisch Erkrankte, Nachbetreuungs- und Rehabilitationsbedürftige sowie die vermehrte Einführung von Selbstbehalten werden als Heilmittel angepriesen und wurden am vergangenen Dienstag im Ministerrat als Krankenkassensanierungspaket beschlossen.

Der Wiener Landeshauptmann hat zwar, wie in einer ganzen Reihe von anderen Fällen zuvor, seinen schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen mediawirksam am Montag plaziert. Seinem vordergründigen Protest wird wenig Erfolg bescheren sein, denn der Landeshauptmann hat sich in keinem der anderen Fälle, zum Beispiel der Autobahnmaut für die Wiener Stadtautobahnen oder dem Belastungspaket, durchgesetzt. Es stellte sich vielmehr heraus, daß der Wiener Landeshauptmann im Bundesvorstand seiner Partei diese Maßnahmen mitbeschlossen hat.

Unabhängig davon denkt der Landeshauptmann ebenfalls ausschließlich an neue Belastungen, ohne daß er Einsparungen in sein Sanierungskonzept einfließen läßt. Er setzt unter anderem auf eine Verdopplung der Höchtbemessungsgrundlage auf 78 000 S, wenn der zur Sanierung notwendige Betrag nicht durch Einsparungen aufgebracht werden kann. Obwohl sogar der sozialpartnerschaftliche Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ein jährliches Einsparungspotential im Gesundheitsbereich von circa 13 Milliarden S ortet und die Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven und die Optimierung der Mittel-Ziel-Relation im Zusammenhang mit der Wirksamkeit des Gesundheitssystems verlangt, ist von einem Neubeginn nichts zu bemerken und im Regierungspaket kein einziges Wort darüber zu finden.

Sowohl die in Selbstverwaltung tätigen Sozialversicherungsträger als auch der zu ihrer Aufsicht berechtigte und verpflichtete Bundesminister für Arbeit und Soziales haben es seit Jahren verabsäumt, Maßnahmen zur Kostendämpfung zu setzen. In anderen Län-

dern gewonnene wissenschaftliche Erkenntnisse der Gesundheitsökonomie wurden - zufällig oder absichtlich - in Österreich nicht angewendet und umgesetzt.

Die hausgemachte Finanzierungskrise der Krankenkassen darf jedoch nicht mit dem Griff in die Taschen der Beitragszahler und der Steuerzahler beantwortet werden.

Laut Voranschlag der Wiener Gebietskrankenkassen wurden nach vorläufiger Gebarung für das Jahr 1995 insgesamt 353 Millionen S, für 1996 367 Millionen S für Heilbehandlung budgetiert. Rechnet man dazu noch die Kosten für die Heilmittel, so betragen die Ausgaben der Gebietskrankenkasse Wien 3,5 Milliarden S.

Der Kostenanteil der Versicherten für Heilbehandlung beträgt ab Jänner 1996 10 Prozent der tariflichen Kosten. Die bei den Gebietskrankenkassen Versicherten haben aber einen Mindestbetrag von 259 S zu entrichten, wodurch bei billigeren Heilbehandlungen der 10prozentige Anteil des Patienten weit überschritten werden kann.

Vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger werden sowohl mit der Bundesinnung der Bandagisten und Orthopädiertechniker als auch mit der Bundesinnung der Orthopädischuhmacher Gesamt tarifverträge ausgehandelt. Obwohl die Verhandlungen für Arzneimittel Kostensenkungen nach sich zogen, räumt der Hauptverband der Bundesinnung für Orthopädischuhmacher zum Beispiel bei Schuheinlagen Tarifeinhebungen bis zu 100 Prozent ein.

Laut den für die Wiener, die Niederösterreichische und die Burgenländische Gebietskrankenkasse sowie die BVA und die Bauernkrankenkasse geltenden Vereinbarungen dürfen die im Tarif genannten Produkte in der Folge von Vertragspartnern (zum Beispiel Bandagisten, Orthopädiertechnikern) der Krankenkassen gegen eine von einem praktischen Arzt ausgestellte Verordnung abgegeben werden. Vom Vertragspartner wird sodann der ausgehandelte Tarif abzüglich des vom Patienten zu tragenden Selbstbehaltes (259 S beziehungsweise 10 Prozent vom Rechnungsbetrag) rückverrechnet.

Sofern solche Behelfe beziehungsweise Hilfsmittel vom Patienten ohne Verordnung beim Fachhändler gekauft werden, kann dieser mittels Verordnungsschein durch seinen praktischen Arzt bei seiner Krankenkasse um Rückvergütung seiner Kosten ansuchen. Dies aber nur dann, sofern der Fachhändler über einen gültigen Krankenkassenvertrag verfügt.

Auffallend ist, daß von den einzelnen Krankenkassen nur ganz bestimmte Firmen einen Kassenvertrag erhalten und Firmen, welche zumindest gleichwertige Produkte anbieten und deren Produkte anerkannte Prüfzeugnisse aufweisen, nicht einbezogen werden, auch wenn sie ihre Produkte wesentlich günstiger anbieten. Eine Praxis, die auch bei den Wiener Spitätern voll zutrifft.

Eine Gegenüberstellung der ausgehandelten Tarife mit den Einkaufspreisen zeigt, daß der Tarif vom Ein-

kaufspreis des Fachhändlers beziehungsweise Bandagisten exorbitant abweicht.

Die Verrechnung einer Schaumgummi-Halskrawatte zeigt beispielsweise noch die Absurdität auf, daß es einen Unterschied macht, ob der Patient mittels Verordnungsschein die Halskrawatte beim Bandagisten beziehungsweise beim Apotheker bezieht, oder ob er diese selbst kauft. Kauft der Patient die Halskrawatte direkt ohne Verordnung beim Bandagisten, so hat er hiefür 822 S zu bezahlen, wovon er nach Vorlage dieser Rechnung mittels Verordnungsschein von der Wiener Gebietskrankenkasse 511,20 S rückvergütet erhält. Kauft er diese beim Apotheker, betragen die Kosten hiefür 250,30 S.

Bemerkenswert ist auch, daß in Österreich auch Heilbehandlung ohne Prüfzeichen (Herstellung in Thailand, Pakistan, Korea) abgegeben und zum Kassentarif abgerechnet werden.

Ein weiterer Problemkreis ergibt sich aus der Zuwanderung, die durch das sogenannte Integrationspaket zu erwarten ist. Stadtrat Hatzl geht dabei von 100 000 bis 150 000 Personen aus. Ein großer Teil fällt unter den Titel Familienzusammenführung, das bedeutet Personen, die in Österreich mitversichert sein werden und auf diese Weise die Krankenkassen noch zusätzlich belasten.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales hat es bisher unterlassen, seinen gesetzlichen Auftrag zur Ausübung der Aufsicht über die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, wie es sich aus den §§ 448 ff ASVG ergibt, wahrzunehmen. Eine entsprechende aktive Ausübung des Aufsichtsrates hätte den besorgniserregenden finanziellen Zustand, insbesondere der Gebietskrankenkassen, längst zum Anlaß nehmen müssen, die offenkundige Verschwendungen und den leichtfertigen Umgang mit dem Geld der Beitragszahler abzustellen und den von den sogenannten Sozialpartnern in seltener und seltsamer Einigkeit geschützten Bereich zur Ordnung zu rufen.

Der Wiener Landeshauptmann, der über die Entscheidung der Versicherungsvertreter entscheidet und auf diese Weise mitverantwortlich für die Gestaltung der Gestaltung der Wiener Gebietskrankenkasse ist, hat bisher zur Finanzmisere dieser Institution geschwiegen. Zudem kommt dem Wiener Landeshauptmann natürlich die Letztverantwortung für die Volksgesundheit der Wiener Bevölkerung zu.

In diesem Zusammenhang stellen die gefertigten Abgeordneten zum Wiener Landtag daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 39 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgende dringliche Anfrage:

1. Welche Ursachen sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen ausgabenseitigen Ursachen für die besorgniserregende Entwicklung der Gebarung der Wiener Gebietskrankenkasse?
2. Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die tatsächliche Verkürzung der Dauer des Krankengeldbe-

zuges?

3. Warum haben Sie in Ihrer Kritik am nunmehr beschlossenen Krankenkassensanierungspaket niemals bemängelt, daß bei einzelnen Firmen aufgrund eines Überhöhten Tarifs mancher Produkte vom Patienten ein höherer Selbstbehalt verlangt wird, als der Abgabepreis nach der Apothekertaxe ausmacht?

4. Warum haben Sie in Ihrer Kritik am nunmehr beschlossenen Krankenkassensanierungspaket niemals bemängelt, daß für manche Produkte einzelner Firmen zu Lasten der Beitrags- und Steuerzahler exorbitante Handelsspannen akzeptiert werden?

5. Ist Ihnen die ARGE Orthopädie bekannt?

Wenn ja, aus welchen Personen, Firmen beziehungsweise Organisationen setzt sich die ARGE Orthopädie zusammen?

Wie sehen Sie die Rolle dieses Vereins?

6. Wie hoch beziffern Sie den für die Patienten, Beitragszahler, Steuerzahler und die Gemeinde Wien sowie die Krankenkassen durch Überhöhte Tarife entstandenen Schaden in den letzten fünf Jahren?

7. In welcher Weise werden Sie im Rahmen der Maßnahmen zur Abwehr des nunmehr beschlossenen Krankenkassensanierungspaketes dafür sorgen, daß in allen Bereichen Überhöhte Tarife abgesenkt, die Qualität sichergestellt und Insidergeschäfte beziehungsweise wettbewerbsverzerrende und der freien Marktwirtschaft widersprechende Verhältnisse abgestellt werden?

8. Welche Kosten werden Ihrer Einschätzung nach für die Krankenkassen durch die Familienzusammenführung und die damit verbundene Zuwanderung von weiteren 100 000 bis 150 000 Personen nach Wien entstehen?

9. Welche Schritte werden Sie setzen, damit die Einsparungspotentiale innerhalb der Wiener Gebietskrankenkasse tatsächlich ausgeschöpft werden?

10. In welcher Art und Weise werden Sie Ihre Ablehnung des Krankenkassensanierungspaketes politisch umsetzen?

Präsidentin Erika Stubenvoll: Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als 20 Minuten sprechen.

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Dr Pawkowicz für Begründung und Debatte das Wort. Seine Redezeit beträgt 20 Minuten.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gebarung der von SPÖ- und ÖVP-nahen Sozialpartnern beherrschten Träger der gesetzlichen Krankenversicherung ist seit Jahren negativ und in letzter Zeit hat sich, wie wir wissen, und das ist ja auch heute schon gesagt worden, diese Situation dramatisch verschlechtert. Das ist umso bestürzender, weil der gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen des gesamten österreichischen Gesundheitswesens natürlich allergrößte Bedeutung zukommt.

Wenn wir uns die Wiener Gebietskrankenkasse ansehen, dann fällt ja schon auf, daß im Jahr 1995 die Wiener Gebietskrankenkasse einen Abgang von 662 000 000 S zu verzeichnen hatte und wenn wir uns die Vorschau für das Jahr 1996 anschauen, so ist damit zu rechnen, daß der Abgang etwa 637 000 000 S betragen wird.

Die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales den Sozialpartnern und den Funktionären der Sozialversicherungsträger als Ausweg aus dieser Finanz- und Finanzierungskrise vorgeschlagenen Maßnahmen sind eigentlich nichts anderes als ein reflexartiges Hingehen zur einnahmenseitigen Sanierung, das heißt zur Anhebung der Beiträge für den Versicherten und als nächstes eine Anhebung der Rezeptgebühren.

Auch Leistungskürzungen, wie zum Beispiel eine Verkürzung der Dauer des Krankengeldes oder Einschränkungen des Leistungsangebotes für ältere Patienten, für chronisch Erkrankte, Nachbetreuungs- und Rehabilitationsbedürftige sowie vermehrte Einführung von Selbstbehalten werden da als Heilmittel angepriesen und wurden am vergangenen Dienstag im Ministerrat als Krankenkassensanierungsmodell oder Krankenkassensanierungspaket beschlossen. Ich bringe in Erinnerung, die Rezeptgebühr wird auf 42 S erhöht, für die Krankenscheine wird in Hinkunft eine Gebühr von 50 S zu entrichten sein.

Den Gipfel dieser Neubelastungen stellt aber die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten dar. Selbst ein Ausgleichszulagenbezieher wird dadurch mit 280 S pro Jahr belastet werden. Dieser Betrag ist aber für die Ärmsten und Armen bereits eine erhebliche Belastung und insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß ein durchschnittlicher Pensionist zwischen 300 und 1000 S pro Jahr zur Kasse gebeten werden wird. Das ergibt sich allein durch die 0,25prozentige Erhöhung des Kassenbeitrages, noch nicht durch die anderen Maßnahmen durch das Belastungspaket 1 und so weiter.

Das heißt, insgesamt werden hier die Pensionisten ganz massiv getroffen werden, und das wiederum ist ein eindeutiger Bruch des von Bundeskanzler Vranitzky abgegebenen Versprechens, welches er eigentlich jedem Pensionisten sogar schriftlich gegeben hat, nämlich Garant dafür zu sein, daß die Pensionen nicht angetastet werden. Ich meine, wir sollten uns hier dagegen aussprechen, und wir Freiheitlichen tun das auch.

Ich meine, dieses Krankenkassensanierungspaket ist eigentlich ungerecht. Es ist aber auch unsozial und es ist auch der Ausfluß einer einfallslosen Politik, die sich nur an Einnahmenerhöhungen orientiert und für Ausgabenstaffelung und Effizienzerhöhung eigentlich wenig übrig hat.

Gerade aber auch bei den Krankenkassen ergeben sich in Wirklichkeit sehr große Einsparungspotentiale. Und jetzt sage ich, betrachten wir nur als Beispiel die Vorgänge rund um die ARGE Orthopädie. Wir haben es vorher kurz diskutiert. Ich möchte hier eine kurze Zu-

sammenfassung der Aktivitäten dieser Firma geben, so wie ich sie kanne. Eine Frage an den Landeshauptmann lautet ja auch, wie sich die Dinge aus seiner Sicht darstellen. Und bei dieser Betrachtung verstehe ich auch oder versuche und glaube ich jedenfalls es verstehen zu können, wieso etwa der ÖVP-Abgeordnete Pfeiffer da richtig ausgerastet ist.

Er hat uns alles mögliche über Einsparungen erklärt, aber über die ARGE Orthopädie hat er eigentlich überhaupt nichts gesagt. (Abg Mag Franz Karl: Das war damals nicht Gegenstand der Debatte!) Und jetzt schaue ich mir ein bißchen diese Firmenkonstruktion an. Da wurden 1995 von einzelnen Großhandelsfirmen die Tarife für Heilmittel und Heilbehelfe in Verhandlungen mit den jeweiligen Krankenkassen festgelegt. Und da gibt es dann ein Schreiben vom 8. Oktober 1995, unterfertigt von Dr Gerhard Ivanic.

Er ist an die Händler für Heilmittel und Heilbehelfe herangetreten und hat darauf hingewiesen, daß die ARGE im Einvernehmen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger Österreichs und der Österreichischen Bundesinnung der Optiker, Orthopädiertechniker, Bandagisten und so weiter einen Artikelkatalog herausgeben wird. Tatsächlich wurden alle Firmen dazu eingeladen, und man hat ihnen gleich gesagt, daß nun jede Firma für jedes der Produkte, die da ausgestellt oder aufgenommen werden, gleich einmal 3 000 S als Unkostenbeitrag zu bezahlen hätte.

Und jetzt frage ich, wohin läuft dieser Unkostenbeitrag von 3 000 S? Er geht direkt auf die Hypobank Graz, lautend auf Dr Gerhard Ivanic, ARGE Orthopädie. Die eingereichten Produkte wurden dann in weiterer Folge von einer Kommission überprüft und da gibt es dann ein Fachgremium. Dieses Fachgremium besteht aus Vertretern des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Da gibt es ganz oben einmal Herrn Prof Dr Kristen, er ist in der Beurteilung. Herr Dr Kristen ist der Schwager von Bundeskanzler Dr Vranitzky. Ich habe es zuvor schon gesagt, da gibt es dann auch noch die Firma, die dann in weiterer Folge auch im Kartell drinnen ist. Was ich hier nur zeigen will ist, eine eigentlich sehr enge Verquickung von Personen einerseits und Firmen, die im Kartell sind.

Es gibt den Generaldirektor Dr Probst sowie den Chefarzt der Kärntner Gebietskrankenkasse und andererseits auch den Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Bundesinnung. Zuvor haben wir die eine Seite gehabt, jetzt kommt die Bundesinnung dazu. Da kommen wir mit der Erklärung schon ein bißchen näher, wieso Pfeiffer offensichtlich hier so ausgerastet ist. Wir sind also jetzt bei der Bundesinnung, da ist Herr Kommerzialrat Johann Radl drinnen und dieser Johann Radl - das ist wieder ganz interessant -, der hat einen Schwiegersohn, und dieser Schwiegersohn ist Herr Dr Ivanic, das ist dort, wo für jedes Produkt 3 000 S einzuzahlen waren.

Diese Verquickung wird hier enger. Aber es kommen jetzt noch dazu die Vertreter der Firmen Lambert,

das ist der Innungsmeister von Salzburg, dann ein gewisser Gassinger, das ist der Innungsmeister von Wien. Das heißt, insgesamt in der Konstruktion ist eigentlich schon alles klar. Und es ist natürlich die Handelskammer bei dieser Konstruktion auch mit ihrem Innungsmeister ganz eng drinnen und die ganze Sache ist dorthin verflochten.

Daher ist uns jedenfalls, wenn man diesen Fahrplan zeigt, jetzt auch völlig klar, warum sich etwa Herr Pfeiffer hier so engagiert, weil er ja einfach von dieser Konstruktion her geradezu verpflichtet dazu ist.

Sämtliche Verhandlungen dieser Kommission über Qualität und Preise der Heilbehelfe wurden unter Ausschluß der Industrie geführt. Sie haben nur die 3 000 S zahlen dürfen, waren aber nicht unmittelbar dabei. Die Vertreter der Bundesinnung in der Kommission, die jeweils über Eigenfirmen verfügen, sind dann als Mitbewerber eingereicht worden.

Es entwickelt sich ein kompliziertes Verfahren und es kommt dann innerhalb dieses Verfahrens in weiterer Folge auch zu unglaublichen Aufschlägen für die sogenannten Ja-Produkte und die Nein-Produkte. Für die Nein-Produkte gibt es gleich einmal Aufschläge von 110 Prozent.

Was ich auch in diesem Fall wieder zeige, ist, wie hier eigentlich von der Spalte her in einer Art und Weise vorgegangen wird, einerseits von Interessenvertretungen, andererseits von den Vertretern der Kammer, wo überhaupt keine Rücksicht mehr genommen wird, auf die unmittelbar Betroffenen, für die diese Heilbehelfe gelten, sondern da geht es ums Abkassieren oder ging es im wesentlichen ums Abkassieren.

Das kann uns natürlich nicht wirklich gefallen. Ich möchte hier zusammenfassend anmerken, daß der Hauptverband und die Bundesinnung eine Vorgangsweise bei der Festlegung des neuen Tarifs für Optiker, Orthopädiertechniker, Bandagisten und Hörgeräteakustiker gewählt haben, die gegen den freien Wettbewerb und gegen die freie Marktwirtschaft verstößt.

Und das darf ich einem Kammerfunktionär wie dem Herrn Pfeiffer schon sagen, mir ist schon klar, daß hier Interessen zu vertreten sind, aber in diesem Fall sind es reine Funktionärsinteressen, die hier vertreten werden, und ich meine, da hat sich zumindest die Kammer beziehungsweise die ÖVP weit entfernt. Den Vorteil aus dieser Vorgangsweise ziehen vor allem die Firmen Radl und Lambert sowie der Schwiegersohn des Herrn Radl, Herr Dr Ivanic, der derzeit - wie ich höre - zwar Berater der Bundesregierung ist, aber nach wie vor, oder jetzt dabei ist, eine Fachausbildung zu erhalten.

Sagen Sie mir nicht, daß Ihnen das nicht bekannt war. Ich habe hier ein Schreiben an Herrn Generalsekretär Dr Günter Stummvoll über die ARGE Orthopädie, und da wird dem Dr Stummvoll genau gezeigt, was sich eigentlich abspielt, und wie und in welcher Form hier wettbewerbsverzerrend vorgegangen wird. Ich habe durchaus Verständnis, wenn unterschiedliche Interessenlagen auch in der Kammerorganisation gegeben sind. Aber ich habe eigentlich wenig Verständnis

dafür, daß man hier herausgeht und so tut, als wüßte man von dieser gesamten Konstruktion nichts, die in Wirklichkeit den ganzen Kammerfilz aufzeigt und dem gesamten Kammerwesen eigentlich nichts Gutes tut.

Ich wollte das nur festhalten, weil wir meinen, daß auch die Vorgangsweise der Kammer selber und auch von einem Innungsmeister-Stellvertreter, wie er hier in seiner Rede argumentiert hat, nicht akzeptiert werden kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine nun, daß in dem ganzen Graubereich, der hier existiert, tatsächlich als erster Schritt eine Veränderung herbeigeführt werden müßte, daß man diesen gesamten Bereich einfach einmal durchleuchtet, weil ich wirklich davon überzeugt bin, daß hier ein großes Einsparungspotential gegeben ist. Einerseits für die Krankenkasse, andererseits für die unmittelbar Betroffenen, die die Heilbehelfe in Anspruch nehmen. Nur, von einer Bereinigung der Situation konnten wir bisher nichts vernehmen.

Ich meine nun, daß trotz der gewaltigen Einsparungsmöglichkeiten, die sich etwa schon aus dem freien Wettbewerb der Firmen und der damit verbundenen Reduzierung der Preise ergeben würden, dieser Schritt bisher fehlt.

Und nun - das ist der falsche Weg, auf den auch der Herr Landeshauptmann hingewiesen hat - werden die Patienten zur Kasse gebeten, damit sich einige wenige ein Gutteil von dem großen Kuchen abschneiden können, und das ist es eben, was mir nicht gefällt. Dann gibt es auch die Rückerstattung, und über diese Rückerstattung leben noch einmal ein paar Firmen.

Dafür haben wir einfach kein Verständis und daher fordern wir Freiheitlichen auch die sofortige Überprüfung dieser Aktivitäten und die restlose Ausschöpfung sämtlicher Einsparungspotentiale. Ich meine es kann nicht angehen, daß gerade unsere Pensionisten hier zur Kasse geben werden, ohne daß es im Gegenzug zu einer Beendigung solcher Kartelle kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe zuerst schon festgehalten, daß der Herr Landeshauptmann hier doch auch erklärt hat, daß er den Weg jedenfalls für zumindest problematisch hält, daß er in weiten Bereichen hier auch nicht übereinstimmt. Unsere Frage, die wir heute an ihn auch schriftlich gerichtet haben, ist auch aus diesem Grund gestellt worden, weil wir uns eigentlich Antwort darauf erwarten, wie nun der weitere Weg sein kann oder wie der weitere Weg sein soll, damit nicht unsere Pensionisten, aber vor allem auch unsere Kranken nicht in erster Linie durch Belastungspakete zum Handkuß kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Pfeiffer gemeldet. Redezeit 5 Minuten.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann nicht hier herinnen im Saal sitzen und dann persönlichen Anschuldigungen nicht zumindest ein Statement entgegenhalten. Sie werden sich wun-

dern, ich habe tatsächlich nichts gewußt von dem Brief, den Herr Stummvoll in den Händen hält. Ich bin ein Kammerfunktionär, und zwar bin ich ein kleiner Innungsmeister-Stellvertreter der Wiener Datenarbeiter und Unternehmensberater. Ich nehme an, Sie werden nicht glauben, daß Herr Generalsekretär Stummvoll sämtlichen 5 000 kleinen Funktionären der Kammer Wien oder auch ganz Österreichs, das Schreiben irgendeines Denunzianten selbstverständlich sofort zur Verfügung stellt, mag er jetzt recht haben oder nicht, das weiß ich gar nicht. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber er ist in jedem Fall ein Denunziant!)* Ich darf daher feststellen, daß ich von diesem Schreiben tatsächlich nichts gewußt habe.

Wenn ich etwas wüßte, würde ich natürlich genauso wie Sie auf Aufklärung bestehen. *(Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: Aber der ist kein Denunziant, sondern der Geschäftsführer!)* Ich weiß nur von Briefen, zum Beispiel über Ihren ehemaligen Bezirksrat Fröhlich, den haben Sie ja, glaube ich, hinausgeschmissen. Daher weiß ich, wie diese Denunziationen laufen und welchen Inhalt sie haben, aber das ist mir im Grunde egal, ich wollte nur sagen, ich habe davon nichts gewußt. Ich bin kein abhängiger Kammerfunktionär, der hier als Marionette des Herrn Stummvoll agiert, und wenn Sie mir zuhören würden, könnten Sie es auch verstehen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Er will es nicht verstehen, macht nichts, ist auch egal. Ich wollte hier nur festgehalten haben, ich habe hier als Landtagsabgeordneter

Präsidentin Erika Stubenvoll *(den Redner unterbrechend):* Herr Dr Marek, bitte!

Abg Gerhard Pfeiffer *(seine Rede fortsetzend):* und als Vertreter der Meinung meiner Fraktion gesprochen, und als sonst nichts. Egal, ob es dem Herrn Pawkowicz recht ist oder nicht.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Herr Dr Marek würden Sie bitte die Diskussion in den Bankreihen einstellen.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Römer. Ich erteile es ihm.

Herr Dr Marek darf ich Sie noch einmal darauf hinweisen, daß Sie bitte die Gespräche draußen führen können, aber nicht in den Bankreihen. *(Anhaltende Diskussion zwischen den Abgeordneten.)* Ich unterbreche die Sitzung, Herr Dr Marek, wenn Sie jetzt nicht aufhören. Das ist doch sagenhaft! Herr Dr Marek, würden Sie sich jetzt bitte setzen und die Diskussion einstellen, Herr Abg Römer ist am Wort!

Abg Johann Römer (FPÖ) Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landeshauptmann!

Ihre heutigen Ausführungen vom Vormittag haben mich veranlaßt, noch einmal darüber nachzudenken, wie es wirklich ist, wofür der Wiener Landeshauptmann, der gleichzeitig auch Bürgermeister dieser Stadt ist, verantwortlich ist. Und es gibt mindestens zwei Personen, die der Meinung sind, daß er sich auch zu Anliegen, die die Wiener Bürgerin und den Wiener Bürger betreffen, zu Wort zu melden hat, auch wenn sie nicht in seinem Vollzugsbereich liegen.

Der eine bin ich, weil ich glaube, daß es einfach wichtig ist, egal ob das jetzt eine Bundesangelegenheit ist, egal ob das eine Angelegenheit ist, die in Selbstverwaltung vollzogen wird, wenn es den Wiener Bürger betrifft, wenn es an seine Existenz geht, dann haben Sie auch hier die Pflicht, sich zu Wort zu melden.

Und der zweite sind Sie, denn ich habe mir die ganzen Pressedienste der letzten paar Wochen angesehen, und Sie haben sich eigentlich täglich zu irgendeinem Bundesthema zu Wort gemeldet. Also dürfte diese Annahme, daß das schon wichtig ist, nicht so falsch gewesen sein. Es gibt nur einen einzigen, glaube ich, der das nicht so gerne sieht, und das ist der Herr Bundeskanzler Vranitzky, der Ihnen in einer Presseaussendung ausrichten läßt, Häupl sei ein politisch sehr ausgeprägt sozial denkender Mensch, der Sozialminister stehe ihm, wie allen Interessierten, für detaillierte Auskünfte zur Verfügung.

Das heißt, er mißt Ihnen eigentlich nicht viel Wert bei. Das tut mir eigentlich leid, weil ich glaube, der Wiener Landeshauptmann hat einen Stellenwert in dieser Stadt, er hat über 1 500 000 Menschen zu vertreten. Einen Stellenwert, der in dieser Presseaussendung leider Gottes nicht so gesehen wird. Und ich glaube auch, daß es deswegen wichtig ist, daß wir Sie auch heute hier fragen, weil wir glauben, daß Sie hier etwas zu sagen haben und zu sagen haben sollen, wenn es immer dichter wird, wie der Sozialabbau in diesem Staat stattfindet.

Da war zuerst das Belastungspaket, das große, das Sie Herr Landeshauptmann, im Parteivorstand mitgeschlossen haben und wo Sie nachher gesagt haben, es gefällt mir nicht alles, es ist alles nicht so gut gelassen. Jetzt ist dieser Krankenkassengipfel gewesen, wo Sie sich auch - gemeinsam mit dem Herrn Gesundheitsstadtrat - zu Wort gemeldet und auch eine wichtige Aussage getroffen haben. Sie haben nämlich gesagt: Es fehlt auch ein wesentlicher Faktor, nämlich die innere Reform.

Ich gebe zu, mir hat in dieser Pressemeldung von Ihnen nicht gefallen, daß Sie auch so wie viele andere das Heil nur darin sehen, daß man die Beiträge erhöht. Sie haben es feiner gemacht, damit es nicht jeden trifft. Sie haben gesagt, geben wir einfach die Höchstbemessungsgrundlage an, aus bastal

Das ist sicherlich auch nicht gerade die feine Art, mit der man alles für ein so wichtiges Gesamtinteresse wie die solidarische Krankenversicherung aller Österreicherinnen und Österreicher in der Öffentlichkeit gut macht, wie man sie bekannt macht, wie man sie mehr oder weniger in die Höhe hebt und ihr den Platz gibt, der ihr zusteht.

Ich glaube, das ist deswegen wichtig, weil wir in der letzten Zeit genug unanständige Politik gehabt haben. Ich denke nur daran, da verschickt einer, der Bundeskanzler bleiben will, an alle Pensionisten einen herzzerreißenden Brief, daß alle anderen ihre Pensionen antasten wollen, nur er garantiert sie. Kaum ist die

Wahl vorbei, kommen Steueränderungen, die natürlich auch die Pensionisten treffen, weil sie netto weniger bekommen. Es kommt ein Belastungspaket für die Pensionisten, daß die Pensionen nicht erhöht werden, was natürlich im Endeffekt einer Kürzung gleichkommt. Und jetzt als letzter Schuß kommt nun, daß die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages der Pensionisten durchgeführt wird. Ich glaube, das ist nicht richtig, das sollte nicht sein. Wir sollten uns hier auf andere Dinge konzentrieren.

Darum komme ich nicht umhin, weil wir heute von der Krankenkasse reden und weil es ein Beispiel ist: Ich komme noch einmal zurück auf dieses Orthopädieabkommen, das Herr Klubobmann Pawkowicz angesprochen hat. Ich glaube, es ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens. In bezug auf das, was hier wirklich passiert ist und was mit dieser ARGE Orthopädie passiert ist, ist für mich zu überlegen: Ist das eine Einzelerscheinung oder ist das in Österreich Usus?

Ich kann die Frage jetzt nicht beantworten, weil die Unterlagen in der Regel nicht so veröffentlicht werden wie in diesem Fall. Aber es ist zumindest für mich wichtig, daß auch Sie das wissen und Sie vielleicht auch nachprüfen können, ob in der Gemeinde Wien so ähnliche Dinge von Haus aus einmal hintangehalten werden können. (Lhptm Dr Michael Häupl: Das glaube ich!)

Mir tut es in diesem Zusammenhang leid, daß Sie nicht die Aufsichtsbehörde der Wiener Gebietskrankenkasse sind, denn dann hätten wir Sie schon seit 1993 auf diese Verschlechterung hinweisen können und dann hätten Sie ja hoffentlich hier schon bereits Maßnahmen eingeleitet, ergriffen, Ihr Aufsichtsrecht wahrgenommen, sich an kompetenter Stelle zu Wort gemeldet, was andere leider Gottes nicht gemacht haben.

Warum ich dieses Papier mit dieser ARGE Orthopädie so arg finde? Man muß sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Da ist ein, soweit ich weiß, werdender Facharzt, ein Bediensteter der Gemeinde Wien, der, glaube ich, einen Schwiegervater hat und ein Dritter, die gründen einen Verein. Bevor dieser Verein überhaupt noch angemeldet wird, tritt er an die Öffentlichkeit. Die dürfen - so wie ich mir das vorstelle - dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger vorgeschwärmt haben, wie schön das ist, wenn man hier außerhalb - wir sind schon für Ausgliederungen - der Sozialversicherung die Preislisten erstellt. Sie kassieren ein horrendes Geld, das kann man sich gar nicht vorstellen. Man muß dann einmal nachzählen, wie viele Posten in dieser Liste enthalten sind.

Das geht nämlich so: Die ersten 10 Artikel kann man um 5 000 S pro Zeile veröffentlichen, die nächsten 10 Artikel um 4 000 S pro Zeile und alle weiteren dann um 3 000 S pro Zeile. Jetzt sind zirka 1 500 Artikel drinnen, das heißt, es sind einmal ungeschaut Einnahmen von 4 500 000 S, wenn ich den niedrigsten Pegel mit 3 000 S annehme.

Dabei wollen wir gar nicht nachschauen, wie viele Firmen die jeweiligen Artikel anbieten. Da muß ein Betrag hereingekommen sein! Dieser Privatverein, setzt sich wie gesagt aus lauter Innungsmeistern und im Umfeld bestehenden Ärzten zusammen, die dort auch das Fachkuratorium machen, wie gesagt Normalia-Miteigentümer oder so ähnlich, zumindest der Schwager des Herrn Bundeskanzlers. Es sind da alle dabei und machen sich hier um die Preise Verdienste.

Jetzt kommt noch das, warum es mich so ärgert. Weil hier der freie Wettbewerb mit Füßen getreten wird. Denn da verschickt diese ARGE Orthopädie einen Brief in dem folgendes drinnensteht: "Es handelt sich um all jene Produkte, die geeignet sind, als Heilbehelfe oder Hilfsmittel verwendet zu werden."

All jene Firmen, die die Gebühr an diesen privaten Verein nicht entrichtet haben, vertreiben Produkte, die nicht geeignet sind? Weil eine ARGE Orthopädie, wie gesagt ein Bandagist mit seinem Schwiegersohn und noch wer - ich weiß nicht, wer noch aller Mitglied ist, man findet nur drei Namen veröffentlicht -, das so empfindet und weil, ich weiß nicht, man muß das einmal nachverfolgen, auch ein Generaldirektor dieses Papierl mitunterschrieben hat.

Also festzustellen, wenn deine Artikel hier nicht veröffentlicht werden, dann sind sie nicht geeignet, ist etwas verwegen, und es ist auch so, daß eine große österreichische Firma nicht drinnen ist. Hier wird etwas vorgespiegelt, hier wird der Wettbewerb verzerrt, und es ist ein Zusammenspiel mit einem Verein, mit der Kammer, wie gesagt, die ganzen Innungsmeister haben da alle ihre Verdienste um dieses Papierl, und das macht mir nämlich Angst.

Mir macht auch Angst, wenn ich mir diese Preisgestaltung wirklich anschau. Da gibt es eben diese zwei Kategorien zur Erlangung von Heilbehelfen, die eine, wo ich hingehe, zahlreichen Selbstbehalt, bekomme ihn mit und der Händler verrechnet dann mit der Krankenkasse, und die andere, wo ich hingehe, kaufe mir das, zahlreiche es ganz, habe dann einen Verordnungsschein, den ich bei der Krankenkasse einreiche oder nicht und bekomme eben meinen Anteil zurück, und diese Heilbehelfe sind viel, viel teurer. Wahrscheinlich deswegen, weil der Bürger das Geld dort vorstreckt und die Ware sofort bekommt. Dafür kann man ruhig mehr verlangen, denn dieses Geld hat man sofort. Bei der Krankenkasse muß man doch eine gewisse Zeit warten, bis es rückverrechnet wird.

Das sind Dinge, die mich als Bürger ärgern. Ich hoffe, wenn ich mir das Ganze anschau, daß der Rechnungshof dies mit Akribie prüfen wird. Denn für mich ist aufgrund dieser Papiere schon klar, daß hier der Wettbewerb total ausgeschaltet wird, daß es sich Betriebe - da ist nicht der kleine Bandagist gemeint, weil ihm die Preise diktiert werden, er hat nur seine Prozente, die Aufschläge -, in der Regel die Großhändler, richten und im Endeffekt die Preise diktieren.

Das für mich Faszinierendste ist das wunderschöne Beispiel mit der Halskrause. Wobei mir schon bewußt

ist, daß es vor allem von der Qualität her verschiedene Halskrausen gibt. Wie mir auch von einem Primär versichert wurde, kostet die billigste im Großhandel 60 S, die man dann am freien Markt, in der Apotheke um ein bissel mehr als 250 S problemlos kaufen kann. Es gibt sie in verschiedenen Höhen, verschiedenen Längen, verschiedenen Ausführungen. Der Krankenkassentarif jedoch beträgt 890 S in Wien, Niederösterreich, Burgenland, bei den Bauern und Beamten. In Oberösterreich ist zum Beispiel ein Höchsttarif von 325 S vorgesehen. Jetzt frage ich mich, was in Oberösterreich und in Wien so viel anders ist. Das macht eben den Bürger in Wirklichkeit ein bissel skeptisch diesen Vorgängen gegenüber.

Wenn ich mir die Preislisten ansehe, ist faszinierend, was dann, wenn auf solche Mißstände aufmerksam gemacht wird, herauskommt. Man sagt überhaupt kein Problem, es kommen die Rollstühle um 3 000 S zirka aus Deutschland, aus Spanien, und bei uns kostet er eben leider Gottes 15 000 S, 25 000 S, 30 000 S. Es ist mir schon klar, daß es verschiedene Qualitäten gibt. Aber wenn dann die Firmen erzählen, schauen Sie, ich hätte zum Beispiel auch einen Rollstuhl mit Prüfzeichen, nur, ich komme einfach nicht rein, weil sie sagen, daß es eine andere Ware ist, und jeder weiß, gerade bei einem so kleinen Markt wie bei Rollstühlen, da will nicht jeder seine Kugellager und seine Räder erzeugen, sondern das kauft man genauso zusammen, wie es in allen anderen Wirtschaftszweigen üblich ist, und versucht hier, mit kleinstem Aufwand seinen Profit zu machen. Die Räder sind auch bei den meisten Rollstühlen die gleichen, nur hat sie ein anderer zusammengesetzt. Aber sie kommen einfach nicht hinein, weil es eben irgendwelche Hemmschuhe gibt, die von unserer Gesellschaft hier willkürlich gesetzt werden.

Ich habe mir das angeschaut, weil ich es nicht glauben konnte, aber wirklich weiß, wie das ist. Da gibt es einen Matratzenrahmen aus Plastik, den man gegen Wundliegen verwendet. Man legt ihn auf das Bett, wenn man bettlägerig ist. Auf jeden Fall soll diese Einrichtung das Liegen erleichtern und Schmerzen vermeiden. Es gibt verschiedene Qualitäten, die eine ist eine Matratze, die aus Würfeln besteht, die andere Matratze besteht auch aus lauter Würfeln, die man aber teilweise an jenen Stellen, wo man aufliegt entfernen kann, was dazu führt, daß man bequemer liegen kann und sich an belasteten Stellen nicht weiter wundliegt.

Eine Matratze, die nicht so toll ist, nicht mit den herausnehmbaren Würfeln, kostet im Einkauf, wie man mir versichert hat, 600 S, die bessere Qualität 1 800 S. Demgegenüber stehen Kostenvoranschläge von renommierten Wiener Firmen über 9 900 S. Da denke ich mir, wird da nicht der Kranke, der Behinderte ausgenutzt? Es wird wirklich das, was wir im Sinne unserer gesetzlichen Krankenversicherung dem Bürger zukommen lassen wollen, weißlichst ausgenutzt.

Jetzt fällt mir nur ein, wie etwas wirken kann. Mir

hat jemand aus der Branche eine Geschichte erzählt, die ich vorerst nicht glauben konnte. Es ging um Hörapparate, wunderschöne Dinge. Auch in meiner Verwandtschaft werden sie verwendet, da braucht man nicht so schreien. Sie erleichtern ja zum Großteil, wenn man damit umgehen kann, auch das Leben. Solange ein Selbstbehalt bestand, haben die Ärzte, natürlich in Absprache mit den Schwerhörigen (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz: *Was schon schwierig genug war!*) einen wirtschaftlich vertretbaren Hörapparat verschrieben. Wie dann der Selbstbehalt bei den Hörapparaten gefallen ist, haben die Ärzte auf einmal nur ganz teure verschrieben. Na klar, jeder Patient will für sich das Beste, wobei das Beste natürlich jetzt, wenn ich kein Fachmann bin, immer das Teueste ist.

Dadurch sind die Ausgaben gestiegen, und das sind so Dinge, wo ich mir wirklich Sorgen mache, ob hier mit der nötigen Akribie kostensparendst umgegangen worden ist. Das ist es nämlich, und ich komme da zu dem, warum ich glaube, daß ich nicht so falsch liegen kann, und ich suche dazu einen Zeugen, mit dem ich wirklich nichts zu tun habe, nämlich die ÖVP.

Wenn es immer heißt, bevor man Beiträge erhöht, bevor man Leistungen einschränkt, schaut man, wie wirtschaftlich gearbeitet wurde, dann wird immer gesagt: Na furchtbar, das machen wir ohnehin! Da publiziert die Wiener ÖVP, Entschuldigung die ÖVP überhaupt, die ja hier nicht ganz unbeteiligt ist an den ganzen Dingen, wie man das Krankenkassensanierungskonzept durchbringen will.

Abgesehen von den Einnahmensteigerungen, die ja unserer Ansicht nach vermieden werden sollten, so weit es nur überhaupt möglich ist, gehen sie davon aus, daß bei den Heilbehelfen im nächsten Jahr 10 Prozent eingespart werden können und im übernächsten Jahr weitere 10 Prozent. Das bedeutet für mich schon einmal, daß selbst die ÖVP davon ausgeht, daß die Preise um 20 Prozent zu hoch sind. Wenn die schon 20 Prozent sagen, dann nehme ich an, daß hier noch größere Beträge drinnen sein sollten. Dies zu den Heilbehelfen.

Es ist vielleicht nur ein Beispiel, aber es ist für mich ein Beispiel, das man zumindest überprüfen müßte. Es ist für mich ein Beispiel, dem man nachgehen muß, weil ich ja befürchte, daß das nicht nur bei den Heilbehelfen so ist. Und wenn man dieses ganzes Sanierungskonzept der Krankenkassen anschaut, so schmerzt es ja auch, wenn hier wirklich in einer Richtung das vollkommen Falsche getan worden ist.

Wenn nämlich hier die Bezugszeit für Krankengeld von eineinhalb Jahren auf ein Jahr verkürzt wird. Und das ist deswegen schmerzlich, weil ein Jahr Krankengeld nicht irgend jemand bekommt, dem - sagen wir so salopp - nicht gut ist. Ein Mensch, der ein Jahr Krankengeld bezieht, ist wirklich sehr, sehr krank. Das ist jener Mensch, der sich wirklich darauf verlassen können muß, er hat für die Gesellschaft etwas geleistet, und er wird auch Leistungen in Anspruch nehmen, wenn er sie braucht. Und dann ist genau bei dieser

Gruppe die nächste Leistungsreduzierung, der nächste Sozialabbau für notwendig erachtet worden.

Was passiert jetzt wirklich mit diesen Menschen? Das ist ja oft diskutiert worden. Arbeitslos sind sie auch nicht, weil sie nicht arbeitsfähig sind. Und die werden dann leider Gottes alle auf die MA 12 wandern müssen. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Der gehört nicht zu den Sozialschmarotzern!*) Das kann es ja nicht sein! Genau das sind sicher keine Sozialschmarotzer, denn wenn Sie ein Jahr krank geschrieben werden, dann sind Sie wirklich so bedient.

Die Wiener Gebietskrankenkasse und die ist ja deswegen wichtig, weil sie ja mit über einer Million Pflichtversicherten - Erwerbstätige und Pensionisten - einem Großteil der Wienerinnen und Wiener die Sozialversicherung sichern muß. Diese Wiener Gebietskrankenkasse mit über 23 000 000 000 S Aufwand, hat leider Gottes heuer einen Abgang von über 630 000 000 S zu verzeichnen. Und Herr Bürgermeister, weil Sie es auch Vormittag angesprochen haben; ich bin immer der Meinung, man soll sich auf jene berufen, denen Sie glauben, wenn man mit Ihnen spricht, und daher muß ich sagen: Jene 100 000, die mit dem von Minister Einem und Andreas Khol geplanten Integrationspaket nach Österreich zuwandern sollen, kommen nicht von uns, die habe ich aus einer Presseaussendung von Herr StR Hatzl, der dieselben Befürchtungen hat.

Und ich glaube, man kann es auch deswegen außer Streit stellen, weil immerhin in den Aufkündigungen der Sozialversicherungsabkommen, wegen der Familienbeihilfe über 50 000 Kinder betroffen sind, deren Vater oder deren Mutter auf jeden Fall in Österreich arbeiten, und jetzt nehme ich an, daß auch der Großteil dieser Beschäftigten auch in Wien bei der Wiener Gebietskrankenkasse versichert sein wird. Wenn ich dann die Ehegattinnen dazuzähle, komme ich jetzt niedrig geschätzt auf diese Zahl. Aber wie gesagt, Herr StR Hatzl redet ja auch von 100 000 bis 150 000, wenn ich die ganzen Meldungen zusammenziehe.

Das ist ja die nächste Gefahr, die sich hier auf die Finanzierung und die Sicherung unserer Krankenkasse zubewegt, wenn ich in Wien 100 000 Mitversicherte mehr habe, die Kinder, die Ehegattin, die eben nichts einzahlen. Wenn ich 100 000 Mitversicherte binnen einiger Jahre mehr habe, habe ich einen größeren Aufwand, ohne daß die Einnahmen steigen. Und wenn ich das unrechte und sage, so und so viele Wiener werden von der Wiener Gebietskrankenkasse versorgt, dazu kommen dann 100 000 Mitversicherte, so ergibt das - wenn man das wirklich sehr, sehr vorsichtig ausrechnet und lieber nach unten als nach oben runden - immerhin das furchtbare Ergebnis: Um dieses Defizit weiter abfangen zu können, muß ich entweder den Beitrag der Pflichtversicherten um ein halbes Prozent erhöhen oder, wenn ich es zum Beispiel über die Rezeptgebühr machen will, und da sind Sie ja locker in der letzten Zeit, dann müßte man die Rezeptgebühr auf ungefähr 150 Schilling pro Rezept erhöhen, und ich

glaube, das ist wirklich niemand zuzumuten. Daher müssen Sie sich, wenn Sie diese Gedanken weiterführen, auch etwas überlegen. (Beifall bei der FPÖ.)

Herr Landeshauptmann, ich komme schon zum Schluß. Ich bin ein zeitlich korrekter Mensch. Die 20 Minuten sind gleich vorbei. Ich glaube, wir haben Ihnen eine Fülle von Fragen gestellt, weil wir Sorgen haben, daß dieses System, auf das sich die Bevölkerung verläßt, wenn man nicht sofort irgend etwas Vernünftiges macht, seiner Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann.

Seit Jahren hat man von der tristen Situation gewußt und nichts dagegen unternommen. Darin besteht ja unsere Angst, weil man schon Anfang der 90er Jahre hätte beginnen können, hier einzugreifen, nämlich so einzugreifen, daß man genau überlegt: Welche Maßnahmen sichern dieses System? Unsere Sorge geht dahin, daß man jetzt wieder nur kurzfristig saniert und längerfristig keine Planungen, keine Visionen hat und wir in ein paar Jahren wieder vor denselben Problemen stehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg Jerusalem. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Wie mein Vorgänger schon bemerkt hat, gibt es genug unanständige Politik, meiner Meinung nach zuviel unanständige Politik, vor allem von Seiten der FPÖ, die immer wieder versucht, wo es auch immer nur geht, das Problem der Ausländer herbeizuzerren und die Ausländer verantwortlich zu machen (Abg Dr Herbert Madejski: Wer soll das alles bezahlen?), wofür auch immer in dieser Stadt - jede Gelegenheit wird genutzt. Diesmal ist es wieder die Familienzusammenführung.

Darf ich Sie nur ganz kurz daran erinnern, daß das dieselben Ausländer sind, die mit ihrer Steuerleistung auch zum Beispiel die Gemeindebauten finanzieren und nicht dort einziehen dürfen (Abg Gert Wolfram: Das ist schon lange widerlegt! Die Summen stimmen nicht!), daß sie nicht anspruchsberechtigt sind auf die Sozialhilfe, nicht auf die Behindertenhilfe, nicht auf die Blindenbeihilfe und für ihre Kinder, die in der ehemaligen Heimat zu Hause sind, jetzt auch keine Familienbeihilfe mehr bekommen. Ich denke, es reicht.

Fügen wir noch hinzu, daß diese Menschen auch kein Mitspracherecht haben, dann müssen wir feststellen, daß 18 Prozent der Wiener Bevölkerung nicht einmal ein kommunales Wahlrecht haben.

Das ist eine moderne Sklavenhaltergesellschaft und gar nichts anderes. Und jene Menschen, die die Opfer sind, jetzt auch noch zu den Schuldigen zu machen, ist wirklich der Gipfelpunkt der Unanständigkeit. (Abg Gert Wolfram: Sklaven wollen wir nicht aus Steuergeldern zahlen!)

Jetzt aber zu dem eigentlichen Thema heute. Die GRÜNEN lehnen selbstverständlich Selbstbehalte im Gesundheitsbereich ab. Aus einem plausiblen und einzigen Grund, weil wir nämlich der Meinung sind,

daß tatsächlich Kosten im strukturellen Bereich des Gesundheitswesens eingespart werden könnten, und zwar sehr viel Geld. (Abg Gerhard Pfeiffer: Es gilt für Sie dasselbe, wie für die Blauen - machen Sie Vorschläge!)

Das ist der Vorwurf, den wir der SPÖ machen, nämlich daß sie über Selbstbehalte - also einnahmeseitig - Geld hereinbekommen will, anstatt strukturelle Maßnahmen zu treffen. Damit, meine Damen und Herren von der SPÖ, geben Sie der FPÖ ja auch immer die Möglichkeit, diese Vorwürfe zu erheben und so zu agieren, wie die FPÖ agiert.

Sie sind die Getriebenen in der Politik, und Sie lassen sich von der FPÖ und Jörg Haider treiben. Die GRÜNEN haben vielfach Vorschläge gemacht im strukturellen Bereich, wo im Gesundheitsbereich gespart werden kann. Ich möchte einige Beispiele ganz kurz anführen.

Erstes Beispiel: Das AKH, das im Jahr 4 500 000 000 S kostet. Wo ein Tag 14 500 S kostet, was enorm ist, was natürlich nicht bezahlt werden kann und wo es nur eine Auslastung von 73 Prozent gibt. Natürlich will man dann Patienten ins AKH bringen, um die Auslastung zu erhöhen. Aber das ist teuer, zu teuer. Es wird Ihnen dazu etwas einfallen müssen, um diese Kostenexplosion zu bremsen.

Zweites Beispiel: Der chirurgische Bereich. In Wien wird zuviel chirurgisch gearbeitet. Die Leute werden einfach zuviel aufgeschnitten. Und es macht in dem Fall natürlich Sinn eine Zweitmeinung einzuhören. Man weiß das aus anderen Ländern, daß, wenn eine Zweitmeinung eingeholt wird - und das könnte sich die Sozialversicherung leisten -, Chirurgie vermieden wird und daher auch Kosten eingespart werden.

Drittes Beispiel: Die Spitalhäufigkeit. In Wien kommen die Menschen zu rasch und zu oft ins Spital. In der EU zum Beispiel kommen pro Jahr 17 Spitalsaufenthalte auf 100 EinwohnerInnen. In den Niederlanden sind es 12 und in Wien sind es stolze 23. Auch hier ein Bereich, wo eindeutig eingespart werden kann.

Viertes Beispiel: Die Gesundheitsvorsorge. Es wird vielfach beklagt, daß das Programm Gesundheitsvorsorge schlecht angenommen wird und nur 10 Prozent der in Frage kommenden dieses Programm in Anspruch nehmen. Auch da müßten Veränderungen einsetzen. Gesundheitsvorsorge ist wichtig, vermeidet Kosten und sollte eben dann stattfinden, wenn die Leute zum Arzt gehen, und nicht angemeldeterweise im Rahmen eines Programms.

Jener Punkt, der mir ganz besonders am Herzen liegt und warum ich mich eigentlich zu Wort gemeldet habe, ist, man kann sparen, indem man in anderen Ressorts, in anderen Politikbereichen Maßnahmen trifft, zum Beispiel im Bereich Verkehr. Man hat zum Beispiel festgestellt, daß die kindlichen Erkrankungen der Lunge und der Haut in der Stadt stark ansteigen und tatsächlich viermal so häufig sind wie am Land.

Das heißt, wir benötigen dringend eine andere Verkehrspolitik. Ich verweise auf die Budgetreden, die zu

diesem Thema bereits gehalten wurden. Ich wiederhole noch einmal, was Günter Kenesei von dieser Stelle aus, ich glaube, mindestens dreimal gesagt hat: Es ist ein Verbrechen eine derartige Verkehrspolitik zu machen. Ich unterstreiche das nochmals. Ich möchte aber auch ein Zitat anbringen, nämlich ein leitender Mitarbeiter der Landessanitätsdirektion Salzburg hat unlängst folgendes gesagt: "Es wird deutlich, daß der Kraftfahrzeugverkehr mit Verbrennungsmotoren derzeit gesundheitsschädigend wirkt und eine effiziente Luftreinhaltepolitik nur über die Umgestaltung des KFZ-Verkehrs führen kann." Auch an dieser Stelle kann also durch Vorsorge, durch die Veränderung der Verkehrspolitik eindeutig eingespart werden. Die Gesundheit der Kinder darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Abschließend: Die Kosten im Gesundheitsbereich explodieren tatsächlich. Es muß etwas unternommen werden, aber nicht einnahmenseitig, sondern ausschließlich im strukturellen Bereich. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Als nächster Redner erteile ich Frau Abg Arié das Wort.

Abg Ilse-Maria Arié (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wurde unter anderem auch vom Bürgermeister zuerst in die Hauptversammlung, jetzige Generalversammlung, der Wiener Gebietskrankenkasse als Versicherungsvertreter entsandt, und ich habe dort meine Aufgabe, wie ich denke, immer äußerst gewissenhaft wahrgenommen. Ich bin sogar so weit gegangen, daß ich im ersten Jahr meiner Tätigkeit eine Bitte, eine Anfrage an den damaligen Sozialminister Hesoun gerichtet habe, weil mir verschiedene Unterlagen, die ich erbeten hatte, nicht zur Verfügung gestellt wurden, obwohl in den einschlägigen Bestimmungen gestanden ist, daß es sich hier um einen integrerenden Bestandteil des Rechnungsabschlusses handelt hat.

In weiterer Folge - damals hat mir der Sozialminister recht gegeben - habe ich all diese Unterlagen auch bekommen und gewissenhaft studiert. Es war mir in all diesen Jahren nicht ein einziges Mal möglich, sowohl dem Budget als auch dem Rechnungsabschluß zuzustimmen. Ich habe mir diese meine Aufgabe nicht leichtgemacht, aber in dem Augenblick, wo zwar rechnerisch etwas richtig ist, aber eben nicht gesetzeskonform, kann ich das nicht. (Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawlowicz: Das ist klar!)

Ich lese Ihnen jetzt aus dem Jahrbuch 1994, das nichts anderes ist als letztendlich die Zusammenfassung des Rechnungsabschlusses und verschiedener Dinge, die sich eben im abgelaufenen Jahr ereignet haben, vor 1994 nur deshalb, weil der Rechnungsabschluß 1995 der Wiener Gebietskrankenkasse noch nicht vorliegt, denn zu einem Zeitpunkt, wo alle anderen schon den Rechnungsabschluß des Vorjahres haben, ist die Wiener Gebietskrankenkasse dabei, das Budget des laufenden Jahres zu erstellen.

Also Rechnungsabschluß 1994 - Die Entwicklung

der Liquidität. Die allgemeine Rücklage verringert sich um das Ergebnis des Jahres 1994, fast 200 000 000 S Abgang, und weist nunmehr einen Nullsaldo auf. Der Stand der Leistungssicherungsrücklage beläuft sich auf 1 676 700 000 S - klingt gut - und liegt damit um 24 800 000 S unter dem Sollstand. Die Entwicklung der Liquiditätslage seit 1987 - und jetzt passen Sie bitte gut auf, das Gesetz sieht vor die Rücklage, die liquiden Mittel in der Größenordnung von 28 Tagen Ausgaben der Wiener Krankenversicherung.

Im Jahre 1987 sind es liquide Mittel für 27 Tage, aber immerhin noch 1 011 000 000 S, 1988 für 25 Tage, 1989 für 18 Tage, 1990 für 14 Tage, 1991 für 11 Tage, 1992 für 10 Tage, 1993 für 3 Tage, und 1994 sind es liquide Mittel für minus einen Tag. Das hat der GenDior Brenner so dezent mit einer negativen Liquidität umschrieben.

Das heißt, vom Jahre 1987 mit nicht gesetzeskonformen 27 Tagen und 1 011 000 000 S hat es sich im Jahre 1994 auf minus 67 700 000 S und minus einen Tag reduziert. Durch den Abgang im Jahre 1995 ist diese Liquidität natürlich noch weiter hinuntergegangen. 1996 wird das ebenfalls der Fall sein.

Das heißt, der Hut brennt! Der Hut brennt schon die ganze Zeit, und die ganze Zeit ist nichts geschehen! Es wurde nichts gemacht! (Abg Volkmar Harwannegger: Wir sind dabei!)

Jetzt, ja, jetzt sind Sie dabei, aber wissen Sie, wie Sie dabei sind! Sie sind dabei, bei den kleinen Leuten zu löschen. Nicht etwa, daß man bei der Sozialversicherung sagt: Was tun wir dort? Da hört man nämlich wirklich sehr wenig! Die kleinen Leute sind es, die das zu tragen haben, und dagegen wehren wir uns!

Hier hätten wir gerne vom Landeshauptmann gehört, was er sich eigentlich vorstellt, was geschieht und was auf Wiener Ebene geschehen soll, um auch das Gesundheitssystem billiger zu machen und für die Wiener Gebietskrankenkasse eine Kostenreduktion zu erreichen.

Ich verweise jetzt nur beispielsweise auf das Problem der Krankenbeförderung. Die Krankenbeförderung ist auch für die Wiener Gebietskrankenkasse ein hoher Kostenfaktor. Nur, auf Wiener Ebene haben wir noch immer kein Krankenbeförderungsverbundsystem, das leere Kilometer vermeiden helfen würde. Aber in der Bevölkerung ist auch noch gar nicht bekannt, daß bei der letzten Satzungsänderung beschlossen wurde, daß als Kostenanteil für eine Krankenbeförderung in Hin- kunft nicht eine Rezeptgebühr zu zahlen sein wird, sondern es wird die doppelte Rezeptgebühr sein! Also auch auf diesem Gebiet wird man sich wieder etwas holen! Wenn die Leute aber vielleicht mit dem Privat- auto hinfahren, dann wird nicht das amtliche Kilometergeld gezahlt werden, nein, sondern nur das halbe Kilometergeld wird gezahlt werden!

Noch etwas gibt es, das mich die ganze Zeit eigentlich schon ungeheuer stört, und das noch nirgends gesagt worden ist: Es gibt die Rezeptgebührenbefreiung für wirklich arme Leute. Das ist richtig. Nur, wer

Über dieser Grenze nur wenig darüber ist, der zahlt schon die volle Länge. Aber auch wenn jemand vielleicht 10 000 S hat, aber sehr krank ist und sehr viel braucht, dem kann es schon passieren, daß er Hunderte von Schillingen an Rezeptgebühren zu bezahlen hat.

Hier denke ich, daß es zu großen, großen Schwierigkeiten kommen wird, und ich hätte gerne von unserem Landeshauptmann, daß er sagt: Ja, da machen wir irgend etwas, da werde ich mich einsetzen.

Faktum ist, daß seit 1987 ersichtlich ist, daß sich die Einnahmen und Ausgaben immer weiter auseinander entwickeln werden. Hätte man hier seitens der politisch Verantwortlichen zeitgerecht gegengesteuert und nicht so lange zugewartet, bis wirklich alle Kassen leer sind und alles zerbrostelt ist, dann wäre diese entsetzliche und schmerzhafte Prozedur für die Wiener Bevölkerung - und auch für die österreichische Bevölkerung - in dieser Form nicht notwendig! Das werfe ich Ihnen vor! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich wünsche mir dann, daß der Wiener Landeshauptmann sagt, auf welche Art und Weise er in seinem Bereich, der - zugegeben - auch nur ein Teilbereich ist, beitragen wird, um das Problem im Sinne der Bevölkerung zu lösen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr Erwin Hirnschall: Zum Wort gemeldet ist noch der Herr Mag Kowarik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Mag Helmut Kowarik *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bürgermeister beziehungsweise Landeshauptmann - ich bitte um Entschuldigung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Belastungspaket Nummer 2, jenes Paket, das die Kassen sanieren soll, trifft wieder einmal die Familien und Pensionisten.

Es ist unfaßbar, daß lediglich mit einer Ruck-Zuck-Aktion in die Taschen der Bürger gegriffen wird und eine echte Reform des Kassensystems, eine echte Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems, ausbleibt. Außer einer neuerlichen Belastung und der Hoffnung, daß das derzeitige Defizit abgedeckt wird, bleibt nicht viel, und es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, bis die nächste Geldbeschaffungsaktion erfolgen wird.

Es ist unverständlich, daß die verantwortlichen Kassenfunktionäre, aber auch Politiker der SPÖ und ÖVP, so lange zugesehen haben, bis die Kassen fast zahlungsunfähig geworden sind. Einsparungspotentiale hat es genügend gegeben. Ich verweise zum Beispiel auf die extrem hohen Bezüge und Funktionsgebühren der Kassendirektoren, die kein unternehmerisches Risiko tragen, da die öffentliche Hand alles abdeckt.

Seit Jahren zahlen die Kassen überhöhte Beiträge an einige wenige Firmen, die im orthopädischen Bereich tätig sind. Wir haben das heute schon zweimal angesprochen, man muß es aber trotzdem noch einmal aufzeigen. Trotzdem es auf diesem Gebiet eine große Zahl von inländischen Anbietern gibt, die teilweise bessere Qualität mit erheblich geringerem Preis anbieten, kommen nur wenige Firmen zum Zug.

Trotz nachweislich günstigerer Konditionen arbeiten die Kassen auch im Servicebereich mit einigen wenigen Firmen zusammen, die dadurch monopolartige Stellung bekommen. Darüber hinaus werden von diesen Firmen auch Geräte angeboten, die keine österreichische Prüfnummer haben.

Das finanzielle Desaster der Wiener Gebietskrankenkasse ist dramatisch für das Wiener Gesundheitssystem. Die vielfache Forderung - weg von der Spitalsambulanz, hin zum niedergelassenen Arzt - läßt sich unter diesen Umständen nicht verwirklichen, nämlich deshalb nicht, weil die Kassen zahlungsunfähig sind. Durch die Krankenscheingebühr wird der gegenteilige Effekt erreicht. Denn wer beim niedergelassenen Arzt zahlen muß und in der Ambulanz frei behandelt wird, der wird natürlich den praktischen Arzt meiden. Die Belastung für die Wienerinnen und Wiener, hier vor allem die Belastung der Pensionisten, wird ungleich höher sein, als derzeit bekannt ist. Die Pensionisten werden nicht nur durch höhere Beiträge zur Kasse gebeten, sondern auch durch die Reduktion von Leistungen.

Es ist auch schon hier die Tatsache angesprochen worden, daß für die Überstellungsfahrten jetzt neue und hohe Gebühren zu bezahlen sind.

Es ist festzustellen, daß jene Pensionisten, die vielfach Medikamente beziehen müssen, einen sehr hohen Beitrag pro Monat an Rezeptgebühren werden zahlen müssen. Das werden sicherlich sehr viele spüren. Kuraufenthalte wurden auch drastisch gestrichen, und in vielen Bereichen wurden plötzlich Zuzahlungen verlangt.

Draufzahlen werden auf jeden Fall jene Pensionisten oder die Pensionisten überhaupt, denen man vor der Wahl versprochen hat, nichts wegzunehmen.

Es ist unverständlich, daß es überhaupt soweit kommen konnte, daß die Kassen heute pleite sind. Man hat es seit Jahren gewußt - das wurde auch schon angesprochen -, und jeder normale Geschäftsmann macht sich strafbar, wenn er so agiert, wie hier gehandelt wurde.

Aber es wird augenscheinlich lustig weitergewuscht! Das zeigt uns die Feststellung von heute nachmittag, denn im Zuge der Sanierung der Kassen wird uns die zukünftige Sozialversicherungspflicht von Werkverträgen als Sanierungsbeitrag gepriesen, nur weiß im Moment niemand, wie das funktionieren soll, am wenigsten die Regierung. Die Gewerbetreibenden kommen wieder zum Handküß: Völlige Unsicherheit einerseits, zusätzliche Belastung durch die Abrechnung der Krankenscheingebühr andererseits.

Bundeskanzler Vranitzky hat dieses neuerliche Belastungskonzept politisch ausgewogen und verträglich genannt.

Ich halte es in diesem Fall mit dem Herrn Lhptm Häupl, der diese Belastungen als sozial unausgewogen und gesundheitspolitisch kontraproduktiv bezeichnet hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Er sagt auch, daß er etwas dagegen unternehmen

will. Seine Worte werden hoffentlich keine leeren Versprechungen bleiben. Wir Freiheitlichen werden das jedenfalls ganz genau beobachten. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr Erwin Hirnischall: Für die Debatte über den Gegenstand der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Ich darf den Herrn Landeshauptmann bitten.

Lhptm Dr Michael Häupl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zur detaillierten Beantwortung Ihrer zehn Fragen komme, möchte ich doch einleitend zwei Feststellungen treffen, die für den Wahrheitsgehalt - ich würde richtiger und präziser formulieren: wissenschaftlich die Unwahrheit sagen - einfach auch symptomatisch sind:

In der Begründung der dringlichen Anfrage wird jener Vorwurf, den die Freiheitliche Partei seit geraumer Zeit wiederholt gegen mich erhebt, und was mich zwar nicht trifft, aber was einfach auch die Unwahrheit ist, gebracht, daß ich im Bundesparteivorstand der SPÖ - abgesehen davon, daß Sie ja das wohl sehr schwer etwas angeht - für die einzelnen Maßnahmen, sei es das Konsolidierungspaket oder auch dieses Kassensanierungspaket, gestimmt hätte und nachher dagegen geredet hätte.

Ich wiederhole es ein für allemal: Ich habe sehr wohl der Bildung einer gemeinsamen Regierung von ÖVP und SPÖ zugestimmt, und ich stehe dazu.

Ich habe einem Paket zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zugestimmt, und ich stehe dazu.

Aber ich nehme mir trotzdem das Recht heraus, zu sagen, daß ich das eine oder andere Detail nicht für richtig halte, und ich nehme mir vor allem das Recht heraus, bei abgeleiteten einzelnen Forderungen, wenn ich sie für unsinnig halte, sie als "Unsinn" zu bezeichnen. Wenn Sie daraus das Recht für sich ableiten, dem Wiener Bürgermeister - nicht so sehr in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann, sondern dem Wiener Bürgermeister - als Parteiobmann vorzuwerfen, daß er eine Unwahrheit sagt, dann halte ich das zumindest einmal für Wahlkampfrhetorik, in Ihren Äußerungen aber jedenfalls als eine fortgesetzte Behauptung der Unwahrheit.

Ich werde das daher mit Sicherheit auch in Zukunft so benennen, wie immer man im allgemeinen Sprachgebrauch dann jemanden, der wissenschaftlich und fortgesetzt die Unwahrheit sagt, auch nennt.

Wie schlampig Sie zum Teil auch arbeiten, sei in der Begründung einfach auch durch Passagenzitierungen hier erwähnt.

Es heißt im Absatz 4, daß der Wiener Landeshauptmann ebenfalls ausschließlich an neue Belastungen denkt, ohne daß er Einsparungen in sein Sanierungskonzept einfließen läßt. Im nächsten Satz wird sofort fortgesetzt: "Er setzt unter anderem auf eine Verdoppelung der Höchstbemessungsgrundlage auf 78 000 Schilling, wenn der zur Sanierung notwendige

Betrag nicht durch Einsparungen aufgebracht werden kann."

Sie haben sich in diesem Absatz schlicht und einfach selbst dargestellt, was von Ihren Behauptungen über Feststellungen meinerseits auch zu halten ist. Sie werden daher verstehen, daß ich sehr viele andere Feststellungen, die Sie getroffen haben - auch in Ihren einzelnen Debattenbeiträgen - wohl auch unter "Fortgesetztes wissenschaftlich die Unwahrheit sagen" einordnen kann.

Was nun die Stadt Wien betrifft in ihrem Beitrag zur finanziellen Absicherung der Krankenkassen, so haben wir diesen bereits in mehrfacher Hinsicht geleistet.

Die Stadt Wien als Spitalerhalter trägt im Bereich der Pflegegebühren die Differenz, die zwischen den von den Krankenkassen geleisteten Beträgen und den tatsächlichen Spitalskosten besteht, und ich weise darauf hin, daß diese durch die KRAZAF-Vereinbarung vertraglich fixierten Pflegegebührensätze der Krankenkassen seit 1977 lediglich valorisiert worden sind. Darüber hinaus hat die Stadt Wien die von der Wiener Gebietskrankenkasse zu erbringenden Beiträge zu den Kosten von Ambulanzleistungen vertraglich pauschaliert, was für die Wiener Gebietskrankenkasse im Vergleich zu einer Einzelverrechnung der tatsächlich erbrachten Leistungen zum Beispiel im Jahre 1995 eine Ersparnis von zirka 100 Millionen Schilling bedeutet hat.

Vor allem durch die Neuordnung der Spitalsfinanzierung, die zu einer deutlichen Entlastung und Absicherung der Sozialversicherung geführt hat, haben die Bundesländer ihren Beitrag zur finanziellen Absicherung der Krankenkassen bereits geleistet. Zusätzlich hat das Bundesland Wien eine eigenständige Regelung durch den Beschuß des Wiener Gemeinderats vom 19. April 1996 getroffen. Durch diese rechtsverbindliche Regelung ist sichergestellt, daß die Ausgaben der Spitäler nicht stärker steigen, als es der Einnahmestruktur der Krankenhäuser der Stadt Wien entspricht, daß aber zugleich auch der hohe Standard der Spitalsleistungen gegenüber der Wiener Bevölkerung gewährleistet bleibt.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die Wiener Gebietskrankenkasse ein gesetzlich eingerichteter Selbstverwaltungskörper ist. Das Aufsichtsrecht über diesen Selbstverwaltungskörper kommt, wie Sie gelegentlich auch richtig angeführt haben, dem Bundesminister für Arbeit und Soziales zu. Die Mitwirkungsrechte des Landeshauptmannes, das heißt seine sachliche Zuständigkeit, sind im "Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz" geregelt, und Sie werden bei Durchsicht dieser Bestimmungen feststellen, daß es sich hierbei im wesentlichen um formelle Mitwirkungen im Rechtsmittelverfahren und ähnliches handelt. Eine Einflußnahme auf die von Ihnen aufgeworfenen Probleme kommt dem Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien daher nicht zu.

Wenn Sie schlußendlich die Meinung vertreten, daß

der Wiener Landeshauptmann über die Entsendung der Versicherungsvertreter entscheidet, so muß ich Sie auch hier darauf hinweisen, daß diese Behauptung nicht der Rechtslage entspricht. Nach § 421 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz sind die Versicherungsvertreter von den örtlich und sachlich zuständigen öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer und Dienstgeber, somit von der Kammer für Arbeiter und Angestellte und von der Wiener Wirtschaftskammer, zu entsenden. Nur für jene Bereiche, für die solche Interessenvertretungen nicht bestehen, sind die Versicherungsvertreter der Dienstnehmergruppe vom ÖGB und die Versicherungsvertreter der Dienstgebergruppe vom Landeshauptmann zu entsenden. Dies trifft derzeit auf einen von 30 Versicherungsvertretern in der Generalversammlung, sowie auf einen von 10 Versicherungsvertretern in der Kontrollversammlung zu. Eine Einflußnahme auf die Entsendung steht dem Landeshauptmann nicht zu. Der Landeshauptmann hat lediglich nach den gesetzlichen Kriterien die auf die einzelnen Stellen entfallende Zahl von Versicherungsvertretern festzusetzen.

Der Landeshauptmann ist auch nicht zuständig für Tarife von Bandagisten und für Verrechnungen von Schaumgummihalskrawatten. Er vergibt auch keine Heilbehelfe, weder mit, noch ohne Prüfzeichen, weder zum Kassentarif, noch zu sonst irgendwelchen Tarifen.

Weiters möchte ich festhalten, daß es in Wahlkampfzeiten offenbar zur Tagesordnung gehört, daß Mitgliedern der Wiener Landesregierung Zitate in den Mund gelegt werden, die diese nie gesagt haben.

So unterstellen sie in Ihrer dringlichen Anfrage, daß Herr StR Hatzl im Zusammenhang mit Überlegungen zum Ausländerintegrationspaket von zusätzlich 100 000 bis 150 000 Ausländern gesprochen habe. Diese Behauptung ist wissentlich unwahr. Der Herr StR Hatzl hat - ganz im Gegenteil - darauf aufmerksam gemacht, daß ohne weitere bundesgesetzliche Regelung, die derzeit und in Zukunft Quotenregelungen auch für den Familiennachzug vorsieht, die Gefahr eines Zustromes bestünde, der nun in der Tat die Infrastruktur der Bundeshauptstadt überfordern würde. (Abg Ing Peter Westenthaler: Falsch!) Also mit einem der semiprofessionellsten Unwahrheitssager, die es hier in diesem Gemeinderat gibt, setze ich mich sicherlich nicht auseinander! Sparen Sie sich daher Ihre Zwischenrufe! (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage 1: Welche Ursachen sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen ausgabenseitigen Ursachen für die besorgniserregende Gebarung der Wiener Gebietskrankenkasse?

Es gibt öffentlich zugängliche Unterlagen, aus denen Sie, wie auch ich, entnehmen können, daß im wesentlichen 3 Faktoren für die negative Entwicklung der Gebarung verantwortlich sind. Es sind dies:

1. die steigenden Kosten der Krankenhauspflege,
2. die steigenden Aufwendungen für Ärzte, und
3. die steigenden Aufwendungen für Heilmittel, also im wesentlichen die Medikamente, wobei hier zu

vermerken ist, daß die Steigerungsrate bei der Wiener Gebietskrankenkasse erheblich unter den Steigerungsraten der übrigen Bundesländer liegt.

Bei Betrachtung eines längeren Zeitraumes entnehme ich einer Unterlage des Beirates für Wirtschaft und Sozialfragen vom 7. Juli 1995, daß die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung Österreichweit seit 1990 um 37 Prozent gestiegen sind. Bei ärztlicher Hilfe hat die gesetzliche Krankenversicherung um 28 Prozent, für Heilmittel um 38 Prozent und für Spitäler um 43 Prozent mehr ausgegeben. Dies ist deshalb besonders bemerkenswert, weil das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um nur 18 Prozent, die Gesundheitsausgaben insgesamt jedoch um 28 Prozent gewachsen sind.

Zur Frage 2: Welche Auswirkungen erwarten Sie durch die tatsächliche Verkürzung der Dauer des Krankengeldbezuges?

Nach dem ASVG besteht derzeit für den Versicherungsfall ein Anspruch auf Krankengeld von 26 Wochen, der durch die Satzung der jeweiligen Gebietskrankenkasse bis auf 78 Wochen erhöht werden kann. Dies war bis vor kurzem auch bei der Wiener Gebietskrankenkasse der Fall.

Laut Ankündigung des Herrn Bundesministers für Arbeit und Soziales sollen die Leistungen allerdings mit der nächsten Novelle zum ASVG generell auf 52 Wochen angehoben werden. Angehoben werden! Ich gehe davon aus, daß durch die Verkürzung des Anspruches auf Krankengeld sicher die Leistungen der Sozialhilfe des Landes Wien vermehrt in Anspruch genommen werden müßten. Da jedoch für die Bemessung des Sozialhilfeanspruchs das Familiengesamteinkommen zugrunde zu legen ist, können derzeit allfällige Mehrkosten noch nicht quantifiziert werden.

Aus dem öffentlich zugänglichen Jahrbuch der Wiener Gebietskrankenkasse 1994 geht jedoch hervor, daß nur etwa 2,5 Promille aller Krankstände 52 Wochen überschritten haben.

Zu den Fragen 3 und 4: Sie gestatten, daß ich es in einem beantworte.

Ich weise nochmals, wie schon in der Einleitung ausgeführt, darauf hin, daß das Aufsichtsrecht über die Krankenkassen als Selbstverwaltungskörper nicht dem Bürgermeister und Landeshauptmann, sondern dem Bundesminister für Arbeit und Soziales zukommt. Jedenfalls weise ich darauf hin, daß die Aufwendungen für die Heilbehelfe lediglich 2 Prozent der Gesamtausgaben der Krankenkassen ausmachen, und auch die Steigerungen der Ausgaben von 1993 auf 1994 bei den Heilbehelfen wesentlich geringer als bei den Medikamenten ausgefallen sind, nämlich 4 Prozent.

Zur Frage 5: Ist Ihnen die ARGE Orthopädie bekannt? Ich sage hier: "Nein". Allerdings bedanke ich mich für den pädagogischen Beitrag und für das Wissen, das ich heute hier erhalten habe, denn seit heute ist mir die ARGE Orthopädie bekannt geworden, und Sie können sicher sein, daß das natürlich auch noch weitere Diskussionen nach sich ziehen kann.

Zur Frage 6: Wie hoch beziffern Sie den für den Patienten, Beitragszahler, Steuerzahler und die Gemeinde Wien sowie die Krankenkassen durch überhöhte Tarife entstandenen Schaden in den letzten fünf Jahren?

Zunächst muß ich feststellen, daß ich mit der Frage und ihrer Formulierung sehr wenig anfangen kann, denn es ist für mich nicht klar, welche Tarife Sie hier meinen, und ich kann daher folgerichtig auch nicht beantworten, wie hoch ein allfälliger Schaden ist, der hier induziert wird.

Zur Frage 7: In welcher Weise werden Sie im Rahmen der Maßnahme zur Abwehr des nunmehr beschlossenen Krankenkassensanierungspakets dafür sorgen, daß in allen Bereichen Überhöhte Tarife abgesenkt, die Qualität sichergestellt und Insidergeschäfte beziehungsweise wettbewerbsverzerrende und der freien Marktwirtschaft widersprechende Verhältnisse abgestellt werden?

Wie bereits ausgeführt, ist auch in diesem Fragepunkt keine Zuständigkeit des Landeshauptmannes von Wien gegeben. Ihre Fraktion hat aber ohnedies im Nationalrat bereits einen Antrag ähnlichen Inhalts eingebracht. Ich muß allerdings anmerken, daß Sie über die Tatsache, daß es sich hier um einen Selbstverwaltungskörper handelt, glatt hinweggehen, und gehe andererseits davon aus, daß der Herr Sozialminister sein Aufsichtsrecht auch in dieser Frage ausüben wird.

Zur Frage 8: Welche Kosten werden Ihrer Einschätzung nach für die Krankenkassen durch die Familiensammenführungen und die damit verbundene Zuwanderung von weiteren 100 000 bis 150 000 Personen nach Wien entstehen?

Ich weise noch einmal darauf hin, daß dieser Anfragepunkt sowohl von einer falschen Prämisse, als

auch auf einer Unterstellung gegenüber dem Herrn StR Hatzl aufbaut. Wie ich informiert wurde, wurde ein ähnlich formulierter Antrag von Ihrer Fraktion im Parlament gestellt, und der Herr Bundeskanzler hat ihn auch beantwortet.

Zur Frage 9: Welche Schritte werden Sie setzen, damit die Einsparungspotentiale innerhalb der Wiener Gebietskrankenkasse tatsächlich ausgeschöpft werden?

Ich verweise hier neuerlich auf die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Arbeit und Soziales. Selbstverständlich wird man es der Wiener Gebietskrankenkasse allerdings nicht ersparen können, daß sie auch selbst darüber nachdenkt, und selbst Vorschläge unterbreitet, wo die notwendigen Einsparungspotentiale letztlich auch ausgeschöpft werden können.

Zur Frage 10: In welcher Art und Weise werden Sie Ihre Ablehnung des Krankenkassensanierungspaketes politisch umsetzen?

Ich darf Sie auch hier neuerlich darauf hinweisen, daß es hier keine Beschußzuständigkeit des Wiener Landtages und auch keine Beschußzuständigkeit des Wiener Landeshauptmannes gibt. Ich habe dazu meine Meinung auch öffentlich geäußert, und werde das auch in der nächsten Zukunft tun. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Erwin Hirschl: Danke, mit dieser Beantwortung ist die dringliche Anfrage erledigt.

Damit ist auch die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben werden. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 17.26 Uhr.)



